

DIENSTAG, 24. NOVEMBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Vorbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärungen des Rats und der Kommission zur Vorbereitung auf den Kopenhagener Gipfel zum Klimawandel.

Andreas Carlgren, amtierender Präsident des Rates. – (SV) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, kurz nachdem ich das letzte Mal hier im Parlament Klimathemen erörtert hatte, traf ich anlässlich der Oktober-Sitzung des Umweltrates mit meinen Kollegen zusammen. Bei diesem Treffen einigten wir uns auf das starke und gemeinsame Mandat der EU als Vorbereitung auf die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen. Wir legten unter anderem fest, dass gemessen an den 1990 erreichten Werten die EU-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 % reduziert werden müssen. Zudem wurde bestimmt, dass die EU die Emissionen bis 2020 in jedem Fall um 20 % verringern wird, dass jedoch beim Abschluss eines hinreichend ehrgeizigen Abkommens in Kopenhagen die Reduktion 30 % betragen wird.

Im Vergleich mit den Emissionsreduktionen anderer Länder werden wir besonderen Wert auf das Ziel legen, den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen – dies muss der Maßstab sein, um unsere Emissionsreduktionen mit denen anderer Länder zu vergleichen. Die Emissionen aus dem internationalen Verkehr müssen verringert werden. Verglichen mit den 2005 erreichten Werten haben wir für die Luftfahrt bis 2020 ein Reduktionsziel von 10 % und für die Schifffahrt ein Ziel von 20 % vorgegeben. Zudem möchte ich klarstellen, dass die EU auch fordert, dass die Besteuerung der Schiff- und Luftfahrt zur Finanzierung von Maßnahmen in den Entwicklungsländern und dabei in erster Linie in den ärmsten und den am stärksten betroffenen Länder genutzt werden soll. Dies muss eines der Ergebnisse von Kopenhagen sein.

Die Zerstörung des Regenwaldes muss bis 2020 halbiert und bis 2030 völlig eingestellt sein. Die EU wird auf dem Kopenhagener Gipfel die Entscheidung einfordern, die Abholzung der Regenwälder zu stoppen, die Wiederbewaldung zu fördern und eine nachhaltige Forstwirtschaft zu entwickeln. Nur auf diesem Weg können wir Emissionen hinreichend schnell reduzieren und einen Erfolg in Kopenhagen erzielen. Da die EU ihre Positionen bei jedem Schritt mit aller Klarheit vorgebracht hat, kann sie nun Forderungen stellen und jederzeit Druck auf andere Parteien ausüben. Zum großen Teil wurde dies in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament erreicht, wobei das Energie- und Klimapaket die Grundlage der ehrgeizigen Positionen der EU bildet.

Nun sind es nur noch zwei Wochen bis zum Klimagipfel in Kopenhagen. Wir sind von Pessimisten umgeben, die in den vergangenen Monaten die Zielgerade vorgegeben haben. Was jedoch in Wirklichkeit zählt, ist der politische Wille zur Führung, und der ist in der EU vorhanden. Um das Ergebnis zu erzielen, auf das wir so lange hingearbeitet haben, müssen nun alle Kräfte innerhalb der Europäischen Union mobilisiert werden. Insbesondere dem Parlament kommt in dieser Hinsicht weiterhin eine bedeutende Rolle zu.

Lassen Sie mich daher zunächst festhalten, dass das Ziel der EU unverändert im Abschluss eines Abkommens besteht. Wir müssen in Kopenhagen ein ehrgeiziges und umfassendes Abkommen erzielen. Bisher wurde das Erdklima auf die lange Bank geschoben. Nun ist es an der Zeit, eine Vereinbarung zu treffen.

Gestern traf sich der Umweltausschuss zu einer außerordentlichen Sitzung, um gemäß unseres Anliegens und mit vereinten Kräften Kopenhagen zum Meilenstein unserer Bemühungen zu machen. In der EU-Entscheidung vor der Kopenhagener Konferenz haben die Staats- und Regierungschefs festgelegt, dass

das EU-Ziel für den Kopenhagen-Prozess in einem rechtmäßig verbindlichen Abkommen mit Wirkung vom 1. Januar 2013 bestehen soll, das basierend auf dem Kyoto-Protokoll alle wesentlichen Elemente enthalten muss. Dazu muss in Kopenhagen ein Abkommen erzielt werden, das in erster Linie ausreichende Emissionsreduktionen enthalten muss, damit der Temperaturanstieg der Erde zielgerecht auf unter zwei Grad begrenzt werden kann. Ein Abkommen mit allen Ländern, das in jedem Industrieland zur Senkung der Gesamtemissionen führen wird und somit ein gesamtwirtschaftliches Ziel verfolgt. Es ist erforderlich, dass alle Industrieländer, auch die USA, ihre Verpflichtungen an das Abkommen in Kopenhagen knüpfen. Ein Abkommen, das Entwicklungsländern die Pflicht auferlegt, Maßnahmen zur Verminderung der Emissionen unter dem gegenwärtigen Stand zu treffen, wobei dieses Engagement in erster Linie für die Länder der größten Volkswirtschaften gelten soll. Ein Abkommen, das die Industrieländer verpflichtet, umgehend finanzielle Hilfe für erforderliche Maßnahmen in den Entwicklungsländern für die Jahre 2010, 2011 und 2012 bereitzustellen, die insbesondere den ärmsten Ländern zugutekommen soll. Ein Abkommen, das zur Schaffung eines Systems führt, in dessen Rahmen langfristig Emissionsreduktionen, Anpassung, technische Zusammenarbeit und Technologietransfer gefördert werden.

Schließlich muss das Abkommen mit einem Kontrollmechanismus ausgestattet sein, sodass es an neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimamanagement angepasst werden kann.

Derzeit ist die Rede von einer „Zwei-Phasen-Lösung“. Für die EU ist das Abkommen in Kopenhagen in jedem Fall der entscheidende Schritt. Die Entscheidung, die in Kopenhagen getroffen werden muss, sollte alle Aspekte umfassen, die für das Klima wichtig ist. Entsprechend einem festen Zeitplan sollte das verbindliche Abkommen mit dem Ziel der Ratifizierung in einen Gesetzestext übertragen werden, wobei es sich vor allem um eine Formsache handelt, da der Inhalt als ein ehrgeiziges Abkommen bereitgestellt werden sollte.

Anstatt bis 2013 abzuwarten, eröffnet ein in Kopenhagen erzielt Übereinkommen den Weg für Sofortmaßnahmen. Tatsache ist, dass wir mit dieser Art von Abkommen Maßnahmen rascher initiieren könnten als dies ansonsten der Fall gewesen wäre. Zudem ist es für uns von ausschlaggebender Bedeutung, das Zwei-Grad-Ziel zu verwirklichen.

Besonders war die EU eine treibende Kraft bei der schnellen Mittelbereitstellung für Anpassungsmaßnahmen und für Maßnahmen, um die Entwaldung von Regenwäldern zu verhindern. Rasches Handeln ist gefragt, um die Kurve der Weltemissionen schnell in einen Abwärtstrend zu verwandeln.

Was bisher auf dem Tisch liegt, reicht insgesamt nicht aus, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Wir in der EU haben die ehrgeizigsten Vorschläge in die Verhandlungen eingebracht und sind zudem eine treibende Kraft gewesen, um auch andere Parteien von der Erhöhung ihrer Beiträge zu überzeugen. Was auch geschah. Indem wir unser 30-Prozent-Ziel als Mittel der Einflussnahme eingesetzt haben, konnten wir offensichtlich auch Druck auf andere Parteien ausüben. Erfreulich ist, dass Industrieländer wie Norwegen und Japan und kürzlich auch Russland ihre Angebote erhöht haben und dass zudem Entwicklungsländer wie Südkorea, Brasilien und Indonesien jüngst ehrgeizige Vorhaben eingebracht haben. Wir werden hierbei auch in Zukunft Druck ausüben. Außerdem wollen wir unser 30-Prozent-Ziel weiterhin als Mittel der Einflussnahme nutzen und schauen dabei vor allem auf die USA und China.

Präsident Obama hat sich dafür ausgesprochen, dass sich ein Abkommen nicht nur auf bestimmte Aspekte beschränken sollte und nicht nur eine politische Erklärung sein darf. Zudem hat er zugestimmt, dass es alle Schlüsselemente sowie die Maßnahmen enthalten sollte, die unverzüglich eingeleitet werden können. Ein in Kopenhagen erzielt Abkommen muss die Weltemissionen insgesamt abdecken. Wenn die USA und China kein Angebot einbringen, kann dies nur zur Hälfte erreicht werden. Bitte lassen Sie uns sehr deutlich werden: Ein Abkommen könnte vollständig von den USA und China abhängen, wenn diese ausreichend ehrgeizige Angebote vorlegen.

Die EU wird weiterhin darauf drängen, dass adäquate Maßnahmen in die Verhandlungen eingebracht werden. Auch zwei Wochen vor den Abschlussverhandlungen halten wir an unserer Vorreiterrolle fest. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Parlament, insbesondere durch die COP-15-Gruppe, die in Kopenhagen anwesend sein wird. Ich freue mich auf den Dialog. Mit vereinten Kräften werden wir gemeinsam ein sehr erfolgreiches, ehrgeiziges und authentisches Abkommen in Kopenhagen erzielen.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Herr Präsident, wir nähern uns mit großen Schritten dem wichtigen Kopenhagen-Gipfel, und die verbleibende Zeit ist knapp. Ich stimme mit Herrn Minister Carlgren vollkommen überein, dass wir unsere Bemühungen verstärken und eng zusammenarbeiten müssen, um zu gewährleisten, dass diese sich uns bietende historische Gelegenheit nicht vertan wird, in Kopenhagen ein globales, umfassendes, ehrgeiziges und wissenschaftlich fundiertes Abkommen zum Klimawandel zu erzielen.

Wie Herr Carlgren bereits ausführte, müssen wir in Kopenhagen eine Einigung finden über den Inhalt und die Substanz des Abkommens insgesamt und auch in Bezug auf die rechtlichen Aspekte, die in den nachfolgenden Monaten, innerhalb der ersten Jahreshälfte 2010, unverzüglich umzusetzen sind. Somit kann ein in allen Punkten rechtskräftiges Abkommen erzielt werden, für das sich die Europäische Union von Beginn an stark gemacht hat.

Ich möchte dem Europäischen Parlament für die Entschliebung zur EU-Strategie für Kopenhagen danken. Diese ehrgeizige Entschliebung unterstreicht die Bedeutung, die das Europäische Parlament dem Thema des Klimawandels beimisst. Ich zähle zudem ganz auf die Unterstützung der Abgeordneten des Parlaments in Kopenhagen. Auch unsere Kontakte zu den Parlamenten von Drittländern, der Zivilgesellschaft und den Unternehmen sind natürlich wichtig, da wir durch sie die Positionen der Europäischen Union kundtun und somit andere Länder davon überzeugen können, verbindliche Erklärungen zur Minderung von Treibhausgasen abzugeben.

Besonders begrüße ich die Forderung des Parlaments nach einem Abkommen, indem das Zwei-Grad-Ziel Berücksichtigung findet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist sowohl von Industrie- als auch von Entwicklungsländern Handeln gefragt. Es ist begrüßenswert, dass sich das Parlament in seiner Entschliebung für auf Marktmechanismen basierende Lösungskonzepte ausgesprochen hat und in einem zukünftigen Abkommen eine Überprüfung des Mechanismus der sauberen Entwicklung befürwortet. Wie Sie wissen, vertritt die Kommission zu diesem Thema die Ansicht, dass die bestehenden Instrumente zum Kohlendioxidausstoß durch die Einführung eines sektoriellen Kreditmechanismus' ausgeweitet werden sollten.

Hinsichtlich der Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschäden in Entwicklungsländern unter dem UN-REDD-Programm wird die Kommission alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um strenge Sozial- und Umweltschutznormen voranzubringen, die die Folgen für die Biodiversität und die Ökosysteme berücksichtigen.

Trotzdem stehen wir vor enormen Herausforderungen. Wir müssen uns für Kopenhagen hohe Ziele stecken, um ein Abkommen zu erreichen, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert. Das bedeutet, dass wir über das Zwei-Grad-Ziel hinausgehen müssen. Zudem muss gewährleistet sein, dass jedes Land die notwendigen Verpflichtungen entsprechend dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung eingeht. Von den Vereinigten Staaten erwarten wir acht Jahre nach ihrem Ausstieg aus dem Kyoto-Prozess, dass sie ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

Schließlich muss eine Reihe von Detailfragen geklärt werden, wie beispielsweise die Gewährleistung, dass Schwellenländer entsprechend ihren Kapazitäten und dem von mir bereits erwähnten Prinzip der Differenzierung einen realen Beitrag leisten, und dass die Höhe der erforderlichen Mittel vorhersehbar und stabil bleibt. Außerdem sollte in Kopenhagen die Finanzierung eines Schnellstarts gesichert werden, so dass ohne ein Warten auf den Zeitraum 2010-2013 alles Erforderliche unverzüglich umgesetzt werden kann. Auf diese Weise werden sofortiges Handeln und die notwendigen Anpassungen möglich, insbesondere auch in sehr sensiblen Teilen des Planeten wie den armen Ländern.

Es ist nun an der Zeit, dass die Europäische Union mit gutem Beispiel vorangeht und ihre Vorreiterrolle festigt. Bei den Vorbereitungsgesprächen letzte Woche in Kopenhagen konnten wir uns mit vielen unserer internationalen Partner zu wichtigen Themen austauschen. Wie Herr Carlgren sagte, haben bestimmte Länder wie Brasilien und Südkorea angekündigt, dass sie Maßnahmen ergreifen werden. Ähnliche Erklärungen werden zu Beginn des Gipfels von anderen Ländern wie China und Indien erwartet. Heute Morgen wurde in den Nachrichten berichtet, dass die Vereinigten Staaten ihren Vorschlag zur Reduktion und – wie ich hoffe – zur Finanzierung vorlegen würden.

Wir hatten auch einen interessanten Meinungsaustausch zur Frage der Transparenz und insbesondere zu den MRV- oder Monitoring-, Berichts- und Kontrollsystemen. Es ist weiterhin von entscheidender Bedeutung, dass wir mehr Verpflichtungen zu spezifischen Maßnahmen und Aktionen erlangen, die zu einer Wirtschaft führen, die weniger intensiv auf Kohlendioxidemissionen basiert. Abhängig von ihren Kapazitäten müssen die Entwicklungsländer als Gruppe die Emissionen um rund 15 bis 30 % im Vergleich zu ihrem bisherigen Wachstumspfad senken.

Leider sind die Fortschritte, die durch Maßnahmen der Industrieländer erzielt wurden, nicht ausreichend. Spanien, Australien und Norwegen haben ihre Zusagen erhöht. Die anderen Länder scheinen jedoch nicht bereit zu sein, diesem Beispiel zu folgen. Auch ist bedauerlicherweise deutlich geworden, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein werden, die Rechtsvorschriften bis Jahresende zu verabschieden. Natürlich

schließt dies nicht aus, dass sie spezifische quantitative Ziele in Kopenhagen setzen können. Unseren Informationen zufolge wird genau das eintreten, jedoch – wie ich fürchte – nur unter der Voraussetzung, dass die Rechtsvorschriften verabschiedet werden. Mit dem Eintreten dieser Bedingung, von der alles abhängt, kann jedoch erst Ende des Jahres gerechnet werden kann. Ein positiver Schritt seitens der Vereinigten Staaten, der auch den Standpunkt der anderen Länder beeinflussen wird, ist somit wesentlich für das Ergebnis des Gipfeltreffens in Kopenhagen.

Es ist klar geworden, dass Maßnahmen von den Industrieländern allein nicht ausreichend sind. Ungeachtet der Umstände müssen auch Entwicklungsländer einen Beitrag leisten, wobei der Schwerpunkt auf der Entwicklung einer Wirtschaft mit geringem Kohlendioxidausstoß liegen muss. Wie ich bereits ausführte, müssen Entwicklungsländer ihre Emissionen um 15 bis 30 % im Vergleich zu ihrem bisherigen Wachstumspfad senken.

Unser grundlegendes Ziel in Kopenhagen ist weiterhin der Abschluss eines rechtsverbindlichen Abkommens. Trotz der Tatsache, dass bei den Verhandlungen nicht die schnellen Fortschritte erzielt wurden, die bis heute wünschenswert gewesen wären, und nur noch wenig Zeit bleibt, dürfen wir nicht von dieser Zielsetzung abweichen. Zudem soll es sich bei der Vereinbarung um ein weltweites Abkommen handeln, das alle Aspekte des Bali Aktionsplans beinhaltet, die bisher gemachten Fortschritte berücksichtigt und quantitative Faktoren für Emissionsminderungen und Finanzierung enthält.

Die Architektur des Abkommens muss alle Elemente hinsichtlich Anpassungen, Emissionsreduktionen und Finanzierung eines Schnellstarts abdecken. Außerdem müssen wir uns in Kopenhagen über die Verfahren und den Zeitplan für den Abschluss der Verhandlungen einigen, um ein rechtmäßig bindendes Abkommen schnellstmöglich, innerhalb der ersten Monaten von 2010 zu erreichen. Die Kanzlerin Merkel erwähnte in diesem Zusammenhang die erste Jahreshälfte 2010.

Ein umfassendes und globales Abkommen wird dem Verhandlungsverfahren politische Impulse geben und ermöglichen, dass die rechtliche Umsetzung innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Kopenhagen abgeschlossen werden kann. Die Finanzierung ist in diesem Rahmen von entscheidender Bedeutung. Kopenhagen wird scheitern, wenn wir die erforderlichen Investitionen und Finanzierungsquellen nicht mobilisieren können.

Abschließend möchte ich nochmals auf die maßgebliche Rolle hinweisen, die das Europäische Parlament bei der Förderung der ehrgeizigen Klimapolitik der EU gespielt hat. In der Europäischen Union und auf internationaler Ebene stand das Europäische Parlament an vorderster Stelle und hat dazu beigetragen, auf unsere internationalen strategischen Partner einzuwirken. Diese enge Zusammenarbeit wird in der Endphase der Vorbereitungszeit auf Kopenhagen weitergeführt, und ich möchte hinzufügen, dass ich mich sehr darüber freue, dass das Parlament von einer starken Delegation beim Gipfel vertreten wird.

Der Präsident. – Ich danke Ihnen, Herr Kommissar, für diese sehr interessante Rede, in der Sie die wichtigen Fragen angesprochen haben, mit denen wir vor Kopenhagen konfrontiert sind. Sie haben ein wenig über die erwartete Redezeit hinaus gesprochen. Daher denke ich, dass Sie am Ende der Debatte nur noch kurze Bemerkungen machen werden. Ihre Ausführungen waren jedoch so interessant, dass an eine Unterbrechung nicht zu denken war!

Corien Wortmann-Kool, im Namen der PPE-Fraktion. – (NL) Die Zeit drängt. Wir stehen vor der großen Herausforderung, in Kopenhagen den Abschluss eines ehrgeizigen Abkommens zum Klimawandel zu erzielen. Und nun, da der Dezember näher rückt, erleiden wir Rückschläge. Präsident Obama ist noch nicht in der Lage, sein Wahlversprechen zu halten. Es gibt aber auch hoffnungsvolle Signale, wie das ehrgeizige Vorhaben der neuen japanischen Regierung.

Ich möchte mich zu den Bemühungen des schwedischen Ratsvorsitzes und der Europäischen Kommission, insbesondere von Herrn Kommissar Dimas äußern. Wir sind Ihre Verbündeten. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass Sie sich sehr darum bemüht haben, dass die europäischen Verantwortungsträger am gleichen Strang ziehen. Bei diesen entscheidenden Verhandlungen ist nämlich wichtiger als jemals zuvor, dass Europa mit einer Stimme spricht.

Im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) kann ich sagen, dass wir Ihre Hoffnung auf den Abschluss eines ehrgeizigen Abkommens teilen, das nicht nur für die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und Japan, sondern auch für Länder wie China, Brasilien und Indien verbindliche Reduktionsziele festlegt. Es ist wichtig, dass wir die gleichen ehrgeizigen Ziele verfolgen, um den Klimawandel effektiv angehen zu können und gleichzeitig ein Handlungsfeld auf globaler Ebene zu schaffen.

Herr Präsident, es ist entscheidend, dass in Kopenhagen ein Finanzpaket vereinbart wird, um die Finanzierung der Klimaprojekte in Entwicklungsländern zu unterstützen. Europa muss dabei den Teil der Verantwortung wahrnehmen, der ihm zukommt. Ich teile Ihre Ansicht, dass eine rasche Bereitstellung dieser Finanzierung sehr wichtig ist, da ausgearbeitete Projekte, mit deren Umsetzung sofort begonnen werden kann, in den Startlöchern liegen. Dies würde ein greifbares und sichtbares Ergebnis des Kopenhagen-Gipfels und damit ein ermutigendes Zeichen sein. Gleichzeitig müssen Vereinbarungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass mit diesen Geldern ein aktiver und effektiver Beitrag zur Verringerung des Klimawandels geleistet wird, sowie Vereinbarungen zum Technologietransfer und dem Schutz der geistigen Eigentumsrechte.

Nur gemeinsam können wir das erforderliche Wissen und die Fähigkeiten mobilisieren, um den Klimawandel und nicht wiedergutmachende Schäden an den Ökosystemen zu verhindern. Das Klimaabkommen kann diesem Ziel einen wichtigen Impuls verleihen und uns in Europa dazu anleiten, unsere soziale Marktwirtschaft zunehmend in eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft zu verwandeln.

Jo Leinen, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Ratspräsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Europäische Parlament war in den vergangenen Jahren eine treibende Kraft bei der Debatte über den Klimaschutz, und wir haben auch einen hohen Anteil an dem Klimaschutzpaket der EU. Die EntschlieÙung, die wir heute vorlegen, hat alle Elemente für ein ambitioniertes Abkommen in Kopenhagen. Was wir vorschlagen, ist aber auch realistisch. Es ist ambitioniert und realistisch zugleich, und wir hoffen, dass Rat und Kommission mit uns zusammen auf dieser Konferenz eine gemeinsame Lobbyarbeit betreiben, um andere Partner mit ins Boot zu bekommen.

Die EU hat die Führerschaft übernommen, und wir wollen auch, dass das in Kopenhagen so bleibt. Deshalb müssen wir zu unserem Angebot – 30 % Reduzierung der CO₂-Gase im Jahr 2020 – stehen. Die Wissenschaft sagt uns, am oberen Ende zwischen 25 % und 40 %. Die 30 % wären also gar nicht genug, wir wissen das, und deshalb müssen wir dieses Ziel eigentlich anbieten, weil es auch den Ehrgeiz anderer Länder hochtreibt.

Wir wissen, dass ohne Finanzierung der weltweite Klimaschutz nicht möglich ist. Das Parlament hat im Gegensatz zum Rat hier konkrete Zahlen genannt. Der globale Rahmen sind 100 Mrd. Euro. Europa muss ca. ein Drittel übernehmen. Warum sagen wir nicht, dass es 30 Mrd. Euro im Jahre 2020 sind? Das Parlament bekennt sich dazu, und ich hoffe, Rat und Kommission werden in zwei Wochen auch konkret.

Der Kickstart ist hier von der Kollegin Wortmann-Kool schon genannt worden. Wir brauchen 5 bis 7 Mrd. Euro jetzt sofort. Wenn ich sehe, wie viel Geld wir zur Bewältigung der Bankenkrise in die Hand genommen haben, dann sind das *Peanuts* für die Bewältigung der Klimakrise, wo wir keine zweite Chance haben. Wenn das Klima einmal kaputt ist, dann ist es kaputt, dann werden wir das nicht reparieren können. Deshalb muss uns das wirklich eine große Anstrengung wert sein.

Ich sehe auch, dass sich einige Länder bewegen, andere aber nicht. Es kann nicht sein, dass die zwei größten Verschmutzer des Klimas, die USA und China, ein Pingpong-Spiel betreiben, wo jeder auf den anderen zeigt und Zögerlichkeiten an den Tag legt. Das ist unverantwortlich, und ich hoffe, dass insbesondere die USA auch in Kopenhagen eine Führerschaft zeigen, mit konkreten Daten zur Reduzierung ihrer eigenen Klimagase und auch einem Anteil an der Finanzierung.

Ohne diese zwei Länder und ohne Indien wird es kein Abkommen geben. Wir legen noch einmal Wert auf eine Forstpolitik – die Abholzung der Wälder ist ein großer Faktor – und auch auf die Luft- und Schifffahrt. Wenn die Eisenbahn voll in der Auktionierung ist und bezahlen muss, dann ist nicht mehr einzusehen, warum die Luftfahrt und die Schifffahrt Privilegien haben.

Zu guter Letzt ist das Parlament zum ersten Mal im EU-Pavillon. Das ist ein neuer Beginn, und ich hoffe, wir können auch Teil der Briefings zwischen Rat und Kommission sein, denn mit dem Lissabon-Vertrag sind wir Mitgesetzgeber des Abkommens von Kopenhagen.

Corinne Lepage, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr amtierender Präsident des Rates, Herr Kommissar, am 26. September 2009 wurden in 38 Ländern 44 Diskussionsrunden für Bürger veranstaltet, um die verschiedenen Entwicklungsphasen darzustellen.

91 % der Bürger weltweit, einschließlich 93 % der Europäer, sind der Ansicht, dass es dringend notwendig ist, in Kopenhagen ein Abkommen zu erzielen. 89 % waren der Ansicht, dass wir bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Industrieländern über unser 25-Prozent-Ziel hinausgehen müssen. Dem stimmten 92 % der Europäer zu.

Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Vertreter der Völker in Europa sind wir verpflichtet, unseren Einfluss zu nutzen, um auf die Forderung unserer Mitbürger einzugehen, vor allem aber auch, um die Verantwortung, die uns zukommt, zu übernehmen. Nur so können wir das Ziel der IPCC erreichen, das eine Reduktion von 25 bis 40 % bis 2020 vorsieht.

Wie Herr Leinen gerade sagte, muss daher an dem Ziel einer 30-Prozent-Reduktion und natürlich den dazu erforderlichen Finanzressourcen festgehalten werden, die sich bis 2020 auf schätzungsweise 100 Mrd. EUR belaufen dürften. Zu diesem Zweck dürfte die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen sowie der Transfer von grünen Technologien in den Süden erforderlich sein.

Die Führung Europas in dieser zukunftsweisenden Frage muss zu einem Abkommen führen, aber nicht um jeden Preis, d. h. es darf kein Abkommen sein, das den Zielsetzungen nicht nachkommt und nicht über finanzielle Mittel, Kontrollen oder Auflagen verfügt. Es wäre besser, überhaupt nichts zu erreichen als ein vages Engagement, das das Thema in den Hintergrund rückt und die Leute glauben lässt, man hätte sich damit befasst.

Wir sind nicht nur gemeinsam für die Klimaschulden verantwortlich, sondern müssen alles Erdenkliche tun, um die Menschen von der einzigen vernünftigen Lösung zu überzeugen und unermüdlich die fairen und effektiven gemeinsamen Anstrengungen zu verfechten.

Ein Festhalten am 30-Prozent-Ziel ermöglicht in dieser Hinsicht all den Ländern, die bereits untere und obere Grenzwerte für ihre Emissionen eingebracht haben, die oberen Grenzwerte anzustreben, anstatt auf den unteren zu beharren.

Jeder wird gegenüber der internationalen Öffentlichkeit und den zukünftigen Generationen die Position verteidigen müssen, die er in Kopenhagen vertreten hat. Die Position von uns Europäern muss eindeutig, unmissverständlich und äußerst solide sein.

Satu Hassi, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Minister, das Treffen in Kopenhagen wird die wichtigste Konferenz der Menschheitsgeschichte sein. Es geht hierbei um die Zukunft der gesamten Menschheit. Während das Treffen näher rückt, konnte die Publicity sogar dem Ruf von Klimaforschern schaden, was die Bedeutung dieses Treffens weiter hervorhebt.

Wir dürfen jedoch keine Zeit verlieren: Die Emissionen müssen innerhalb der nächsten 10 Jahre weltweit reduziert werden. Die Minister und Regierungschefs, die in Kopenhagen zusammenkommen, müssen ihre Verantwortung ernst nehmen und Entscheidungen treffen, um sicherzustellen, dass sich die Erdtemperatur nicht um mehr als zwei Grad erhöht. Die Entscheidung muss alle Hauptfragen abdecken, sie muss rechtskräftig sein und einen verbindlichen Zeitplan für den Entwurf eines eventuellen internationalen Abkommens miteinschließen.

Ich freue mich, dass Herr Minister Carlgren auch eine verbindliche Entscheidung und ein rechtskräftiges internationales Abkommen angesprochen hat. Das Abkommen muss langfristige Emissionsziele enthalten, obwohl eine Einigung über die Emissionsgrenzwerte für 2020 sogar noch wichtiger ist. Die Verringerung der Emissionen in den Industrieländern sollte eher bei 40 % als bei einem Schwellenwert von 25 % liegen.

Die Führungsrolle der EU ist nach wie vor von entscheidender Wichtigkeit. Wir können unsere Vorreiterrolle am besten unter Beweis stellen, indem wir uns jetzt zu einer Reduzierung der Emissionen von 30 % bis 2020 verpflichten und den Entwicklungsländern ein eindeutiges Angebot zur Finanzierung unterbreiten. Laut dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit sollte sich die EU bis 2020 jährlich mit rund 30 Mrd. EUR an der Finanzierung beteiligen. Herr Minister Carlgren führte aus, dass durch die Rezession die Kosten für Emissionsreduktionen gesunken sind. Wir müssen diese Gelegenheit nutzen und unsere Ziele höher stecken.

Ich möchte diejenigen, die den Begriff des Klimaschutzes insgesamt in Frage stellen, darauf aufmerksam machen, dass der Planet nicht warten wird. Der Planet wird es nicht verstehen, wenn Sie sagen: „Kannst du uns noch ein oder zwei Jahre mehr geben: Wir stecken gerade in einer Rezession“ oder „Die Klimaskeptiker sind für unser Zögern verantwortlich“. Entsprechend den physikalischen und chemischen Gesetzen schreitet der Klimawandel stetig voran, und wir werden die Verantwortung für unsere Entscheidungen und zudem dafür übernehmen müssen, dass nichts getan wurde.

(Beifall)

Miroslav Ouzký, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (CS) Herr Minister und Herr amtierender Präsident des Rates, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich stimme mit den meisten vorhergehenden Rednern darin überein, dass der Kopenhagen-Gipfel in diesem Jahr wahrscheinlich das wichtigste Gipfeltreffen für die Europäische Union und die Welt insgesamt darstellt. Ich möchte dem Herrn Kommissar dafür danken, dass er zu den Politikern gehört, die die Bedeutung des Europäischen Parlaments in Bezug auf den kommenden Gipfel sowie der Klimapolitik und dem Klimawandel selbst unterstreichen. Zudem möchte ich ihm dafür danken, dass er verstärkt auf die Bedeutung der Finanzierung hingewiesen hat. In den tschechischen Ländern wird häufig gesagt, dass Geld an erster Stelle steht – was im Tschechischen eher ironisch gemeint ist, auf diesen Fall jedoch mehr als zutrifft. Ich möchte auch betonen, dass es unsere Stellung in der Welt erheblich schwächen wird, wenn die EU nicht mit einer Stimme spricht, kein starkes und eindeutiges Mandat hat und keine eindeutige Vereinbarung zur Finanzierung erzielen kann.

Zahlreiche Vorredner haben verstärkt darauf hingewiesen, dass uns als EU auf diesem Gebiet eine Führungsrolle zukommt und dass wir diese Rolle beibehalten sollten. Ich möchte erneut darauf hinweisen, dass ich mich sehr freuen würde, beim Gipfel auf jemanden zu treffen, der noch ambitionierter und uns voraus ist, der über bessere Rechtsvorschriften verfügt und der bereit ist, mehr Finanzmittel für dieses Problem zur Verfügung zu stellen. Es würde mir nicht im Geringsten etwas ausmachen, unsere Spitzenstellung zu verlieren, denn meiner Ansicht nach ist es an der Zeit, dass die gemeinsame Belastung auf globaler Ebene ernsthaft wahrgenommen wird. Ich bin auch der Ansicht, dass ohne ein globales Abkommen unsere Anstrengungen im Sande verlaufen werden. Es hat keinen Sinn, in diesem Rahmen wiederholt auf die Bedeutung von Staaten wie den USA, Indien oder China hinzuweisen. Ich fürchte und bedaure, dass Präsident Obama nicht in der Lage ist, seine Wahlversprechen zu halten.

Ich möchte außerdem kurz auf ein von mir häufig angesprochenes Thema eingehen, nämlich die Entwaldung und die weltweite Wasserwirtschaft, die allgemein immer unterschätzt werden. In all unseren Erklärungen fordern wir Abkommen mit Brasilien, Indien und anderen Staaten, um der Rodung der Regenwälder Einhalt zu gebieten. Es reicht jedoch nicht aus, Vereinbarungen zu treffen und Erklärungen abzugeben. Wie wir in der Vergangenheit feststellten, haben oder üben die zuständigen Regierungen häufig keine Kontrolle über diese Aktivitäten aus. Daher sollte darauf hingewiesen sein, dass es nicht ausreicht, sich einig zu sein. Es müssen Kontrollmechanismen entwickelt werden, wir müssen einen Überblick über die Realpolitiken haben, und ich stimme dem zu, dass wir nicht um jeden Preis einen Vertrag eingehen sollten.

Bairbre de Brún, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (GA) Herr Präsident, ich bin in jeder Hinsicht damit einverstanden, dass wir in Kopenhagen auf den Abschluss eines rechtskräftigen Abkommens drängen müssen. Das Abkommen muss solide genug sein, um die Herausforderung des Klimawandels angehen zu können und mit Hinblick auf die Entwicklungsländer muss es gleichzeitig ausgewogen und gerecht sein.

Die Industrieländer müssen eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 % bis 2020 und gemessen an den 1990 erreichten Werten eine Verringerung von zwischen 80 % und 95 % bis 2050 zusagen.

Zur Finanzierung des Klimawandels in den Entwicklungsländern muss die EU bis 2020 jährlich 30 Mrd. EUR zusätzlich zur Entwicklungshilfe bereitstellen.

Leider ist in Europa ein großes Interesse dafür vorhanden, den Widerwillen anderer Länder beim Ergreifen der erforderlichen Schritte als Ausrede dafür zu nutzen, dass die EU ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Diese Herangehensweise ist äußerst kurzsichtig.

Ungeachtet der Ergebnisse der Kopenhagener Gespräche muss die EU ihre Bemühungen fortsetzen, effektive Zielsetzungen zur Emissionsminderung festlegen und umsetzen, neue saubere Technologien entwickeln und sich selbst der Klimagerechtigkeit unterwerfen, damit die Entwicklungsländer nicht das ernten müssen, was die Industrieländer gesät haben.

Anna Rosbach, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (DA) Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Rates und der Kommission, heute in einem Monat ist Heiligabend, und ich habe einen großen Weihnachtswunsch: Wenn die Klimakonferenz vorbei ist und alle Teilnehmer aufgehört haben, sich als Verwalter und Techniker zu gebärden, die sich lediglich mit Einzelfragen und Quoten befassen, kann endlich eine politische Debatte darüber geführt werden, welche realistischen und praktischen Schritte möglich sind, um die Bedingungen für unseren Planeten und seine Bewohner zu verbessern. Wenn wir unsere Augen öffnen, wird uns nur zu deutlich klar, dass der Klimawandel in den USA, in Russland, China und vielen anderen Ländern rund um den Globus eigentlich nicht auf der Tagesordnung steht. Stattdessen machen sie wohlklingende Absichtserklärungen und leere Versprechen.

Angelika Werthmann (NI). - Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die nach wie vor gegenwärtige Wirtschafts- und Strukturkrise hat gezeigt, wie die internationale Gemeinschaft innerhalb kurzer Zeit hohe Summen bereitstellen kann, um die akute Situation zu entschärfen, auch wenn die Art und Weise manchmal diskussionswürdig ist. Die Krise zeigt weiterhin, dass unterschiedlichste Staaten kooperieren können, wenn es größere, übergeordnete Ziele gibt.

Wie die Strukturkrise ist auch der dramatische Klimawandel weitgehend von uns selbst verursacht. Ziel – ich spreche von einem Ziel der Menschheit – muss es doch sein, mit den Ressourcen unserer Erde nachhaltig und ausgewogen hauszuhalten. Wir wollen die Vielfalt der Biosphäre für nachfolgende Generationen erhalten. Wenn es uns gelingt, auf europäischer Ebene einen Rahmen zu schaffen, der Wissenschaft, Innovationen und moderne, umweltschonende Technologien, die *green technologies*, und erneuerbare Energien fördert, so können wir Europäer zwei Ziele erreichen. Wir leisten alle erstens einen positiven Beitrag zur Reduktion der klimaschädlichen CO₂-Emissionen und können uns somit eine größere Unabhängigkeit von fossilen Energien verschaffen. Wenn wir zweitens Wissenschaft und umweltschonende Technologien verstärkt fördern, bleibt Europa langfristig auch der Innovationsstandort. Nur so schaffen wir auch langfristig neue Arbeitsplätze in Europa.

Andreas Carlgren, amtierender Präsident des Rates. – (SV) Herr Präsident, ich begrüße sehr die breite Unterstützung, die dem EU-Ansatz von fast allen Abgeordneten im Parlament entgegengebracht wurde. Dies ist, war und wird sehr wichtig für die Durchsetzungskraft der EU in Kopenhagen und auch für die sehr bedeutenden Anstrengungen zum Klima sein, die wir im Weiteren unternehmen müssen.

Zudem möchte ich Herrn Dimas meine Wertschätzung für seine heutigen Worte aussprechen. Der Kommission kam als Rückgrat der EU-Klimapolitik eine wichtige Rolle zu, und insbesondere Herr Dimas war in der Kommission entscheidend daran beteiligt, dass diese die Rolle, die sie heute spielt, übernommen hat. Es gab Zeiten, in denen dies nicht von allen Mitgliedstaaten so stark wie heute unterstützt wurde. In den entscheidenden Situationen ist der Herr Kommissar jedoch stets sehr standhaft geblieben. Ich weiß dies sehr zu schätzen und hatte daher den Wunsch, dies heute im Parlament zur Sprache zu bringen.

Ich möchte Herrn Leinen als Fraktionsführer der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament und als Ausschussvorsitzendem mitteilen, dass ich mich auch sehr auf die Zusammenarbeit mit dem Parlament in Kopenhagen freue. Mit Sicherheit kommt dem Parlament im Kontakt mit den Vertretern der anderen Länder auch dort eine sehr wichtige Rolle zu.

Ich möchte allen Teilnehmern an der heutigen Debatte, die die Finanzierung zur Sprache gebracht haben – Herrn Leinen, Frau Hassi, Frau de Brún und anderen – sagen, dass natürlich auch die konkreten Zahlen wichtig sind. Daher war die EU bisher die Gruppe der Industrieländer, die die ehrgeizigsten und detailliertesten Zahlen vorgelegt hat. Zudem möchte ich im Hinblick auf Sofortmaßnahmen, d. h. Maßnahmen, um die Entwaldung von Regenwäldern zu stoppen und Maßnahmen, um die klimaschädigende Luft- und Schifffahrt zur Kasse zu bitten, sowie das Einbringen von wichtigen Maßnahmen insbesondere für die ärmsten EU-Ländern, darauf hinweisen, dass diese sofort zu Ergebnissen führen müssen.

Es wurden Fragen zur praktischen Umsetzung gestellt. Die EU hat hierzu den Weg aufgezeigt. Tatsache ist, dass wir bereits die Hälfte des Weges zu unserem 20-Prozent-Ziel für 2020 zurückgelegt haben. Wir haben ein Drittel zur Erfüllung des 30-Prozent-Ziels erreicht. Aus diesem Grund drängen wir im Endspurt andere Parteien, ihre Beiträge zu erhöhen, mit den Worten: „Seht, wir haben einen praktischen Weg vorgegeben, der zu einer effektiven Reduktion der Emissionen führt“.

Von einigen wird die Forderung laut, das Ziel um „10 % zu erhöhen“. Ich wäre sehr gerne dazu bereit, dies erfordert jedoch ein globales Abkommen. Ansonsten würden die zusätzlichen 10 % der EU in nur zwei Jahren durch den Schadstoffanstieg in China aufgezehrt, und es wäre nichts für den Klimaschutz getan worden. Daher ist das globale Abkommen so wichtig und die Rolle des Parlaments so entscheidend, da sie eine wichtige politische Grundlage bilden, auf der weiter aufgebaut werden kann.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, nachdem, was Sie mir anfangs gesagt haben, hatte ich nicht damit gerechnet, dass Sie mir erneut das Wort erteilen. Ich möchte diese Gelegenheit aber nutzen, um mich kurz zu dem Hauptargument zu äußern, das für das 30-Prozent-Ziel vorgebracht wurde.

Natürlich bin ich mit Herrn Ouzký einer Meinung: Wir brauchen ein globales Abkommen, was bedeutet, dass weltweit alle Länder an einem umfassenden Abkommen beteiligt sind und alle Wirtschaftssektoren an den Reduktionen mitwirken, was natürlich wissenschaftlich fundiert geschehen muss.

Um solch ein globales Abkommen zu erzielen und andere Länder zur Teilnahme zu überzeugen, müssen wir mit unserem Beispiel, dem eine moralische Bedeutung zukommt, weiter Druck ausüben. Die moralische Führungsrolle von Europa ist wesentlich, sie hat aber auch eine Vorbildfunktion und zeigt, dass die Ökoindustrie für unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr wichtig ist. In der gestrigen Ausgabe der Financial Times wurde darüber berichtet, wie europäische Unternehmen, zu denen sehr bedeutende Gesellschaften in der Europäischen Union gehören, von ihrem Umstieg auf grüne Industrien profitieren und dass es bis 2020 absehbar ist, dass ihre Ökounternehmen alle anderen Geschäftsaktivitäten übertreffen werden. Es stehen uns somit zwei Wege offen, um andere Länder dazu zu drängen, ehrgeizige Engagements vorzubringen und in ein rechtsverbindliches Abkommen einzuwilligen.

In Bezug auf die Reduktion um 30 % möchte ich Folgendes hinzuzufügen: Zunächst einmal entspricht das Ziel den wissenschaftlichen Vorgaben, und wir sollten aus Gründen der Aufrichtigkeit den Lehren der Wissenschaft Folge leisten. Zum Zweiten sind die Kosten heute viel, sehr viel geringer, als zu dem Zeitpunkt, als wir über unser Klima und Energiepaket sprachen: Das Ziel kann heute mit einer Kostenminderung um ungefähr 3040 % erreicht werden.

Drittens handelt es sich hierbei, wie Herr Andreas Carlgren zuvor sagte, nicht ausschließlich um ein Mittel zur Einflussnahme, sondern es geht vor allem darum, durch eine Vorbildfunktion Druck auszuüben: Die weltweit öffentliche Meinung wird die Vorgehensweise der Europäischen Union zu schätzen wissen. Nach den Worten einer Kollegin hier im Parlament wird dies zudem sehr wichtig für unsere Technologien sein. Dies wird den heute sehr niedrigen Preis für Kohle erhöhen und auf diesem Weg ein wichtiger Anreiz für Öko-Innovationen und für die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien sein.

Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist die privilegierte Stellung der Europäischen Union, da wir bereits heute über von Ihnen verabschiedete Rechtsvorschriften verfügen und somit der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten die Mittel und Maßnahmen bereitstellen können, um das erhöhte Ziel lediglich durch eine Erweiterung der Obergrenzen in unseren Rechtsvorschriften erreichen zu können.

Karl-Heinz Florenz (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte gleich auf das eingehen, was Stavros Dimas gesagt hat. Natürlich brauchen wir einen verbindlichen Vertrag, einmal für die gesamte Frage des Klimaschutzes, aber auch in Europa für unsere europäische Industrie. Wir haben eben nicht nur grüne Industrie, sondern wir haben auch noch eine Industrie in anderen Sektoren, und wir müssen auch an deren Wettbewerbsfähigkeit außerhalb Europas denken.

Die Industrie braucht Planungssicherheit, und Europa ist da sehr vorgeprescht. Das war richtig so und das habe ich ausdrücklich unterstützt. Aber jetzt müssen wir in Kopenhagen auch dafür sorgen, dass diese guten Ergebnisse des vergangenen Jahres auch auf die Kopenhagener Ebene übertragen werden. Wir müssen uns da eindeutig zu einem weltweiten Kohlenstoffbudget bekennen. Das wurde bereits ermittelt, aber jetzt geht es darum, das auch wirklich auf Staaten und Kontinente zu übertragen. Und wenn wir das getan haben, was nicht einfach sein wird, dann muss ETS weiterentwickelt werden. Wenn das eine rein europäische Story bleibt, wird es eng. Und deswegen kann ich Stavros Dimas und den Ratspräsidenten nur bitten, diesen Export wirklich sehr engagiert zu betreiben.

Wir haben ein zweites Problem identifiziert, das heute auch schon angesprochen wurde, nämlich die Frage der Entwaldung. In Borneo wird jedes Jahr, Jo Leinen, doppelt so viel Fläche wie das ganze Saarland abgebrannt. Das ist eine Katastrophe! 8% CO₂ der gesamten Welt wird dort freigesetzt, da können wir unsere Industrie traktieren, wie wir wollen, die kann das nicht leisten. Und ich will auch nicht, dass sie es leistet. Da müssen wir einen ganz anderen Focus entwickeln.

Über die Finanzen bin ich doch sehr erstaunt, das ist ein Wettbewerb der Zahlen. Für mich ist wichtig, dass das Fass, in das wir unser Geld geben, einen Boden hat, und ich bin nicht sicher, dass es so ist. Bitte, Herr Kommissar, beruhigen Sie mich da. Die Entwicklungsländer müssen mit angepassten Zahlen und Zielen einbezogen werden, dafür plädiere ich. Europa war seriös, und die Seriosität – auch der Kommission und des Rates, das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen – ist unser Gewicht, und an diesem Gewicht sollten wir weiterarbeiten

Dan Jørgensen (S&D). – (DA) Herr Präsident, vor einigen Monaten war ich in Grönland. Ich besuchte eine kleine Stadt mit dem Namen Illulissat. Nördlich von Illulissat befindet sich ein Gletscher. Der Gletscher schmilzt und bewegt sich innerhalb von einer Stunde um zwei Meter, zwei Meter pro Stunde! Man kann es mit dem bloßen Auge beobachten. Man kann es auch hören, denn wenn ein mächtiger Eisbrocken abfällt, hört sich das an wie ein Donnerschlag. Das Schmelzwasser, das täglich von diesem Gletscher ausgeht, entspricht dem Jahresverbrauch einer ganzen Stadt in der Größenordnung von New York. Täglich! Dies ist

ein Zeichen für die Dringlichkeit, mit der wir konfrontiert sind. Und dies noch vor der Zeit, in der uns die Folgen des Klimawandels wirklich treffen werden.

Aus diesem Grunde fühle ich mich verpflichtet, Frau Rosbach und all denjenigen, die sich heute mit den Worten „wir müssen besonnen vorgehen“, „wir müssen darauf schauen, was politisch möglich ist“, „wir müssen die Kompromisse beachten, die erzielt werden können“ geäußert haben, zu sagen: Es gibt Dinge, bei denen Kompromisse nicht möglich sind. Es gibt Zielsetzungen, bei denen wir keine Kompromisse eingehen dürfen. Und eine davon ist das Zwei-Grad-Ziel, für das sich die EU stark macht. Ich freue mich daher sehr, Herr Carlgren und Herr Kommissar Dimas, über die Signale, die Sie heute geben. Kompromisse in Bezug auf das Zwei-Grad-Ziel können nicht akzeptiert werden. Das bedeutet, dass alle Industrieländer weltweit ihre Emissionen zwischen 25 und 40 % reduzieren müssen. Zudem muss massiver Druck auf die USA ausgeübt werden, damit das Land dieses Ziel unterstützt. Ich würde mich freuen, wenn Sie in Ihren Kommentaren die Höhe der Reduktion nennen könnten, die die USA rein praktisch gesehen liefern muss. Meiner Ansicht nach ist dies ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte zu kurz kommt.

Neben der Tatsache, dass wir ein ausreichend ehrgeiziges Reduktionsziel setzen müssen, steht in der EU ein Finanzierungsplan im Mittelpunkt. Die reichen Länder der Welt müssen sich an der Finanzierung des Wachstumstransfers auf die weltweit ärmsten Länder beteiligen. Wir fordern also nicht, dass diese weiter in Armut leben, sondern vielmehr, dass sie ihr Wachstum fortsetzen. Dieses Wachstum muss grün und nachhaltig sein, auch wenn es auf technologischem Wandel gründet. Vorerst bedauere ich sagen zu müssen, dass die EU zwar in etlichen Bereichen Führungsstärke bewiesen hat, dass wir aber im Bezug auf die Finanzierung noch nicht in der Lage sind, die erforderlichen Zahlen auf den Tisch zu legen. Ich weiß, dass die Schuld dafür nicht bei diesen beiden Herren liegt. Leider ist es nicht möglich gewesen, die Unterstützung der Staats- und Regierungschefs in Europa zu erhalten. Ich hoffe jedoch sehr darauf, dass uns diese Unterstützung vor Kopenhagen zuteil wird. Dies ist dringend erforderlich.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, wie äußerst wichtig es ist, dass wir in Europa die Führung mit dem Argument übernehmen, dass dies nicht unbedingt zu fallenden Lebensstandards – weder in der reichen noch in der armen Welt – führen muss. Es wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrien nicht in Frage stellen. Im Gegenteil, durch unsere Forderungen werden sie innovativer und somit weltweit konkurrenzfähiger werden. Beim Lesen der Zeitungen, beim Fernsehschauen oder beim Nachverfolgen der weltweiten Medien insgesamt wird deutlich, dass Pessimismus die Tagesordnung beherrscht. Viele haben bereits entschieden, dass Kopenhagen ein Fiasko werden wird. Daher ist es wichtiger als je zuvor, dass Europa die Führung und das Steuer übernimmt. Ich möchte Ihnen daher viel Erfolg für die Verhandlungen in Kopenhagen wünschen.

Chris Davies (ALDE). – Herr Präsident, bei einem Blick aus dem Fenster sehen Sie, dass das Wetter in Straßburg heute wie gewöhnlich ziemlich schlecht ist. Sogar die Fluten sind nichts besonderes, die Teile meiner Region in Cockermouth und Workington verwüstet haben und während denen der höchste nachgewiesene Niederschlag verzeichnet wurde. Obwohl sie den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, können sie nicht speziell auf den Klimawandel zurückgeführt werden.

Es ist schwierig, die erforderlichen politischen Entscheidungen zu treffen, wenn Zweifel darüber besteht, ob ein Klimawandel stattfindet. Wir müssen einen Schritt zurückgehen. Wir müssen uns darüber klar werden, dass sich die Menschheit im Verlauf eines Menschenlebens vervierfacht hat und die Nutzung fossiler Brennstoffe und unser Energieverbrauch enorm angestiegen sind. Da sich die Tiefe unserer Atmosphäre nicht verändert hat, muss vielleicht die Frage gestellt werden, ob der Klimawandel nicht schneller stattfindet, als dies heute der Fall ist.

Es ist wichtig zu erkennen, dass der Klimawandel keine Religion ist. Er ist kein Glaubensbekenntnis. Wir müssen auf die Argumente der Skeptiker eingehen und uns ihnen stellen. Wir müssen gewährleisten, dass unsere Wissenschaft im Vordergrund steht. Ich würde mir nur wünschen, dass bestimmte Skeptiker nicht mit einem solchen Vergnügen Vorschläge zur Verzögerung der Maßnahmen einbringen würden, denn diese Vorschläge könnten am Ende Millionen von Menschenleben kosten.

Man hat versucht, den Ehrgeiz für Kopenhagen herunterzuspielen. Davon war jedoch bei der gestrigen Rede von Herrn Carlgren vor dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit nichts zu spüren. Das ehrgeizige Vorhaben hätte nicht stärker betont werden können. Es werden 65 Staats- und Regierungschefs teilnehmen. Auch die Verantwortlichen der Vereinigten Staaten und China müssen präsent sein. In jedem Fall wird dies eine Gelegenheit sein, einige wichtige politische Entscheidungen zu treffen.

Ich begrüße die Tatsache, dass die Europäische Union ihre Führungsqualitäten unter Beweis gestellt hat. Wir sind sehr froh darüber. Es stellt sich jedoch die Frage: Wird es ausreichen? Die Lage ist ungewiss. Vier Wochen liegen vor uns, und Verhandlungen haben ihre eigene Dynamik. Geben wir Ihnen genug Handlungsfreiraum? Der Herr Kommissar hat vorgeschlagen, dass wir das 20-Prozent-Ziel auf 30 % aufstocken müssen. Ist dies nun eine Veränderung unserer Verhandlungsposition? Wird sie dadurch gestärkt? Werden wir unsere Bereitschaft für dieses Vorgehen öffentlich machen, bevor ein Endabkommen erreicht wurde? Können sich der Rat und die Kommission vor dem Ende dieser Debatte weiter dazu äußern, wie viel Raum zur Verbesserung unserer Taktik vorhanden ist?

Bas Eickhout (Verts/ALE). – (NL) Bis zum Beginn der Konferenz in Kopenhagen sind es noch zwei Wochen, um die wichtige Gelegenheit zum Abschluss eines ehrgeizigen Klimaabkommens zu nutzen.

Die Europäische Union erklärt zu Recht, dass der Abschluss eines Abkommens in Kopenhagen von wesentlicher Bedeutung ist. Unser Klima duldet keinen Aufschub mehr. Die wissenschaftlichen Fakten sind eindeutig. Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, das die Europäische Union seit Jahren erfüllen will, müssen die reichen Länder ihre Emissionen um 40 % senken. Um dem Zwei-Grad-Ziel zu entsprechen, muss die Europäische Union daher ihre eigenen Ziele erhöhen. Für unser Klima ist dies unverzichtbar.

Zudem hat die Europäische Union die Möglichkeit, die Vereinigten Staaten mit ins Boot zu holen. Bis die EU eindeutig erklärt hat, welchen Betrag sie für die Entwicklungsländer zur Verfügung stellen will, werden die Vereinigten Staaten weiterhin einen Grund haben, um sich mit ihren Aussagen zurückzuhalten. Wir sollten daher jetzt ein eindeutiges Angebot von 30 Mrd. EUR für die Schwellenländer einbringen. Danach liegt es an den Vereinigten Staaten, ihr eigenes Reduktionsziel öffentlich zu machen. Kopenhagen kann ein Erfolg werden, Kopenhagen muss ein Erfolg werden, und die Europäische Union hält weiterhin den Schlüssel für den Erfolg in der Hand.

Derk Jan Eppink (ECR). – (NL) Meine Damen und Herren, Kopenhagen ist bereits vor dem Beginn der Konferenz gescheitert. Vielleicht wird es zu einer Abmachung kommen, nicht jedoch zu einem rechtskräftigen Abkommen.

Präsident Obama wird nicht in der Lage sein, ein Emissionshandelssystem durch den Senat zu bringen. Anstatt Obergrenzen und Handel ist sein Schwerpunktthema das Gesundheitswesen. Folglich steht Europa vor der Wahl: Sollten wir unseren Alleingang fortsetzen oder nicht? Sollten wir weiterhin allein an einem obligatorischen Emissionshandelssystem festhalten, oder nicht? Dies verlangt reifliche Überlegung. Der Preis für den Alleingang könnte immens sein: Im Zeitraum bis 2020 könnte dies die europäische Industrie Hunderte Milliarden Euro kosten, die die Vernichtung von hunderttausenden von Arbeitsplätzen in Europa zur Folge hätte.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Nach Houston haben sich in Antwerpen weltweit die meisten Chemieunternehmen angesiedelt, die 64 000 direkte und 100 000 indirekte Arbeitsplätze bereitstellen. Antwerpens chemische Industrie würde bei einem Alleingang Europas nicht überleben können, und vielleicht liegt es in der Verantwortung eines Niederländers, sich für die wirtschaftlichen Interessen dieser Stadt stark zu machen. Bis 2020 wäre die chemische Industrie der Stadt als Opfer überhöhter Produktionskosten vernichtet.

Auch der Emissionshandel bringt viele Nachteile mit sich. Er ist von hoher Volatilität geprägt: Der Kurs ist von 30 EUR auf 8 EUR eingebrochen. Was können wir denn nun tun? Wir sollten eine angemessene Entwicklung von Umwelttechnologien sicherstellen, wir sollten Umweltinvestitionen steuerlich absetzbar machen, wir sollten die Forschung fördern und umweltfreundliche Produktionstechnologien entwickeln. Diesem Haus sollten die Augen geöffnet werden. Zuweilen habe ich nämlich den Eindruck, mich in einer religiösen Gemeinschaft statt in einem Parlament zu befinden. Unsere Rettung werden technologische Innovationen sein, und nicht etwa der Handel mit heißer Luft.

Kartika Tamara Liotard (GUE/NGL). – (NL) Ich möchte kurz die Aktivitäten darstellen, durch die CO₂ ausgestoßen wird und die eine Person verursacht hat, die ich gestern auf der Straße getroffen habe.

Die Person ist am Leben (das darf nicht vergessen werden!).

Sie hat geduscht. Sie ist mit ihrem Auto zur Arbeit gefahren. Sie hat einen Strauß Blumen aus dem Gewächshaus gekauft, die in eine Plastikfolie eingeschlagen waren. Sie hatte ihren Laptop den ganzen Tag über eingeschaltet. Sie briet sich ein großes, leckeres Steak und stellte ein wenig die Heizung an.

Wie kann nach einem so herrlichen Tag im Luxus darauf bestanden werden, dass eine Eingeborene, die aufgrund der durch unseren Luxus verursachten Entwaldung aus ihrem Land vertrieben wird, ihre CO₂-Emissionen reduzieren muss, während ihre Liste an Aktivitäten nur folgenden Punkt enthält: „Ich war am Leben“?

Da die Industriestaaten für die hohen CO₂-Emissionen verantwortlich sind, müssen sie auch dafür aufkommen und den Entwicklungsländern Unterstützung bereitstellen. Wir können es nicht bei diesen erbärmlichen Almosen belassen. Wir müssen davon Abstand nehmen, nur zum Handeln bereit zu sein, wenn andere dies auch sind. An die Vereinigten Staaten und China muss die Forderung gestellt werden, in dieser Angelegenheit einen großen Beitrag zu leisten. Ehrgeiz ist wichtig. Was jedoch wirklich zählt ist, Verantwortung zu übernehmen.

Oreste Rossi (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gnädigerweise einen Mantel über die unglaubliche Summe von 30 Mrd. EUR breiten, zu deren jährlicher Zahlung an die Schwellenländer sich die EU bis 2020 verpflichten würde, ohne grundlegende Sicherheiten zu erhalten. Uns Italiener erinnert dies an das bekannte italienische *Cassa del Mezzogiorno*.

Unsere Änderungsanträge betreffen drei Aspekte. Zunächst fordern wir rechtskräftige und in gleichem Maße ehrgeizige Verpflichtungen nicht nur für die anderen Industriestaaten, sondern auch für Schwellenländer und insbesondere für China, Indien und Brasilien.

Zweitens stellen wir die Forderung, dass jede europäische Zuwendung für diese Länder an die Nutzung der Technologie „Made in the European Union“ gekoppelt ist, so dass unsere Unternehmen wenigstens teilweise einen Gegenwert für die weiteren belastenden Verpflichtungen zur Emissionsreduktion, die die EU ihnen zur Auflage macht und die sie vollständig aus eigenen Mitteln bestreiten müssen, erhalten.

Drittens fordern wir zum Handeln auf, um sicherzustellen, dass sich hinter der Einbringung innovativer Finanzmechanismen – wie Derivative zum Emissionshandelssystem oder Schuldenerlass gegen Umweltschutzmaßnahmen – nicht eine neue Art von Finanzspekulation verbirgt, die derjenigen ähnelt, die uns in die sehr schwerwiegende, weiter andauernde Krise geführt hat.

Aus diesem Grund wird unsere Delegation – die Delegation der Liga Nord – gegen diese Entschließung stimmen, wenn unsere Änderungsanträge abgelehnt werden.

Nick Griffin (NI). – Herr Präsident, es herrscht allgemein Einigkeit darüber, dass der Klimawandel die größte Herausforderung der Menschheit ist. Dies wird ständig von der politischen Elite behauptet, es ist jedoch eine Lüge. Nicht jeder stimmt dem zu. Tausende Wissenschaftler stellen die bloße Existenz einer menschengemachten globalen Erwärmung in Frage, indem sie sich auf zyklische Veränderungen berufen, aufgrund derer es im römischen Nordengland Weinberge gab und die schwedische Armee 1658 über die gefrorene Ostsee nach Kopenhagen marschieren konnte.

Eine Armee von Fanatikern der Klimaerwärmung marschiert nach Kopenhagen. Anstatt auf wissenschaftlicher Übereinstimmung gründen ihre Wahrheiten jedoch auf einer Art Orwellschen Konsens, d. h. auf Schikane, Zensur und gefälschten Statistiken. Mit den Worten des führenden Klimaforschers Professor Lindzen: „Zukünftige Generationen werden sich in amüsiertem Erstaunen fragen, warum die Welt des frühen 21. Jahrhunderts in hysterische Panik über einen Anstieg der globalen Temperatur um ein paar Zehntel eines Grades und auf der Basis von plumpen Übertreibungen durch höchst unsichere computergestützte Projektionen verfiel und basierend auf all dies ein Zurückdrehen des Industrialisierungszeitalters in Erwägung zog.“

Tatsache ist, dass es kein amüsiertes Erstaunen geben wird, da der Grund für die Hysterie auf der Hand liegt: Die Hysterie soll als Entschuldigung für ein politisches Projekt der Globalisten dienen, mittels dessen die nationale Demokratie durch eine neue Weltordnung der globalen Governance ersetzt werden soll. Dies hat nichts mit Wissenschaft zu tun, sondern ist ausschließlich auf das gemeinsame Ziel der Globalisten zurückzuführen, uns besteuern und kontrollieren zu können, während Unternehmen im Ökoindustriekomplex Milliardenbeträge einheimsen. Die anti-westlich eingestellten intellektuellen Spinner der Linken erlitten einen kollektiven Zusammenbruch, als der Kommunismus kollabierte. Der Klimawandel ist ihre neue Theologie, eine säkulare religiöse Hysterie, die abgerundet wird durch den Papst Al Gore, dem Ablasshandel mit Emissionsgutschriften und der Verfolgung der Ketzer. Doch die Ketzer werden in Kopenhagen eine Stimme haben, und die Wahrheit wird an den Tag kommen. Der Klimawandel wird benutzt, um ein inhumanes Utopia zu verhängen, das genauso tödlich ist, wie alles, was jemals von Stalin oder Mao erdacht worden ist.

Richard Seeber (PPE). - Herr Präsident! Albert Einstein hat einmal gesagt: Machen wir die Dinge so einfach wie möglich, aber auch nicht einfacher. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in diese Falle tappen. Wir gaukeln uns jetzt vor, dass bestimmte Wetterphänomene – wie das Hochwasser in Irland – direkt mit dem Klimawandel zusammenhängen. Wir sagen auch, dass der globale Temperaturanstieg, der über den Kontinenten unweigerlich da ist, direkt mit dem CO₂-Gehalt der Erde zusammenhängt, der von Menschen verursacht und leicht angestiegen ist.

Es gibt Wissenschaftler, die diese Kausalitäten bezweifeln, und wir sollten das im Hinterkopf behalten, wenn wir jetzt nach Kopenhagen fahren. Wir sollten dort mit Optimismus, aber auch mit Realismus hingehen. Europa ist eben nur für 10 % des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Daran gibt es nichts zu rütteln. Gleichzeitig wissen wir auch, dass die USA, China und die APEC-Staaten, die zwei Drittel des weltweiten CO₂-Ausstoßes verursachen, dem ganzen Thema sehr kritisch gegenüberstehen.

Es geht jetzt weniger darum, dass wir einen Wettlauf der Zahlen veranstalten und 20 % oder 30 % reduzieren wollen, sondern es geht darum zu versuchen, ein weltweites Abkommen zustande zu bringen, nicht im europäischen Alleingang, sondern wir müssen versuchen, verbindliche Ziele für alle zu erreichen, die dann auch kontrolliert und vor allem auch eingehalten werden. Ebenso wichtig ist es, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger und auch die Unternehmen mitnehmen. Es nützt niemandem, wenn Europa *Carbon-Leakage*-gefährdet ist und die Betriebe abwandern, die hier in Europa doppelt so energieeffizient produzieren wie in anderen Teilen der Welt. Es nutzt auch niemandem etwas, wenn verschiedene Staaten der Welt die Regenwälder abholzen – in Brasilien sind im letzten Jahr 12 500 qkm Regenwald abgeholzt worden. Karl-Heinz Florenz hat Borneo zitiert.

Darum ist es viel wichtiger, dem Inhalt zu gebieten, als diesen Wettlauf um Zahlen mitzumachen. Daher bitte ich doch die Verhandler, mit Realismus und nicht mit zu viel Optimismus nach Kopenhagen zu fahren.

Marita Ulvskog (S&D). – (SV) Herr Präsident, ich freue mich über das Engagement des schwedischen Ministers. Er steht jedoch weiterhin sehr allein auf weiter Flur. Weltweit führende Staatsmänner, der Europäische Rat und sogar der Premierminister, der den schwedischen Ratsvorsitz anführt, scheinen statt langfristigen Umweltvorteilen auf weltweiter Ebene kurzfristigen innenpolitischen Erfolgen den Vorzug zu geben. Das ist nicht hinnehmbar.

Unter anderem ist eine eindeutige Information zur Finanzierung der Klimaarbeit in den Entwicklungsländern erforderlich. Ihr bisheriges Versprechen, in angemessenem Verhältnis Zahlungen zu leisten, ist nicht annehmbar. Da dies keine Verpflichtungen, sondern lediglich Worte sind, werde ich weiterfragen: Kann Herr Carlgren versprechen, dass er uns vor Kopenhagen klare Informationen zukommen lässt?

Zweitens, zum Thema der Finanzierung, besteht die Absicht, dass ein großer Teil der Mittel aus dem Handel mit Emissionszertifikaten stammen soll. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass das System untergraben wird, indem zu einem großen Anteil Emissionsreduktionen, die in den Entwicklungsländern zu erzielen sind, durch Projekte für Mechanismus der sauberen Entwicklung (CDM) der Weg geebnet wird. Darüber hinaus wird auch darüber debattiert, ob reiche Länder das Recht haben, ungenutzte Emissionszertifikate aus den Vorjahren übertragen zu können. Was gedenken Herr Carlgren und der Vorsitz zu tun, um das einwandfreie Funktionieren des Emissionshandelssystems zu gewährleisten? Kann damit gerechnet werden, dass das Katz- und Mausspiel, das gegenwärtig zwischen den in den Kopenhagen-Gipfel involvierten Ländern vorgeht, ein Ende findet?

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – (NL) Ich möchte Herrn Carlgren und Herrn Kommissar Dimas sowohl für den Inhalt als auch insbesondere für den Ton, in dem sie ihre Reden vorgetragen haben, danken. Der positive Tonfall vermittelt die Überzeugung, dass ein internationales Abkommen tatsächlich erzielt werden kann, d. h. ein Abkommen, das international rechtsverbindliche Normen enthält.

Herr Präsident, mindestens 60 Staats- und Regierungschefs werden nach Kopenhagen reisen. Hoffentlich wird ihre Reise nicht umsonst sein. Hoffentlich wird ihnen ihre große Verantwortung bewusst. Hoffentlich werden sie sich selbst übertreffen und über kurzfristige wirtschaftliche Interessen hinweggehen. Hoffentlich werden sie einen großen Schritt nach vorne auf die Wirtschaft von morgen tun, einer Wirtschaft mit einem minimalen Rohstoffverbrauch.

Der Erfolg in Kopenhagen hängt davon ab, ob Europa eine starke Führungsrolle spielt. Herr Carlgren, Herr Kommissar Dimas, hoffentlich hört die gegenseitige Erpressung der Hauptakteure endlich auf. Wir haben keine Zeit mehr für Spielchen nach dem Motto „Wer kann am längsten stillsitzen?“. Wir wollen die

Akteure für das internationale rechtskräftige Abkommen, dass wir alle so sehr wünschen, mobilisieren und begeistern.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, wie aufgrund etlicher wissenschaftlicher Studien und auch durch Yvo de Boer bekannt ist, unternehmen die Schwellenländer angesichts 2020 mindestens genauso viele Bemühungen wie Europa.

Wir wissen auch, dass in den Verhandlungen bereits ein Recht zur Einsichtnahme hinsichtlich der Schwellenländer besteht und dass dieses Recht immer häufiger durch das Emissionsinventar und den Bericht zu den getroffenen Maßnahmen in Anwendung kommt. Das Weltressourceninstitut hat Statistiken veröffentlicht, nach denen China bei ungefähr 70 Tonnen pro Kopf steht – es handelt sich dabei um einen kumulativen Betrag seit 1950 –, während die Vereinigten Staaten 810 Tonnen und die EU27 413 Tonnen verzeichnen.

Wir möchten Sie daher bitten, die Entschließung des Europäischen Parlaments sinnvoll und in erster Linie als Verhandlungsauftrag zu nutzen. Das wäre das Beste, was wir zugleich für das Klima und für unseren Ausstieg aus der Krise in Europa tun könnten.

Als nächstes fordere ich die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) auf, aus Gründen der Intelligenz und der Glaubwürdigkeit ihre Änderungsanträge zurückzuziehen, denen zufolge die Schwellenländer genau die gleichen Anstrengungen und Engagements wie reiche Länder auf sich nehmen müssten. Dies ist weder hinnehmbar noch seriös.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Herr Präsident, im Rahmen von Kyoto gewährten wir Schwellenländern Konzessionen und Ausnahmeregelungen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit weitläufig in Mitleidenschaft zogen. In der Zwischenzeit bis 2005 übertrafen die CO₂-Emissionen der Schwellenländer den Schadstoffausstoß in Europa. Heute möchte das Parlament die Wirtschaft nicht nur mit weiteren drastischen Klimaregelungen belasten. Die eingebrachte Entschließung stellt für unsere nationalen Haushalte über einen Zeitraum von zehn Jahren eine jährliche Belastung von 30 Mrd. EUR dar, die zur Unterstützung von Entwicklungsländern verwendet werden sollen. Im Fall von Polen könnte sich der Betrag aufgrund der vorgeschlagenen Berechnungsmethode sogar auf 40 Mrd. EUR über 10 Jahre bis 2020 belaufen. Die zweifelhaften Wirkungen des Kyoto Protokolls, die privilegierte Stellung von Entwicklungsländern und die steigenden Kosten dieser Politik sind die Gründe, warum wir uns dieser Entschließung widersetzen. Wir sind nicht nur für das Klima, sondern auch für das Wohlergehen unserer Bürger verantwortlich.

Sabine Wils (GUE/NGL). – Herr Präsident! In vielen Teilen der Erde sind die Folgen des Klimawandels sichtbar. Letzte Berechnungen gehen von bis zu 4°C Erhöhung der globalen Temperatur bis 2060 aus, für die Arktis sogar bis zu 10°C. Für das deutlich schnellere Abschmelzen des Eises in der Arktis sind hauptsächlich die Ruß-Emissionen aus Europa verantwortlich – die Winde tragen sie dorthin. Die reichen Industriestaaten in der EU sind jetzt in der Pflicht, die ärmeren Länder finanziell zu unterstützen, damit Sofortmaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels ergriffen werden können. 100 Milliarden Dollar werden von 2010 bis 2050 jährlich benötigt, 30 Milliarden jährlich sind doch nicht zuviel für die EU.

Und der Technologietransfer darf nicht an Patente gebunden werden, sonst fließt ein Teil des Geldes gleich wieder zu den Konzernen in die Industriestaaten zurück. Die EU ist in der Pflicht, bei der Klimakonferenz in Kopenhagen in Vorleistung zu treten.

Paul Nuttall (EFD). – Herr Präsident, ich habe gerade einen Kollegen der sozialistischen Partei über Grönland und die Eisschmelze in Grönland reden gehört.

Ich möchte folgende Frage zu diesem Thema stellen: Warum wird Grönland im Dänischen so genannt, also eigentlich „Grünland“? Ist der Grund dafür vielleicht, dass Grönland begrünt war, als höhere Temperaturen auf der Erde herrschten?

Anscheinend glauben dies die britischen Bürger. Eine kürzlich in der Zeitung *The Times* veröffentlichte Meinungsumfrage zeigte eindeutig, dass das britische Volk nicht mehr an die sogenannte menschengemachte Erderwärmung glaubt.

Die britische Bevölkerung ist sehr scharfsinnig und überzeugt davon, dass sich Politiker der Umweltschutzagenda bemächtigt haben. Sie wird zynisch zur Erhebung von Steuern und zu Kontrollzwecken genutzt, und nun wird sie von der Europäischen Union eingesetzt, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen.

In dieser Woche gab es zudem den Eklat um das führende Klimaforschungszentrum im Vereinigten Königreich, das als Berater der Regierung bei der Änderung von Daten und der Unterdrückung der Debatte ertappt wurde. Dies ist wirklich eine Schande.

Ich freue mich auf Kopenhagen, wenn die politische Klasse verlegen um den Tisch sitzt und den riesigen Elefanten, der sich im Raum befindet, nicht erwähnen kann, nämlich dass sich der Globus in den letzten zehn Jahren gar nicht erwärmt hat.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – (ES) Herr Präsident, ich möchte zunächst die Bemühungen und auch den Eifer anerkennen, den sowohl die Kommission als auch der Rat und natürlich das Parlament über einen so langen Zeitraum, während der gesamten Laufzeit dieses Programms im Kampf gegen den Klimawandel, bewiesen haben.

Meiner Ansicht nach gibt es eine Reihe von Tatsachen, die uns den Weg weisen sollten. Als Erstes handelt es sich um Folgendes: Wir benötigen die Teilnahme eines jeden, insbesondere auch der Länder, die die größten Umweltverschmutzer sind. Die zweite nahezu sichere Tatsache ist folgende: Basierend auf den Informationen, die uns zur Verfügung stehen, scheint es sehr schwierig zu werden, in Kopenhagen ein rechtskräftiges Abkommen zu erzielen, das wie die Abkommen zum Prozentsatz der Emissionen rechtsverbindlich ist.

Angesichts dieser Tatsachen sollten wir jedoch nicht aufgeben, denn Pessimismus entsteht, wenn man sich mit der Realität nicht abfinden kann. Dahingegen gründet Optimismus auf dem Anerkennen der gegebenen Umstände.

Was muss in Kopenhagen im Wesentlichen erreicht werden? Natürlich dürfen wir die Möglichkeit nicht außer Acht lassen, dass ein allgemeines Abkommen erzielt wird. Da wir uns jedoch im Klaren sind über die Lage und die existierenden Möglichkeiten, sollten wir uns meiner Ansicht nach auf sektorielle Abkommen konzentrieren, die effektiv realisierbar sind und umsetzbare Zielsetzungen vorgeben. Dabei denke ich natürlich an ein Abkommen über die Entwaldung und ein Abkommen zur Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern, in erster Linie jedoch an ein Abkommen zum Technologietransfer. Zudem halte ich es für eine sehr gute Idee, über Abkommen zur Förderung von Programmen zu verfügen, so dass die Industriesektoren, die weltweit den höchsten Energieverbrauch aufweisen, unabhängig von ihrem Sitzungsland Emissionsabkommen abschließen können. Dies würde auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaften steigern.

Abschließend möchte ich hervorheben, dass Optimismus auf Realismus basiert und Effektivität auf der Festlegung realisierbarer Ziele gründet. Hiervon sollten wir uns grundsätzlich leiten lassen.

Linda McAvan (S&D). – Herr Präsident, und wieder durfte sich das Haus über zwei Reden der BNP und UKIP glücklich schätzen. Die beiden Parteien haben dabei erneut bewiesen, dass zwischen ihnen in Bezug auf ihren Glauben an Verschwörungstheorien Einigkeit besteht und sie sich nur sehr geringfügig voneinander unterscheiden.

An diesem Morgen möchte ich jedoch zunächst den Herrn Minister dafür beglückwünschen, dass er an seinem Ehrgeiz in Bezug auf Kopenhagen und an der Vorstellung eines rechtskräftigen Abkommens festhält.

An diesem Morgen hat die BBC berichtet, dass das Weiße Hause erklärt habe, dass es mit Zielen zur Reduzierung der US-Emissionen nach Kopenhagen kommen werde. Diejenigen unter uns, die mit den US-Abgeordneten des Kongresses zusammengetroffen sind, wissen um die ernst zu nehmende Bewegung, die im Gange ist, und die damit verbundene sehr ernst zu nehmende Aussicht auf Rechtsvorschriften in den Vereinigten Staaten. Meiner Ansicht nach besteht daher weiterhin eine echte Hoffnung auf eine Vereinbarung in Kopenhagen.

Doch Kopenhagen ist nur der Beginn. Bei unserer Rückkehr aus Kopenhagen müssen wir uns in Europa um die Reduzierung unserer Emissionen bemühen. Wir müssen weiterhin in Energieeffizienz, in erneuerbare Energien und in kohlenstoffarme Technologien investieren. Ich bin sehr froh darüber, dass wir als Europäische Union letzte Woche die Vereinbarung getroffen haben, in Technologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu investieren und dass eine dieser Speicherstätten für meinen Wahlbezirk in Yorkshire, Hatfield, vorgesehen ist.

Herr Kommissar Dimas, ich möchte Ihnen danken. Ich weiß nicht, ob dies die letzte Gelegenheit vor diesem Hause sein wird, um Ihnen für Ihre Arbeit als Kommissar der letzten Jahren zu danken. Die Kommission hat eine wirklich gute Leistung vollbracht, indem sie Europa an die Spitze setzte, und Ihre Bemühungen dabei sollten vor diesem Haus gelobt werden.

Wir werden Sie in Kopenhagen treffen. Vielleicht kommen Sie im Januar in dieses Haus, doch ich hatte den Wunsch, meine Worte zu Protokoll geben.

Schließlich hoffe ich darauf, dass dieses Haus für eine gute Entschließung zum Klimawandel stimmen wird, und ich hoffe, dass wir die Änderungsanträge der Abgeordneten dieses Hauses aus der Opposition ablehnen werden, da sie unsere Verpflichtungen anscheinend verwässern wollen. Sie wollen unsere Ziele herabsetzen und unsere Emissionen vermehrt kompensieren. Wenn wir den Klimawandel ernst nehmen und ein gutes Abkommen wünschen, müssen wir diese Änderungsanträge niederstimmen.

Fiona Hall (ALDE). – Herr Präsident, ich begrüße die positive und entschiedene Haltung des schwedischen Ratsvorsitzes und insbesondere die Entschlossenheit des Ministers, dass das Abkommen in Kopenhagen ausbaufähig sein und Kontrollmechanismen enthalten sollte, sodass es an neue wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst werden kann.

Das im Dezember 2008 verabschiedete EU-Klimapaket war ein wichtiges Zeichen für die Ernsthaftigkeit unseres Engagements beim Klimawandel. Genauso wichtig waren die in den letzten Monaten unter dem schwedischen Ratsvorsitz getroffenen Vereinbarungen, besonders die umgestaltete Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die den CO₂-Fußabdruck von neuen und renovierten Gebäuden reduzieren wird.

Die Pläne Europas weisen jedoch eine deutliche Lücke auf, und das sind die Investitionen. Es ist ein erstaunliches Faktum, dass die USA trotz fehlender Rechtsvorschriften mehr als 100 Mrd. USD auf Ausgaben für saubere Energie verwenden wollen und China 200 Mrd. USD in seinem Konjunkturprogramm vorgesehen hat, während die EU Verpflichtungen von etwas über 50 Mrd. USD eingegangen ist. Wir sollten dies nicht vergessen und im Vorfeld von Kopenhagen nicht zu selbstgefällig sein.

VORSITZ: DAGMAR ROTH-BEHRENDT

Vizepräsidentin

Claude Turmes (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich habe eine konkrete Frage an Herrn Dimas. Wenn ich richtig informiert bin, ist es so: Wenn wir in der Europäischen Union die Ziele, die wir uns gesetzt haben – 20 % erneuerbare Energien bis 2020 und 20 % Energieeffizienzsteigerung bis 2020 –, umsetzen, dann zeigen die Energiemodelle der Europäischen Union, dass wir allein dadurch schon eine CO₂-Reduktion von 18 % bis 21 % erreichen werden, abhängig davon, wie viel Kohle- oder Gaskraftwerke noch laufen werden.

Von daher verstehe ich nicht, warum wir so viel diskutieren, um auf 30 % zu kommen, denn wir können durch die Umsetzung von Effizienz, erneuerbaren Energien und dann noch ETS und ein bisschen *Carbon Offsetting* leicht auf 30 % bis 35 % gelang.

Ich wäre Ihnen auch dankbar, Herr Dimas, wenn Sie als standhafter Konservativer das diesen Wackelpuddings von Seeber, Florenz und anderen, die schon wieder vor den alten Industrien einknicken, endlich einmal klarmachen würden.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte um ein bisschen mehr Sinn für Verhältnismäßigkeit bitten. Trotz all dem, was wir gehört haben, handelt es sich hier nicht um die wichtigsten Verhandlungen in der Geschichte der Menschheit, und in Wahrheit hängt die Zukunft der Menschheit nicht von diesen Verhandlungen ab, wie einige Abgeordnete behaupten. Die Entscheidungen über bestimmte Grenzen im Klimaschutzpaket sind nicht präzise und detailliert.

Es ist zu bedauern, dass bereits festgelegt worden ist, dass sich die finanziellen Effekte dieses Pakets sich in erster Linie auf die ärmeren Länder, die neuen Länder der EU, niederschlagen werden. Die Entscheidung, die Finanzierung in dieser Hinsicht nicht vom Einkommen pro Kopf abhängig zu machen, sondern von den Verschmutzungsgrenzwerten, ist eine Entscheidung, die die Wirtschaften der neuen EU-Länder, einschließlich meines Landes Polen, trifft.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ein wirksamer Ansatz für das Problem des Klimawandels, der über die einfache Festlegung von Emissionsminderungszielen hinausgeht, erfordert eine realistische Auslegung der Mittel und Wege, die für die Erreichung dieser Ziele vonnöten sind.

Wir glauben, dass es signifikant und bezeichnend ist, dass der Großteil des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit die Aufnahme von Änderungsanträgen in den Entwurf einer Entschließung über Kopenhagen abgelehnt hat; Änderungen zugunsten – ich zitiere – der Diversifizierung

der Instrumente zur Verwirklichung der Emissionsminderungsziele, um Abhängigkeit von marktbasierenden Instrumenten zu vermeiden, und der erforderlichen Bewertung der Wirksamkeit dieser marktbasierenden Instrumente sowie ihrer Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt.

Die Bedeutung, die die Europäische Union Marktlösungen beimisst, ist Ausdruck einer im Wesentlichen politischen und ideologischen Entscheidung. Ziel dabei ist es, ein Programm zu entwickeln, um Milliarden zu schaffen, virtuelles Vermögen im Dienste eines Systems, das offensichtlich nichts aus der Krise, in der es derzeit steckt, gelernt hat.

Die Erfahrung der Einführung des Emissionshandelssystems der Europäischen Union hat die Regulierung durch den Markt völlig in Misskredit gebracht und die fehlende Wirksamkeit und Perversität seiner Instrumente klar offengelegt.

Timo Soini (EFD). – (F) Frau Präsidentin, wir sollten Arbeitnehmer, Kleinunternehmen und Industrie schützen. Sich für die Umwelt einzusetzen, ist nur möglich, wenn die Wirtschaft gesund ist. Nur wenn es der Wirtschaft gut geht, können wir in die Umwelt investieren.

Es sieht nicht gut aus mit den gegenwärtig angestrebten Prozentsätzen. Der derzeit praktizierte Handel mit Prozentsätzen ist, und das sage ich als Katholik, nichts als eine moderne Version des Ablasshandels, und das ist keine gute Sache. Wir müssen ein System der spezifischen Emissionen einführen, wie bei den Autos, um Fortschritte bemessen zu können und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Wieso tritt die Linke nicht für die Arbeiter ein, nicht nur in Finnland, sondern ganz allgemein in Europa? Die Unterstützung der Linken schmilzt schneller dahin als die Eisberge. Es gibt andere Möglichkeiten: Es können Gebühren auf Produkt erhoben werden, die bestimmte Emissionswerte übersteigen. Wenn wir ein System schaffen, in dem Umweltdumping, ausgehend von den Entwicklungs- und den weniger industrialisierten Ländern, gar nicht erst möglich ist, können wir Arbeitsplätze und höherwertige Produkte erhalten und dies auch in Zukunft tun.

Romana Jordan Cizelj (PPE). – (SL) Ich bin optimistisch und stimme mit dem schwedischen Minister Carlgren darin überein, dass wir erfolgreich sein müssen. Ich möchte hinzufügen, dass wir, um erfolgreich zu sein, auch ernsthaft handeln und unsere Ziele auf eindeutige und transparente Weise verfolgen müssen.

Erstens möchte ich festhalten, dass die Minderung des Treibhausgasausstoßes sowohl ein europäisches als auch ein globales Ziel ist. Wir dürfen uns nicht anmaßen, über die verschiedenen Technologien zu urteilen und einige zu unterstützen, während wir andere verdammen. Wenn es um Technologien geht, müssen wir unparteiisch bleiben. Wir müssen dem Einsatz kohlenstoffarmer Technologien und der Entwicklung neuer Verfahren gegenüber stets offen sein.

Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Einsatz im Kampf gegen den Klimawandel eine Rivalität zwischen einzelnen kohlenstoffarmen Technologien schafft. Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir alle verfügbaren Technologien ernsthaft in Betracht ziehen.

Zweitens, bei der COP15-Konferenz müssen wir, die Vertreter der Europäischen Union, eine klare Botschaft aussenden: dass es mehr Geld für die Drittländer geben muss, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen können, und dass eine nachhaltige Entwicklung gebündelte Lösungen verlangt. Wie können wir jedoch unseren Steuerzahlern erklären, dass wir uns vorgenommen haben, die nachhaltige Entwicklung von Drittländern zu finanzieren, ohne von diesen Zusicherungen zu fordern, um sicher zu gehen, dass sie diese Mittel für den vereinbarten Zweck verwenden? Wir brauchen Zusicherungen, und wir brauchen Überwachung.

Drittens, bei einer unserer Aussprachen im November habe ich dieses Parlament darauf aufmerksam gemacht, dass wir Präsident Obama mitteilen müssen, dass wir ihn bei den COP15 dabeihaben wollen. Heute Morgen habe ich erfahren, dass Herr Obama seine Teilnahme in Kopenhagen bestätigt hat und dass er sich für bindende Ziele der Minderung von Treibhausgasemissionen einsetzen will. In meinen Augen ist das der Beweis dafür, dass unsere Entscheidung, weiterhin politischen Druck auszuüben, richtig war.

Abschließend möchte ich eine klare Botschaft aussenden. Wir müssen handeln, sofort. Wir wollen ein rechtsverbindliches Übereinkommen, und wir wollen, dass die anderen Länder sich verantwortungsvoll verhalten.

Saïd El Khadraoui (S&D). – (NL) Ich möchte über den Aspekt Verkehr sprechen. Ich glaube, dass der Verkehr, gemeinsam mit der Energiefrage, die größte Herausforderung in Sachen Klimawandel ist,

und zwar, weil dieser Aspekt eine Überholung der logistischen Organisation unseres Handelssystems und unserer Art zu reisen und uns fortzubewegen erfordert. Wir müssen natürlich ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergreifen, um die Ziele zu verwirklichen. Dazu gehören nach wie vor Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Einführung schärferer technischer Standards, die Festlegung und Verbreitung der besten Standards, die Internalisierung externer Kosten, um die Effizienz des Systems zu verbessern und gleiche Rahmenbedingungen für die verschiedenen Transportmittel zu erreichen, und natürlich die Setzung durchsetzbarer, ehrgeiziger Ziele auf globaler Ebene. Dies ist besonders wichtig im Fall des Flug- und Seeverkehrs, wo im Bereich der Nachhaltigkeit noch viel zu tun ist.

In dieser Hinsicht muss ich feststellen, dass die vom Rat vorgeschlagenen Ziele – eine Verringerung um 10 % bis 2020 für den Flugverkehr und um 20 % für den Seeverkehr – eigentlich nicht ehrgeizig genug sind. Ich denke, dass wir hier noch weiter gehen können.

Andererseits stelle ich fest, dass die Entschliebung auf die Frage, die Hälfte der Emissionszertifikate durch Versteigerung zu verkaufen, Bezug nimmt. Das entspricht nicht dem, was wir uns vor zwei Jahren vorgenommen haben, als wir 15 % hatten, und es wäre schön, wenn wir uns auf ein ehrgeiziges Übereinkommen konzentrieren würden. Setzen wir uns das zum Ziel.

Frédérique Ries (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, wir verstehen die Situation vollauf, der Grundton wurde festgelegt, denke ich, und Herr Minister Carlgren hat sogar den vorherrschenden Pessimismus kritisiert. Mit dem Countdown wurden Schritte zur Rettung des Gipfels in Kopenhagen gesetzt, um sicherzustellen, dass die Länder mit dem größten Schadstoffausstoß auf dem Planeten ein ehrgeiziges Übereinkommen unterzeichnen und sich gegenüber den künftigen Generationen verpflichten.

Ein Übereinkommen ist eine gute Sache. Noch besser ist es natürlich, erfolgreich zu sein. Wir wissen, dass dieser Erfolg, was das künftige Kopenhagener Protokoll betrifft, von der Unterstützung durch die Industrieländer abhängt – in erster Linie durch China und die USA – und von der ebenso erforderlichen Unterstützung durch die Entwicklungsländer. Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Parlaments hat in dieser Hinsicht gute Arbeit geleistet, als er 30 Mrd. EUR an jährlichen Direktzahlungen bis 2020 vorgeschlagen hat, um diese Länder bei ihrem Übergang zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft zu unterstützen.

Dies führt mich zu dem, was ich als Makel unserer Entschliebung ansehe, nämlich die mangelnde Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der Menschen. Diese Auswirkungen sind, den Appellen und Warnungen der WHO nach zu schließen, gewaltig.

Ich rufe Sie alle daher auf, die zwei Änderungsanträge zu dieser Frage zu unterstützen, die ich in unsere Entschliebung eingefügt habe.

Caroline Lucas (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, es gibt einen neuen Film zum Thema Klimawandel mit dem Titel *Das Zeitalter der Dummheit*. Es geht darin um den alleinigen Überlebenden einer Umweltkatastrophe im Jahr 2055. Mir gehen einige Worte aus diesem Film nicht aus dem Sinn, nämlich als der Darsteller, auf 2009 – auf unsere Gegenwart – zurückblickend, sagt: „Wieso haben sie, obwohl sie Bescheid wussten, nicht gehandelt, als noch Zeit war?“

Anders gefragt, wieso haben wir es nicht geschafft, ausreichend politischen Willen aufzubringen? Teilweise, weil wir nicht genug über die Vorteile eines Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Welt sprechen – die Millionen von Arbeitsplätze im Bereich der grünen Energie, die besser isolierten Häuser und die Optimierung des öffentlichen Verkehrs. So lautet die Botschaft, für die sich die EU stark machen muss.

Und dennoch bieten sogar die ehrgeizigsten Ziele, die die EU derzeit vorschlägt – eine Verringerung um 30 % bis 2020 – nur eine 50 %ige Chance, dass die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels verhindert werden. Wenn man Ihnen sagen würde, dass das Flugzeug, das sie gerade besteigen wollten, mit 50 %iger Wahrscheinlichkeit abstürzt, würden Sie es wohl lassen. Der Einsatz, der für uns in Kopenhagen auf dem Spiel steht, ist jedoch noch viel höher als das. Hier also meine Botschaft an Sie: Bitte seien Sie ehrgeiziger. Verhindern Sie, dass auf dem Denkmal für Kopenhagen einmal stehen wird: „Das war das Zeitalter der Dummheit“.

Paweł Robert Kowal (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ein weiteres Mal fällt in dieser Angelegenheit, die für die Europäische Union sehr wichtig ist, ständig das Zauberwort „Erfolg“. Der Ratsvorsitz möchte, mehr als alles andere, erfolgreich sein. Zur gleichen Zeit heißt es in den europäischen Zeitungen andauernd, dass der Gipfel in Kopenhagen kein Erfolg werden wird. Denken wir doch einmal darüber nach, warum das so ist.

Weil Regierungen spüren, dass, wenn alles gesagt würde wie es ist, wenn die Bürger der Mitgliedstaaten der EU über die Folgen Bescheid wüssten, wenn sie wüssten, aus welchen Gründen wir so wichtige Entscheidungen treffen wollen, und von der Ungewissheit dieser Gründe und der Folgen unseres Handelns wüssten, sie gegen all das wären.

Ich möchte nur eines sagen, und das ist das wichtigste: Die Europäische Union ist verantwortlich, die Mitgliedstaaten der EU sind verantwortlich für das, was in der Welt passiert, aber sie sind zuallererst verantwortlich für ihre eigenen Nationen, Staaten und Bürger, die Menschen, die ihre Hoffnung in das setzen, was wir tun, die hoffen, dass sich die Dinge künftig für sie positiv entwickeln werden. Darauf dürfen wir nicht vergessen. Wenn wir die Verantwortung global verteilen wollen, und ich möchte hier nicht ins Detail gehen, dann muss diese Verantwortung alle gleichermaßen betreffen: die einen in Bezug auf die Reduzierung, andere in Bezug auf den Umweltschutz, andere wiederum in Bezug auf etwas anderes – das ist es, was wir heute brauchen.

David Campbell Bannerman (EFD). – Frau Präsidentin, in meinem englischen Wahlkreis wurde diese Woche aufgedeckt, dass Wissenschaftler der Universität East Anglia vermutlich Daten manipuliert haben, um zu beweisen, dass die Erderwärmung durch den Menschen verursacht wurde.

Was für ein tolles Werbegeschenk! Es ist klar, dass der wissenschaftliche Konsens über die vom Menschen verursachte Erderwärmung jetzt immer mehr schwindet: 30 000 skeptische Wissenschaftler in der Erklärung von Manhattan; 600 Forscher in einem Bericht des US-Senats; sogar deutsche Wissenschaftler, die sich in diesem Jahr an Kanzlerin Angela Merkel gewandt haben.

Währenddessen appelliert der Autor des wesentlichen UNO-Berichts zu diesem Thema, Sir. Nicholas Stern, an uns alle, Vegetarier zu werden, um das Furzen der Kühe zu stoppen. Vielleicht sind es ja nicht nur die Kühe, die wahnsinnig geworden sind.

Ich gehöre dem Ausschuss für internationalen Handel an. Ich mache mir große Sorgen hinsichtlich der WTO-Gespräche, die diese Woche beginnen werden. Ich habe Angst vor einem Abdriften in Richtung grüner Tarife, gerechtfertigt durch derartige Behauptungen. Diese neuen Tarife sind einfach Hemmnisse für den Handel, gehen zu Lasten der Armen und sind in keiner Weise gerechtfertigt. Dies ist nichts als ökologischer Imperialismus.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja hier im Zusammenhang mit den Klimadebatten auch unterschiedliche Meinungen über Ursache und Wirkung dieses Klimawandels gehabt. Das will ich jetzt nicht weiter verfolgen. Aber einige Kollegen, die darauf hingewiesen haben, haben schon Recht: Es gibt auch in der Wissenschaft zunehmend neue Stimmen, und ich würde mir wünschen, dass wir auch über diese Stimmen fair miteinander streiten.

Zweitens: Es gibt im Parlament für diesen Kopenhagener Gipfel eine klare Positionierung. Es gibt einen klaren Auftrag, was jetzt erreicht werden soll. Und es gibt einen Auftrag an alle hier im Parlament, sich um das Wohl der Menschen in der Europäischen Union zu kümmern, und zwar in allen Facetten. Wir müssen bei diesen Debatten aufpassen, dass wir nicht nur ein Projekt als das einzige politische Projekt betrachten, das für uns von Bedeutung ist. Deshalb würde ich mir manchmal wünschen, dass wir bei dem, was wir in Kopenhagen erreichen wollen, darauf achten, uns nicht in Beschwörungsformeln oder in so einem – wie einige Kollegen eben gesagt haben – Wettbewerb der Zahlen zu ergehen, sondern dass wir schauen, was wir konkret und wirksam erreichen können. Was können wir klug erreichen? Was sind die Auswirkungen auch auf die Industrie in Europa? Das müssen wir mit betrachten. Das ist nicht das einzige Kriterium, aber es ist auch ein Kriterium, und deshalb würde ich mir wünschen, dass wir versuchen, Absprachen zu treffen, die wirklich möglichst konkret sind. Das bedeutet dann auch, fair zu sein und dass die anderen Industrieländer sich beteiligen, damit es nicht nur ein europäisches Projekt ist.

Eben hat ein Kollege noch einmal darauf hingewiesen: 10 % tragen wir bei. Der Rest der Welt, die Schwellenländer, die Entwicklungsländer müssen ihren Beitrag leisten. Wenn wir in Kopenhagen dafür keine präzisen Festlegungen erreichen, wäre mir wohler, wenn wir dann einen politischen Konsens erreichen und Aufträge vergeben würden, um dann in den Monaten danach sehr konkret zu Vereinbarungen zu kommen. Wir sollten in Kopenhagen nicht in irgendeinen Formelkompromiss flüchten und uns vormachen, das wäre ein Ergebnis, um dann in einen Automatismus zu kommen, der dann 30 % lautet. Also Realismus und konkretes Handeln, dann kommt man in der Sache wahrscheinlich weiter.

Teresa Riera Madurell (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, der Kampf gegen den Klimawandel erfordert auch einen radikalen Wechsel, was die Erzeugung und den Verbrauch von Energie betrifft. Wir brauchen ein neues

Modell, dass folgende drei Bedürfnisse unter einen Hut bringt: Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Mit diesem Ziel vor Augen arbeiten wir an einer gemeinsamen Antwort.

2007 war ein entscheidendes Jahr, weil wir unsere genauen Ziele festgelegt haben. Es wurde beschlossen, zu verhindern, dass die Temperatur in einem irreversiblen Maß ansteigt, und diese Entscheidung wurde in dem Wissen getroffen, dass das Ausbleiben von Taten weitere Kosten für die globale Wirtschaft verursachen würde, während Investitionen in Effizienz und erneuerbare Energiequellen durchaus rentabel wären.

Um die Bürgerinnen und Bürger und den Markt von unserem festen Willen, diese Ziele zu verwirklichen, zu überzeugen, brauchten wir stabile rechtliche Rahmenbedingungen, um für Rechtssicherheit in Bezug auf Investitionen sorgen zu können. Daher die sechs Gesetzesinitiativen des Umweltschutzpakets.

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat dahingehend einen wertvollen Beitrag geleistet. Ich möchte die Übereinkunft hinsichtlich der Richtlinie über erneuerbare Energiequellen und die jüngsten Vereinbarungen über weitere zwei sehr wichtige Richtlinien hervorheben: die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und die Energiekennzeichnungsrichtlinie. Diese sind Maßnahmen, die Änderungen mit sich bringen, sie haben jedoch auch echte, entscheidende Anreizwirkung für Wirtschaftswachstum durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie stehen für Einsparungen an Öl- und Gasimporten in der Höhe von 50 Mrd. EUR, eine Million mehr Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energiequellen und ebenso viel, was die Energieeffizienz bis 2020 betrifft.

Die Ökoindustrie birgt heute über drei Millionen Arbeitsplätze, und Umwelttechnologien sind ein wachsender Anteil eines Sektors, der einen Umsatz von über 200 Mrd. EUR pro Jahr erwirtschaftet.

Wir haben in Europa sehr viel erreicht. Doch das ist nicht genug. Wir müssen auf globaler Ebene handeln. Die Sozialisten im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie fordern daher, dass die internationalen Verhandlungen wieder auf den Pfad des gegenseitigen Verständnisses führen, damit ein echtes globales Übereinkommen in Kopenhagen erreicht werden kann.

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin)

Holger Krahmer (ALDE). - Frau Präsidentin! Die europäische Klimapolitik sollte sich von Träumereien verabschieden und internationale Realitäten zur Kenntnis nehmen.

Erstens: Kyoto war erfolglos. Viel Symbolik, aber keine Emissionsminderungen. Zweitens: Vor Kopenhagen ist klar, dass wichtige Staaten der Welt nicht bereit sind, verbindliche Reduktionsziele zu akzeptieren. Drittens: Die Politik sollte eine aufbrechende Diskussion in der Wissenschaft zur Kenntnis nehmen. Dieselben Wissenschaftler, die vor zwei Jahren noch die Schlussfolgerungen des IPCC-Panels mitunterscriben haben, sprechen heute von natürlichen Einflüssen auf das Klima, die das IPCC vor zwei Jahren noch kategorisch ausgeschlossen hat.

Wir sollten schon wissen, wie sicher wir uns sein können, was den Klimawandel beeinflusst, wenn wir politisch entscheiden. Deshalb plädiere ich für einen Strategiewechsel: Erstens sollten wir uns an unvermeidbare Klimaänderungen anpassen, und zweitens sollten wir die ideologischen CO₂-Diskussionen verlassen und uns international Verbündete suchen, um die Erforschung neuer Energieträger und sauberer Technologien zu beschleunigen.

Michail Tremopoulos (Verts/ALE). – (EL) Frau Präsidentin, wir befinden uns an einem wichtigen Wendepunkt für unseren Planeten. Die Welt der Wissenschaft ruft über das IPCC die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, sich zu einer 40 %igen Minderung des Treibhausgasausstoßes bis 2020 im Vergleich zu den 1990 verzeichneten Werten zu verpflichten. Die gegenwärtigen Verpflichtungen der Europäischen Union betragen nur die Hälfte dessen, was in den IPCC-Berichten als absolutes Minimum gefordert wird.

Das IPCC ist für den Klimawandel das, was der Internationale Währungsfonds für die Wirtschaft bedeutet. Meine Frage lautet nun: Würde die Kommission jemals um 50 % von den vom Internationalen Währungsfonds als absolutes Minimum empfohlenen Zielen abweichen? Darüber hinaus besteht die Europäische Union auf einer Anhebung des Ziels zur Emissionsminderung auf 30 % im Jahr 2020, vorausgesetzt, dass sich andere Industrieländer zu einer vergleichbaren Emissionsminderung verpflichten. In Anbetracht der aktuellen Lage: Welcher Art und welchen Ausmaßes müssen die Verpflichtungen sein und welche Länder müssen sie eingehen, damit dieses Angebot „aktiviert“ wird? Welche Klimaschutzstrategien werden in einem solchen Fall überarbeitet und welche Vorbereitungen sind dafür erforderlich?

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) In den vergangenen Monaten gab es pausenlos Debatten, Diskussionen und Verhandlungen über ein internationales Klimaabkommen. Bei dem Medienrummel, in dem einige Länder einander mit der Erklärung immer ehrgeizigerer Ziele wie überbieten wollen, als wäre es ein Wettkampf, andere große Erwartungen verkünden und wiederum andere eine gänzlich passive Haltung eingenommen haben, ist es leicht, das eigentliche Ziel eines Übereinkommens aus den Augen zu verlieren, das nichts weniger als historisch ist.

Denn wir sprechen hier über den Kampf gegen den Klimawandel – ein Wandel, der zu einer wahren ökologischen Katastrophe führen kann. Es geht hier die Zukunft des Planeten – um unser aller Zukunft. Gerade deswegen ist auch die Aufklärungsarbeit so wichtig. Ich habe den Eindruck, dass die Meinungen der europäischen Bevölkerung und die der politischen Elite immer stärker auseinander driften. Die Gefahr ist, dass die Vorschläge, die beim Gipfel von Kopenhagen vorgelegt werden, als göttliches Eingreifen oder Erfindung der politischen Elite gesehen werden.

Wir müssen uns daran machen, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, und die Europäische Kommission sollte diese Aufgabe übernehmen. Der Kampf gegen den Klimawandel darf nicht als Hirngespinnst der reichen Länder angesehen werden, die den anderen ihren Standpunkt aufzwingen wollen. Ich denke, dass in dieser Hinsicht die Kommission und die Vertretungen permanent eine Politik der Information und Aufklärung verfolgen müssen.

Ferner erforderlich ist eine starke Politik zur Unterstützung der Suche nach wirksamen Technologien zur Abscheidung von Kohlendioxid, welches durch den Verbrauch von Kohle zur Energieerzeugung entsteht. Diese Technologie sollten denselben politischen Status erhalten wie andere erneuerbare Energiequellen auch. Das Europäische Institut für Innovation und Technologie, das vor kurzem in Budapest eingerichtet worden ist, sollte darauf bei seiner Tätigkeit den Schwerpunkt legen.

Abschließend noch eines: Die Kosten für die Einrichtung eines speziellen Fonds zur Unterstützung des Kampfes gegen den Klimawandel sollte, je nach Ausmaß ihres Wohlstands, auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden.

Edite Estrela (S&D). – (PT) Frau Präsidentin, nur einige Tage vor Kopenhagen scheint es schwieriger denn je, zu einem rechtsverbindlichen Übereinkommen zu gelangen. Es wird ein, wie jemand es genannt hat, beidseitiges Abkommen geben, doch das heißt nicht, dass wir es uns leisten können, die Hände in den Schoß zu legen. Die Europäische Union muss weiterhin an der Spitze der Verhandlungen stehen und Druck auf die anderen Parteien ausüben.

Kopenhagen sollte mehr bringen als eine reine Absichtserklärung. Zumindest sollte Kopenhagen zu bindenden politischen Verpflichtungen führen und zu einem Zeitplan, der die Annahme eines post-Kyoto-Übereinkommens im Juni 2010 in Bonn ermöglicht. Die USA, Japan, Brasilien, Russland, Indien, China und viele andere Länder müssen Verpflichtungen eingehen, die vergleichbar mit denen der Europäischen Union sind, denn die Anstrengungen der EU reichen alleine nicht aus, um das Ziel der Begrenzung des Temperaturanstiegs auf maximal 2 °C zu verwirklichen.

Die Finanzierung der Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel dürfen die Millenniumsentwicklungsziele nicht in Gefahr bringen, vor allem nicht in den afrikanischen Ländern, die vom Klimawandel am stärksten betroffen sind.

Kopenhagen sollte auch dazu beitragen, einen Paradigmenwechsel im globalen Energiebereich herbeizuführen, indem erneuerbare Energiequellen und Energieerhaltung gefördert werden. Dies ist der Weg in die Zukunft, nicht nur zur Bekämpfung des Klimawandels, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Vladko Todorov Panayotov (ALDE). – (BG) Vor zwei Jahren hat Europa die Initiative ergriffen, den Kampf gegen den Klimawandel anzuführen. Auf europäischer Ebene gibt es einen Rechtsrahmen, und die Initiativen zur Entwicklung der entsprechenden Technologieplattform müssen gefördert werden, um den Wandel in Richtung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu erleichtern. Die europäischen Politiker haben große Ambitionen in Bezug auf die Verhandlungen in Kopenhagen. Obwohl die Bedingungen für ein endgültiges Übereinkommen noch nicht festgesetzt sind, ist es wichtig, dass die Grundlagen für einen globalen Konsens über ein erfolgreiches Übereinkommen geschaffen werden. Im Zuge meiner Beteiligung an der parlamentarischen Delegation, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Kopenhagen nach Washington reiste, habe ich gelernt, dass die wirtschaftliche Effizienz der für die Bekämpfung des Klimawandels vorgesehenen Maßnahmen erörtert werden muss. Sobald alle Verhandlungsteilnehmer überzeugt sind, dass

die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels einen positiven wirtschaftlichen Effekt haben und ihre Wirtschaften nicht belasten werden, wird es zu einer globalen Strategie kommen.

Françoise Grossetête (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, alle hoffen und beten, dass in Kopenhagen ein ehrgeiziges Übereinkommen zustande kommt, aber es muss gesagt werden, dass die Ambitionen des Gipfels in Kopenhagen in den letzten Wochen etwas nachgelassen haben, insbesondere aufgrund der Vorbehalte seitens der USA und China.

Um zu verhindern, dass die Temperatur des Planeten Ende des Jahrhunderts um mehr als 2 Grad ansteigt, müssen sich alle Länder wirklich bereit erklären, dieselben Verpflichtungen zu übernehmen, und zwar bindende Verpflichtungen. In unseren Aussprachen ist jedoch ein Rennen um Zahlen und Beträge zu bemerken. Worum ich Europa ersuche ist, nicht naiv, sondern ein realistischer und überzeugter Verhandlungspartner zu sein, vor allem gegenüber jenen Parteien, die noch keine erheblichen Bemühungen unternommen haben, ihre Emissionen zu reduzieren.

Es wäre inakzeptabel, wenn die Bemühungen der besonders ehrgeizigen Länder durch eine Verlagerung von CO₂-Emissionen allein aufgrund mangelnder oder nicht vorhandener Maßnahmen einiger anderer untergraben würden.

Europa darf China und Indien gegenüber nicht naiv auftreten. Es stimmt, Brasilien und Korea haben bereits beschlossen, sich zu verpflichten, aber wenn Europa mit gutem Beispiel vorangehen will, darf es nicht jeden Preis in Kauf nehmen, insbesondere nicht, wenn es auf Kosten seiner Industrie geht.

Die Verhandlungen müssen eine Gelegenheit sein, die Entwicklung neuer Technologien anzukurbeln und erhebliche Mittel in Forschung und Entwicklung zu investieren. Es besteht in der Tat die Gefahr, dass das europäische Know-how für immer an die Länder verloren geht, die vom Technologietransfer profitieren. In Kopenhagen müssen wir daher die Bedingungen für einen anhaltenden Austausch zwischen den Ländern auf der Grundlage des gegenseitigen Interesses schaffen, und gleichzeitig die Investitionen in Forschung und Entwicklung durch europäische Unternehmen aufrechterhalten.

Ein erfolgreicher Ausgang wird darin bestehen, die Verbreitung von Technologien in den Entwicklungsländern zu fördern, im Gegenzug für die Anerkennung der Rechte geistigen Eigentums und die Öffnung ihrer Märkte für diese Technologien.

Wir haben schließlich hier in Europa die riesige Chance, parallel zur Bekämpfung des Klimawandels ein echtes technologisches Programm zur Förderung von Innovation und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Gang zu setzen.

Gilles Pargneaux (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Kommissar, gestatten Sie mir, einige wichtige Punkte in Bezug auf unsere Entschließung anzusprechen, aber auch auf die Aussprache, die wir in den kommenden Wochen in Kopenhagen abhalten werden.

Erstens, was den ersten Punkt betrifft: Bekämpfung des Temperaturanstiegs. Vorher hörte ich, wie einige meiner Kollegen das Ausmaß der Erderwärmung herunterspielten. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass in jedem Fall viele Hunderte Millionen Menschen in der Welt aufgrund dieser Erwärmung zu so genannten Opfern des Klimawandels werden. Kopenhagen muss diesen Temperaturanstieg stoppen.

Zweitens, wir brauchen ein bindendes Übereinkommen, in dem festgelegt ist, dass der Treibhausgasausstoß um 30 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 verringert werden muss.

Wir müssen darüber hinaus sicherstellen, dass wir, was die Finanzierung betrifft, eine gewisse Klarheit erhalten. Unsere Entschließung schlägt vor, dass die ärmsten Länder 300 Mrd. EUR für die nächsten 20 Jahre erhalten. Wir müssen einen Schritt weiter gehen. Es war auch die Rede von 500 Mrd. EUR, und auch in dieser Hinsicht müssen wir, die Europäische Union, mit gutem Beispiel voran gehen.

Wir müssen ferner gemeinsam mit der Möglichkeit einer Steuer auf finanzielle Transaktionen eine allgemeine CO₂-Abgabe einführen. Abschließend möchte ich sagen, dass ich sehr erstaunt bin angesichts der Doppelzüngigkeit meiner Kollegen aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) in Bezug auf die in meinem Land Frankreich getätigten Aussagen des Präsidenten der Republik und, erst heute Morgen, von Minister Borloo.

Werner Kuhn (PPE). - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allen hehren Zielen für die Kopenhagen-Konferenz: Was den Klimaschutz betrifft, dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass unser

Europa täglich mit seinen Firmen und seinen Unternehmen im Wettbewerb mit den großen Wirtschafts- und Handelsplätzen Nordamerikas und Südasiens steht. Das betrifft gleichermaßen Industrieproduktion wie Energieerzeugung, aber auch in besonderer Weise den Verkehr.

Und hier sind viele Verkehrsträger auch *Global Player*. Wenn sie wettbewerbsfähig sein sollen, dann müssen wir dort auch gleiche Chancen für alle Beteiligten haben. Das bedeutet: Klimaschutz kostet auch Geld! Wir sind in Europa wirklich die Vorreiter, was die Einsparung von Treibhausgasen im Verkehrsbereich betrifft. Da erinnere ich einfach daran, dass wir gemeinsam auch in diesem Hause vereinbart haben, dass wir in besonderer Weise für die Luftfahrt, aber auch für die Schifffahrt die Einbeziehung in den Emissionshandel vornehmen wollen.

Der Schienenverkehr ist angesprochen worden. Er ist sicher über die Umweltabgabe bei der Stromerzeugung in die CO₂-Reduktion einbezogen, der Straßenverkehr über unterschiedliche Möglichkeiten einer Maut. Wir haben hier auch technische Vorgaben der Europäischen Union zu erfüllen, was Katalysatoren mit verschärften Euronormen – Euro 4 und Euro 5 – betrifft. Wenn wir im Bereich Schifffahrt und Luftfahrt aber etwas erreichen wollen, dann ist es notwendig, unsere Verhandlungen mit den zwanzig Annex-I-Staaten wieder zu intensivieren. Bis jetzt ist das, was mit der ICAO im Luftverkehr passiert ist, sehr ergebnislos geblieben. Hier müssen die Aktivitäten weiter vorangetrieben werden. Es wird ganz wichtig sein, dass das auf der Kopenhagen-Konferenz auch besprochen wird, und das Gleiche trifft auch auf den Schiffsverkehr zu, der natürlich auch – was den spezifischen Energieverbrauch pro Tonne und Kilometer betrifft – sehr umweltfreundlich ist. Hierbei ist es jedoch notwendig, dass wir auch mit der IMO zu Absprachen für gemeinsame Konzepte gelangen

Andres Perello Rodriguez (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte den Mitgliedern des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und seinem Vorsitzenden Herrn Leinen für all das danken, was sie getan haben, um uns eine derartige Entschließung zu ermöglichen, die wir alle mit großem Zuspruch annehmen sollten. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, zu sagen, dass sektorale Abkommen ausreichend sind, denn über ein Übereinkommen zu sprechen, das man als Resteverwertung bezeichnen könnte, stellt bereits das Eingestehen einer Niederlage dar.

Wir müssen diese Entschließung annehmen, die drei ehrenwerte Ziele hat. Das erste ist besonders offensichtlich: Verhinderung des Klimawandels, mit greifbaren Vorschlägen zur Emissionsminderung und einer Verpflichtung zu Finanzierung, im Bestreben, ein bindendes und nicht ein überflüssiges Übereinkommen zu erreichen. Dem liegen zwei weitere Ziele zugrunde: Erstens, besser rechtzeitig als zu spät auf eine gemeinsame Energiepolitik hinzuarbeiten, ebenso wie wir in der Vergangenheit auch eine gemeinsame Agrarpolitik geschaffen haben, weil wir diese brauchten. Andererseits natürlich das Ziel, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die Politiker zurückzugewinnen, das in Europa gewissermaßen Mangelware ist.

Ein erfolgreicher Ausgang des Gipfels wird vorliegen, wenn auch Erfolg in Bezug auf diese drei Ziele besteht. Ich fordere den Ratspräsidenten daher auf, sich seinen Optimismus zu bewahren, Druck auszuüben und so viel wie möglich zu verhandeln, um die anderen auf den Weg dieses Erfolgs zu bringen.

Ich weiß nicht, ob die führenden Politiker dieser multipolaren Welt sich vor dem Verlauf der Geschichte dafür verantworten wollen, dass sie nicht in der Lage waren, ein bindendes Übereinkommen zu erlangen, aber weder ich als Abgeordneter, noch, denke ich, die Vertreter sämtlicher Völker möchten sich dafür verantworten müssen, nicht in der Lage gewesen zu sein, die bindende Verpflichtung gegenüber der Menschheit, den Klimawandel zu stoppen, in Kopenhagen durchzusetzen.

Anne Delvaux (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, zunächst möchte ich dem schwedischen Ratsvorsitz für seine Bemühungen danken, in Kopenhagen ein ehrgeiziges Übereinkommen zu erreichen, trotz der dichten Wolke des Pessimismus, die über den künftigen Generation schwebt.

Ich persönlich denke nicht, dass es realistisch ist, zum jetzigen Zeitpunkt zu erklären, dass der Gipfel in Kopenhagen zum Scheitern verurteilt ist oder nicht zu einem abschließenden Übereinkommen führen wird, das von allen Parteien unterzeichnet ist.

Wir dürfen nicht so leicht aufgeben. Wir dürfen unsere Ambitionen in Bezug auf Ziele oder Fristen zum jetzigen Zeitpunkt nicht herabsetzen. Wir müssen weiterhin an ein umfassendes, ehrgeiziges und bindendes globales politisches Abkommen glauben, das den Weg für den frühest möglichen Abschluss eines Rechtsvertrags ebnet. Es ist wirklich zu früh, um von der Frist der COP16 im Dezember 2010 zu sprechen.

Wir müssen nun unseren rhetorischen Willen in einen politischen Willen umwandeln. Wir müssen unsere Verpflichtungen in finanzieller Hinsicht und in Bezug auf Hilfeleistungen für die Entwicklungsländer, insbesondere über den Technologietransfer, klarstellen. Es ist jetzt ein absolutes, kollektives Engagement seitens der Europäischen Union wesentlich.

Ich stelle fest, dass insbesondere Brasilien, Südkorea, Indonesien und Norwegen, zumindest auf dem Papier, vor kurzem auf vorbildliche Weise neuen Schwung in die Verhandlungen gebracht und ihre Ziele hinsichtlich der Schadstoffminderung in Zahlen ausgedrückt haben.

Wenngleich die Forderung nach Flexibilität seitens der USA, die gerade erst beginnen, sich mit dem Klimaproblem auseinanderzusetzen, nachvollziehbar ist, müssen wir Länder mit hohem Schadstoffausstoß, wie die USA oder China, dazu bringen, kurz-, mittel- und längerfristige bindende und ehrgeizige zahlenmäßige Verpflichtungen einzugehen. Ohne derartige Verpflichtungen steht uns eine klimatische, politische und moralische Katastrophe bevor.

Vittorio Prodi (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, Herr Carlgren, Herr Dimas, meine Damen und Herren, heute Morgen möchte ich über Pater Ettore Turrini, einen 84-jährigen Missionar, sprechen, der 59 Jahre im Nordwesten des Amazonas verbracht hat. Er hat sich dort stets für die Ureinwohner und ihren Wald eingesetzt, um sie vor denen zu bewahren, die sie aufgrund von kurzfristigen Interessen vernichten wollen.

Im Zuge seiner Reisen durch den Regenwald hat Pater Ettore insgesamt sieben Flugzeugabstürze miterlebt, aber er hat weitergemacht und dank seiner Tätigkeit Zehntausende Unterschriften gesammelt, die er Präsident Lula, verschiedenen Ministern und dem italienischen Präsidenten Napolitano übermitteln wird. Er ist schier unermüdlich.

Ich habe ihn letzten Sonntag getroffen und ihm gesagt, dass ich seinen Standpunkt vollauf teile, dass aber vielleicht die Welt langsam zu Vernunft kommt und zu dem Schluss gelangt, dass diese Wälder wesentlich sind in ihrer Funktion als Lunge des Planeten, für das lokale Klima und auch für die Abscheidung und Speicherung von CO₂.

Ich habe ihm gesagt, dass wir in Kopenhagen auch Mittel aufbringen werden, um jene Länder zu entschädigen, die die Wälder aufrechterhalten. Darüber hinaus habe ich ihm gesagt, dass wir dabei sind, Überwachungsinstrumente, wie GPS und INSPIRE, zu entwickeln, um bemessen zu können, wie die Regierungen sich verhalten, und dass wir bis 2030 der Entwaldung einen Riegel verschieben wollen.

In Kopenhagen werden wir in der Lage sein, all das zu tun, und ich werde auch im Namen von Pater Turrini am Gipfel teilnehmen.

Christine De Veyrac (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, wir alle sind uns der Bedeutung der Verhandlungen in Kopenhagen bewusst und haben dies auch zum Ausdruck gebracht, aber obgleich wir alle auf ein Übereinkommen hoffen, können wir ein solches nicht um jeden Preis hinnehmen.

Wenn die Bedingungen für ein ehrgeiziges Übereinkommen nicht erfüllt werden, hoffe ich aufrichtig, dass die Europäische Union fähig sein wird, „Nein“ zu sagen und ein heruntergehandeltes Übereinkommen abzulehnen. Die Völker Europas, die wir in diesem Parlament vertreten, erwarten sich ein Übereinkommen – ein Übereinkommen, das es ermöglicht, alle die Klimastörungen, die wir Tag für Tag beobachten können, effektiv zu bekämpfen. Die Europäerinnen und Europäer werden sich nicht zufrieden geben mit Werbeeinlagen, vagen Absichtserklärungen und nichtbindenden Zielen, die vernachlässigt werden, sobald der Medienrummel verstummt.

Die Vereinigten Staaten müssen in Kopenhagen Verpflichtungen eingehen!

Die Europäische Union, der einzige Kontinent, dessen CO₂-Ausstoß seit 1990 gesunken ist und der präzise, bindende und ehrgeizige Verpflichtungen für die Zukunft eingegangen ist, kann nicht sämtliche Lasten dieser Aufgabe auf sich nehmen. Daher werden andere Industrie- und Schwellenländer, falls sie ihren Teil der Verantwortung nicht übernehmen wollen, die vollen Konsequenzen dessen akzeptieren müssen, und zwar in Form der Einführung einer Steuer an unseren Außengrenzen, um unsere Industrie vor der Konkurrenz jener zu schützen, die sich an einem globalen Übereinkommen nicht beteiligen wollen.

Wir Europäer fordern von unseren Herstellern jeden Tag ein bisschen mehr. Als Beispiel dafür möchte ich das Klimawandelpaket erwähnen, das unter dem französischen Ratsvorsitz unterzeichnet wurde. Ich möchte ferner die nationalen Initiativen erwähnen, wie etwa die soeben von Herrn Pargneaux dankenswerterweise genannte CO₂-Abgabe, die die Einführung von Umweltschutzgebühren unterstützen.

Ein Sektor wie der Verkehrssektor, der besonders viel CO₂ ausstößt, auch wenn einige Transportmittel, etwa Flugzeuge, weniger Treibhausgase ausstoßen, trägt immer mehr zum Kampf gegen den Klimawandel bei. Es handelt sich dabei jedoch um einen Sektor, der unter den Nachwirkungen der Krise sehr gelitten hat. Wenn, wie ich hoffe, der See- und Luftverkehr in die Verhandlungen in Kopenhagen eingeschlossen werden, müssen wir sicherstellen, dass das, was den europäischen Industrien abverlangt wird, auch für die Industrien anderer Industrieländer gilt.

In Kopenhagen werden sich die Blicke der internationalen Öffentlichkeit auf die Führungselite konzentrieren. Ihr wollen wir heute sagen: „Enttäuscht uns nicht“.

Åsa Westlund (S&D). – (SV) Frau Präsidentin, Herr Carlgren hat uns gewarnt, dass wir von Pessimisten umgeben sind. Er hat Recht, und ich freue mich, dass Herr Carlgren nicht einer von ihnen ist. Leider befinden sich jedoch der schwedische Premierminister, der dem Rat vorsitzt, und der dänische Premierminister, der Gastgeber des Gipfels in Kopenhagen ist, unter den Pessimisten. Beide konservative Politiker haben aus kurzfristigen parteipolitischen Gründen die Erwartungen im Vorfeld von Kopenhagen heruntergespielt und es damit noch schwerer gemacht, zu einem guten Übereinkommen zu gelangen. Das ist beschämend und zutiefst unverantwortlich, da sich eine solche Gelegenheit nie wieder bieten wird, wie auch Herr Carlgren betonte.

In Kopenhagen müssen insbesondere drei Punkte klar herausgearbeitet und in rechtsverbindliche Verpflichtungen umgewandelt werden:

1. Das Ausmaß, in dem die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020 reduzieren wollen. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge sollten die Minderungen nahe bei 40 % liegen, etwas, das nicht nur machbar ist, sondern auch noch unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung grüner Arbeitsplätze verbessern wird.
2. Was Entwicklungsländer dazu beitragen müssen, um ihre Emissionen zu verringern, und das betrifft besonders China und Indien.
3. Wie viel kurzfristige Finanzierung die reichen Nationen den Entwicklungsländern gewähren müssen und in welcher Form. Diese Finanzierung muss zusätzlich zu den Mitteln bereitgestellt werden, die die reichen Nationen bereits für den Kampf gegen die Armut vorgesehen haben. In dieser Hinsicht ist es wichtig, dass der schwedische Ratsvorsitz dazu bereit ist, seinen Standpunkt zu ändern und sich dafür einzusetzen, dass die am schwersten vom Klimawandel Betroffenen davor bewahrt werden, noch mehr Hunger zu leiden.

Eija-Riitta Korhola (PPE). – (FI) Frau Präsidentin, letzte Woche ist folgende Nachricht durchgesickert: Die Kommission hat, ganz im Stillen und in Zusammenarbeit mit einigen Mitgliedstaaten, die Initiative lanciert, direkt zu einer 30 %igen Minderung der Emissionen überzugehen. Argument dafür ist, dass der Kohlendioxidpreis auf einem vernünftigen Level gehalten werden könnte – also auf einem Level, das Maßnahmen zur Emissionsminderung fördern würde – wenn die Verringerung bei 30 % läge. Die großen Stromerzeuger, die viel Lobbyarbeit geleistet haben, sind über den Plan hoch erfreut, der die Profite notierter Energieunternehmen erhöhen, allerdings gleichzeitig die europäische Industrie der CO₂-Verlagerung aussetzen würde.

Ich möchte jedoch die Kommission daran erinnern, dass gemäß der Emissionshandelsrichtlinie das Ziel der EU einer Emissionsminderung um 20 % nur dann auf 30 % erhöht werden kann, wenn andere Industrieländer vergleichbare Anstrengungen unternehmen, und wenn die fortgeschritteneren Entwicklungsländer ebenfalls einige Verpflichtungen eingehen. Ein politisches Übereinkommen in Kopenhagen zu erzielen, wird noch immer nicht ausreichen. Ein rechtsverbindliches Übereinkommen wird jedoch ebenso wenig ausreichend sein, bevor es nicht alle Länder unterzeichnen. Nur nach der Unterzeichnung wird die EU sagen können, ob die Bedingung, die sie hinsichtlich vergleichbarer Anstrengungen zur Verringerung gestellt hat, erfüllt worden ist.

Politische Einigkeit in ein bindendes Übereinkommen umzuwandeln ist, technisch gesehen, keine besonders herausragende Leistung. Ein rechtliches Übereinkommen über eine globale Klimaschutzstrategie wäre präzise ausformuliert und würde Hunderte Fragen behandeln, mit Überschriften wie „Quantitative Ziele zur Emissionsminderung in den Industrieländern für 2020 und danach“, „Spezifische Emissionsziele für die Entwicklungsländer für 2020 und danach“, „Finanzmittel für die Entwicklungsländer von den Industrieländern“, „Technologieentwicklung und -transfer“ und „Senken und ihre Verbuchungsregeln“. Es gibt Dutzende einzelner Fragen im Zusammenhang mit all diesen Bereichen, über die sich die Länder gemeinsam einig werden müssen.

Der wesentliche Gedanke ist jedoch, dass wir nur durch eine synchrone Emissionsminderung eine allgemeine Verringerung sicherstellen können, anstatt die Emissionen von einem Ort zum anderen zu verlagern und damit den Gesamtausstoß zusätzlich zu verstärken. Aus diesem Grund macht eine verantwortungsvolle Umweltschutzpolitik die Verringerungen seitens der EU von den Anstrengungen der anderen abhängig. Andernfalls könnte sich Herrn Verheugens unheilverkündende Prognose, dass wir nur noch Schadstoffe exportieren und Arbeitslosigkeit importieren werden, bewahrheiten.

(Beifall)

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Carlgren, Herr Kommissar, es ist wesentlich, dass Kopenhagen zu einem bindenden politischen Übereinkommen führt. Dieses Übereinkommen muss operationelle Elemente enthalten, die unmittelbar angewandt werden können, und einen Zeitplan für die Erarbeitung eines rechtlich bindenden Übereinkommens im Laufe von 2010.

Das Übereinkommen muss alle Länder erfassen, die die Konvention unterzeichnet haben, und es ist außerordentlich wichtig, dass Verpflichtungen, sei es zur Emissionsminderung oder hinsichtlich der Finanzierung, klar festgelegt werden.

Während die Industrieländer bei der Verringerung des Treibhausgasausstoßes an der Spitze stehen sollten, müssen auch fortgeschrittenere Entwicklungsländer eine Rolle spielen und je nach Ausmaß ihrer Verantwortung und ihrer jeweiligen Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Von Industrieländern und Schwellenländern mit fortgeschrittenen Wirtschaften sollten ähnliche Anstrengungen gefordert werden. Nur dann wird es möglich sein, Verzerrungen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verringern.

Das neue Übereinkommen sollte die Schaffung von kohlenstoffarmen Programmen auf nationaler Ebene, unterstützt von Rechtsvorschriften, erleichtern. Verpflichtungen, die im Rahmen nationaler Programme übernommen werden, sollten der internationalen Gemeinschaft bekanntgegeben werden, um eine bessere Transparenz über alle Verfahren zu gewährleisten. Diese Programme sollten für alle daran beteiligten Länder verpflichtend sein, mit Ausnahme der weniger entwickelten Länder. Wenn allerdings diese Strategie zu einer echten dritten industriellen Revolution, zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft führen soll, müssen wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der alle für den Schadstoffausstoß verantwortlichen Sektoren erfasst.

Es ist wesentlich, dass wir die Struktur der Finanzierung festlegen, damit diese mittel- und längerfristig nachhaltig sein kann. Die Finanzierung muss aus dem privaten Sektor, dem CO₂-Markt und dem öffentlichen Sektor der Industrieländer kommen, aber auch von wirtschaftlich fortgeschrittenen Entwicklungsländern.

Was die Zuweisung der Beihilfen betrifft, müssen Ausbildung und Anpassung die Priorität sein, mit besonderem Schwerpunkt auf die am wenigsten entwickelten Länder.

Abschließend möchte ich die hervorragende Arbeit von Herrn Kommissar Dimas hervorheben, der diese Thematik leitet.

Iva Zanicchi (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, in einigen Wochen werde ich die Ehre haben, Mitglied der offiziellen Delegation zu sein, die dieses Parlament nach Kopenhagen zur UNO-Konferenz über den Klimawandel entsendet.

Nach den wesentlichen Etappen von Rio de Janeiro 1992 und Kyoto 1997 wird am 7. Dezember eine neue globale Umweltkonferenz beginnen, die in ihrer Tragweite historisch sein könnte. Frau Präsidentin, ich sage „könnte“, weil in den letzten Tagen der APEC-Tagung die Vereinigten Staaten und China sich dazu entschlossen zu haben scheinen, die Tragweite des Gipfels in Kopenhagen zu ändern.

Es ist jedoch noch Zeit bis zum Gipfel, und es liegt im Interesse aller Beteiligten, mit spezifischen Zielen und Programmen vor Ort zu erscheinen, damit die großen Erwartungen hinsichtlich weiterer Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels nicht enttäuscht werden.

Das Verursacherprinzip muss für alle gelten. Europa hat immer eine führende Rolle eingenommen und das Klima- und Energiepaket in der vergangenen Amtszeit sind dafür ein klares Beispiel. Es ist bereits bei vielen Gelegenheiten gesagt worden: Die Vereinigten Staaten, China, Indien, Russland und Brasilien müssen ihren Teil der Verantwortung als Länder mit großem Schadstoffausstoß übernehmen. Wenn das nicht geschieht, wird das heißen, dass wir den europäischen Unternehmen unnötige Kosten aufgebürdet haben. Vor allem besteht dann die Gefahr, dass, ohne Beitrag dieser Länder, Kopenhagen zu einer verpassten Chance wird.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist darüber hinaus notwendig, um die Millenniumsentwicklungsziele zu verwirklichen, oder, besser gesagt, uns ihnen anzunähern.

Wir müssen Wüstenbildung, Klimastörungen und Naturkatastrophen bekämpfen, wenn wir extreme Armut und Seuchen um die Hälfte reduzieren und sicherstellen wollen, dass alle Zugang zu Wasser haben, was wesentlich ist.

Elie Hoarau (GUE/NGL). – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Gipfel in Kopenhagen ist eine historische Gelegenheit, um das Schicksal des Planeten zu beeinflussen.

Wir müssen Entscheidungen treffen, die noch verbindlicher sind als die von Kyoto. Wir müssen daher an unsere Entscheidungsträger appellieren, damit sie eine internationale Organisation wie die WTO ins Leben rufen, die sich mit der Regelung von Fragen im Zusammenhang mit Klimawandel und Umwelt befasst, damit sie einen Fonds zur Anpassung an den Klimawandel einrichten – natürlich zusätzlich zur offiziellen Entwicklungshilfe; und damit eine CO₂-Abgabe für den See- und Luftverkehr sowie für finanzielle Transaktionen erhoben wird.

Die dringende Notwendigkeit internationaler Regulierung im Bereich der Umwelt, ebenso wie der Finanzmärkte und des Internet ist offensichtlich. Wir haben die Gelegenheit, bei diesem historischen Schritt bei der Umwelt anzusetzen. Lassen Sie uns das eingedenk unserer größten menschlichen Idealen tun, andernfalls werden wir dastehen wie Politiker, die keine Ahnung vom realen Stand der Dinge haben.

Rachida Dati (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Präsident der Kommission, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weniger als zwei Wochen vor dem Gipfel in Kopenhagen verstärken sich die Bedenken hinsichtlich eines erfolgreichen Ausgangs der Verhandlungen über den Klimawandel. Einige sagen jetzt schon, dass der Gipfel ein Misserfolg wird.

Die internationalen Großmächte zögern immer noch, den Einsatzgeist an den Tag zu legen, den der Klimawandel erfordert. Mit der morgigen Annahme des Entschließungsantrags für die Strategie der Europäischen Union im Vorfeld des Gipfels in Kopenhagen müssen wir, die Abgeordneten, zeigen, dass wir vollauf entschlossen sind und dass der Gipfel in ein Übereinkommen münden muss – eines, das eine deutliche Sprache spricht, das aber vor allem verbindlich ist.

Darüber hinaus darf es nicht möglich sein, dass die verbindliche Natur dieses zu erreichenden Übereinkommens untergraben oder in Frage gestellt wird. Man kann Entscheidungen nicht ständig aufschieben, sonst ist es irgendwann zu spät, und aus diesem Grund ist es notwendig, eine internationale Umweltorganisation ins Leben zu rufen. Das ist nicht nur notwendig, sondern auch dringend, da es ihre Rolle sein wird, unter der Schirmherrschaft der UNO die Umsetzung der in Kopenhagen festgelegten Verpflichtungen zu überwachen.

Ab Kopenhagen müssen wir uns von den Weltmächten mehr Klarsicht und Verantwortungsbewusstsein erwarten können.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D) – (HU) Die Mitgliedstaaten der EU in Mitteleuropa unterstützen die Klimaschutzziele der Europäischen Union vollauf. Der Grund dafür ist einfach, dass die Europäische Union ohne ihren Beitrag ihre Ziele für eine Klimastrategie nicht verwirklichen könnte. Zwischen 1990 und 2005 haben diese Mitgliedstaaten ihre Industrieproduktion in einem enormen Ausmaß eingeschränkt. Aus diesem Grund ist es für die neuen Mitgliedstaaten wichtig, dass auch sie in Zukunft in dieser Hinsicht eine vernünftige Rolle einnehmen. Sie sind daher extrem hohe wirtschaftliche und soziale Verpflichtungen eingegangen. Im Übereinkommen über die globale Emissionsminderung müssen die wirtschaftlichen Möglichkeiten und das GNA der neuen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Es ist darüber hinaus sehr wichtig, dass diese Mitgliedstaaten nicht ihre Instrumente zur Durchführung ihrer grünen Investitionen und zum Ausbau erneuerbarer Energiequellen verlieren.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben eine kürzlich erschienene Studie finanziert, die die Klimastrategien der Europäischen Union dafür kritisiert, sich auf die Verringerungen des industriellen Treibhausgasausstoßes zu beschränken, ohne die Fähigkeit der Natur, CO₂ zu binden, zu berücksichtigen. Die Studie weist ferner darauf hin, dass die intensive Landwirtschaft, die die Europäische Union entwickelt hat, zu einem großen Teil für den Klimawandel verantwortlich ist.

Die Studie ist eigentlich eine Anklageschrift gegen die europäische Landwirtschaft. Meiner Meinung sollte, wenn wir in diesem Zusammenhang über Landwirtschaft sprechen wollen, auch einige andere Aspekte erwähnt werden. Zum Beispiel verzeichnet die europäische Landwirtschaft Rekordwerte, wenn es um ihren

Beitrag zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes geht, denn diese betrug im Zeitraum 1990-2006 20 %. Wenn man bedenkt, dass der allgemeine Durchschnitt für diesen Zeitraum nur bei 6 % liegt, ist es meiner Ansicht nach nicht richtig, dass wir die Landwirtschaft zwei Wochen vor der Konferenz in Kopenhagen an den Pranger stellen.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, in der heutigen Aussprache wurde sehr viel über die Industrie gesprochen. In Kopenhagen sollte jedoch nicht der Fehler begangen werden, die Landwirtschaft außer Acht zu lassen.

Ich möchte die Bemerkungen meines Kollegen Herrn Niculescu bekräftigen und sagen, dass die Landwirtschaft nicht als Einschränkung betrachtet werden sollte, sondern als potenzielles künftiges Instrument zur Bekämpfung der Erderwärmung.

Diese Tätigkeit darf nicht beiseite geschoben werden, sie darf auch nicht ignoriert werden, da sie – wenn ich Sie daran erinnern darf – den Großteil des europäischen Territoriums umfasst und enormes Potenzial birgt, wenn es um den Kampf gegen die Erderwärmung geht. Die Landwirtschaft muss daher bei den Gesprächen in Kopenhagen ein zentrales Thema sein, und ich hoffe, dass die Mitglieder des Rates und der Kommission nicht darauf vergessen, sondern uns im Dezember in Kopenhagen vertreten werden.

Catherine Greze (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Schutz der Ureinwohner spielt eine wesentliche Rolle beim Kampf gegen den Klimawandel. Wenn es um Umwelt, Armut und Gesundheit geht, sind sie die ersten, die unter dem Klimawandel leiden.

Abgesehen von der Entwaldung und dem Bergbau haben sie unter den falschen Entscheidungen zu leiden, die die Industrieländer getroffen haben. Biobrennstoffe sind keine saubere Alternative. Sie schädigen das Land der Ureinwohner, mit dem Ergebnis, dass diese den Wohnort wechseln müssen.

Ähnlich verhält es sich mit der Förderung von sauberen Technologien, wenn multinationale Konzerne sich steinzeitliche Technologien zu Eigen machen, um sie zu horrenden Preisen wieder an dieselben Leute zu verkaufen, die sie einmal erfunden haben. Ich finde es bedauerlich, dass in der heute übermittelten Entschließung nicht Bezug genommen wurde auf die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker.

Wir hätten auch auf die Biopiraterie und auf das Recht auf Eigentum der indigenen Völker als fundamentale Instrumente für den Kampf gegen den Klimawandel hinweisen müssen. Ich werde diese Punkte aufgreifen, wenn es um künftige Entschließungen gehen wird. Bei den Wäldern geht es nicht nur um CO₂, sondern auch um Menschenleben.

Um abzuschließen, möchte ich Frau Dati für ihre Entschlossenheit danken, und wenn ich sie richtig verstanden habe...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin)

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Die Europäische Union verfügt über eine feste moralische Grundlage für ein entschlossenes Handeln, wenn es darum geht, von den USA und China eine Minderung des Schadstoffausstoßes zu erreichen. Dies kommt daher, dass die Europäische Union und ihre 27 Mitgliedstaaten den mit dem Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen sind. Auch die ehemaligen sozialistische Länder haben dahingehend einen wichtigen Beitrag geleistet und dabei große Opfer gebracht. Mit dem Zusammenbruch ihrer Schwerindustrie fand eine bedeutende Verringerung der CO₂-Emissionen statt, aber wir haben einen hohen sozialen Preis dafür gezahlt. Es ist daher angebracht, diese Tatsache, also die wirtschaftliche Entwicklung, beim Eingehen internationaler Verpflichtungen und bei der Zuweisung von Mitteln zu berücksichtigen. Andererseits muss es – was vernünftig wäre – möglich sein, dass Quoten, die nicht aufgebraucht worden sind, auf spätere Zeiträume übertragen werden, wenn sie für den Umweltschutz eingesetzt werden könnten.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, die Entschließung über die EU-Strategie für die Konferenz in Kopenhagen über den Klimawandel ist ein sehr wichtiges und ehrgeiziges Dokument, aber ohne ein globales Übereinkommen wird der Gipfel zu einem Misserfolg werden. Wir wissen, dass die Vereinigten Staaten versuchen, mit internationalen Verhandlungspartnern Details und die definitiven Werte der Emissionsbegrenzung festzulegen, aber es weisen viele Anzeichen darauf hin, dass sie vor dem Gipfel zu keiner endgültigen Entscheidung gelangen werden. Es hieß darüber hinaus, dass, selbst wenn Grenzen ausgehandelt werden, diese vielleicht nicht vom US-Kongress genehmigt werden.

Die führende Rolle der Europäischen Union ist sehr wichtig, aber ich habe den Eindruck, dass die EU mit ihren Ambitionen alleine dasteht. Es stellt sich daher die Frage, was passiert, wenn die USA die Schwelle von 30 % nicht unterstützen, sofern diese beschlossen wird. Welche Instrumente werden wir einsetzen, um sicherzustellen, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen einhalten? Laufen wir nicht Gefahr, als einsamer Krieger zurückzubleiben, der übermenschliche Anstrengungen unternimmt und Opfer bringt und dann doch keinen Einfluss auf den Klimawandel oder die CO₂-Emissionen nehmen kann?

David-Maria Sassoli (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bereiten uns auf die Konferenz in Kopenhagen mit einer Entschlieung vor, in der wir anerkennen, dass für die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels eine Beteiligung aller geographischen Gebiete der Welt erforderlich ist. Darüber hinaus sind die Industrieländer dafür verantwortlich, mit den Entwicklungsländern nicht nur zu verwirklichende Ziele festzulegen, sondern auch die Mittel, aus denen diese Verwirklichung finanziert werden soll.

In dieser Hinsicht hat das Parlament gute Arbeit geleistet. Die Entschlieung schlägt spezifische Instrumente vor, und es ist wichtig, dass wir die Maßnahmen quantifiziert haben. Den Betrag von 30 Mrd. EUR zur Unterstützung der Initiativen der Entwicklungsländer, den wir für die Zeit bis 2020 vorgeschlagen haben, kann man als beachtlich bezeichnen, obwohl es sich um das Minimum handelt. Gestern hat Herr De Boer, der UN-Verhandlungsführer, einen Betrag von 10 Mrd. USD für die Zeit bis 2012 verlangt.

Nach den Entscheidungen der USA und China liegt es an Europa, neue Verpflichtungen einzugehen und den Kampf gegen den Klimawandel anzuführen.

Seán Kelly (PPE). – (GA) Frau Präsidentin, wir haben heute Morgen eine gute Aussprache gehabt, und es gab aus allen Reden viel zu Lernen.

– Ich möchte nur drei Bemerkungen anbringen. Erstens: Wenn in Kopenhagen kein verbindliches Übereinkommen erreicht wird, sollten dieses Parlament und die Europäische Union ihren Einfluss nutzen und die verantwortlichen Länder zur Rede stellen und sie mit Sanktionen behängen, um sie in ihre Schranken zu weisen.

Zweitens: Es besteht Bedarf nach einem Aufklärungsprogramm für die Bevölkerung, da viele Menschen bereit sind, ihren CO₂-Verbrauch zu reduzieren, aber vielleicht nicht über ausreichend Know-how oder wirtschaftliche Mittel verfügen.

Drittens: Immer und immer wieder wurde heute Morgen über die Finanzierung gesprochen. Die Frage der Finanzierung ist simpel: Die Frage lauter nicht „Können wir uns das leisten?“, sondern „Können wir uns leisten, nichts zu tun?“ Die Zeit drängt, und es gibt für uns keine zweite Chance. Die Zeit ist reif, zu handeln.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, obwohl unsere Erwartungen an Kopenhagen derzeit schwinden, ist es wahr, dass wir unsere Ambitionen nicht herabsetzen dürfen. Wie andere Kollegen bereits gesagt haben, wenn wir die positiven Seiten der Klimadebatte hervorkehren könnten, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung, dann wäre vielleicht der Schwung größer – denn es gibt sehr wohl positive Seiten. Es ist möglich, dass in Kopenhagen kein verbindliches Übereinkommen zustande kommt, doch es steht außer Zweifel, dass sich jetzt ein starkes Momentum für den Wandel aufgebaut hat, und wir müssen sicherstellen, dass dieser Schwung nicht verlorengeht.

Die Frage der Bodennutzung – Landwirtschaft und Bodennutzungsänderungen – bietet besonderen Anlass zur Sorge. Doch die Landwirtschaft ist natürlich nicht nur Teil des Problems, sondern auch Teil der Lösung. Wir müssen diese Thematik mit unseren Bedenken hinsichtlich der globalen Ernährungssicherheit verbinden: Die Lösung liegt in nachhaltigen Produktionssystemen zur Klimaverwaltung und Gewährleistung unserer Ernährungssicherheit. Das ist bei unseren Überlegungen das zentrale Element.

Franz Obermayr (NI). – Frau Präsidentin! Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sind Themen, die – so sollte man meinen – uns alle betreffen. Doch ohne die enge Zusammenarbeit – insbesondere der *Global Players* – werden keine ausreichenden Fortschritte erzielt. Solange die USA und China sich nicht auf gemeinsame, verbindliche Treibhausgasreduktionen festlegen wollen, werden in Kopenhagen, wie der UNO-Klimachef treffend feststellte, daher nur moralisch bindende Beschlüsse, also zahnlose Beschlüsse, festgelegt.

Ein Wort zur Atomkraft: Atomkraft ist mit Sicherheit nicht des Rätsels Lösung. Die positiven Effekte sind minimal, die Kosten enorm, und das Risiko ist sehr hoch. Ich unterstütze daher eine Entschlieung, die der Anti-Atom-Beauftragte meiner Heimatregion Oberösterreich erstellt hat und die von der EU die Einführung

einer Abgabe für Atomstrom fordert. Diese Idee ist sinnvoll, da der Handel mit Emissionszertifikaten nicht zugunsten der Atomkraft gelenkt würde.

Jolanta Emilia Hibner (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, in einigen Tagen werden globale Entscheidungsträger, einschließlich Vertretern des Europäischen Parlaments, in Kopenhagen aufeinandertreffen, um die Problematik des Klimawandels zu besprechen. Die Verringerung des Treibhausgasausstoßes ist zweifelsohne eine hochwichtige Angelegenheit, aber ebenso wichtig ist der Schutz der europäischen Industrie. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Situation entsteht, in der europäische Unternehmen zugrunde gehen und die Industrie in Drittländer verlagert wird, die ihre CO₂-Emissionen nicht begrenzen.

Wir dürfen nicht vergessen, unsere Technologien und unser geistiges Eigentum zu schützen, und so muss die Europäische Union beim Gipfel in Kopenhagen eine führende Rolle einnehmen, ohne dabei unrealistische Ziele für sich selbst oder andere zu setzen. Ohne die Unterstützung von Ländern wie den USA oder China, die am meisten Schadstoffe verursachen, wird das Ziel der Verringerung der CO₂-Emissionen um 30 % gegenüber 1990 bis 2020 kaum zu erreichen sein. Dasselbe gilt für die Bestimmungen im Entwurf für eine Entschließung, die auf eine 80 %ige Verringerung der Treibhausgase bis 2050 abzielen. Eine Minderung des Treibhausgasausstoßes um 20 % bis 2020 wird es ermöglichen (...)

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin)

Liisa Jaakonsaari (S&D). – (FI) Frau Präsidentin, die Aussprache war sehr interessant, und scheinbar ist das Europäische Parlament sehr engagiert bei seiner Unterstützung für die Klimakonferenz in Kopenhagen.

Die Bedeutung der Landwirtschaft wurde als eine der Lösungen für das Problem genannt. Ich selbst möchte darüber hinaus betonen, wie wichtig Forstwirtschaft und Wälder sind, da Wälder wahre CO₂-Senken sind und Kohlendioxid speichern. Es scheint als ob die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Reise nach Kopenhagen mit guten Nachrichten im Gepäck antreten, was ein bedeutsamer Schritt ist.

Wir müssen uns jetzt auch ernsthaft damit auseinandersetzen, wie die Rechnung für die Verhinderung des Klimawandels zu begleichen ist. Die Frage der Einkommensverteilung ist hierbei außerordentlich wichtig, denn wir können die Rechnung auch nicht den Armen in Europa zuschieben.

Axel Voss (PPE). - Frau Präsidentin! Ich möchte die Verhandlungsführer für Kopenhagen insbesondere darin bestärken, hier für einen Erfolg zu kämpfen. Die ehrgeizigen Ziele sind gut, und letztlich sind die Bemühungen, die wir heute dazu leisten, auch ein Beitrag für morgen mit Blick auf die Folgen und die künftigen Schäden in Form von Migration, von Schäden an Küstengebieten oder auch vielleicht in der Form, dass stabile Regionen durch den Klimawandel instabiler würden.

Wir sollten auch Vorbild sein. Aber wenn andere Staaten und insbesondere sehr große Staaten nicht mitziehen, sollten wir das auch nur verhältnismäßig machen. Insofern wurde bereits darauf verwiesen, dass unsere Betriebe im Grunde schon etwas belastet sind.

Einen weiteren Punkt möchte ich mit auf den Weg geben. Wir kämpfen ja auch um die Glaubwürdigkeit der EU insgesamt, die für unsere junge Generation auch ein Argument dafür ist, dass die EU notwendig ist.

Andreas Carlgren, amtierender Präsident des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte dem Parlament aufrichtig für die lange und intensive Aussprache danken sowie für das starke Engagement, das darin offengelegt wurde. Es ist gesagt worden, dass der Optimismus, den wir an den Tag legen, in einem Sinn für die Realität verwurzelt sein muss. Ich würde jedoch noch einen Schritt weiter gehen und sagen, dass er auf realen Erfahrungen beruht. Die EU hat es geschafft, die Emissionen zu senken. Wir haben sie um die Hälfte dessen reduziert, was wir, gleich, was geschieht, bis 2020 erreichen müssen, und um ein Drittel, wenn wir an das von uns allen erhoffte Ziel des Übereinkommens von Kopenhagen denken, nämlich eine Emissionsminderung seitens der EU um 30 %. Dies ist vor allem der Tatsache zu verdanken, dass wir gemeinsame Bestimmungen im Rahmen eines international verbindlichen Übereinkommens, des Kyoto-Protokolls, festgelegt haben. Aus diesem Grund haben wir uns so sehr dafür eingesetzt, dass der Kopenhagen-Prozess in ein rechtsverbindliches Übereinkommen mündet. In Kopenhagen wird nicht alles auf einmal passieren. Wir müssen uns auf den gesamten Inhalt des Übereinkommens einigen. Dann kommt der technische Teil, bei dem ein rechtsverbindlicher Text daraus gemacht werden muss. Was die EU betrifft, wollen wir, dass das innerhalb einiger Monate nach der Konferenz in Kopenhagen geschieht.

Es ist mir auch ein Anliegen, zu sagen, dass die weltweite Finanzkrise sicher nichts damit zu tun hat, dass zu viel für die Rettung des Klimas ausgegeben wurde. Im Gegenteil, auch massive grüne Investitionen sind Teil des wirtschaftlichen Wandels, oder anders gesagt, der Schritt in Richtung einer „grünere“ Wirtschaft, welche

sowohl reiche als auch arme Länder aus der Wirtschaftskrise führt. Die Kohlendioxidmärkte bieten in der Tat die Möglichkeit, ausreichend Raum für Investitionen zu schaffen. Sie stellen sicher, dass der Verursacher zahlt, dass wir den Emissionen eine Schranke vorlegen und dass die Abgaben der Verursacher für die Emissionen auch in die Entwicklungsländer verlagert werden können, um dort grüne Investitionen zu tätigen. Das wird manchmal in Frage gestellt. Manche fragen sich, weshalb wir in einen Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) investieren sollten, aber genau darum geht es, nämlich dass der Verursacher für die grünen Investitionen in den Entwicklungsländern aufkommt. Ich denke, das ist eine gute Sache und sehr wichtig, aber wir müssen diese Bestimmungen so überarbeiten, dass die Umwelt noch stärker davon profitiert, und wir noch sicherer sein können, dass sie die Ärmsten der Armen erreichen.

Ein Übereinkommen ist darüber hinaus notwendig, um die CO₂-Verlagerung zu vermeiden. Das Engagement, das an den Tag gelegt worden ist, muss daher noch verstärkt werden, um das Übereinkommen zur Realität zu machen.

Eines sollte laut und deutlich ausgesprochen werden: Wenn ein Übereinkommen in Kopenhagen nicht ausreicht, um der EU zu ermöglichen, auf 30 % zu gehen, oder anders gesagt, wenn wir ein derart verwässertes Ergebnis erhalten, dass die EU aus Gründen der Anständigkeit einfach nicht in der Lage ist, auf 30 % zu gehen, dann bedeutet das, dass wir gescheitert sind. Es sollte daher auch laut und deutlich gesagt werden, dass es Schlimmeres gibt als gar kein Übereinkommen, und zwar ein schlechtes Übereinkommen. Aus diesem Grund hat die EU die Latte so hoch gelegt. Und aus diesem Grund arbeiten wir jetzt so hart im Hinblick auf den Inhalt. Denn wenn wir über das Ziel von 2 Grad sprechen, ist klar, dass das der Wert ist, den wir maximal erreichen dürfen. Wir wissen, dass bereits heute inakzeptable Folgen spürbar sind. Man denke zum Beispiel an die Regierung der Malediven, die kürzlich ihre Kabinettsitzung unter Wasser abgehalten hat, um die Konsequenzen bewusst zu machen, die in Kürze in einigen Teilen der Welt kaum vermeidbar sein werden. Es wäre zynisch, nicht entschlossen zu handeln. Die Welt hat lange genug gewartet. Es ist Zeit, dass wir in Kopenhagen dieses notwendige Übereinkommen erzielen, im Namen des Planeten. Gerade deswegen ist auch der Einsatz des Parlaments und der der gesamten EU so wichtig.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Frau Präsidentin, das war eine sehr interessante Aussprache mit einigen außergewöhnlichen und konstruktiven Beiträgen. Wir haben zahlreiche Meinungen zu verschiedenen Themen gehört. Wahrscheinlich gibt es Menschen, die nicht mit allem einverstanden sind. Ich verstehe zum Beispiel nicht, weshalb sich jemand gegen saubere, grüne, nicht verschmutzende Industrien auf der Grundlage neuer, gut funktionierender Technologien wehren sollte. Und dennoch habe ich heute sogar das gehört. Ich kann nicht verstehen, wie jemand verschmutzende, auf alten Technologien basierende Industrien bevorzugen kann, die aufgrund dessen Profit machen, dass sie den Preis der Verschmutzung nicht bezahlen. Derartige Profite sind jedoch nur kurzfristig, da diese Industrien nicht wettbewerbsfähig sein werden. Wie auch immer, in einer Demokratie und in einem demokratischen Parlament können alle Arten von Ansichten geäußert werden.

Ich möchte außerdem auf die Weltumweltorganisation eingehen. Diese Organisation, für die, wie ich weiß, Frankreich sich besonders stark eingesetzt hat, war in der Tat eine unserer Ambitionen und ich hoffe, dass sie in den kommenden Jahren zur Realität wird. Eine Organisation wie diese ist sicherlich erforderlich, damit es eine Umweltorganisation auf internationaler Ebene gibt, die Umweltfragen ebenso wie Wirtschafts- und Sozialfragen fördert und außerdem eine bessere Koordination internationaler Umweltvereinbarungen ermöglicht. Das kann relativ einfach bewerkstelligt werden, indem das bestehende Umweltprogramm der UNO ausgebaut wird, und es gibt tatsächlich Bemühungen in diese Richtung.

Ich möchte ferner über das Kyoto-Protokoll sprechen, auf das mehrmals Bezug genommen worden ist. Ich freue mich über die Leistungen der Europäischen Union, da nicht nur die 15 Länder, die ihren CO₂-Ausstoß um 8 % im Zeitraum 2008-2012 reduzieren wollten, ihr gemeinsames Ziel erreichen werden, sondern auch die EU der 27, mit den 10 neuen Mitgliedstaaten, die ein Ziel haben, und sogar Zypern und Malta, die keines haben. Die Europäische Union hat daher das moralische Argument, dass wir Wort halten, und dies ist sicherlich den Maßnahmen zu verdanken, die wir entweder auf nationaler oder auf europäischer Ebene ergriffen haben, darunter das CO₂-Emissionshandelssystem.

Ich muss, wie auch Herr Carlgren sagte, betonen, dass die Europäische Union sogar eine noch größere Minderung erreichen wird, als wir uns ursprünglich aufgrund unserer Prognosen vorgenommen haben, und dies parallel zum Wirtschaftswachstum. Ich möchte nur eine Statistik zitieren: Zwischen 1990 und 2007, dem statistisch erfassten Zeitraum, betrug das Wirtschaftswachstum 44 %, und die Verringerung der CO₂-Emissionen lag bei den 15 Ländern bei 5 % und bei den 27 bei 9 %. Den Prognosen zufolge werden wir

das Ziel bis 2012 natürlich weit überschritten haben, was es leichter machen wird, das Ziel einer 30 %igen Verringerung bis 2020 zu erreichen.

2008 war übrigens in der Europäischen Union eine bedeutende Minderung der Treibhausgase um 1,6 % parallel zu anhaltendem Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, und erst Ende 2008 schlug die Wirtschaftskrise ein, was sich auch auf den Treibhausgasausstoß ausgewirkt hat.

Es fehlen nur noch wenige Tage, und ich beschwöre Sie, verstärken Sie Ihre Anstrengungen und bilateralen Kontakte. Im Anschluss an Beratungen des ECOFIN-Rates, des Umweltrates und des europäischen Rates haben wir nun klare Anleitungen zur Förderung bestimmter Vorschläge für Finanzierungsquellen, operationelle Strukturen und die Kriterien, die angewandt werden müssen, im einen ernsthaften Beitrag von allen Seiten festzusetzen. Lassen Sie uns in der verbliebenen Zeit versuchen, diese Mittel so effizient wie möglich einzusetzen.

Es besteht breite Einigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit von Anstrengungen zur Verwirklichung des Ziels von 2 ° auf globaler Ebene. Es ist die allgemeine Überzeugung vorherrschend, dass die wesentlichen Grundlagen für ein Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 in Kopenhagen gelegt werden sollen und müssen. Diese Grundlagen sind vorwiegend ehrgeizige Verpflichtungen zur Emissionsminderung seitens der Industrieländer, einschließlich der USA, angemessene Maßnahmen seitens der Industrieländer zur Begrenzung ihres Emissionsanstiegs und finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer bei der Begrenzung ihrer Emissionen und Anpassung an den Klimawandel.

Wir nähern uns der Ziellinie. Lassen Sie uns das Beste aus Kopenhagen machen und die wichtigsten Verpflichtungen aller Länder in einem historischen Übereinkommen konzentrieren. Was wir in Kopenhagen erreichen müssen, ist wesentliche Einigung über alle Elemente des Bali-Aktionsplans. All diese Elemente müssen in Kopenhagen auf verpflichtender Basis gemeinsam festgelegt werden und unmittelbar danach, spätestens in den darauf folgenden drei bis sechs Monaten, werden die rechtlichen Aspekte behandelt, damit wir das verbindliche Übereinkommen erhalten, um das sich die Europäische Union bemüht hat und das das Ziel der Begrenzung des Treibhauseffekts auf 2 °C gewährleistet.

Es ist wohl selbstredend, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments die in diesen Tagen unternommenen Anstrengungen, insbesondere bei den wesentlichen Sitzungen in Kopenhagen, mit verfolgen werden, und ich möchte Ihnen dafür und für all Ihre Bemühungen danken.

Die Präsidentin. – Ich weise die Kolleginnen und Kollegen noch einmal darauf hin, dass das von der Arbeitsgruppe zur Reform des Parlaments geschaffene System der Blue Card nicht für Kommission und Rat gilt, sondern für Debatten mit Abgeordneten.

Zum Abschluss dieser Aussprache wurde vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ein Entschließungsantrag eingereicht⁽¹⁾.

Die Aussprache ist jetzt geschlossen.

Die Abstimmung dazu findet morgen statt.

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Keiner kann die extreme Dringlichkeit des Abschlusses eines internationalen Post-Kyoto-Abkommens für eine erhebliche Verringerung der CO₂-Emissionen leugnen.

Wir müssen sicherstellen, dass die Erde sich nicht um mehr als zwei Grad erwärmt. Wenn wir das erreichen wollen, müssen die globalen Emissionen über die nächsten 10 Jahre um mindestens 30 % reduziert werden. Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel, und die Zeit läuft uns davon. Das ist unsere Chance, die Folgen des Klimawandels abzufedern, die jetzt schon spürbar sind und zum größten Problem des 21. Jahrhunderts werden könnten.

Wir Inselbewohner tragen am wenigsten zu diesen Veränderungen bei, und doch sind wir von dieser Problematik ernsthaft bedroht.

Die Europäische Union muss weiterhin eine führende Rolle spielen und in Umweltfragen mit einer Stimme sprechen. Sie wird ihre ganze politische Macht ausüben müssen, damit beim bevorstehenden Gipfel in Kopenhagen ein solides Übereinkommen zwischen den großen Weltmächten erreicht werden kann. Entscheidende Schritte zu setzen und das globale Modell des Energieverbrauchs zu ändern – wie Portugal

⁽¹⁾ (Siehe Protokoll)

und die Azoren es bereits getan haben – ist neben Investitionen in erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz unglaublich wichtig.

Nessa Childers (S&D), schriftlich. – In den letzten Tagen ist Irland von schweren Überschwemmungen heimgesucht worden, die Zerstörung über einfache Familien, Kleinunternehmen und Landwirte der Insel gebracht haben. Als der Fluss Barrow, der zweitgrößte Fluss Irlands, über seine Ufer trat, stand ein Großteil von Carlow über vier Tage lang unter Wasser! Die Überschwemmung im nahegelegenen Kilkenny ist so stark wie zuletzt vor 60 Jahren. Zwar haben Überschwemmungen in Irland immer zum Leben dazugehört, die steigende Häufigkeit und Schwere der Fälle sind jedoch Ausdrucksformen des Klimawandels, verursacht durch die rücksichtslose Ausbeutung unserer Umwelt. Gleich, was in weniger als zwei Wochen bei der UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen passieren wird, extreme Wetterbedingungen, wie die Überschwemmungen in Irland, werden immer häufiger werden. Wir müssen Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen des Klimawandels aufbauen. Frau Präsidentin, ich rufe die irische Regierung auf, unverzüglich um Beihilfen für Naturkatastrophen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union anzusuchen. Die irische Bevölkerung hat sich erst vor kurzem zur EU bekannt, indem sie für den Vertrag von Lissabon gestimmt hat. Nun muss sich die EU zu Irland und zur Bevölkerung von Carlow und Kilkenny bekennen, indem sie diese Beihilfen rasch bereitstellt.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Ein politisches Übereinkommen in Kopenhagen zu erreichen, ist wesentlich, aber es muss ein globales sein. Die europäische Industrie in eine Lage zu versetzen, die der der anderen Industriestaaten gegenüber höchst unverhältnismäßig wäre, wäre in wirtschaftlicher Hinsicht ein großer Fehler und von geringem Nutzen, was die Umwelt betrifft. Die Bemühungen Europas sollten sich auf die Verwirklichung eines Übereinkommens konzentrieren, das für alle Parteien verpflichtend ist.

Europa muss ferner effiziente und vernünftige Lösungen zur Frage der Finanzierung finden. Dazu gehört nicht die Idee einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) zur Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern.

Diese Art der Hilfe, so notwendig sie auch sein mag, darf nicht auf Kosten von Wirtschaft, Handel und Wachstumsschaffung gehen.

Der Preis, den eine solche Steuer für die Gesellschaft im Allgemeinen bedeuten würde (stärkere Steuerbelastung für Steuerzahler und Verbraucher) und ihre Auswirkungen auf den Finanzmarkt (Minderung der notwendigen Liquidität und des Kreditflusses für Unternehmen und Haushalte) darf nicht unbeachtet bleiben.

Die Einführung einer globalen Steuer würde darüber hinaus zu technischen Problemen und einer hochkomplexen Verwaltung führen. Der Weg aus der Krise darf nicht noch weitere Steuern bringen, die nur schwer zu erheben wären. Wir müssen vom Gedanken einer neuen Steuer ablassen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Die EU sollte im Kampf gegen den Klimawandel weiterhin mit gutem Beispiel voran gehen. Dass die EU über die in Kyoto festgesetzten Ziele hinaus gegangen ist, verdient Beachtung.

Ich finde, dass das Übereinkommen in Kopenhagen zur Minderung des globalen CO₂-Ausstoßes bindend sein sollte. Im Hinblick darauf habe ich einen Änderungsantrag für die diesbezügliche Entschließung des Parlaments eingebracht, der verlangt, dass im endgültigen Text eine Reihe internationaler Sanktionen festgelegt wird.

Ich glaube, dass das Übereinkommen global, ehrgeizig und mit einem klaren Zeitplan versehen sein muss. Wenn wir nicht ehrgeizig sind, werden wir schussendlich mit einem nutzlosen Instrument zurückbleiben, das noch weniger wirksam ist als das Kyoto-Protokoll, das bereits internationale Sanktionen enthält. Wir hoffen, dass es tatsächliche Vorschriften geben und dass das Übereinkommen eine Revisionsklausel enthalten wird, damit es leicht aktualisiert werden kann.

Wir müssen ferner den Schwellenländern in Asien ein klares Signal senden. China und Indien können nicht völlig von ihrer Verantwortung befreit werden, wenn sie einen Großteil der globalen Emissionen erzeugen, während unsere Industrien ihre Emissionen stark reduzieren.

Die USA tragen viel Verantwortung hinsichtlich eines erfolgreichen Ausgangs des Gipfels. Ich hoffe, dass der Präsident der Vereinigten Staaten Barack Obama beweisen wird, dass er den Friedensnobelpreis wirklich verdient hat, denn der Kampf gegen den Klimawandel wird zu Frieden und Glück aller Nationen beitragen.

Adam Gierek (S&D), schriftlich. – (PL) Das Klima verändert sich. Das war in der Vergangenheit schon oft der Fall. Es gibt über 6 Milliarden Menschen, und was einmal ein extremes Phänomen war und unbemerkt stattfand, ist heute offensichtlich. Dazu kommt, dass intelligent gebaute Infrastruktur, etwa zur Stromerzeugung oder -versorgung, oft versagt, und zu den Folgen zählen Stromausfälle und der Zusammenbruch von IT-Netzen. Außerdem ist da das Problem der Wüstenbildung in weiten Gebieten der Erde, die im Begriff ist, eine humanitäre und wirtschaftliche Katastrophe auszulösen. Ein erstes Anzeichen sind die Unruhen in Somalia und Prognosen über künftige Wasserkonflikte. Die Migration schlägt immer höhere Wellen. Kann man diese Probleme durch die Beschränkung der CO₂-Emissionen lösen? Nein.

Erstens hat niemand beweisen können, dass der CO₂-Ausstoß die Ursache des Klimawandels ist. Zweitens sind die Auswirkungen der Beschränkung der CO₂-Emissionen erst für Ende des Jahrhunderts zu erwarten. Drittens werden Einschränkungen im Bereich der CO₂-Emissionen die Menschheit nur wirtschaftlich schwächen, was die Katastrophe noch weiter verstärkt. Was den Emissionshandel betrifft, handelt es sich um einen anti-sozialen Vorschlag, dessen Kosten die einfache Bevölkerung zu tragen haben wird. Die Profite jedoch werden auf die Finanzwelt überschwapen, einschließlich der Welt der Spekulanten. Das wichtigste aus humanitärer und sozialer Sicht ist daher nicht, die höchst unwahrscheinlichen Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen, sondern vielmehr dessen Folgen. Es geht nicht darum, sich dem Klimawandel anzupassen, sondern darum, zu handeln. In meinem Land zum Beispiel ist die Frage der Wasserversorgung bereits ein wichtiges Thema.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Die Erderwärmung stellt die Menschheit derzeit vor zwei große Probleme: Einerseits die Notwendigkeit, den Treibhausgasausstoß drastisch zu mindern, und andererseits die Notwendigkeit, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Angesichts der Tatsache, dass wir es mit einem globalen Phänomen zu tun haben und dass die EU nur für 10 % des weltweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich ist, ist es wichtig, dass wir in zwei Wochen in Kopenhagen ein verpflichtendes, globales Rechtsübereinkommen erzielen. Ich begrüße die Teilnahme von Präsident Obama in Kopenhagen mit einem Mandat über klare Emissionsminderungsziele, zu denen sich die USA verpflichten wollen. Um uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen, brauchen wir einen Finanzierungsmechanismus unter Angabe der exakten Beträge, die in grüne Technologien investiert werden, die wiederum neue Arbeitsplätze schaffen, etwas, das in Zeiten der Krise besonders wichtig ist.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Ziel der internationalen Konferenz über den Klimawandel, die am 7. Dezember in Kopenhagen beginnt, wird es sein, ein Post-Kyoto-Abkommen festzulegen, das alle Länder dazu bringt, ihren Schadstoffausstoß zu reduzieren. Die EU hat sich einseitig verpflichtet, die Emissionswerte um 20 % gegenüber 2005 zu reduzieren und sicherzustellen, dass 20 % der verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Diese Bemühungen müssen jedoch mit denen der anderen Industrie- oder Entwicklungsländer koordiniert werden. Energieverbrauch und Schadstoffemissionen können schnell und kostengünstig reduziert werden, wenn die Energieeffizienz auf globaler Ebene gefördert wird. Aus diesem Grund müssen die EU und die Mitgliedstaaten ihre Energieeffizienz verbessern, insbesondere im Gebäude- und Verkehrssektor. Damit die EU in der Lage ist, die von energieintensiven Industrien verursachten Schadstoffemissionen gemäß den eingegangenen Verpflichtungen zu verringern, müssen Mittel für die Modernisierung der europäischen Unternehmen bereitgestellt werden. Nur so werden wir die Produktion und, im Zuge dessen, die Arbeitsplätze in der Europäischen Union aufrechterhalten können. Während der Haushaltsüberprüfung der EU müssen wir sicherstellen, dass ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen, um Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und Anpassung an seine Folgen umgesetzt werden können. Der Ausbau einer umweltfreundlichen globalen Wirtschaft wird neue Investitionen mit sich bringen, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sorgen und die Lebensqualität verbessern.

(Die Sitzung wird von 11.50 Uhr bis zur Abstimmungsstunde um 12.00 Uhr unterbrochen.)

VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS

Vizepräsident

4. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Für die Ergebnisse und andere Einzelheiten zur Abstimmung: siehe Protokoll)

4.1. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (A7-0070/2009, Catherine Trautmann) (Abstimmung)

4.2. Statistiken zu Pestiziden (A7-0063/2009, Bart Staes) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung:

Bart Staes, Berichterstatter. – (NL) Nur als Erläuterung – dies ist die dritte von drei Berichten zur Verwendung von Pestiziden.

Zu einem früheren Zeitpunkt in diesem Jahr haben wir mit dem letzten Parlament eine Verordnung zur Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in den Markt angenommen. Zu dieser Zeit haben wir auch eine Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden gebilligt, und die gegenwärtige Verordnung über Statistiken zu Pestiziden ist die dritte Komponente.

Dieser Vorschlag hätte durch den Vermittlungsausschuss behandelt werden müssen, da etwas während der letzten Parlamentsperiode schief gelaufen ist. Viele Personen waren nicht anwesend, und bei der zweiten Lesung waren zu wenig Personen für uns verfügbar, um ausreichende Stimmen für den Abschluss dieser zweiten Lesung zu erzielen.

In diesem Zusammenhang wollte ich das Wort ergreifen und der schwedischen Ratspräsidentschaft und insbesondere der tschechischen Ratspräsidentschaft danken, da sie die zweite Lesung komplett hätten ruinieren können: Sie hätten es ablehnen können, nach einer Vermittlung zu streben. Dank ihrer guten Beziehungen mit dem Parlament, und auch Dank der Vorsitzenden der politischen Fraktionen, die sich mir beim Aufsetzen eines Schreibens an die Ratspräsidentschaft unmittelbar nach den Wahlen angeschlossen hatten, erwies es sich als möglich, diesen Bericht zu sichern und über das Vermittlungsverfahren zu gewährleisten, dass wir heute über den Wortlaut abstimmen können, der bei der zweiten Lesung vereinbart wurde. Ich möchte allen daran Beteiligten danken.

4.3. Gemeinschaftszuschüsse für transeuropäische Netze (kodifizierte Fassung) (A7-0057/2009, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)

4.4. Vertraulichkeitsregeln für Europol-Informationen (A7-0065/2009, Timothy Kirkhope) (Abstimmung)

4.5. Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Beziehungen von Europol zu anderen Stellen einschließlich des Austauschs von personenbezogenen Daten und Verschlusssachen (A7-0064/2009, Sophia in 't Veld) (Abstimmung)

4.6. Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt (A7-0069/2009, Jan Philipp Albrecht) (Abstimmung)

4.7. Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Annahme der Durchführungsbestimmungen für die von Europol geführten Arbeitsdateien zu Analysezwecken (A7-0068/2009, Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung)

4.8. Europäisches Netz für Kriminalprävention (ENKP) (A7-0072/2009, Sonia Alfano) (Abstimmung)

4.9. Akkreditierung von kriminaltechnischen Labortätigkeiten (A7-0071/2009, Timothy Kirkhope) (Abstimmung)

4.10. Makrofinanzhilfe für Georgien (A7-0060/2009, Vital Moreira) (Abstimmung)

4.11. Makrofinanzhilfe für Armenien (A7-0059/2009, Vital Moreira) (Abstimmung)

4.12. Makrofinanzhilfe für Serbien (A7-0061/2009, Miloslav Ransdorf) (Abstimmung)

4.13. Makrofinanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (A7-0067/2009, Iuliu Winkler) (Abstimmung)

4.14. Gemeinsames Mehrwertsteuersystem (A7-0055/2009, Udo Bullmann) (Abstimmung)

4.15. Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen): Anlagen II und III in Bezug auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen (A7-0051/2009, Anna Rosbach) (Abstimmung)

4.16. Abkommen EG/Dänemark über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen (A7-0058/2009, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)

4.17. Abkommen EG/Dänemark über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (A7-0056/2009, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)

4.18. Wiederauffüllungsplan für Schwarzen Heilbutt im Rahmen der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik (A7-0046/2009, Carmen Fraga Estévez) (Abstimmung)

4.19. Vereinbarung über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zum Übereinkommen über den Internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls von Vilnius vom 3. Juni 1999 (A7-0053/2009, Dieter-Lebrecht Koch) (Abstimmung)

4.20. Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (A7-0062/2009, Diana Wallis) (Abstimmung)

4.21. Antrag auf Schutz der Immunität und Vorrechte von Tobias Pflüger (A7-0054/2009, Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

4.22. Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle - Fünfter Teil (A7-0036/2009, József Szájer) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung über den legislativen Entschließungsantrag:

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich denke, wir sollten den Vorschlag nicht zurückziehen.

(Das Parlament beschloss, den Vorschlag an den Ausschuss zurück zu verweisen.)

4.23. Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich (A7-0052/2009, Alexander Alvaro) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung:

Petru Constantin Luhan (PPE). – Herr Präsident, ich möchte Sie seitens der Europäischen Volkspartei bitten, separat über Änderungsantrag 27 abzustimmen. Er handelt davon, Eurojust und Europol einen umfassenden Zugang zur Datenbank einzuräumen. Ich möchte all unsere Kollegen darum bitten, nicht dafür zu stimmen.

(Das Parlament lehnt den Vorschlag ab)

5. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

- Bericht: Catherine Trautmann (A7-0070/2009)

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Als einer der Schattenberichterstatter für das Telekommunikationspaket möchte ich nach der erfolgreichen Abstimmung sagen, dass ich erfreut bin, dass diese wichtige Änderung der Regelungen betreffend den Binnenmarkt im Bereich der elektronischen Kommunikation im besonderen ein weiteres faires Verfahren im Hinblick auf die Trennung vom Internet mit sich bringt. Ich bin erfreut, dass der Rat unseren Vorschlägen schließlich zugestimmt hat. Unsere Garantien werden sicherstellen, dass die Trennung vom Internet auf die wirklichen Kriminellen wie Terroristen oder Verteiler von Kinderpornographie und nicht auf gewöhnliche Nutzer anzuwenden sein wird.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident, meiner Ansicht nach ist diese Gesetzgebung erforderlich, da wir uns in Richtung eines Binnenmarktes bei der elektronischen Kommunikation bewegen. Es ist bereits mit dem Vertrag von Lissabon entschieden worden, dass diese Richtung einzuschlagen ist.

Nichtsdestotrotz bin ich sehr besorgt, was die Wahrung der Grundrechte von Internetnutzern und den freien Zugang zum Internet betrifft. Eine Sorge ist dessen illegale Nutzung und Missbrauch, und wie wir wissen ist gegenwärtig eines der größten Themen und Probleme die Piraterie. Die Piraterie nimmt unaufhörlich und in hohem Maße zu, und einer der wichtigsten Bereiche, in der sie agiert, ist das Internet.

Ich hoffe, dass wir künftig in die Sicherstellung dessen investieren können, dass jene, die kreative Arbeiten hervorbringen, angemessen dafür vergütet werden. Und dass die Piraterie nicht deren Arbeit gefährdet, wie es gegenwärtig im Internet, wenn Dateien herunter geladen werden, verbreitet ist. Dies ist der richtige Schritt und die einzuschlagende Richtung, obwohl wir in Zukunft den Rechten von Kulturschaffenden und der Verhinderung der Piraterie besondere Aufmerksamkeit schenken sollten.

- Bericht: Timothy Kirkhope (A7-0065/2009)

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident, sehen Sie wie verstohlen, wie seidenweich, mit wie vielen kleinen Schritten, wie heimtückisch und boshaft wir uns hin zur Errichtung einer föderalen paneuropäischen Polizeidienststelle bewegt haben.

Als Europol zunächst in den frühen 90-er Jahren errichtet wurde, hat man es, wenn Sie so möchten, als eine regionale Zweigstelle von Interpol dargestellt. Seitdem wurden Stück für Stück exekutive Gewalt und polizeiliche Befugnisse übertragen.

Zunächst wurden diese dargestellt, als seien sie eng an den Bereich der grenzüberschreitenden Terrorismusbekämpfung gebunden. Das war natürlich genau so, als das FBI anfang, und Stück für Stück hat es letztendlich seine Aufgabenbereiche und angehäuften Befugnisse ausgeweitet, bis es zu einer bundesstaatlichen, pankontinentalen Polizei geworden ist.

Ein ähnlicher Prozess ist jetzt mit Europol im Gang, welches seine Aufgabenbereiche allmählich ausgeweitet hat, um eine ganze Reihe von Straftaten, die der Art nach national sind, abzudecken – aber mit dem ziemlich faszinierenden Fehler, dass dessen Mitarbeiter immer noch diplomatische Immunität haben; mit anderen Worten, sie können nicht für den Missbrauch von Polizeibefugnissen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wann hatten wir jemals dafür gestimmt? Wann hatten wir jemals vereinbart, ein paneuropäisches System der Strafrechtspflege mit seinem eigenen Haftbefehl, seiner eigenen Polizei, seinen eigenen Strafverfolgungsbehörden und seinem eigenen paneuropäischen Staatsanwalt einzuführen?--

Ich denke, wir sollten so höflich sein, unsere Bevölkerung, unsere Wähler zu fragen, ob sie das genehmigen.

- Bericht: Vital Moreira (A7-0060/2009)

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident, das Beste, was wir für die Balkan- und kaukasischen Republiken tun können, ist, sie uneingeschränkt in die Zollunion aufzunehmen, unsere Märkte für deren Erzeugnisse zu öffnen. Dies sind Länder, die ideal platziert sind, um einen Platz auf dem Markt zu erobern. Sie haben ausgebildete und fleißige Arbeitskräfte, aber sie haben relativ niedrige Kosten und demnach wettbewerbsfähige Ausfuhren.

Anstatt die zu tun, schließen wir deren Erzeugnisse in einer Reihe von Schlüsselbereichen aus, und um dann unsere Gewissen zu beruhigen, geben wir einer Regierung nach der anderen finanziellen Beistand. Indem wir das tun, machen wir sie natürlich abhängig; wir machen sie zu Satrapien. Es sind nicht nur die Russen, die diese Länder für ihr „nahes Ausland“ halten. Dies ist eine Redewendung, die auch in Brüssel bisweilen angewandt zu werden scheint.

Wir ziehen deren Politiker und Entscheidungsträger in ein System massiver Vermögensumverteilung und europäisieren diese im Voraus, da sie lernen, was in diesem Parlament alle nur zu gut wissen. Nämlich dass die primäre Funktion der Europäischen Union heutzutage darin besteht, als ein Masseninstrument zu handeln, um den Steuerzahlern Geld zu entziehen und es den Menschen zu geben, die das Glück haben, innerhalb des Systems zu arbeiten.

- Bericht: Alexander Alvaro (A7-0052/2009)

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Meine Damen und Herren, ich glaube fest daran, dass wir ein neues Informationssystem für die Zivilverwaltung benötigen, welches die Zoll- und Polizeibehörden der Mitgliedstaaten miteinander verbindet. Wir schulden es den Bürgern der Union, um den Import von nachgeahmten und auch gefährlichen Waren aus Drittländern in unseren Markt wirksamer zu bekämpfen. Im Gegensatz zu den meisten Abgeordneten glaube ich, dass der Vorschlag der Kommission einen größeren Schutz für personenbezogene Daten und gleichzeitig einen wirksameren Kampf gegen die organisierte Kriminalität sicherstellt. Daher habe ich nicht für die 90 Änderungsentwürfe des Ausschusses oder für den Bericht insgesamt gestimmt.

Ich möchte die Kommission natürlich dazu auffordern, ein vergleichbares Frühwarnsystem wie RAPEX China auch mit anderen Staaten zu verhandeln, wie beispielsweise Indien, Vietnam, Russland oder die Türkei, sodass gefährliche oder nachgeahmte Waren beschlagnahmt werden können, bevor sie in europäische Länder gelangen. Ich stelle fest, dass es seit 2006 möglich gewesen ist, internationale Übereinkommen mit Drittländern bezüglich einer Zusammenarbeit der Kontrollorgane im Bereich des Verbraucherschutzes zu schließen, und ich bin sehr enttäuscht, dass die Kommission bislang darin versagt hat, diese Option zu nutzen.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

- Bericht: Catherine Trautmann (A7-0070/2009)

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich freue mich, dass das Europäische Parlament das Reformpaket für den Telekommunikationssektor angenommen hat, um so die Verbraucherrechte zu konsolidieren und zu einem breiteren Zugang zu Informationen und zur Meinungsfreiheit beizutragen. Um die Ziele der Lissabon-Agenda zu erreichen, müssen wir ausreichende Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeits-Netzwerke bereitstellen, um Innovationen bei inhaltsbasierten Internet-Dienstleistungen zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf internationaler Ebene zu verbessern. Die Förderung nachhaltiger Investitionen in die Entwicklung derartiger Netzwerke ist absolut entscheidend, da dies sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die freie Auswahl für Verbraucher erhöhen wird. Um Investitionen in neue Technologien in weniger entwickelten Regionen zu gewährleisten, sollten Verordnungen mit Bezug zur elektronischen Kommunikation mit anderen Politiken wie der Politik über staatliche Beihilfen, der Kohäsionspolitik oder den Zielen einer breiter angelegten Industriepolitik abgestimmt werden.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich unterstütze das Reformpaket für den Telekommunikationssektor, weil ich glaube, dass das Internet ein wesentliches Instrument für die Bildung, die Ausübung der Meinungsfreiheit und den Zugang zu Informationen ist. Diese Initiative begründet definitiv die Idee, dass Internetzugang und Internetnutzung unter die Grundrechte der europäischen Bürger fallen. Ich möchte gern Frau Bastos danken, die die einzige an diesem Verfahren beteiligte portugiesische Abgeordnete war. Ich befürworte die Freiheit im Internet, ohne dass dies ein Fehlen jeglicher Art von Vorschriften bedeutet. Wie in der realen Welt ist die Welt im Internet die Kulisse für unerlaubte und illegale Handlungen, einschließlich dem Download von Videos und Musikdateien, der Anstiftung zum Terrorismus und Kinderpornographie. Trotz des Widerstands vieler nationaler Regierungen hat das Parlament sichergestellt, dass allen Nutzern die Rechte und Garantien zugute kommen können, die in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) verankert sind. Dies bedeutet, dass jegliche Einschränkung von Rechten oder Grundfreiheiten von Internetnutzern, wie die Abschaltung des Zugangs, die EMRK und den allgemeinen Rechtsgrundsatz achten und vor allem durch eine gerichtliche Anordnung ermächtigt gewesen sein muss. Mit dem Ziel, die Verfahrensgarantien, die Unschuldsvermutung und das Recht auf Privatsphäre unbeschadet von besonderen Maßnahmen in Fällen, die als dringend im Interesse der staatlichen Sicherheit gelten, aufrechtzuerhalten.

Marielle De Sarnez (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Vorbehaltlich der gerichtlichen Genehmigung: Das ist das, was wir erreichen wollten. Innerhalb dieses Kompromisses haben wir zumindest den zu diesem Zeitpunkt garantiert besten Rechtsschutz. Die Botschaft der EU ist jetzt klar: Der Zugang zum Internet ist ein Grundrecht, und es wird konkreten und verbindlichen Verfahren zu folgen sein, um sicherzustellen, dass Internetnutzer tatsächlich für einen Urheberrechtsverstoß verurteilt werden können. Es liegt jetzt an den einzelstaatlichen Richtern und dem Europäischen Gerichtshof, das Recht aller Internetnutzer durchzusetzen, sich eines vorbehaltlichen, fairen und unparteiischen Verfahrens zu erfreuen. Die fehlende Klarheit von vielen Bestimmungen werden ein genaues Monitoring während des Prozesses der Umsetzung und der Anwendung dieser wichtigen Gesetzgebung erfordern. Mit dem jetzt ratifizierten Vertrag von Lissabon wird das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber in der Lage sein, die Neutralität des Internet weiterhin zu verteidigen. Die heutige Abstimmung ist nur ein Abschnitt in einem langen Prozess. Wir müssen damit fortfahren, die Rechte der Internetnutzer zu verteidigen und sie speziell besser zu bestimmen. Wir werden auch dringend die kritische Frage der Urheberrechte im Internet aufgreifen müssen.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht von Frau Trautmann gestimmt, weil ich glaube, dass die aktuelle Vereinbarung weit über das hinaus geht, was auf einer frühen Stufe des Prozesses insbesondere im Hinblick auf die Verbraucherrechte möglich ist. Ich glaube, dass die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz von Rechten und Garantien zur Meinungs- und Informationsfreiheit, die den Nutzern von Festnetz- oder Mobiltelefonen und Internetnutzern eingeräumt wird, absolut grundlegend ist. Es ist wichtig, den Telekom-Binnenmarkt zu rationalisieren, indem der Wettbewerb zwischen den Unternehmen gefördert wird, während gleichzeitig die Autonomie der nationalen Regulierungsbehörden durch deren jeweilige Regierungen verstärkt wird. Es war gleichermaßen wichtig, eine modernere Verwaltung der Frequenzen durch die Entwicklung von Techniken sicherzustellen, die eine leichtere Bereitstellung dieser Dienstleistungen in ländlichen Gebieten ermöglichen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich begrüße den Kompromiss, der zwischen dem Parlament und dem Rat zur Einführung eines angemessenen Schutzes in die Rahmenrichtlinie erzielt worden ist, Nutzer in Fällen einer Zugangsbeschränkung zu Dienstleistungen und Anwendungen mittels elektronischer Kommunikationsnetze angemessen zu schützen.

Ich denke, dass die Rechtsstaatlichkeit diktiert, dass der Zugang zur Information und die Nutzung elektronischer Kommunikationsnetze für niemanden zum Gegenstand von Bestimmungen gemacht werden kann, ohne dass diese in strenger Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Unschuldsvermutung erfolgt. Der Beschränkung des Zugangs müssen ferner vorherige, faire und unparteiische Verfahren, die das Recht auf Anhörung und auf wirksamen Rechtsbehelf schützen, vorausgehen.

Darüber hinaus denke ich, dass es besonders wichtig ist, die Unabhängigkeitsmechanismen nationaler Regulierungsbehörden zu fördern, sodass diese sowohl den Markt effektiv regulieren und einen fairen Wettbewerb zwischen den Betreibern als auch Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen europäischen Regulierungsbehörden unterstützen können. Mit dem Ziel, einen transparenteren und wettbewerbsfähigeren Markt, der für Nutzer eine Verstärkung der angebotenen Dienstleistungsqualität darstellen wird, bewirken zu können.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Ende Oktober nahm der Rat die Mehrheit der mit dem Parlament verhandelten Texte zum so genannten Telekommunikationspaket mit einigen wenigen Ausnahmen, die im Bericht Trautmann aufgeführt waren, an.

Dieser Text wurde im Vermittlungsausschuss weiter verhandelt, wo der Wortlaut, über den wir jetzt abstimmen, angenommen wurde.

Es stimmt, dass der angenommene Text einige der Vorschläge enthält, die durch unsere Fraktion zum Schutz der Nutzerrechte eingereicht wurden. Dennoch geht dies nicht weit genug, da in dringenden Fällen Ausnahmen von den Verfahrenssicherheiten gestattet werden, obgleich diese substantiiert und in Übereinstimmung mit der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten stehen müssen.

Jedoch ist das Hauptproblem beim Text sein Anwendungsbereich, da er sich nur auf die Beschränkungen bezieht, die durch die Mitgliedstaaten auferlegt werden können, und nicht auf die durch Privatgesellschaften auferlegten Beschränkungen.

Tatsächlich scheint die Europäische Union mehr daran interessiert zu sein, einen Telekom-Binnenmarkt zu verwirklichen, um allein den Interessen der den Sektor dominierenden wirtschaftlichen Gruppen zu dienen, als die Rechte und Grundfreiheiten der Endverbraucher zu schützen. Wir haben keine andere Wahl, als uns mit einer solchen Einstellung nicht einverstanden zu erklären.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Ich habe mich der Abstimmung zu dieser Endversion des Telekommunikationspakets enthalten, da es nicht zufrieden stellend ist. Es ist jedoch besser als gar nichts. Es schützt die Internetnutzer nicht vor den Missbräuchen freiheitsvernichtender Gesetze wie der ersten Version des Hadopi-Gesetzes in Frankreich, oder vor der Wut von Verwaltungsbehörden, die zur Durchführung derartiger Missbräuche erforderlichenfalls autorisiert sind. Dennoch gibt es Internetnutzern legale Mittel, sich selbst zu verteidigen. Es ist leider alarmierend, dass es dazu gekommen ist: dass wir uns auf die Europäische Union verlassen sollten, die es überhaupt nicht kümmert, was die Bürger denken und bei der die große Mehrheit der Handlungen im Wesentlichen darauf abzielt, die Interessen aller möglichen Interessengruppen zu befriedigen und die Europäer mit einem Mindestniveau an Informations- und Meinungsfreiheit zu versorgen.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Obgleich der Telekommunikationssektor eine beispiellose Entwicklungsphase durchläuft, war es entscheidend, den Bericht meiner Kollegin Frau Trautmann zu unterstützen. Denn dies wird bedeuten, dass den Verbrauchern bessere Dienstleistungen zu gerechteren Preisen angeboten werden.

Ich begrüße die Tatsache, dass dieser Text die Nutzerrechte erhöhen wird, und zwar im Hinblick auf Universaldienste mittels klarerer Verträge, eine besser zugängliche Notfallnummer, eine Hotline für vermisste Kinder, eine bessere Berücksichtigung der Rechte von behinderten Menschen und eine Garantie der Nummernübertragbarkeit. Er wird auch den besseren Schutz der Privatsphäre und die Bekämpfung illegaler Praktiken im Internet ermöglichen, indem die Sicherheit und die Integrität der elektronischen Kommunikationsnetze verbessert werden.

Schließlich ist es erfreulich, eine juristisch gute Lösung erzielt zu haben, die den europäischen Bürgern Verfahrensgarantien wie die Beachtung des Inter-pares-Grundsatzes, die Unschuldsvermutung und den Anspruch auf rechtliches Gehör anbietet. Und welche die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, diese Sicherheiten einzuhalten, bevor jedwede Maßnahmen unternommen werden, die auf eine Beschränkung des Internetzugangs abzielen.

Małgorzata Handzlik (PPE), *schriftlich*. – (PL) Die Annahme des Berichts Trautmann bedeutet, dass die Bestimmungen des Telekompakets in Kürze in Kraft treten werden. Das sind gute Nachrichten für die Verbraucher, deren Rechte durch diese Gesetzgebung gestärkt werden. Die Möglichkeit der Nummernübertragung innerhalb eines Tages zu einem anderen Netz, die Verbesserung der Tariftransparenz und die Stärkung des Schutzes personenbezogener Daten sind einige der vielen positiven Ergebnisse des Pakets.

Außerdem hat das Europäische Parlament die Ängste der europäischen Bürger bezüglich der Trennung von Internetnutzern vom Internet berücksichtigt. Das Europäische Parlament hält die Meinung aufrecht, dass der Zugang zum Internet das Recht eines jeden Bürgers ist. In Bezug darauf wird die Abschaltung eines Bürgers vom Internet nur in begründeten Fällen möglich sein, wobei die Unschuldsvermutung, das Recht

auf Privatsphäre und die Durchführung einer fairen und unparteiischen Verhandlung respektiert werden. Diese Lösung wird die Unterstützer eines breiten Zugangs zum Internet sicherlich zufrieden stellen.

Jacky Hénin (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Ich muss sagen, dass der vorgeschlagene Kompromiss zwischen dem Rat und dem Parlament den Nutzern keine angemessene Rechtssicherheit gewährt.

Obgleich der Text ausführt, dass die Mitgliedstaaten den Internet-Endnutzern keine Beschränkungen auferlegen können, ebnet er in der Tat den Weg dafür, dass Verbraucher ohne eine vorherige Entscheidung durch eine juristische Körperschaft durch Zugangsanbieter eingeschränkt werden können.

Diese Sachlage unterminiert die Rechte der Menschen.

Die Änderungen unserer Fraktion, die auf die Wahrung der Bürgerrechte abzielten, wurden nicht angenommen.

Schließlich unterliegt das Paket dem „Gesetz“ des Binnenmarkts. Es ist daher der Europäische Gerichtshof, der über „Interessenkonflikte“ entscheiden wird. Die Freiheit der Meinungsäußerung wird demnach, wie zu viele aktuelle Beispiele zeigen, aller Wahrscheinlichkeit nach Gegenstand des Gesetzes zum Binnenmarkt sein.

Dank des starken Drucks durch Nutzer und Bürger sind Nutzersicherheiten erzielt worden, aber sie bleiben nach Ansicht der Linken unzureichend. Wir können keine unehrlichen Kompromisse akzeptieren, wo die Freiheit der Meinungsäußerung der Bürger betroffen ist.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe für das Kompromisspaket zur Telekommunikation gestimmt. Obwohl das Paket nicht perfekt ist, was in der Natur von Kompromissen liegt, glaube ich, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist und eine Verbesserung der Verbraucherrechte bewirken wird.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Eine Ja-Stimme kann einfach durch die Tatsache gerechtfertigt sein, dass die neue europäische Gesetzgebung zum Telekommunikationssektor die Rechte der Festnetz-, Mobilfunk- und Internetnutzer stärken und den Wettbewerb fördern wird.

Das Wichtigste an diesen neuen Verordnungen ist die Stärkung der Verbraucherrechte, die Garantien für den Internetzugang und der Schutz von personenbezogenen Daten, vorausgesetzt, dass die EU zunehmend ein Raum der Freiheit und des Rechts ist.

Willy Meyer (GUE/NGL), schriftlich. – (ES) Ich habe gegen die Richtlinie über elektronische Kommunikationsnetze und -dienste gestimmt, weil ich denke, dass sie einen Angriff auf die Freiheit der Meinungsäußerung und die Bürgerrechte der Bürger darstellt. Indem sie diese Richtlinie annimmt, gestattet die Europäische Union die Abtrennung von Internetdienstleistungen ohne das Erfordernis eines Gerichtsbeschlusses. Als ein Verteidiger der Bürgerrechte bin ich dazu verpflichtet, dieser Entscheidung entgegenzustehen. Sie gibt privaten Unternehmen Vollmachten, Beschränkungen bei der Nutzung des Internets einzuführen, was ein weiteres Beispiel für die Liberalisierung des europäischen Telekommunikationsmarktes ist.

Auch die Tatsache, dass nicht juristische Körperschaften (von denen Charakter und Zusammensetzung nicht bestimmt sind) entscheiden können, Internetdienstleistungen wegen anerkannter illegaler Praktiken (die auch noch nicht festgestellt sind) abzutrennen, ist ein Bruch mit den Grundsätzen, dass Bürger bis zum Beweis ihrer Schuld unschuldig sind und öffnet die Tür für Betreiber als diejenigen, die die Nutzerrechte beschränken, Inhaltsfilter einrichten und einige Seiten zum Nachteil anderer schneller machen, was *tatsächlich* ein Ende der Internetneutralität bedeuten würde.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich habe wegen seiner unstrittigen Nützlichkeit für dieses Paket gestimmt. Dennoch schätze ich, dass es unklar ist, was ein faires und unparteiisches Verfahren in der Praxis im Vergleich zu möglichen Situationen für die Beschränkung des Internetzugangs bedeuten wird. Ich denke, es wäre vorzuziehen gewesen, ein vorheriges Gerichtsurteil obligatorisch zu machen.

Teresa Riera Madurell (S&D), schriftlich. – (ES) Ich habe für einen Bericht gestimmt, der der Höhepunkt all der Arbeit ist, die um das „Telekommunikationspaket“, zwei Richtlinien und eine Verordnung herum geleistet wurde, welche einen entscheidenden Schritt nach vorn bei der Entwicklung einer Informationsgesellschaft und dem Schutz der Nutzerrechte darstellen.

Diese neue Gesetzgebung bietet auch klare Regeln und die notwendige Rechtssicherheit für die Förderung neuer Investitionen, die es wiederum möglich machen werden, neue Dienstleistungen anzubieten und neue wirtschaftliche Tätigkeiten zu entwickeln. Diese Bestimmungen werden daher eine große wirtschaftliche Auswirkung haben. Der Text, der schließlich angenommen wurde, garantiert auch eine größere Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten von Verbrauchern beim Zugang zum Netz, indem in Änderung 138 Rechtssicherheit gewährt wird.

Der erzielte Kompromiss nimmt auf die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten Bezug, während Änderung 138 für die Charta der Grundrechte der Europäischen Union optiert hat.

Die letztere Option hat einen klaren Nachteil: Das Vereinigte Königreich, Polen und jetzt die Tschechische Republik haben eine Ausnahmeregelung eingeführt, die den Europäischen Gerichtshof der Europäischen Union und die entsprechenden nationalen Gerichte davor bewahrt, im Falle eines Verstoßes zu handeln, obwohl alle Mitgliedstaaten Unterzeichner der Konvention sind und es keinen Eingriff in die nationalen juristischen Strukturen gibt.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die politischen Kräfte von Mitte-Links und Mitte-Rechts im Europäischen Parlament haben für das „Legislativpaket“ zu Telekommunikation und Internet auf Basis der Kriterien von Wettbewerb und Sicherheit gestimmt, mit anderen Worten, um die Profite der Monopole zu sichern und die Freiheiten und Rechte der Arbeitnehmer zu beschränken. Die gleichen politischen Kräfte haben, während sie mit demagogischem Wortschwall auf die Nutzerrechte und den freien Zugang zum Internet Bezug nehmen, angesichts der Anmaßungen der monopolistischen Handelskonzerne die reaktionären Vorschläge der Kommission unterstützt, und dadurch geholfen, die Interessen des Kapitals zu fördern.

Die Entscheidung des Europäischen Parlaments fördert kapitalistische Umstrukturierungen, die es Unternehmen ermöglichen werden, zu gigantischen Größenordnungen anzuwachsen und die „grüne Wirtschaft“ zu entwickeln, sodass sie uneingeschränkt auf einem europäischen und globalen Niveau herrschen und dabei ihre Profite zum Nachteil der Beschäftigten und Nutzer ihrer Dienstleistungen vermehren werden.

Den Monopolen werden legale Rechte gegeben, um den Zugang des Nutzers zum Internet zu überwachen und zu beschränken. Gleichzeitig werden dank der Harmonisierung der Frequenzen und der „operativen Aufteilung“ zwischen Festnetz-, Internetdienstleistungen und der erforderlichen Infrastruktur deren Profite gesichert. Wir haben gegen den Entschließungsantrag des Rates und des Europäischen Parlaments gestimmt, und wir unterstützen die Arbeitnehmer und Nutzer der elektronischen Kommunikation, die ihre Rechte und Freiheiten gegenüber der reaktionären Politik der EU und der Parteien des Kapital weiterhin geltend machen.

- Bericht: Bart Staes (A7-0063/2009)

David Casa (PPE), schriftlich. – In diesem Fall zielt der Vorschlag auf die Bildung eines Rahmens ab, der sowohl für die Harmonisierung von Regeln bei der Erhebung und Verbreitung von Statistiken sorgt, wenn es sowohl zum Einsatz als auch zum Verkauf von Pestiziden kommt. Es gibt eine Reihe von wichtigen Definitionen und Klarstellungen, die gemacht worden sind, und daher habe ich mich entschieden, für diesen Bericht zu stimmen.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich begrüße die Übereinstimmung, die zu dem gemeinsamen Text erzielt worden ist, der durch den Vermittlungsausschuss bezüglich einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Statistiken zu Pestiziden erzielt worden ist. Dieser wird die Schaffung eines Rechtsrahmens und die Erstellung harmonisierter Bestimmungen für die Erhebung und Verbreitung von Statistiken zum Verkauf und zum Einsatz von Pestiziden im Hinblick auf eine nachhaltige Verwendung letzterer gestatten.

Peter Jahr (PPE), schriftlich. – (DE) Ich begrüße die Tatsache, dass die Verordnung betreffs Statistiken über Pflanzenschutzmittel das Legislativpaket der europäischen Pflanzenschutzmittelpolitik ergänzen wird, die anschließend in Kraft treten kann. Um die Risiken für den Menschen und die beteiligte Umwelt bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu minimieren, brauchen wir harmonisierte Risikoindikatoren auf der Grundlage von vergleichbaren und verlässlichen Daten aus allen Mitgliedstaaten. Das ist genau das, was jetzt möglich sein wird. Dennoch darf die Erhebung dieser Daten nicht zu mehr Bürokratie und demnach zu größeren Lasten für unsere Landwirte und Behörden führen. Wo möglich, sollten die bestehenden Daten verwandt werden und es sollte keine neue Datensammlung geben. Es wird unsere Verantwortung sein, bei der Überwachung der Durchführung der Verordnung sicherzustellen, dass die bürokratischen Ausgaben auf einem absoluten Mindestniveau gehalten werden. In einem weiteren Sinne hätte ich es vorgezogen, den

ursprünglich in der Verordnung verwandten Begriff „Pflanzenschutzmittel“ beizubehalten. Im Deutschen hat der Begriff „Pestizide“ eine komplett negative Konnotation und bezieht sich allgemein auf die zweckwidrige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Bedauerlicherweise wird die Verordnung nun zu dieser fehlerhaften Auslegung beitragen.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – (DE) Ich begrüße die Tatsache sehr, dass die Verordnung über Statistiken zu Pflanzenschutzmitteln sicherstellen wird, dass es jetzt einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Erhebung und Verbreitung von Daten zur Vermarktung und Verwendung von Pestiziden geben wird. Es steht außer Zweifel, dass die Minimierung von Risiken für die menschliche Gesundheit und den Umweltschutz vorrangig ist. Harmonisierte Risikoindikatoren und zuverlässige Daten von allen Mitgliedstaaten werden das jetzt möglich machen. Nichtsdestoweniger möchte ich ausdrücklich betonen, dass jegliche zusätzlichen Verwaltungsausgaben für die Erfassung von Daten keine Kostenlast für unsere Landwirte darstellen dürfen. Indem wir es unterlassen, bereits erhobene Daten neuerlich zu erfassen, können wir Synergien erschließen, die zu einer Reduzierung der Bürokratie und zusätzlicher Lasten führen werden.

Miroslav Mikolášik (PPE), *schriftlich*. – (SK) Pestizide, insbesondere in der Landwirtschaft eingesetzte Pestizide, haben eine große Auswirkung auf die Gesundheit von Menschen und die Umwelt, und es sollte daher weitere beträchtliche Beschränkungen für deren Verwendung geben. Längere Erfahrungen mit der Erhebung von Daten zum Verkauf und zur Verwendung von Pestiziden haben die Notwendigkeit harmonisierter Methoden zur Erhebung statistischer Daten, und zwar nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf Gemeinschaftsebene, gezeigt. Diese Verordnung schafft in Konformität mit dem Subsidiaritätsgrundsatz und dem Proportionalitätsgrundsatz einen gemeinsamen Rahmen für die systematische Einführung einer Gemeinschaftsstatistik zur Vermarktung und Verwendung von Pestiziden.

Daher erachte ich den gemeinsamen Text zur Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Statistiken zu Pestiziden, die durch den Vermittlungsausschuss angenommen worden sind, als eine geeignete Maßnahme, die letzten Endes sowohl zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden und einer großen Gesamtreduzierung der Risiken im Hinblick auf die Gesundheit und die Umwelt als auch zu einem angemessenen Schutz für Kulturpflanzen beitragen werden.

Rovana Plumb (S&D), *schriftlich*. – (RO) Ich möchte betonen, dass Pestizide in einer besser praktikablen Weise verwandt werden müssen, die auch eine beträchtliche Gesamtreduzierung der beteiligten Risiken mit sich bringt. Pestizide müssen auch in einer Weise verwandt werden, die mit dem Erfordernis des Ernteschutzes vereinbar sind. Dennoch können Pestizide nur dann ohne eine enge Überwachung sowohl von deren Quantität als auch Qualität verwandt werden, wenn eine zuverlässige Datenbank verfügbar ist. Die Verfügbarkeit und die Verwendung harmonisierter, gleichwertiger Gemeinschaftsstatistiken zu Pestizidverkäufen spielen eine wichtige Rolle bei der Abfassung und der Überwachung von Gesetzgebung und Gemeinschaftspolitiken im Rahmen der thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden. Derartige Statistiken sind für die Bewertung der nachhaltigen Entwicklungspolitiken der Europäischen Union und für die Berechnung signifikanter Indikatoren im Hinblick auf die Risiken für die Gesundheit und die Umwelt in Verbindung mit der Verwendung von Pestiziden erforderlich. Aus diesem Grund habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Oldřich Vlasák (ECR), *schriftlich*. – (CS) Ich habe für diesen Entwurf einer legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments zum gemeinsamen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Statistiken zu Pestiziden, die durch den Vermittlungsausschuss angenommen wurde, gestimmt, weil es meiner Ansicht nach beträchtliche Vorteile mit sich bringen wird. Er harmonisiert und vereinfacht insbesondere die Gesetzgebung im Bereich der Statistiken zu Pestiziden. Er harmonisiert statistische Erhebungen und ermöglicht dadurch eine größere Vergleichbarkeit von Daten, wobei die Möglichkeit einer besseren und breiteren Verwendung der administrativen Ressourcen erfasster Daten eingeräumt wird. Dies wird die Kosten und den administrativen Aufwand für Landwirte und andere Körperschaften im landwirtschaftlichen Sektor reduzieren. Der Entwurf wird auch einen größeren Schutz für vertrauliche Daten bieten. Darüber hinaus wird dieser Standard letztendlich zu einer größeren Aufklärung im Hinblick auf Pestizide und deren Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit führen, was ich persönlich als eine Schlüsselfrage betrachte.

- Bericht: Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (A7-0057/2009)

Jean-Pierre Audy (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die legislative Entschließung zur Kodifizierung der Verordnung von 1995 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze gestimmt. Ich bedaure, dass im Hinblick auf die Ausarbeitung und die Komplexität der Texte die Kommission ihren Standpunkt vom 1 April 1987 nicht

überarbeitet hat. Dieser Standpunkt beruht darauf, ihre Mitarbeiter dahingehend zu instruieren, dass alle Rechtsakte nach nicht mehr als 10 Änderungen kodifiziert sein sollten. Dabei wird betont, dass dies eine Mindestanforderung sei und die Abteilungen bestrebt sein sollten, die Texte, für die sie verantwortlich sind, sogar innerhalb kürzerer Abstände zu kodifizieren. In diesem besonderen Fall konsolidieren wir die Verordnungen aus dem Jahr 1999, zwei Verordnungen aus dem Jahr 2004 und eine Verordnung aus dem Jahr 2005. Ich bin der Ansicht, dass die Politik der Konsolidierung des Gemeinschaftsrechts eine der Prioritäten der Europäischen Kommission sein sollte und dass die gegenwärtige Situation insbesondere in Bezug auf die Mitgliedstaaten, die Bürger und allgemein alle Rechtsanwender unbefriedigend ist: die Richter, die Rechtsanwälte, die Berater, die Behörden und so weiter.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – (DE) Ich habe für den Vorschlag zu einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze gestimmt. Diese Netze sind von großer Bedeutung bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Europa. Durch die neue Verordnung wird die Bedingungen und Verfahren für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen klar geregelt, was insbesondere den Staaten und Regionen, die diesbezügliche Projekte planen, eine entsprechende Rechtssicherheit gibt.

- Bericht: Timothy Kirkhope (A7-0065/2009)

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Als ein Abgeordneter, der Fragen bezüglich der Kriminalprävention, der Sicherheit und polizeilichen Zusammenarbeit immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkenne ich die grundlegende Bedeutung Europol bei der Schaffung eines sicheren europäischen Raumes und der Verhütung der Kriminalität in ganz Europa an. Und zwar parallel zu der Notwendigkeit, diese auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der hier erörterten, zu verstärken.

Dennoch ist die wichtigste Frage, die heute hier erörtert wird, ob das Parlament weniger als eine Woche vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht auf seine neuen institutionellen Vorrechte bezüglich der Kriminalprävention und der polizeilichen Zusammenarbeit verzichten und demnach mit der Möglichkeit aufräumen sollte, eine Rolle nach dem Mitbestimmungsverfahren im Entscheidungsfindungsprozess für alle diese Fragen zu spielen.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Kurs ist. Dieses Parlament muss seine neuen Befugnisse in diesen Sachen in vollem Umfang annehmen. Im Hinblick darauf stimme ich für diesen Bericht, der den Rat zur Rücknahme seines Vorschlags auffordert.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Wir haben gegen die Ablehnung dieser Serie von Berichten des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten gestimmt. Und zwar nicht wegen des Inhalts des betreffenden Regulierungsvorschlags, der sich auf Europol und sonstige kriminalpolizeiliche Tätigkeiten bezieht, sondern um der Form willen. Tatsächlich ist der einzige Grund, warum die Mehrheit dieses Parlaments diese Berichte zurück an den Ausschuss verweisen möchte, der, dass es auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon warten kann. Mit diesem Vertrag werden diese Fragen unter das normale Legislativverfahren fallen, was eine Gleichstellung zwischen Parlament und Rat in legislativer Hinsicht, exklusives Initiativrecht für die Europäische Kommission und, schlimmer noch, gerichtliche Zuständigkeit für den Europäischen Gerichtshof bedeutet.

Soweit wir betroffen sind, ist dies inakzeptabel. In der grenzenlosen Welt, die Sie geschaffen haben, und von der Kriminelle, illegale Einwanderer und Schmuggler vollumfänglichen Gebrauch machen, ist die polizeiliche Zusammenarbeit unverzichtbar. Dennoch ist es entscheidend, dass sie innerhalb des Geltungsbereichs der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit verbleibt.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Als die dritte Säule ist dies eine extrem wichtige Frage für die Sicherheit des europäischen Raumes. Demnach bin ich damit einverstanden, dass diese Frage – ihre künftige Bedeutung für die Politik der Zusammenarbeit vorausgesetzt – gemäß dem Vertrag von Lissabon geprüft werden sollte.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – (DE) Prinzipiell ist eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden zur Verbrechensbekämpfung auch wünschenswert. Aber der Datenschutz ist beim geplanten unbeschränkten Zugriff aller Behörden überhaupt nicht geregelt, und vom angekündigten Datenschutzbeauftragten ist nicht einmal klar, welche Prüfungsrechte er überhaupt hat. Auch beim SWIFT-Abkommen bestehen massive Datenschutz-Bedenken. Das EU-Parlament muss die Möglichkeit eingeräumt bekommen, im Sinne der Bürger diesem datenschutzrechtlichen Fiasko hier Einhalt zu gebieten. Deshalb habe ich für den Bericht gestimmt.

- Bericht: Sophia in 't Veld (A7-0064/2009)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *schriftlich*. – (LT) Ich unterstütze die Stellungnahme des Berichterstatters und stimme dem zu, dass die Gesetzgebung zu EUROPOL im Einvernehmen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat geprüft werden sollte. Besonders große Aufmerksamkeit sollte dem Schutz personenbezogener Daten geschenkt werden. Es ist nicht wirklich hinreichend klar, ob es starke Schutzmaßnahmen für die Übertragung personenbezogener Daten an Dritte gibt. Verletzt dies nicht das Recht der Bürger auf Privatsphäre, und können die Menschen Vertrauen in den Schutz ihrer Daten haben? Diese Frage sollte gründlich untersucht werden. Daher sollte der Rat nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon einen neuen Vorschlag einreichen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Als ein Abgeordneter, der Fragen bezüglich der Kriminalprävention, der Sicherheit und polizeilichen Zusammenarbeit immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkenne ich die grundlegende Bedeutung Europol bei der Schaffung eines sicheren europäischen Raumes und der Verhütung der Kriminalität in ganz Europa an. Und zwar parallel zur Notwendigkeit, diese auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der hier erörterten, zu verstärken.

Dennoch ist die wichtigste Frage, die heute hier erörtert wird, ob das Parlament weniger als eine Woche vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht auf seine neuen institutionellen Vorrechte bezüglich der Kriminalprävention und der polizeilichen Zusammenarbeit verzichten und demnach mit der Möglichkeit aufräumen sollte, eine Rolle nach dem Mitbestimmungsverfahren im Entscheidungsfindungsprozess für alle diese Fragen zu spielen.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Kurs ist. Dieses Parlament muss seine neuen Befugnisse in diesen Sachen in vollem Umfang annehmen. Im Hinblick darauf stimme ich für diesen Bericht, der den Rat zur Rücknahme seines Vorschlags auffordert.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ohne die Bedeutung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) außer Acht zu lassen, und ungeachtet der allgemeinen Unterstützung, die Europol als die dritte Säule haben sollte, ist dies eine extrem wichtige Frage für die Sicherheit des europäischen Raumes.

Folglich bin ich damit einverstanden, dass diese Frage – ihre künftige Bedeutung für die Politik der Zusammenarbeit vorausgesetzt – gemäß dem Vertrag von Lissabon geprüft werden sollte.

- Bericht: Jan Philipp Albrecht (A7-0069/2009)

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Als ein Abgeordneter, der Fragen bezüglich der Kriminalprävention, der Sicherheit und polizeilichen Zusammenarbeit immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkenne ich die grundlegende Bedeutung Europol bei der Schaffung eines sicheren europäischen Raumes und der Verhütung der Kriminalität in ganz Europa an. Und zwar parallel zu der Notwendigkeit, diese auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der hier erörterten, zu verstärken.

Dennoch ist die wichtigste Frage, die heute hier erörtert wird, ob das Parlament weniger als eine Woche vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht auf seine neuen institutionellen Vorrechte bezüglich der Kriminalprävention und der polizeilichen Zusammenarbeit verzichten und demnach mit der Möglichkeit aufräumen sollte, eine Rolle nach dem Mitbestimmungsverfahren im Entscheidungsfindungsprozess für alle diese Fragen zu spielen.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Kurs ist. Dieses Parlament muss seine neuen Befugnisse in diesen Sachen in vollem Umfang annehmen. Im Hinblick darauf stimme ich für diesen Bericht, der den Rat zur Rücknahme seines Vorschlags auffordert.

Petru Constantin Luhan (PPE), *schriftlich*. – (RO) Der Bericht Albrecht wirft die Liste der Drittstaaten und Organisationen für eine Erörterung auf, mit denen Europol den Abschluss von Vereinbarungen beabsichtigt. Die Liste der Drittstaaten umfasst zum Beispiel auch die Republik Moldau, während die Liste der Organisationen, mit denen Europol den Abschluss von Vereinbarungen beabsichtigt, auch das Regionalzentrum für die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität mit seinen Hauptquartieren in Bukarest einschließen sollte, mit dem in Verhandlungen mit Europol der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung angestrebt wird. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hat als Fraktion während dieser Plenartagung entschieden, gegen diesen Bericht zu stimmen, sodass sie das Dossier nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon prüfen kann. Eben weil es so ein wichtiges Thema

ist, haben wir entschieden, ihm sehr viel Aufmerksamkeit zu widmen, und wir werden es vom Beginn des nächsten Jahres an auf Grundlage eines Mitentscheidungsverfahrens mit dem Parlament erörtern.

- Bericht: Agustín Díaz de Mera García Consuegra (A7-0068/2009)

Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT) Innerhalb des Europol-Rahmens sind uns vier Initiativen präsentiert worden, die auf die Einführung neuer Regelungen zur Vertraulichkeit von Informationen und die Umsetzung von Fragen betreffs der Regelung der Beziehungen von Europol zu seinen Partnern abzielen. Und zwar einschließlich des Austauschs personenbezogener Daten und von Verschlusssachen, der Festlegung des Verzeichnisses von Drittländern und Organisationen, mit denen Vereinbarungen getroffen werden können, und der Einführung von Regelungen für die Arbeitsdateien zu Analyse Zwecken.

Vorausgesetzt, dass der Vertrag von Lissabon in wenigen Tagen in Kraft tritt, und dem Parlament neue Vorrechte bezüglich der polizeilichen Zusammenarbeit gewährt werden sollen, haben die vier Berichterstatter die Ablehnung der Vorschläge aus rechtlichen Gründen angestrebt. Daher unterstütze ich deren Stellungnahme, den Inhalt dieser Vorschläge nicht zu kommentieren, sie abzulehnen und die Kommission und das Parlament darum zu bitten, im Parlament eine verpflichtende Erklärung dahingehend abzugeben, innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ab Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine neue Entscheidung vorzulegen. In praktischer Hinsicht lohnt es sich dessen zu entsinnen, dass in Bezug auf die aktuellen Anreize, die bloß eine Frage der Konsultierung des Parlaments gewesen wäre, der Rat vor Jahresende zu einer Positionsbildung imstande sein wird, da die vier Schritte für die Durchführung ab dem 1. Januar 2010 in Kraft treten werden.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Als ein Abgeordneter, der Fragen bezüglich der Kriminalprävention, der Sicherheit und polizeilichen Zusammenarbeit immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkenne ich die grundlegende Bedeutung Euopols bei der Schaffung eines sicheren europäischen Raumes und der Verhütung der Kriminalität in ganz Europa an. Und zwar parallel zu der Notwendigkeit, diese auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der hier erörterten, zu verstärken.

Dennoch ist die wichtigste Frage, die heute hier erörtert wird, ob das Parlament weniger als eine Woche vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht auf seine neuen institutionellen Vorrechte bezüglich der Kriminalprävention und der polizeilichen Zusammenarbeit verzichten und demnach mit der Möglichkeit aufräumen sollte, eine Rolle nach dem Mitbestimmungsverfahren im Entscheidungsfindungsprozess für alle diese Fragen zu spielen.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Kurs ist. Dieses Parlament muss seine neuen Befugnisse in diesen Sachen in vollem Umfang annehmen. Im Hinblick darauf stimme ich für diesen Bericht, der die Kommission zur Rücknahme ihres Vorschlags auffordert.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Ohne die Bedeutung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) außer Acht zu lassen, und ungeachtet der allgemeinen Unterstützung, die Europol als die dritte Säule haben sollte, ist dies eine extrem wichtige Frage für die Sicherheit des europäischen Raumes.

Folglich bin ich damit einverstanden, dass diese Frage – ihre künftige Bedeutung für die Politik der Zusammenarbeit vorausgesetzt – gemäß dem Vertrag von Lissabon geprüft werden sollte. Daher glaube ich, dass jedwede Entscheidung zu dieser sensiblen Frage verfrüht ist, solange der Vertrag noch nicht in Kraft ist. Denn sie behandelt die Sicherheit des europäischen Raumes.

- Bericht: Sofia Alfano (A7-0072/2009)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Kriminalität nimmt innerhalb der Europäischen Union ständig zu. Wir stehen sowohl einer Unzahl von Netzwerken der organisierten Kriminalität als auch der sich immer weiter verbreitenden Computerkriminalität gegenüber. Folglich muss die europäische Politik zur Bekämpfung der Kriminalität konsolidiert und gestärkt werden, während die Mitgliedstaaten auf Basis einer leistungsstarken gemeinsamen Strategie in diesem Bereich besser und enger kooperieren müssen. Der Fortschritt, der durch das Netzwerk für Kriminalprävention in den letzten paar Jahren erzielt worden ist, war eher beschränkt. Tatsächlich ist sein Potential bislang weit davon entfernt, voll ausgeschöpft worden zu sein. Die Erweiterung der Netzwerkverantwortlichkeiten, die Schaffung sowohl einer klaren, einfachen und effektiven Verwaltungsstruktur als auch die Sicherstellung der Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Universitäten und der Nichtregierungsorganisationen sind die Bedingungen, die den Schlüssel für die erfolgreiche Arbeit eines derartigen Netzwerks bilden.

Das Parlament wird angemessene Rechtsetzungsbefugnisse erwerben und zusammen mit dem Rat in der Lage sein, Entscheidungen zu Maßnahmen in Übereinstimmung mit dem Mitentscheidungsverfahren zu treffen, die darauf abzielen, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich der Kriminalprävention zu fördern und zu unterstützen. Daher unterstütze ich den Vorschlag des Berichterstatters, die Initiative abzulehnen und dieses wichtige Dossier nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zu erörtern.

David Casa (PPE), *schriftlich*. – Dieser fragliche Bericht bittet darum, dass die Änderungen des aktuellen Systems des Europäischen Netzes für Kriminalprävention abgelehnt werden. Ich glaube und stimme dem Berichterstatter zu, dass es mehrere Bereiche gibt, die sogar im Hinblick auf den Vorschlag einer Verbesserung bedürfen. Dennoch sind die einstweiligen Maßnahmen angemessen, um so schnell wie möglich wichtige Änderungen zu bewirken. Aus diesen Gründen habe ich mich entschieden, gegen diesen Bericht zu stimmen.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das Europäische Netz für Kriminalprävention wurde im Jahr 2001 eingerichtet, aber bislang hat es keine besonders guten Ergebnisse produziert. Und zwar auf Grund von zahlreichen organisatorischen Ausfällen, durch die es daran gehindert wurde, sein ganzes Potential effektiv zu erreichen, was bereits bei zwei Anlässen Gegenstand interner Überprüfungen war. Die derzeitige Initiative versucht die im Jahr 2001 getroffene Entscheidung, die die Restrukturierung des Netzes vorschlägt, zu widerrufen.

Im Hinblick darauf müssen wir uns zu einer Reform des Netzwerkes aufmachen, die im Sinne seiner Organisation ernsthafter und ehrgeiziger ist. Das Beharren der schwedischen Ratspräsidentschaft, dass das Parlament eine Entscheidung vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon trifft, ist demnach inakzeptabel. Nicht nur, weil es eine schwache Initiative ist, sondern weil es auch das Parlament bittet, auf die ihm übertragenen institutionellen Vorrechte betreffs der Kriminalprävention zu verzichten. Und zwar durch den Vertrag von Lissabon, der in wenigen Tagen in Kraft tritt.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Als ein Abgeordneter, der Fragen bezüglich der Kriminalprävention, der Sicherheit und polizeilichen Zusammenarbeit immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkenne ich die grundlegende Bedeutung Europol bei der Schaffung eines sicheren europäischen Raumes und der Verhütung der Kriminalität in ganz Europa an. Und zwar parallel zu der Notwendigkeit, diese auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der hier erörterten, zu verstärken.

Dennoch ist die wichtigste Frage, die heute hier erörtert wird, ob das Parlament weniger als eine Woche vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht auf seine neuen institutionellen Vorrechte bezüglich der Kriminalprävention und der polizeilichen Zusammenarbeit verzichten und demnach mit der Möglichkeit aufräumen sollte, eine Rolle nach dem Mitbestimmungsverfahren im Entscheidungsfindungsprozess für alle diese Fragen zu spielen.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Kurs ist. Dieses Parlament muss seine neuen Befugnisse in diesen Sachen in vollem Umfang annehmen. Daher stimme ich für diesen Bericht, und bitte darum, dass der Rat die Initiative vor dem unmittelbaren Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht formal annimmt.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das Europäische Netz für Kriminalprävention (ENKP) wurde im Jahr 2001 entsprechend dem Erfordernis geschaffen, sowohl Maßnahmen zur Verhinderung der Kriminalität zu etablieren und auszutauschen, als auch das Netzwerk der nationalen, für die Verhinderung der Kriminalität verantwortlichen Behörden zu stärken.

Sieben Jahre später, nach einer externen Bewertung des ENKP war die Schlussfolgerung, dass es viel Verbesserungspotential für die Arbeitsweise der Institution gibt.

Die Entwicklung verschiedener Aspekte der Kriminalprävention ist auf EU-Ebene extrem wichtig, genau wie die Unterstützung der Verhinderung von Fällen nationaler und lokaler Kriminalität und deren Bekämpfung.

Im Hinblick auf den sensiblen Charakter der in diesem Bericht berührten Fragen stimme ich der Entscheidung zu, nach einem neuen Vorschlag durch den Rat nach dem Mitentscheidungsverfahren gemäß dem Vertrag von Lissabon zu suchen.

- Bericht: Timothy Kirkhope (A7-0071/2009)

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Als ein Abgeordneter, der Fragen bezüglich der Kriminalprävention, der Sicherheit und polizeilichen Zusammenarbeit immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, erkenne ich die grundlegende Bedeutung Europol bei der Schaffung eines sicheren europäischen Raumes und der

Verhütung der Kriminalität in ganz Europa an. Und zwar parallel zu der Notwendigkeit, diese auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der hier erörterten, zu verstärken.

Dennoch ist die wichtigste Frage, die heute hier erörtert wird, ob das Parlament weniger als eine Woche vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht auf seine neuen institutionellen Vorrechte bezüglich der Kriminalprävention und der polizeilichen Zusammenarbeit verzichten und demnach mit der Möglichkeit aufräumen sollte, eine Rolle nach dem Mitbestimmungsverfahren im Entscheidungsfindungsprozess für alle diese Fragen zu spielen.

Ich glaube nicht, dass dies der richtige Kurs ist. Dieses Parlament muss seine neuen Befugnisse in diesen Sachen in vollem Umfang annehmen. Im Hinblick darauf stimme ich für diesen Bericht und ersuche darum, dass das Königreich Schweden und das Königreich Spanien ihre Initiative zurückziehen.

Europolpaket (Timothy Kirkhope (A7-0065/2009), Sophia in 't Veld (A7-0064/2009), Jan Philipp Albrecht (A7-0069/2009), Agustín Díaz de Mera García Consuegra (A7-0068/2009), Sofia Alfano (A7-0072/2009), Timothy Kirkhope (A7-0071/2009))

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Bericht in 't Veld, die Berichte Kirkhope, Albrecht und Díaz de Mera García Consuegra zu einem Maßnahmenpaket betreffs Europol und für den Bericht Alfano zum Europäischen Netz für Kriminalprävention gestimmt, welcher zur Ablehnung des Vorschlags des Rates zu diesen Fragen auffordert. Die Ablehnung der Vorschläge erfolgte mit dem Ziel, die Rechte des Europäischen Parlaments in solchen sensiblen Fragen wie der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zu verteidigen. Das Europäische Parlament wurde darum gebeten, sein Urteil innerhalb eines besonders kurzen Zeitrahmens zu gleichwohl sehr sensiblen Fragen abzugeben. Dennoch rechtfertigt nichts ein derartig unüberlegtes Handeln, es sei denn, die nach dem 1. Dezember unter der dritten Säule durchgeführten Verfahren werden hinfällig und müssen Gegenstand eines neuen Verfahrens gemäß dem gewöhnlichen „Legislativverfahren“ werden. Wir lehnen diese Vorschläge ab, um eine klare Botschaft an den Rat zu senden, dass wir nicht zufrieden mit dem Druck sind, der auf die Damen und Herren Abgeordneten mit dem offensichtlichen Wunsch ausgeübt wird, die neuen Verfahren für den Einschluss des Europäischen Parlaments in die legislative Debatte zu umgehen.

Ian Hudgton (Verts/ALE), schriftlich. – Im Einklang mit der Empfehlung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten habe ich gegen den Entwurf der Entscheidung gestimmt. Mit dem bevorstehenden Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sollten Entscheidungen in diesem Bereich nach den neuen Legislativverfahren getroffen werden.

Jörg Leichtfried (S&D), schriftlich. – (DE) Ich stimme gegen die Verabschiedung des EUROPOL-Paketes. Ich habe für die Zurückweisung des gesamten Paketes gestimmt, da ich es als skandalös empfinde, dass Kommission und Rat versuchen, das Paket vor Wirksamwerden von Lissabon noch durchzupeitschen.

- Bericht: Vital Moreira (A7-0060/2009)

David Casa (PPE), schriftlich. – Georgien war einem unglaublichen Abschwung ausgesetzt, besonders nach dem Konflikt mit Russland im Jahr 2008. Wegen der strategischen Bedeutung Georgiens hat die Kommission unter anderem vorgeschlagen, Georgien Makrofinanzhilfe zu gewähren. Obgleich ich dem zustimme, dass das Parlament mehr Informationen zu der Angelegenheit benötigt, habe ich entschieden, die Empfehlung des Berichterstatters zu unterstützen und stimme demnach für den Bericht.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir haben stets die Notwendigkeit hervorgehoben, dass die EU Ländern, die diese benötigen, Solidaritätshilfe gewährt, und argumentiert, dass diese Hilfe auf Projekte gerichtet werden sollte, die von wirklichem Interesse für die Menschen des Landes sind.

Jedoch scheint die durch die EU gewährte „Hilfe“ wenig mit Solidarität zu tun gehabt zu haben. Die Interessen des großen Geldes, ob wirtschaftlich oder finanziell, und die wichtigsten Mächte verdrängen die Interessen der Solidarität immer.

Dies ist auch der Fall bei der Hilfe für Georgien, über die wir gerade abgestimmt hatten. Der finanzielle Beistand zielt überwiegend auf die Finanzierung der durch den Internationalen Währungsfonds gemachten Empfehlungen und seiner Politik der Strukturanpassung ab, sprich sein Bestehen auf genau der gleichen neoliberalen Politik, die die Wirtschafts- und Finanzkrise bewirkt hat, der dieses Land jetzt gegenübersteht.

Diese gleichen Gründe stehen auch hinter unserer Abstimmungsenthaltung im Hinblick auf die verbleibenden Berichte. Überdies gibt es keine Garantie, dass der Beistand, über den abgestimmt wird, nicht in die

Wiederaufrüstung Georgiens gehen wird, wenn auch indirekt. Und zwar in Folge auf den Angriff, der durch georgische Truppen gegen die Bevölkerung der Provinzen von Südossetien und Abchasien durchgeführt wurde, was zu einem Krieg mit Russland führte.

Wir können keine Entscheidung billigen, die zu einer größeren Militarisierung in den Beziehungen zwischen den Ländern der Kaukasusregion führen könnte, deren Energie, Reichtum und geostrategischer Nutzen wichtig für die EU und ihre Monopole sind.

Jacek Olgierd Kurski (ECR), schriftlich. – (PL) Georgien wurde im August 2008 brutal durch die Armeen der Russischen Föderation angegriffen und hat neben der in einem großen Ausmaß erlittenen Zerstörung und zahlreichen Toten auch einen schwerwiegenden Verfall seiner Wirtschaftsbedingungen erfahren. Die Europäische Union kann angesichts der wirtschaftlichen Probleme Georgiens nicht passiv bleiben und sollte bereit sein, Georgien spezielle Makrofinanzhilfe zu gewähren, um dem Land den Wiederaufbau nach der russischen Invasion im letzten Jahr zu ermöglichen. Finanzieller Beistand aus Brüssel wird Georgien ferner helfen, die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zu bekämpfen. Unter Berücksichtigung sowohl der obigen Umstände als auch der strategischen Bedeutung Georgiens für die Europäische Union im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der neu begründeten Östlichen Partnerschaft habe ich die Entschließung zu einem Beschluss des Rates des Rates zur Gewährung von Makrofinanzhilfe an Georgien befürwortet.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Das Programm zur Makrofinanzhilfe ist grundlegend für die Verbesserung der Finanzstabilität der europäischen Nationen, die kürzlich bewaffnete Konflikte hinter sich gelassen haben, und deren Wechselfälle sie in finanziellen Schwierigkeiten im Sinne von Haushaltsdefiziten und ihren Zahlungsbilanzen zurückgelassen haben.

Dieser Beistand ist entscheidend für den Wiederaufbauprozess in diesen Ländern, vorausgesetzt, er wird in friedlicher Weise durchgeführt – etwas, was nur mit internationaler Hilfe möglich ist. Dieser Beistand gewährleistet auch, dass diese Regionen der Instabilität nicht die Sicherheit und den Frieden in Europa gefährden, was besonders den durch derartige Konflikte hervorgebrachten Flüchtlingen und Vertriebenen geschuldet ist.

Auf diese Weise muss die EU eine Region der Solidarität sein, welche diesen Beistand für Georgien mit den oben genannten angemessenen Aspekten kombiniert.

- Bericht: Vital Moreira (A7-0059/2009)

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Das Programm zur Makrofinanzhilfe ist auch grundlegend für die Verbesserung der Finanzstabilität der europäischen Nationen, die die letzte globale Krise durch gestanden hatten und unter den Auswirkungen dieser Krise auf deren wichtigste Handelspartner, insbesondere Russland im Fall von Armenien, gelitten hatten. Finanzielle Ungleichgewichte sind zurückzuführen auf Aspekte im Umfeld von Budgets und die Zahlungsbilanz.

Dieser Beistand ist wichtig, wenn Armenien der Krise in einer konsequenteren Weise begegnen soll. Ferner, um soziale Instabilität zu verhindern, die einen Massensexodus von Emigranten herbeiführen und zu Problemen innerhalb Europas führen könnte.

Auf diese Weise muss die EU eine Region der Solidarität sein, welche diesen Beistand für Armenien mit den oben genannten angemessenen Aspekten kombiniert.

- Bericht: Miloslav Ransdorf (A7-0061/2009)

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Im besonderen Fall von Serbien ist das Programm zur Makrofinanzhilfe grundlegend für die Verbesserung der Finanzstabilität des Landes, da Serbien zusätzlich zur globalen Krise auch einen bewaffneten Konflikt hinter sich gebracht hat, dessen Auswirkungen immer noch spürbar sind.

Diese Hilfe ist ein wichtiges Werkzeug für die Finanzstabilität in Serbien und für die Konsolidierung der Stabilisierung der Lage in der gesamten Balkanregion. Serbien und seine Wirtschaft spielen eine Rolle von überragender Bedeutung im Prozess der regionalen Integration, und seine Teilnahme an der europäischen Integration ist gleichermaßen wichtig.

Auf diese Weise muss die EU als eine Region der Solidarität handeln, welche diesen Beistand für Serbien mit den oben genannten angemessenen Aspekten kombiniert.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – (DE) Im nächsten Jahr soll Serbien eine Makrofinanzhilfe in Höhe von maximal 200 Mio. EUR in Form eines Darlehens zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Geld sollen die wirtschaftliche Stabilisierung Serbiens unterstützt, seine Zahlungsbilanz gestützt und die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Serbien abgefedert werden. Die Makrofinanzhilfe für Serbien, mit der Serbiens Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft in der gegenwärtigen Krisensituation unterstützt wird, sehe ich als wichtiges Werkzeug für die Förderung der Stabilisierung der gesamten Balkanregion. Serbien und seine Wirtschaft spielen bei der regionalen Integration eine zentrale Rolle, und die Beteiligung Serbiens an der europäischen Integration ist ebenfalls von großer Bedeutung. Aus diesen Gründen habe ich für die den Bericht Ransdorf und damit für die Gewährung der Makrofinanzhilfe an Serbien gestimmt.

- Bericht: Iuliu Winkler (A7-0067/2009)

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das Programm zur Makrofinanzhilfe ist grundlegend für die Verbesserung der Finanzstabilität in Bosnien und Herzegowina und für die Bekämpfung der negativen Auswirkungen der globalen Krise auf die Wirtschaft des Landes. Diese Hilfe wird sich in einer Verbesserung in der Wirtschaft des Landes im Sinne des Haushaltsdefizits und der Zahlungsbilanz widerspiegeln.

Bosnien liegt auch in einer sensiblen Region, demnach sind seine wirtschaftliche und finanzielle Stabilität besonders wichtig, da sie dazu beitragen werden, eine größere Stabilität in der ganzen Balkanregion zu bewirken.

Auf diese Weise muss die EU als eine Region der Solidarität handeln, welche diesen Beistand für Bosnien mit den oben genannten angemessenen Aspekten kombiniert.

- Makrofinanzhilfe

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Wir sollten gegen die Makrofinanzhilfe stimmen, die heute dem Europäischen Parlament vorgelegt wird. Sie können sehen, welche Arten von Bestimmungen verwendet werden: Unmögliche Fristen, fehlende Informationen... Wie man es auch dreht und wendet, dies fordert die demokratischen Ansprüche, die die Europäische Union kennzeichnen sollten, heraus.

Dennoch werden wir die Völker von Serbien, Bosnien und Herzegowina, Armenien und Georgien unterstützen. Wir möchten nicht, dass diese länger als ohnehin unter dem überholten und gefährlichen neoliberalen System leiden, dass der IWF aufrechtzuerhalten versucht.

- Bericht: Udo Bullmann (A7-0055/2009)

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich sehe diesen Bericht zum Entwurf einer Richtlinie des Rates, der auf die Änderung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems abzielt, als einen Weg zur Umsetzung eines einfacheren und stärker vereinheitlichten Systems. Indem tatsächlich bestimmte Aspekte bezüglich der Mehrwertsteuer auf die Lieferung von Erdgas, Strom, Wärmeaustausch oder Kälteanlagen mit der steuerlichen Behandlung gemeinsamer Maßnahmen kombiniert werden, die gemäß Artikel 171 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geschaffen wurden – die Identifizierung bestimmter Folgen der EU-Erweiterung und die Bedingungen für die Ausübung des Rechts auf Abzug der Mehrwertsteuer – werden wir uns in Richtung einer größeren Effizienz bei der Anwendung der Mehrwertsteuer bewegen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Der Vorschlag des Rates zielt darauf ab, bestimmte Fragen im Zusammenhang mit dem Import und dem Ort der Besteuerung von Gas- und Stromlieferungen zu klären, um die vereinbarten Änderungen für den Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur EU in den Geltungsbereich dieser Richtlinie einzuschließen. Und um ferner die grundlegende Rechtsnorm für den Abzug klarzustellen und zu betonen, die feststellt, dass dieses Recht nur dann eintritt, wenn die Waren und Dienstleistungen durch einen Steuerpflichtigen und für den Bedarf seines/ihrer Unternehmens verwandt werden.

Dennoch stimmt der heute angenommene Text nicht mit bestimmten, besonderen Merkmalen nationaler Märkte, wie der Verwendung von Butan- und Propangas, überein. In Portugal wie in anderen europäischen Ländern, wo die Bürger niedrige Einkommen haben und deren relativ frische Einbindung in das europäische Erdgasnetz extrem teuer ist, ist die Verwendung von Butan- und Propangas in Haushalten sowie Mikro- und kleinen Unternehmen eine unvermeidbare Realität.

Darüber hinaus sind die Menschen, die auf diese Form der Energie zurückgreifen, in der Regel die am meisten Benachteiligten, was bedeutet, dass die Mehrwertsteuerrichtlinie diese Gruppe eher als solche mit höheren Einkommen diskriminiert.

Darüber hinaus scheinen die Änderungen am Bericht den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten zu beschränken.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe mich des Berichts Bullmann enthalten. Während ich wirklich davon überzeugt bin, dass der Rat verpflichtet ist, die Ansichten dieses Parlaments als der einzige direkt gewählten Institution der EU zu hören, glaube ich nicht, dass Mehrwertsteuersysteme harmonisiert werden sollten. Der Subsidiaritätsgrundsatz schreibt vor, dass die Besteuerung eine Frage ist, die am besten den Nationen von Europa überlassen werden sollte.

- Bericht: Anna Rosbach (A7-0051/2009)

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks in Bezug auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen gestimmt, da ich glaube, dass die Existenz eines gemeinsamen Rechtsrahmens und von Leitlinien zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen zum Schutz des Meeresgebiets beitragen werden. Und zwar sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht, vorausgesetzt das Ziel ist, Kohlendioxide in diesen Formationen dauerhaft zu lagern und vorausgesetzt, dass dies keine signifikanten nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die menschliche Gesundheit und sonstige legitime Nutzungen des europäischen Meeresgebiets haben wird, insbesondere jener von Portugal und speziell der Azoren.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Dennoch ist es wichtig zu gewährleisten, dass die bislang wenig getestete geologische Erfassungs- und Lagerungstechnologie für Kohlenstoffdioxid gemäß strengsten Sicherheitsstandards angewandt wird, wie in der Richtlinie zu dieser Frage festgesetzt.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die geologische Lagerung von Kohlendioxid ist als eine mögliche Lösung für die Milderung der Folgen einer erhöhten anthropogenen Konzentration von diesem Gas in der Atmosphäre identifiziert worden. Dennoch wirft diese Lösung eine Reihe von Fragen zu ihrer künftigen Anwendbarkeit auf, speziell unter der Voraussetzung, dass sich die Entwicklung der erforderlichen Technologie immer noch in ihrer Frühphase befindet. Es wird erwartet, dass sie teuer sein wird und mit ihr potentielle Risiken verbunden sein werden. Es lohnt sich, den zu diesem Gegenstand durchgeführten Studien zu folgen, eingedenk der Tatsache, dass einige der in dieser Hinsicht bislang erzielten Ergebnisse positiv sind.

Dennoch ist es beachtenswert, dass die Verfolgung der Studien zu dieser Möglichkeit oder ihrer möglichen Umsetzung in der Zukunft unter keinen Umständen den notwendigen Paradigmenwechsel versprechen muss, der auf eine signifikante Reduzierung bei der aktuellen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen abzielt. Andererseits müssen sowohl die Umweltauswirkungen als auch die Sicherheit der Technologien, die bei der Lagerung verwandt werden, genau geprüft werden. Die angenommene EntschlieÙung gewährleistet, dass dies getan werden wird, und deshalb haben wir dafür gestimmt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe für den Bericht Rosbach gestimmt. Die Kohlenstofferrfassung und -speicherung kann einen wesentlichen Beitrag für Bemühungen leisten, die auf eine Eindämmung der globalen Erwärmung abzielen, und mein eigenes Land Schottland wird eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der notwendigen Technologie spielen. Diese Änderung des OSPAR-Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks wird bedeuten, dass die EU und Schottland eine Führung in diesem Bereich übernehmen können.

- Bericht: Geringer de Oedenberg (A7-0058/2009)

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Ich muss zugeben, dass ich etwas Neues aus diesen beiden Berichten von Frau Geringer de Oedenberg gelernt habe: Ich habe gelernt, dass jene Länder, die sich gegen eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen entschieden hatten, zugleich ihre Souveränität verloren.

Tatsächlich ist Dänemark, welches zur Verhandlung einer Ausnahme imstande gewesen ist, aber auch als souveränes Land versucht hat, mit der Kommission einen Vertrag zu schließen, um bei bestimmten Aspekten dieser Zusammenarbeit teilzunehmen, heute verpflichtet, um die Erlaubnis der Kommission zu bitten, um neue internationale Vereinbarungen dieser Art mit anderen zu schließen. Mit anderen Worten, es hat sein Recht verloren, in einem Bereich seiner Außenbeziehungen gänzlich unabhängige Entscheidungen zu treffen.

Während ich unter einem intellektuellen Gesichtspunkt verstehen kann, dass Kohärenz innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft notwendig ist, um diese Zusammenarbeit zu begründen, habe ich tatsächlich mehr Schwierigkeiten zu akzeptieren, dass allein die Kommission für diese Art von internationalen Verträgen, die sie sogar zum Teil kontrolliert, Teil verantwortlich ist. Und damit mehr noch die Fähigkeit eines

Mitgliedstaates zum Abschluss von Verträgen kontrolliert, sodass Gemeinschaftsrecht Vorrang vor allen anderen hat.

Wir haben nur deshalb für diese Berichte gestimmt, da es keinen Grund gibt, Dänemark vom Abschluss der Vereinbarungen, die es abschließen möchte, abzuhalten, und es nur wenig Möglichkeiten für andere Handlungsweisen unter den aktuellen Umständen gibt.

- Bericht: Carmen Fraga Estévez (A7-0046/2009)

Ian Hudghton (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, der sich auf Änderungen des Konjunkturprogramms innerhalb des Rahmens der Nordatlantischen Fischereiorganisation bezieht. Die internationalen Fischereiorganisationen sind wesentlich für das Management globaler Meeresressourcen. Dennoch halte ich es für bedauernd, dass es die EU ist, die mit unseren nordatlantischen Nachbarn verhandelt. Während der Vertrag von Lissabon jetzt diesen Grundsatz verankert hat, ziehe ich immer noch in Betracht, dass es dort Raum für die Rückgabe des Fischereimanagements an die Fischereinationen und Küstenregionen gibt.

- Bericht: Dieter-Lebrecht Koch (A7-0053/2009)

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – (DE) Gerade beim Schienengüterverkehr und beim Fernverkehr hat sich in den letzten Jahren einiges zum Besseren geändert. Dabei darf aber nicht der Fahrgast ins Hintertreffen geraten. Entschädigungsregelungen bei Verspätungen im internationalen Bahnverkehr reichen nicht. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass im Eifer der Globalisierung der Regionalverkehr nicht gänzlich abgedreht und ganze Regionen abgeschnitten werden.

Ebenso wenig darf der bisherige Privatisierungswahn zu Sicherheitsmängeln und massiven Verspätungen à la England führen. Nicht nur aus umwelttechnischen Überlegungen ist es wichtig, Hindernisse und technische Schwierigkeiten beim grenzüberschreitenden Bahnverkehr zu beseitigen. In diesem Sinne habe ich dem vorliegenden Bericht zugestimmt.

- Bericht: Diana Wallis (A7-0062/2009)

Miroslav Mikolášik (PPE), *schriftlich*. – (SK) Ich begrüße die Entscheidung der Gemeinschaft, das Haager Protokoll vom 23. November 2007 über das auf Unterhaltspflichten anwendbare Recht zu unterzeichnen. Denn das Protokoll bringt eine lang erwartete und dringend benötigte Erläuterung der das anwendbare Recht bestimmenden Regelungen, die durch die Haager Konvention vom 23. November zur internationalen Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen ergänzt werden.

Die Harmonisierung der Regelungen werden Personen, die zum Unterhalt berechtigt sind, Rechtssicherheit und die Möglichkeit geben, Maßnahmen ohne Abhängigkeit von verschiedenen Rechtssystemen zu ergreifen. Dank der speziellen Regelungen wird es auch die Vermeidung von Unterhaltspflichten beschränken, wo berechnigte Personen nicht in der Lage sind, den Unterhalt auf Grundlage des Gesetzes des Landes, in dem sie sich normalerweise aufhalten, zu sichern. Die Möglichkeit, die Anwendung eines auf Grundlage des Protokolls geschaffenen Rechts abzulehnen, ist nur auf Fälle beschränkt, wo die Auswirkungen klar im Gegensatz zur öffentlichen Ordnung in dem Land des fraglichen Gerichts stehen würden. Ich möchte auch mein tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass das Vereinigte Königreich nicht an der Entscheidung des Rates zum Protokoll teilnimmt, welches durch die Gemeinschaft unterzeichnet werden soll.

- Report: Tadeusz Zwiefka (A7-0054/2009)

Sabine Lösing (GUE/NGL), *schriftlich*. – Am 9. November 2009 wurde über den Bericht über den Antrag auf Schutz der Immunität und der Vorrechte von Herrn Tobias Pflüger (A7-0054/2009) im Rechtsausschuss (JURI) im Europäischen Parlament abgestimmt und dieser angenommen.

Dieser Bericht beruht auf unrichtigen Tatsachen.

Der Kernpunkt ist, dass der Bericht ein Urteil in der ersten Instanz zitiert, welches widerrufen wurde. Das Urteil ist unwirksam, da das Landgericht München <http://dict.leo.org/ende?lp=ende&p=5tY9AA&search=an> <http://dict.leo.org/ende?lp=ende&p=5tY9AA&search=action> gegen Herrn Tobias Pflüger am 21. Juli 2009 in der zweiten und letzten Instanz <http://dict.leo.org/ende?lp=ende&p=5tY9AA&search=dismiss> eingestellt hat. Es erfolgte keine Verurteilung. Aus diesem Grund sind alle Vorwürfe unwirksam.

Es ist politisch inakzeptabel, dass über diesen falsche Tatsachen enthaltenden Bericht heute im Plenum abgestimmt wurde (24. November 2009).

Wir haben versucht, diesen unvollständigen und daher unrichtigen Bericht von der Tagesordnung zu bekommen, leider ohne Erfolg.

Diese Verfahrensweise des Europäischen Parlaments vermittelt den Eindruck, dass die Verfolgung von politisch aktiven Personen unterstützt wird, in diesem Fall der Staatsanwaltschaft München II gegen ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – Am 9. November 2009 wurde über den Bericht über den Antrag auf Schutz der Immunität und der Vorrechte von Herrn Tobias Pflüger (A7-0054/2009) im Rechtsausschuss (JURI) im Europäischen Parlament abgestimmt und dieser angenommen.

Dieser Bericht beruht auf unrichtigen Tatsachen.

Der Kernpunkt ist, dass der Bericht ein Urteil in der ersten Instanz zitiert, welches widerrufen wurde. Das Urteil ist unwirksam, da das Landgericht München das Verfahren gegen Herrn Tobias Pflüger am 21. Juli 2009 in der zweiten und letzten Instanz eingestellt hat. Es erfolgte keine Verurteilung. Aus diesem Grund sind alle Vorwürfe unwirksam.

Es ist politisch inakzeptabel, dass über diesen falsche Tatsachen enthaltenden Bericht heute im Plenum abgestimmt wurde (24. November 2009).

Wir haben versucht, diesen unvollständigen und daher unrichtigen Bericht von der Tagesordnung zu bekommen, leider ohne Erfolg.

Diese Verfahrensweise durch das Europäische Parlament vermittelt den Eindruck, dass die Verfolgung von politisch aktiven Personen unterstützt wird, in diesem Fall der Staatsanwaltschaft München II gegen ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, Tobias Pflüger.

Willy Meyer (GUE/NGL), *schriftlich*. – Am 9. November 2009 wurde über den Bericht über den Antrag auf Schutz der Immunität und der Vorrechte von Herrn Tobias Pflüger (A7-0054/2009) im Rechtsausschuss (JURI) im Europäischen Parlament abgestimmt und dieser angenommen. Dieser Bericht beruht auf unrichtigen Tatsachen. Der Kernpunkt ist: Der Bericht zitiert ein Urteil in der ersten Instanz zitiert, welches zwischenzeitlich widerrufen wurde. Das Urteil ist unwirksam, da das Landgericht München das Verfahren gegen Herrn Tobias Pflüger am 21. Juli 2009 in der zweiten und letzten Instanz eingestellt hat. Es erfolgte keine Verurteilung. Aus diesem Grund sind alle Vorwürfe unwirksam. Es ist politisch inakzeptabel, dass über diesen falsche Tatsachen enthaltenden Bericht heute im Plenum abgestimmt wurde (24. November 2009). Wir haben versucht, diesen unvollständigen und daher unrichtigen Bericht von der Tagesordnung zu bekommen, leider ohne Erfolg. Diese Verfahrensweise durch das Europäische Parlament vermittelt den Eindruck, dass die Verfolgung von politisch aktiven Personen unterstützt wird, in diesem Fall der Staatsanwaltschaft München II gegen ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn Tobias Pflüger.

- Bericht: József Szájer (A7-0036/2009)

Peter Skinner (S&D), *schriftlich*. - Ich halte die Rolle des Parlaments nur dann für effektiv, wenn es die gesetzgeberische Wirkung aufrechterhält. In diesem Kontext erlaubt die Anwendung der Regel des „Regelungsverfahrens mit Kontrolle“ eine Vorabprüfung des in das Gesetz eingebrachten Vorschlags. Dieser Bericht nuanciert die Rolle des Parlaments und fördert unsere Fähigkeit, die Umsetzung der Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten zu kontrollieren und zu überwachen.

6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 12.30 Uhr unterbrochen und um 15.10 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ Jerzy BUZEK*Präsident***7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll****8. Fragestunde mit Anfragen an den Präsidenten der Kommission**

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Fragestunde mit dem Präsidenten der Kommission.

Freie Fragen

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, wird sich Europa einer neuen Gaskrise in diesem Winter gegenübersehen? Lassen Sie uns den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in Erinnerung rufen, unter dem Millionen Europäer gelitten hatten. Ich begrüße die am 19. November in Jalta erzielte Vereinbarung. Dennoch wissen wir, dass die Ukraine große Probleme mit dem Ausgleich ihrer Gasrechnung gegenüber Russland im letzten Monat hatte. Wir wissen auch, dass der politische Kontext im Januar im Zusammenhang mit der Durchführung der Präsidentschaftswahlen besonders schwierig sein wird.

Welche Präventivmaßnahmen können durch die Kommission auf europäischer Ebene vorgeschlagen und durchgeführt werden, um unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor den Auswirkungen einer potentiell neuen Krise zu schützen, und welche Lektionen sind von den Ereignissen des Winter 2009 gelernt worden?

Wird die am 16. November zwischen der EU und Russland erzielte Vereinbarung zu einem Frühwarnsystem und der Entwurf einer Verordnung zur Erdgasversorgungssicherheit, die ich begrüße, ausreichend sein?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, Herr Daul, ich danke für Ihre Frage. Ich möchte wie Sie eine Wiederholung der Krise vom vergangenen Jahr verhindern.

Wir haben sowohl eng mit – und ich selbst habe viel Arbeit geleistet – Präsident Juschtschenko, Ministerpräsidentin Timoschenko und den russischen Behörden als auch den internationalen Finanzinstituten zusammengearbeitet, um die Ukraine zu unterstützen.

Was kann darüber hinaus getan werden?

Auf kurze Sicht sollte uns das Frühwarnsystem, dass wir vergangene Woche mit Russland vereinbart hatten, bei der rechtzeitigen Identifizierung von Problemen helfen. Ich kann Ihnen wirklich sagen, dass während dieses Gipfels mit Russland, an dem Präsident Medwedew teilnahm, eine exzellente Atmosphäre herrschte, eine sehr viel bessere Atmosphäre als bei anderen Anlässen.

Wir arbeiten auch mit der Koordinierungsgruppe „Erdgas“ zur Gasspeicherung zusammen – einer Gruppe, die die Mitgliedstaaten und die Industrie einschließt. Wir kooperieren weiterhin mit den internationalen Finanzinstitutionen zur Reform und Modernisierung des Gassektors in der Ukraine. Dennoch ist die Situation innerhalb der Ukraine, wie Sie sagten, nicht einfach. In jedem Fall werde ich kommende Woche mit dem amtierenden Präsidenten des Rates, Herrn Reinfeldt, in Kiew sein, um erneut die Wichtigkeit zu demonstrieren, die wir der Reform dieses Sektors in der Ukraine beimessen.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Ich möchte Sie fragen, ob es in der Vergangenheit mit der Regierung von Bulgarien unter der Führung von Sergei Stanischew oder mit meinem Kollegen Iwailo Kalfin als Außenminister Bulgariens irgendeine Schwierigkeit gab? Hatten Sie irgendeinen Grund, an der demokratischen Legitimität, an der Loyalität dieser Kollegen zu den Institutionen der Europäischen Union zu zweifeln?

Wenn nein, wie bewerten Sie dann die Aussagen des amtierenden bulgarischen Premierministers Borissow, die lauten, die Sozialistische Partei hätte verboten werden müssen? Sie – gemeint sind die Delegierten des Parteikongresses der Sozialisten – seien eine Bande von Briganten und frechen Leuten.

Drittens die Aussage in der vergangenen Woche: „Jeder, der die Sozialisten in Bulgarien hasst, muss mit uns sein.“ Wie bewerten Sie diese Haltung eines Mitglieds des Europäischen Rates?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Danke für Ihre Frage, Herr Schulz. Dennoch werden Sie verstehen, dass ich Zurückhaltung bei der Kommentierung dieser Äußerungen üben muss, die durch die

verschiedenen Staats- oder Regierungsoberhäupter im Kontext ihrer internen Politik gemacht wurden. Es ist nicht meine Aufgabe, hier und jetzt in diese interne Streitigkeit involviert zu werden.

Was ich sagen kann, ist – um Ihnen eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben – dass meine Beziehung zur bulgarischen Regierung, als Sergei Stanishev Ministerpräsident war, immer durch eine extrem loyale Zusammenarbeit gekennzeichnet war. Auch kann ich hier sagen, so wie ich ihm persönlich gesagt hatte, dass Herr Stanishev immer ein sehr loyaler Partner der Kommission und aller Institutionen im Hinblick auf den Fortschritt des europäischen Projekts gewesen ist. Ich werde die loyale Zusammenarbeit und das Bekenntnis zu Europa, das er gezeigt hat, nicht deshalb vergessen, weil er nicht länger an der Macht ist.

Martin Schulz (S&D). - Ich verstehe, dass Sie nicht in die Innenpolitik Bulgariens eingreifen wollen. Dafür habe ich Verständnis. Darf ich Ihre Antwort so verstehen, dass Sie der Meinung sind, dass die Partei von Herrn Stanishev, der der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Bulgariens ist und dem Sie ja persönlich Ihre Hochachtung auch für seine Arbeitsleistung überbracht haben, nicht verboten werden muss?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Schulz, offenbar glaube ich, dass alle demokratischen Parteien einen Platz in demokratischen Ländern haben. Da Bulgarien, wie wir alle wissen, ein demokratisches Land ist, haben alle seine demokratischen Parteien einen Platz in dem demokratischen System.

Dies findet für alle Parteien in Bulgarien Anwendung, die natürlich die Regeln unserer Gemeinschaft anerkennen.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, ich möchte eine Frage zur Struktur der Kommission stellen, was üblich ist, da wir sehr bald eine neue Kommission haben werden.

Zunächst habe ich einige Bedenken bezüglich der Tatsache, dass das Umweltressort in drei Bereiche unterteilt werden soll: Klimawandel, Energie und die Umwelt. Ich habe einige Bedenken in dieser Beziehung, und dies ist ein Punkt, den ich anmerken möchte.

Dennoch betrifft die wichtigste Frage, die ich an Sie richten möchte, die Grundrechte und den Kampf gegen die Diskriminierung. Ich glaube, es war vereinbart, dass ein Kommissar für dieses Thema verantwortlich sein würde. Jetzt ist es eine Frage der Gewährleistung dessen, dass wir kein „Ressort Inneres“ haben, das Asyl- und Einwanderungsfragen aufnimmt, da „Asyl und Einwanderung“ dann ein Thema der Sicherheit und kein Thema für Inneres sein würden.

Herr Barrot hat die Einführung von drei Kommissarposten vorgeschlagen: Grundrechte, Inneres und Sicherheit, wobei die Asyl- und Immigrationspolitik gesondert zugeordnet werden. Meine Frage ist einfach: Wie sehen Sie dieses Thema?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Zunächst sehe ich meine Verantwortung bezüglich der Frage des Klimawandels, oder eher das Ressort „Maßnahmen im Bereich des Klimawandels“ als sehr wichtig an. Es ist eine horizontale Verantwortung, eine Dimension, die in alle Politikbereiche der Union integriert werden muss. Der Kommissar für Klimapolitik wird klar für die Folgemaßnahmen der in Kopenhagen verrichteten Arbeit verantwortlich sein, mit all dem, was es im Sinne von internen und externen Maßnahmen mit sich bringt.

In Hinblick auf das Ressort Justiz und Inneres, ja, ich habe entschieden, das auch in zwei aufzuteilen. Ein Ressort wird der Justiz und den Grundrechten, und das andere dem Bereich Inneres gewidmet sein. Darüber hinaus ist diese Aufteilung in vielen unserer Mitgliedstaaten gang und gäbe, wo es einen Minister der Justiz und einen Minister des Inneren gibt.

Offensichtlich möchte ich die genaue Bestimmung mit den betroffenen Kommissaren besprechen, aber ich kann Ihnen bereits sagen, dass ich möchte, dass der für Justiz und Grundrechte verantwortliche Kommissar der Beseitigung von Hindernissen besondere Aufmerksamkeit schenkt, denen europäische Bürger bei der Ausübung ihrer Rechte begegnen.

Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, ich möchte in der gleichen Art wie Herr Verhofstadt fortfahren, da die Kommission gegenwärtig im Bauzustand ist.

Wir lesen und hören von Gerüchten, die eher gefährlich sind. Denken Sie, dass Sie es sind, der Präsident der Kommission – Sie sind als Präsident gewählt worden und bestätigt worden – der die Kommission gestaltet,

der die Kommission organisiert und der die Aufgaben der Kommissare bestimmt? Oder sind es ansonsten die Länder der Union und die großen Länder, die Ihnen eine bestimmte Position auferlegen?

Ich halte es für inakzeptabel – aber möglicherweise liege ich falsch –, in den Zeitungen zu lesen, dass Frankreich dies möchte, dass das Vereinigte Königreich jenes möchte, und dass Frau Merkel etwas anderes möchte. Herr Sarkozy und Frau Merkel haben Sie ernannt, sie haben weiter nichts zu sagen, Sie müssen Ihre Kommission aufstellen!

Ist es die Art, wie Sie die Rolle des Präsidenten der Kommission sehen, oder sehen Sie sie auf eine andere Art, die mehr der ähnelt, wie Frau Merkel und Herr Sarkozy die Rolle sehen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Die Art, wie ich die Dinge sehe, ist sehr einfach: Sie handelt von der Einhaltung des Vertrags von Lissabon und der Einhaltung des aktuellen Vertrages in dieser Frage. Dieser Vertrag von Lissabon legt sehr deutlich fest – ich habe die englische Version hier, insbesondere Artikel 17 –, dass vom 1. Dezember an der Präsident der Kommission über die internationale Organisation der Kommission entscheiden soll, was das ist, was ich natürlich tun werde, einschließlich der betreffenden Zuteilung der Ressorts.

Lassen Sie uns deutlich sein, es gibt immer Druck, wie Sie wissen. Es werden an uns alle Ansprüche gestellt. Dennoch bin ich derjenige, der ultimativ die volle Verantwortung für die Zusammensetzung der Kommission trägt, und ich glaube, dass diese Kommission auch von einer ziemlich starken Unterstützung innerhalb des Europäischen Parlaments profitieren wird.

Ich habe hart dafür gearbeitet, einen ziemlich starken Konsens zu erzielen. Darüber hinaus habe ich heute einige gute Nachrichten – wie auch einige Worte des Dankes – an Sie weiterzugeben: Der nächsten Kommission werden neun Frauen angehören, demnach eine mehr als im Augenblick. Vor einer Woche waren nur drei Frauen potenzielle Kandidatinnen. Viele von Ihnen haben mir dabei geholfen, gegenüber den Mitgliedstaaten die Bedeutung dieser Bitte, mehr Frauen zu nominieren, verschärft zu stellen. Dies ist ein praktisches Beispiel dafür, das meinen Einsatz im Hinblick auf die Bildung eines Kollegiums zeigt, welches von der Unterstützung Ihres Parlaments profitieren kann.

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – (FR) Herr Barroso, da Sie über die Kommission und über Frauen sprechen, glauben Sie nicht, dass es für einen Präsidenten der Kommission auf lange Sicht einfacher wäre, wenn jedes Land ihm gegenüber zwei Kommissare vorlegen, zwei Kandidaten präsentieren würde: Einen Mann und eine Frau?

Auf diese Weise wären Sie in der Lage, eine ausgewogene Kommission zu bilden, nicht eine mit neun Frauen, sondern eine zur Hälfte aus Frauen und zur Hälfte aus Männern bestehende.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Sie haben schon recht. Mir würde es sehr gefallen, das zu erreichen. Leider ist das im Vertrag nicht vorgesehen.

Ich stimme Ihrem Kollegen Herrn Verhofstadt zu.

Das ernsthafte Problem ist: Diese Verpflichtung wird durch den Vertrag nicht vorgesehen. Wie sie wissen, habe ich sogar einen offenen Brief verfasst, in dem ich die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert habe, mir hinsichtlich dieser Frage der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen zu helfen. Idealerweise müssten wir eine Kommission haben, die ausgewogener ist.

Auf jeden Fall bin ich mit der durch uns erreichten Situation letztendlich zufrieden, und ich möchte jedem im Parlament danken, der mir bei dieser Aufgabe geholfen hat.

Michał Tomasz Kamiński, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Barroso, ich möchte Ihnen sehr dafür danken, dass Sie heute bei uns sind. Ich möchte damit beginnen, dass wir scheinbar unsere Damen und Herren Abgeordneten stärker dazu ermutigen sollten, an diesen Debatten mit Ihnen teilzunehmen, denn einige Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete scheinen mehr Interesse an den Attraktionen Straßburgs als an der Möglichkeit einer Begegnung mit Ihnen zu haben.

Meine Frage bezieht sich auf die Ziele der Lissabon-Strategie, die für die Europäischen Konservativen und Reformisten immer sehr wichtig gewesen sind. Was Sie vor nicht allzu langer Zeit von dem gesagt hatten, als Sie es als Teil Ihrer Strategie präsentierten, ist im Hinblick darauf besonders wichtig: Ein Neubeginn für den gemeinsamen Markt. Wir glauben aufrichtig, dass Europa einen gemeinsamen Markt benötigt. Der kürzlich angenommene Vertrag von Lissabon verleiht europäischen Institutionen in einem politischen Sinne

mehr Autorität, und es scheint mir, dass sich eine besondere Art von Kluft zwischen der Fortschritte machenden politischen Integration und der wirtschaftlichen Integration auftut. Herr Barroso, ich würde mir sehr wünschen, dass Sie der Frage des Beginns des neuen Marktes vom Start Ihrer neuen Amtszeit an mehr Aufmerksamkeit einräumen würden.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich habe gute Nachrichten für Herrn Kamiński: Heute haben wir auf der Sitzung der Kommission hier in Straßburg ein Arbeitspapier der Kommission angenommen. Dieses leitet die Konsultation zu etwas ein, was ich das „Europa 2020“, die Nachfolge der Lissabon-Strategie nenne, die natürlich mit dem Parlament und den europäischen Regierungen und den Öffentlichkeiten insgesamt zu beraten ist.

Im Arbeitspapier wird großes Gewicht auf die Stärkung des Binnenmarkts gelegt, und ich habe sogar Herrn Mario Monti, eine namhafte Persönlichkeit, gebeten, mir einen Bericht zu den Möglichkeiten zuzusenden, wie wir die Lücken im Binnenmarkt angehen können. Ich hoffe, dass der erste Entwurf dieses Berichts vor dem Europäischen Rat im März fertig ist, bei dem im Übrigen der spanische Ratsvorsitz auch Wert darauf legt, einen Beitrag zu leisten und diesen Entwicklungen Dringlichkeit zu verleihen.

Die Entwicklung des Binnenmarktes ist eine der Möglichkeiten, wie wir neue Wachstumsquellen finden können, um den Herausforderungen der Wettbewerbsfähigkeit aus anderen Teilen der Welt zu begegnen.

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Das Erfreuliche am Sondergipfel war, dass eine Geschlechterbalance hergestellt wurde. Das wollen wir würdigen. Ich möchte zugleich hinzufügen: Wir werden Sie weiterhin unterstützen, wenn Sie diese Geschlechterbalance weiter fortführen.

Wir haben es jetzt mit zwei neuen Aushängeschildern der Europäischen Union zu tun, von denen allseits gesagt wird, sie müssen in ihre Aufgaben erst hineinwachsen. Das gilt freilich immer und ewig. Dann wird von Leichtgewichten und von Schwergewichten geredet. Ich sehe es so: Die Leichtgewichte von heute sind die Schwergewichte von morgen, und das gilt auch umgekehrt. Manches Schwergewicht von heute wird ein Leichtgewicht von morgen.

Ungeachtet dessen haben wir aber eine schwere Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die sozialen Auswirkungen beschäftigen uns besonders stark. In Europa sind dutzende Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Zahl der Krisenopfer explodiert. In der Dritten Welt sind die Folgen noch wesentlich schlimmer.

Sind Sie bereit, Herr Barroso, gemeinsam mit der neuen Kommission die Lehren aus der Fehlentwicklung der marktradikalen Politik zu ziehen? Sind Sie bereit, einen dringend notwendigen Politikwechsel einzuleiten, der die Menschen vor den Gewinn und die sozialen vor die Wettbewerbsinteressen stellt?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – In der neuen Strategie 2020 der Europäischen Union, die ich gerade angekündigt habe, liegt eine starke Betonung auf den sozialen Fragen, die Sie, Herr Bisky, gerade erwähnt haben. Ich glaube, wir haben jetzt eine akute Situation im Hinblick auf soziale Fragen, insbesondere in Anbetracht einer steigenden Arbeitslosigkeit. Es besteht ein Risiko für ein Jahrzehnt niedrigen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit, und das würde unsere Sozialmodelle und unsere Lebensstandards schwer belasten. Aus dem Grund denke ich, ist es wichtig, an Themen mit Bezug zur sozialen Eingliederung zu arbeiten.

Wir müssen auch sicherstellen, dass unsere Menschen mit den richtigen Kompetenzen ausgestattet sind, um in diesem neuen Wirtschaftsmodell erfolgreich zu sein. Eine der Schwerpunktgebiete der Strategie 2020 der Europäischen Union wird demnach sein, Menschen mit Fähigkeiten auszustatten. Die Betonung sollte auf Bildung und Kompetenzen, lebenslanges Lernen, Arbeitnehmermobilität, die Förderung der unternehmerischen Initiative und der Selbständigkeit, aber auch auf die Bekämpfung der Ausgrenzung und der Armut gelegt werden. Ich denke, dass wir als Europäische Union eine Verpflichtung haben, den Kampf gegen Ausbeutung und Armut zu einer unserer Prioritäten zu machen.

Rolandas Paksas, im Namen der EFD-Fraktion. – (LT) Herr Präsident, im September sprach ich Sie zur Fortführung des Betriebs des Kernkraftwerks Ignalia an. Durch Ihre Antwort gewann ich den Eindruck, dass sich die Kommission der wirklichen Situation immer noch nicht bewusst ist, oder sie versucht, Abgeordnete zurückzuweisen.

Daher denke ich, Herr Präsident, Sie wissen, dass keine nuklearen Brennstoffbehälter gebaut worden sind, und verbrauchte Brennstäbe im Reaktor behalten werden, wodurch die nukleare Sicherheit in der Region reduziert wird. Dies ist der erste Punkt. Zweitens glaube ich, dass Sie wissen, dass Austauschgeneratoren von jetzt an erst in drei Jahren gebaut werden, und Litauen einen Mangel an Strom haben wird. Das ist der zweite

Punkt. Drittens glaube ich, dass Sie sich dessen bewusst sind, dass die Umstände, die ich erwähnt habe, die Fortsetzung des Betriebs des Kernkraftwerks zulassen und dass es für eine Schließung noch nicht bereit ist.

Meine Frage, Herr Präsident, ist, wer wird die Verantwortung für die reduzierte atomare Sicherheit in dieser Region und das erhöhte Risiko für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union übernehmen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Bezüglich der Ignalia-Frage ist dies ein Problem das, wie Sie wissen, den Beitrittsvertrag von Litauen betrifft. Wir müssen diesen Beitrittsvertrag respektieren, der von allen Mitgliedstaaten einschließlich Litauen unterzeichnet wurde.

Was wir jetzt tun, ist, nicht nur auf die wirtschaftlichen, sondern auch auf die Sicherheitsaspekte zu schauen. Ich glaube, dass dies alles in unserer Entscheidung berücksichtigt wurde, und dass wir mit den litauischen Behörden zusammenarbeiten können, um dort die Sicherheit des Nuklearbereichs zu gewährleisten.

Übrigens habe ich bei meiner letzten Begegnung mit Präsident Medwedew erneut die Lieferung von Energie aus Russland nach Litauen angesprochen. Ich habe ihn gefragt, warum sie nicht kooperativer im Hinblick auf die Frage der Druschba-Pipeline sein können. Demnach arbeiten wir aktiv mit unseren litauischen Freunden und auch mit anderen Partnern, die für die Sicherheit der Energieversorgung Litauens wichtig sind.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Kommissionspräsident! Die Frage des Weiterbestandes der Opel-Werke bewegt die europäische Öffentlichkeit, und sie war auch von großer Bedeutung im deutschen Bundestagswahlkampf. Lange vor der Wahl wusste man schon, dass ein Verkauf an das von Magna geführte Konsortium geplant war, doch die Europäische Kommission hat erst am 16. Oktober entsprechende Bedenken geäußert.

Warum hat man darauf bis nach der Bundestagswahl gewartet? Das hat ja einen wichtigen Effekt auf den Ausgang der Wahl in Deutschland. Wie können Sie den Verdacht widerlegen, dass es dabei zu politischen Rücksichtnahmen gekommen ist, zumal ja Ihr nahes Verhältnis zur deutschen Bundeskanzlerin bekannt ist? Sind Sie bereit, Ihre Gesprächskontakte bzw. schriftlichen Kontakte bezüglich der Opel-Frage, die vor der deutschen Bundestagswahl am 27. September stattgefunden haben, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Um Ihre letzte Frage zuerst aufzugreifen, natürlich freue ich mich, Ihnen meine gesamte Korrespondenz mit Kanzlerin Merkel zur Verfügung zu stellen. Das ist überhaupt kein Problem.

Abgesehen davon haben wir zwei Treffen vor den deutschen Wahlen mit allen an der General Motors/Opel-Sache beteiligten Ländern veranstaltet, und gestern organisierten wir das dritte. Es war das dritte durch die Kommission organisierte Ministertreffen, und das erste, seitdem General Motors entschied, Opel nicht zu verkaufen.

Außer hauptsächlich ein Vermittler durch die Sicherstellung dessen zu sein, dass alle Interessengruppen die gleichen Informationen haben, wird die Kommission weiterhin die Achtung der Regeln des Binnenmarktes und der staatlichen Beihilfen gewährleisten. Dies ist sehr wichtig, um einen ruinösen Wettlauf um Subventionen zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden, der letztendlich keinem nutzt.

Aber der Ball liegt jetzt klar auf der Seite von General Motors. Natürlich kann die Kommission erst, nachdem der GM-Geschäftsplan bekannt ist, wirklich einschätzen, ob Wettbewerbsregeln eingehalten werden. Und unsere Mitgliedstaaten könnten bereit sein, staatliche Beihilfen zu gewähren. Wir können nicht auf der Grundlage von Annahmen handeln. Nur angesichts von Geschäftsplänen können wir sagen, ob sie mit unseren Gemeinschaftsregeln übereinstimmen oder nicht.

Hans-Peter Martin (NI). - Ich bedanke mich sehr und nehme Ihr Angebot gerne an. Natürlich ging es da auch um die Gesprächskontakte, wir werden sicher eine Lösung finden. Sie haben im zweiten Teil jetzt eine sehr zentrale Frage angesprochen: Es gibt ja nicht nur einen Lohndumping-Wettlauf, sondern auch einen Subventionswettlauf. Es war eine sehr kluge Vorgangsweise, gestern diesen Gipfel einzuberufen. Was sind Ihre Schlussfolgerungen aus dem, was Sie da erlebt haben? Wie kann man in Zukunft der aufkommenden Gefahr begegnen, dass es zu einem Subventionswettlauf kommt, wie wir ihn zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zu Lasten des europäischen Steuerzahlers immer wieder erlebt haben, und natürlich auch in den wirtschaftlichen Prozess dieser Dynamik eingreifen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Dies erfolgt gerade durch die strikte Anwendung der Regeln zu staatlichen Beihilfen, und dieser Fall ist wirklich für uns alle – abgesehen von den beteiligten

Parteien – sehr interessant. Denn wie Ihre Frage andeutet – wenn jeder Mitgliedstaat mit den anderen in den Wettbewerb treten soll, um herauszufinden, wer einem Unternehmen mehr Geld geben kann, hätten wir etwas, was für die Mitgliedstaaten schlecht und für die Verbraucher und das Geld des Steuerzahler nicht gut ist.

Die Garantie, die ich Ihnen geben kann, ist, dass die Kommission bei der Anwendung der Regeln zu staatlichen Beihilfen streng sein wird. Und zwar nicht, weil wir im Hinblick auf den Markt oder die Wettbewerbsregeln Fundamentalisten sind, sondern weil glauben, dass es wichtig ist, einen strengen Gemeinschaftsansatz und ein ebenes Spielfeld für alle Unternehmen und alle Mitgliedstaaten zu haben – die großen und die kleinen, die reichen und die weniger reichen. Das ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass wir in unserer Union fair bleiben.

Folgemaßnahmen zum Europäischen Rat am 19. November 2009

Kinga Gál (PPE). – Herr Barroso, ich begrüße Ihr jetziges Statement im Hinblick auf Ihre Absicht, dass es ein Ressort innerhalb der Kommission geben sollte, welches sich mit Grundrechten befasst.

Ich möchte dazu eine weitere Frage hinzufügen. Da Sie sich vollkommen dessen bewusst sind, dass eine entscheidende Zahl autochthoner nationaler Minderheiten und sprachlicher Minderheiten in der EU lebt – 15 Millionen Menschen, 10 % der Bevölkerung –, beabsichtigen Sie, die Frage dieser Bevölkerungsgruppen, dieser nationalen und sprachlichen Minderheiten, in das sich mit Grundrechten befassende Ressort der neuen Kommission aufzunehmen?

Ich denke, dass die EU besonders nach dem Inkrafttreten des Vertrag von Lissabon und der Charta der Grundrechte ihren Ansatz bezüglich dieser Bevölkerungsgruppen weiterentwickeln sollte.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Die Antwort ist einfach: Ja. Meine erklärte Absicht ist es, Gleichbehandlungsfragen – einschließlich natürlich der Fragen von Minderheiten – unter die Verantwortung des Kommissars für Grundrechte zu stellen.

Glenis Willmott (S&D). – Ich wollte auch eine Frage zur ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen in der Kommission stellen, daher möchte ich diese Gelegenheit ergreifen, um Frau Cathy Ashton zu ihrer Ernennung zu gratulieren. Ich bin sicher, Sie sind mit mir einverstanden, dass sie ein großes Talent ist. Ich bin erfreut, dass die erste Funktion eines Hohen Vertreters an jemanden aus dem Vereinigten Königreich geht, und ich bin besonders erfreut, dass sie an eine britische Frau geht. Dies ist etwas, dass wir, die Frauen in der Fraktion der Sozialisten, seit längerer Zeit gefordert haben.

Frau Cathy Ashton war die Fraktionsführerin im Oberhaus im Vereinigten Königreich, als der Vertrag von Lissabon durchgebracht wurde – eine beachtliche Leistung. Sie hat großartige politische Kompetenzen und, seitdem sie Kommissarin ist, eine Menge vollbracht. Anstatt eines „Ego auf zwei Beinen“ hat ihre stille Diplomatie Vereinbarungen gesichert, wo andere versagt haben, und wo es in der Vergangenheit erwiesenermaßen schwierig gewesen ist. Ich möchte über Frau Cathy Ashton sagen, dass sie nicht dafür da ist, den Verkehr aufzuhalten, sondern wirklich das Verkehrssystem zu schaffen. Ich weiß, dass sie einen hervorragenden Job machen wird.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich bin überaus stolz und glücklich, dass Frau Catherine Ashton als erste Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin benannt wurde. Es ist eine Ernennung, die ich während des Europäischen Rates sehr unterstützt und befürwortet habe. Natürlich kennen wir sie alle gut als eine Person, die sowohl die politische Kompetenz als auch die Führungsqualitäten dafür hat, die anspruchsvolle Aufgabe der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission zu übernehmen.

Wir alle wissen, dass dies eine Innovation ist. Es wird für uns alle eine Zeit lang dauern, zu lernen, wie diese neuen Strukturen zu nutzen sind, um die besten Ergebnisse im Sinne der tragenden Rolle der Europäischen Union in der Welt zu liefern. Wir werden das nur durch eine echte Partnerschaft zwischen den Institutionen erreichen. Das ist das, was durch die geschaffene Doppelspitze sichergestellt werden soll und wo ich hinsichtlich dessen, was die Kommission anbieten wird, entschlossen bin: Die bestmögliche Rolle in der Welt einzunehmen.

Natürlich bin ich besonders glücklich, dass sie aus dem Vereinigten Königreich kommt – ich denke, es ist notwendig, dass das Vereinigte Königreich in der Mitte Europas bleibt – und auch dass sie eine Frau ist, denn wie Sie wissen bin ich der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen gegenüber sehr verpflichtet

gewesen. Demnach war ich aus all diesen Gründen, und auch weil sie meine Kollegin in der Kommission ist, mit dieser Entscheidung – wie Sie sich vorstellen können – überaus zufrieden.

Andrey Kovatchev (PPE). – (BG) Zunächst möchte ich eine Klarstellung für Herrn Schulz vornehmen. Der bulgarische Ministerpräsident hatte nie dazu aufgerufen, die bulgarische Sozialistische Partei zu verbieten. Nun zu meiner Frage an Herrn Barroso. Ist nach dem 19. November klar, welche Bereiche der Außenpolitik Teile der Kommissionskompetenzen bleiben und welche auf den Auswärtigen Dienst übertragen werden, wie Erweiterung, Handel oder Hilfen für Entwicklungsländer?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ja, der Hohe Vertreter wird gleichzeitig Vizepräsident der Kommission sein, sodass es eine großartige Gelegenheit ist, die Kompetenzen der GASP Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – die beim Hohen Vertreter liegen – und die traditionellen Gemeinschaftskompetenzen bei den Außenbeziehungen zusammenzulegen. Einfach gesagt haben wir eine Person, die die Aufgabe von Herrn Javier Solana und Frau Benita Ferrero-Walner ausübt. Diese Person wird dies als Vizepräsidentin der Kommission, aber auch als Präsidentin des Rates für auswärtige Angelegenheiten tun. Ich denke, dass es äußerst wichtig ist, dies deutlich zu sehen.

Im Allgemeinen liegt es, wie der Vertrag von Lissabon sehr klar feststellt, auf der Ebene der Staats- oder Regierungsoberhäupter beim Präsidenten des Rates, die Europäische Union in GASP-Fragen auf dieser Ebene und in dieser Eigenschaft zu vertreten, und bei der Kommission, die Europäische Union in allen anderen externen Fragen zu vertreten, wie im Artikel 17 des Vertrag von Lissabon dargelegt.

Derek Vaughan (S&D). Herr Barroso, Sie möchten vielleicht, oder auch nicht, das kürzlich durchgesickerte Papier zur Überprüfung des EU-Haushalts kommentieren, aber Sie werden sich zweifellos dessen bewusst sein, dass es zu großer Besorgnis in vielen Regionen in Europa geführt hat. In der Tat hat Herr Rhodri Morgan, Erster Minister von Wales, kürzlich an Sie geschrieben und dabei seine Bedenken zum Ausdruck gebracht.

Kann ich Sie im Hinblick darauf fragen, ob Sie neue Vorschläge voranbringen werden, die sicherstellen, dass die Regionen in Europa Zugang zu Strukturfonds nach 2013 haben werden? Und wird dies, wenn Sie derartige Vorschläge tatsächlich voranzubringen beabsichtigen, unter der bestehenden oder unter der neuen Kommission sein, sobald sie ernannt ist?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich kann Ihnen mitteilen, dass ich das Schreiben des Ersten Ministers von Wales gelesen haben, aber ich habe nie das erwähnte Dokument gelesen.

Es gibt einige Arbeitsdokumente in der Kommission, die durch alle ihre Dienste erstellt wurden, aber diese geben nicht die Ansicht der Kommission wider. Es ist nur das Kollegium der Kommissionsmitglieder, das für die Kommission bindende Positionen bezieht. Wir befinden uns in einem vorbereitenden Arbeitszustand. Ich kann Ihnen mitteilen, dass ich persönlich wie Sie wissen im Hinblick auf die soziale, wirtschaftliche und territoriale Kohäsion besonders engagiert bin, und dass die Regionalpolitik eine der obersten Prioritäten der nächsten Kommission bleibt.

Im Hinblick auf die Überprüfung des EU-Haushalts habe ich in Übereinstimmung mit dem Parlament – in der Person des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses – entschieden, die Überprüfung des EU-Haushalts zu einem späteren Datum vorzulegen. Es macht Sinn, zunächst eine Einigung zum Überblick der Strategie 2020 der Europäischen Union zu finden, wobei die Überprüfung des EU-Haushaltsplans dann durch die neue Kommission vorgestellt wird, sodass das neue Kollegium dann im Vollbesitz von diesem Vorschlag ist, um mit Ihnen sehr eng an den künftigen Finanzperspektiven zu arbeiten.

Sarah Ludford (ALDE). – Herr Chris Patten hat gesagt, die Gefahr auf dem Balkan besteht darin, dass er vorgibt, zu reformieren und die EU vorgibt, ihm zu glauben.

Das scheint gerade in Bosnien zu geschehen, das alarmierend in Richtung Dysfunktion wenn nicht gar Zerstörung zu gleiten scheint. Die internationale Gemeinschaft und die EU werden in Bosnien so wahrgenommen, dass sie dabei scheitern, auf Reformen zu bestehen und dabei scheitern, Milorad Dodik, dem Anführer der Republika Srpska, Paroli zu bieten. Das Amt des Hohen Vertreters wurde, während es noch andauert, unterminiert und die Autorität der internationalen Gemeinschaft geschwächt.

Wie würden Sie auf den Vorwurf antworten, dass die EU im westlichen Balkan ein Programm zum Vorteil der Serben in Belgrad und Banja Luka betreibt, bei dem die Bosnier die Verlierer sind?

Werden Sie die neue Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission, Frau Cathy Ashton, sobald sie bestätigt ist, dazu ermutigen, Bosnien zu einer absoluten Top-Priorität zu machen? Wie wollen Sie sicherstellen,

dass der Sondervertreter der Kommission einen wirklichen Einfluss, ein klares Mandat und die geeinte Unterstützung der EU hinter ihm oder ihr hat?

Der Präsident. – Ich möchte etwas sagen, was sehr ernst ist. Wir reden über das Ergebnis der letzten Tagung des Rates vom 19. November 2009. Ich weiß, dass beinahe alles während der Tagung des Rates hätte gesagt werden oder hätte geschehen können, aber dies war höchstwahrscheinlich kein Thema bei der letzten Tagung des Rates. Bleiben Sie demnach bitte bei dem Tagesordnungspunkt, denn es ist erforderlich.

Sarah Ludford (ALDE). – Ich habe mich nach Frau Cathy Ashton, der Hohen Vertreterin, erkundigt, die vergangene Woche ernannt wurde. Das ist in besonderer Weise eine „Folgemaßnahme zum Europäischen Rat“.

Der Präsident. – In Ordnung, wunderbar, wenn Herr Präsident Barroso antworten möchte, aber ich möchte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, darum bitten, sich an Ihre Tagesordnungspunkte zu halten, was sehr klar definiert ist.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Lassen Sie mich Ihnen zunächst sagen, dass ich die im Hinblick auf die Situation in Bosnien zum Ausdruck gebrachten Bedenken vollumfänglich teile. Tatsächlich wird dies derzeit zu einer sehr schwierigen Frage. Wir diskutieren dies mit den bosnischen Behörden und allen relevanten Akteuren innerhalb und außerhalb Europas.

Natürlich lautet meine Antwort an Sie ja, ich hoffe, dass Frau Cathy Ashton dem gemeinsam mit dem Kommissar für Erweiterung große Aufmerksamkeit widmen wird, denn Bosnien liegt wie Sie wissen im Bereich der möglichen Erweiterung der Europäischen Union. Sicherlich müssen wir alles tun, um sicher zu sein, dass sich das Land auf seine eigenen Füße stellt und dass es imstande ist, seine Existenz als vollständiger Staat, als ein demokratischer Staat zu konsolidieren, der Bestrebungen hat, eines Tages unserer Union beizutreten.

Elisabeth Schroedter (Verts/ALE). – Sie sprachen gerade davon, dass Sie die Konsultationen für den Post-Lissabon-Prozess jetzt eröffnet haben. Der Post-Lissabon-Prozess wird ja dann von dem neuen Kollektiv der Kommissare betreut werden.

Es gibt sehr viel Ärger darüber, dass die Konsultation so spät eröffnet wurde. Und es gibt die große Befürchtung, dass sie nur formal ist und dass die Ergebnisse dieser Konsultation nicht wirklich ernsthaft in den Post-Lissabon-Prozess einfließen.

Was ist Ihr Vorschlag, wie können auch alle *Stakeholders* und eine gründliche Analyse des Konsultationsprozesses in diesen Prozess und in die Kommissionsdokumente einfließen? Welche Kommissare wollen Sie beauftragen, das sicherzustellen, und wo ist dort Ihre Verantwortung?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Meine Verantwortung ist die Gesamtkoordination der Kommission und der Strategie, aber ich werde mit verschiedenen Kommissaren zusammenarbeiten, denn wie Sie wissen ist diese Strategie 2020 der Europäischen Union ihrer Natur nach eine übergreifende Strategie. Demnach ist sie ein sehr breiter Aufgaben- und Kompetenzbereich.

Im Hinblick auf die Verzögerung haben Sie recht: Es gibt eine gewisse Verzögerung. Leider ist dies der Tatsache geschuldet, dass der Europäische Rat seine Entscheidung nicht früher getroffen hat, mit dem Ergebnis, dass wir nicht über die Kommission verfügen können.

Demnach geben wir heute das Arbeitsdokument heraus, sodass alles für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März fertig gestellt sein kann, da wir jetzt eine neue Kommission haben sollten und wir bislang gar keine haben. Ich hoffe, dies bis Ende Januar zu haben.

Jedenfalls habe ich gerade heute – und dies ist eine weitere Neuigkeit, die ich Ihnen mitteilen möchte – die endgültigen Namen der 27 designierten Kommissare erhalten. Erst heute. Deshalb läuft unsere Arbeit etwas später an, aber dennoch denke ich, dass wir das meiste aus diesem Konsultationszeitraum machen müssen, sodass wir eine ernste Konsultation über die Zukunft der Strategie 2020 der Europäischen Union haben.

Isabelle Durant (Verts/ALE). – (FR) Herr Barroso, ich möchte auf die Frage zurückkommen, die mein Kollege gerade gestellt hat. Der Zeitplan, den Sie uns geben haben, ist extrem eng. Wie können wir an dieser Stelle eine Strategie bis zum Jahr 2020 in drei Monaten definieren? Wir müssen eine Strategie für die gesamte Europäische Union zu sozialen, wirtschaftlichen und Umweltfragen erstellen, und uns werden drei Monate und ein Konsultationszeitraum eingeräumt, der heute startet.

Daher möchte ich Ihre Aufmerksamkeit, Herr Barroso, auf die Tatsache lenken, dass ich glaube, dass wir darauf warten müssen, dass die Kommission selbst gebildet wird, damit wir unsere Fragen an sie stellen können. Und dass wir uns in erster Linie die Zeit nehmen sollten, ein wirkliches Projekt zu schaffen. Wir können ein Projekt für die Europäische Union nicht in drei Monaten definieren.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Ich teile Ihre Bedenken zu dieser Frage. Aus dem Grund haben wir außerdem entschieden, dies jetzt und nicht zu einem späteren Datum zu tun. Sie werden daher mehr Zeit haben. Wenn wir auf den Amtsantritt der neuen Kommission warten, werden Sie möglicherweise bis Ende Januar warten müssen, und demzufolge tun wir es bereits. Die Einzelheiten werden heute, wenn nicht bereits geschehen, im Internet veröffentlicht. Ich hoffe zu diesem Punkt auch auf eine Verpflichtung Ihrerseits. Ich selbst bin dazu bereit, eine Verpflichtung einzugehen.

In jedem Fall markiert die Frühjahrstagung des Europäischen Rates den Beginn, und nicht das Endes des Prozesses. Dennoch hat die rotierende Ratspräsidentschaft, die spanische Ratspräsidentschaft – die wie Sie wissen durch den Vertrag von Lissabon gewahrt bleibt – uns dringend gebeten, ein erstes Schriftstück zu entwerfen, das als eine Diskussionsgrundlage dienen wird. Deshalb wollte ich es jetzt präsentieren. Ich werde mein Äußerstes tun, um zu gewährleisten, dass alle, die von dieser Frage betroffen sind, teilnehmen und einen Beitrag zu der – wie Sie selbst betont haben – äußerst wichtigen Strategie leisten können.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Barroso, wenn wir uns die wichtigsten leitenden Stellungen an der Spitze der Europäischen Union im Vergleich zwischen der neuen EU und der alten EU anschauen, ist das Ergebnis 3:0 für die alte EU. Ab dem 1. Januar 2012, wenn es einen neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments geben wird, wird es niemanden an der Spitze der Europäischen Union geben, der die 12 neuen Mitgliedstaaten repräsentiert. Wie würden Sie diese Entscheidung verteidigen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Zunächst vertreten der Präsident des Rates und der Hohe Vertreter dort keinen Teil von Europa: Sie vertreten ganz Europa.

Lassen Sie mich sagen, dass ich auch mit der Ernennung von Herrn Herman Van Rompuy sehr glücklich war. Als Ministerpräsident Reinfeldt diesen Namen vorschlug, war offensichtlich, dass dies der Name war, der einen Konsens am gesamten Tisch sicherstellen konnte. Und die Tatsache, dass er aus Belgien stammt und eine instinktive Unterstützung für die Gemeinschaftsmethode mitbringt und instinktiv pro-europäisch ist – das ist auch für Belgien ein sehr guter Beitrag.

Abgesehen davon denke ich im Hinblick auf die Bedeutung der neuen Mitgliedstaaten, dass Sie deren Wichtigkeit bereits durch die Wahl von Herrn Buzek als Präsidenten des Europäischen Parlaments deutlich gemacht haben: Jemand, der aus einem neuen Mitgliedstaat kommt und jemand, der so viel für die Wiedervereinigung Europas getan hat.

Demnach vertritt man kein Land oder keine Region, wenn man in diesen Stellungen ist: Wir vertreten ganz Europa.

Miguel Portas (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, vergangene Woche hat der Rat die Vereinbarung zwischen den Institutionen zum Haushaltsplan für das Jahr 2010 anerkannt. Die Folgen dieser in Kopenhagen getroffenen Entscheidungen sollten keinen Bestandteil dieser Vereinbarung oder Verpflichtung bilden. Sie sollten eher der Gegenstand eines Berichtigungshaushaltsplans sein.

Die Frage, die ich an Sie stellen möchte, ist sehr einfach: Angesichts der Schwierigkeiten, die wir bei der Finanzierung der zweiten Tranche des Konjunkturprogramms für genau diesen Haushaltsplan gesehen haben – woher nimmt die Kommission an, dass sie letztendlich die Mittel für die Finanzierung des ersten Jahres des Kampfes gegen den Klimawandel, die 2 Mrd. EUR beanspruchen werden, herbekommt? Darüber hinaus wird diese Gesamtsumme Jahr für Jahr steigen, von wo, Herr Präsident, sollen die Mittel demnach vermutlich herkommen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (PT) Herr Portas, ich danke für Ihre Frage. Es stimmt, es erwies sich als äußerst schwierig, das Parlament dazu zu bewegen, mit der Annahme eines besonderen Haushaltsplan für einige Maßnahmen bezüglich Energieeffizienz, Energiesicherheit und den Kampf gegen den Klimawandel einverstanden zu sein, und ich bin sehr froh, dass dies erreicht werden konnte. Ich möchte all jenen danken, die die Annahme dieses Haushaltsplans möglich gemacht haben.

Wenn wir, wie ich hoffe, in Kopenhagen zu einer Vereinbarung kommen, müssen wir dann daran arbeiten, die Mittel für die Implementierung dieser Vereinbarung in den Haushaltsplan zu finden.

Wir sind noch nicht ganz dort angekommen. Aber ich bin absolut sicher, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie zu einem Übereinkommen zur künftigen Finanzierung der für die Entwicklungsländer notwendigen Klimaschutzmaßnahmen gelangen wollen, dann müssen sie auch zu einer Vereinbarung hinsichtlich der Mittel kommen, die für das Erreichen dieses Ziels verfügbar gemacht werden müssen.

Lena Kolarska-Bobińska (PPE). – (PL) Herr Barroso, die Ernennung von Frau Ashton und Herrn Van Rompuy und der Vertrag von Lissabon an sich werden Änderungen in der Arbeitsweise der Kommission bewirken. Einige Änderungen sind im Vertrag von Lissabon niedergelegt, aber andere Änderungen sind unpräzise sowie unklar und werden durch bestimmte Praktiken und Entscheidungen ausgestaltet werden. Ich möchte fragen, welche Änderungen Sie in der Tätigkeit und Rolle der Europäischen Union in der unmittelbaren Zukunft und in den nächsten Jahren vorhersehen. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt für die Einführung derartiger Änderungen, und wie ich sagte gibt es aktuell Möglichkeiten, die im Vertrag von Lissabon nicht ganz spezifiziert sind. Sie haben über die Ernennung bestimmter Kommissare gesprochen. Ich spreche über Politiken und Maßnahmen, die nicht nur auf die Ernennung und Funktionsverteilung der neuen Kommissare begrenzt sind.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich stimme Ihrer allgemeinen Anmerkung zu, dass die Institutionen auch die Art und Weise verkörpern, wie wir sie in der Praxis formen. Aus dem Grund war ich mit der Ernennung von Frau Cathy Ashton und Herrn Herman Van Rompuy auch so zufrieden, da ich weiß, dass beide einem wahrhaft europäischen Geist und den Gemeinschaftsfragen verpflichtet sind.

Hinsichtlich der praktischen Fragen wird Frau Cathy Ashton am 1. Dezember Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission kraft des Beschlusses des Europäischen Rates werden. Am gleichen Tag wird sie als Vizepräsidentin der Kommission für das Ressort Außenbeziehungen verantwortlich werden. Als Vizepräsidentin der Kommission ist sie dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig, und das Parlament weiß, wie stark sich Frau Cathy Ashton der parlamentarischen Demokratie gegenüber verpflichtet fühlt. Ich weiß, dass sie bemüht ist, sich so schnell wie möglich mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu treffen, sodass ihre neue Rolle auf der richtigen Grundlage eingeführt werden kann.

Im Hinblick auf das nächste Kollegium wird Frau Catherine Ashton auch eine Anhörung neben den anderen designierten Kommissaren haben und Gegenstand Ihrer gemeinsamen Wahl beim nächsten Kollegium sein.

Mitro Repo (S&D). – (FI) Herr Präsident, Herr Kommissar, im Hinblick auf das Treffen der vergangenen Woche möchte ich fragen, ob Sie selbst mit dem Auswahlverfahren zufrieden sind, durch das zwei wichtige Top-Posten ausgefüllt wurden?

Ich möchte Sie fragen, ob die angewandte Auswahlmethode, wo die Kandidaten wie aus dem Nichts auftauchten, eine Art der Bestätigung der EU-Autorität waren und ob sie das Vertrauen in die EU-Entscheidungsfindung vergrößert hat? Sollten die großen politischen Fraktionen ernsthaft darüber nachdenken, welche Art von Kandidaten für Top-Positionen künftig vorzuschlagen sind, ob der Auswahlprozess irgendwie überprüft und verbessert werden kann, und wer dies tun sollte? Vermutlich wird dies die Aufgabe des Europäischen Parlaments und seiner Abgeordneten sein. Diesmal hatte die Republik Finnland hoch qualifizierte Kandidaten, und wir sollten darüber froh sein.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Zunächst wurden wie Sie wissen die Bestimmungen des Vertrag von Lissabon vollumfänglich eingehalten, und ich unterstütze natürlich die Ausführung der Verträge. Wir müssen die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union respektieren.

Bezüglich der ausgewählten Personen denke ich aufrichtig, dass wir sie respektieren sollten, denn Minister Van Rompuy ist Premierminister von Belgien und Lady Ashton ist ein Mitglied der Kommission. Demnach glaube ich, dass sie über die Qualitäten verfügen, um ihren Verantwortlichkeiten gerecht zu werden.

Im Hinblick auf die Institutionen ist wichtig anzumerken, dass der Präsident des Rates durch die Staats- oder Regierungsoberhäupter ausgesucht werden muss. Es ist keine Wahl wie die des Präsidenten von Frankreich oder des Präsidenten von Portugal. Es ist der Präsident des Europäischen Rates, und dieser Präsident wird durch die Staats- oder Regierungsoberhäupter ernannt. Er unterscheidet sich vom Präsidenten der Kommission, der durch die Staats- oder Regierungsoberhäupter ausgesucht und durch dieses Parlament gewählt wurde. Demnach haben wir die unterschiedliche Logik der unterschiedlichen Institutionen zu achten.

Jens Rohde (ALDE). – (DA) Herr Präsident, Herr Barroso, zu diesem Tagesordnungspunkt hat es eine Menge Diskussionen zur Zusammensetzung der Kommission und der Ressorts gegeben, die den Kommissaren zugeteilt werden. Eine Sache, die uns in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

sehr besorgt gemacht hat, ist, welches Ressort dem neuen Kommissar für Klimapolitik gegeben wird. Denn dies wird grundlegend bei der Entscheidung sein, ob das alles nur viel heiße Luft ist, oder ob wir einen Kommissar haben werden, der wirklich einen Unterschied ausmacht, wenn es um den Klimawandel geht – während er zur gleichen Zeit die Wettbewerbsfähigkeit von Europa gewährleistet.

Ich möchte daher fragen, was der Präsident der Kommission für die Sicherstellung dessen aktuell tut und tun wird, dass der Posten des Kommissars für Klimapolitik das Gewicht haben wird, welches er laut Hinweis des Präsidenten der Kommission haben sollte. In diesem Zusammenhang habe ich zwei besondere Fragen: Wird die Kommissarin bzw. der Kommissar für Klimapolitik verantwortlich für den Energiebereich sein, und wird die Kommissarin bzw. der Kommissar für Klimapolitik ihre oder seine eigene Direktion haben?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Zuerst denke ich, ist es angemessen, die Tatsache zu begrüßen, dass wir eine Kommissarin bzw. einen Kommissar für Klimamaßnahmen haben werden. Bislang hat diese Position nicht existiert. Eben genau weil es eine Menge zu tun gibt und ich dieser Funktion, um Ihren Ausdruck zu verwenden, Gewicht geben möchte, habe ich die Einrichtung des Postens eines Kommissars für Klimamaßnahmen entschieden und gegenüber dem Parlament angekündigt. Dieser Kommissar wird eine Menge Verantwortlichkeiten haben. Er oder sie wird die Klimamaßnahmen abstimmen müssen, da Klimamaßnahmen sowohl mit Energie als auch mit Umwelt, Forschung, Landwirtschaft und Industrie zu tun haben. Demnach ist dies sowohl intern als auch extern eine sehr wichtige koordinierende Funktion für Klimamaßnahmen.

Es ist ziemlich offensichtlich, dass Kopenhagen nicht das Ende des Prozesses sein wird. Ich hoffe, wir werden eine einsatzfähige Vereinbarung in Kopenhagen erzielen, aber es wird auch eine Menge Dinge nach Kopenhagen zu tun geben, einschließlich der Zusammenarbeit mit unseren wichtigsten Partnern.

Der Kommissar für Klimamaßnahmen wird daher intern und extern eine sehr wichtige Rolle innehaben, um all unsere Erwartungen hinsichtlich einer starken Klimapolitik in der Europäischen Union zu erfüllen.

John Bufton (EFD). – Herr Barroso, im Anschluss an die Ernennung des neuen Präsidenten Herman Van Rompuy gab es viele Spekulationen darüber, ob direkte EU-Steuern eingeführt werden. Können Sie mir bitte ehrlich mitteilen, ob dies der Fall ist und wie Sie derartige Steuern zu erheben beabsichtigen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Zunächst sehe ich nicht, was der Zusammenhang zwischen Steuern und Herrn Herman Van Rompuy ist. Das ist eine Kompetenz der Kommission.

Meine Antwort ist folgende. Erstens, ich gebe immer ehrliche Antworten; Sie müssen mich nicht bitten, eine ehrliche Antwort abzugeben. Zweitens, ich beabsichtige, mir alle Fragen der Besteuerung in der Europäischen Union anzusehen. Wir müssen uns dies anschauen. Wir müssen uns die eigenen Ressourcen der Europäischen Union anschauen. Wir haben dies dem Parlament versprochen. Das Programm, mit dem ich gewählt worden bin, war die Betrachtung möglicher eigener Ressourcen, und dies ist Bestandteil des Programms, welches durch dieses Europäische Parlament angenommen wurde.

Franz Obermayr (NI). – Die Kommission treibt die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei äußerst unkritisch voran. Dabei wird auf die Befindlichkeit der Mitgliedstaaten und ihrer Einwohner kaum Rücksicht genommen. Nun wurde mit Präsident Van Rompuy ein klarer Beitrittsgegner gewählt, und ich zitiere ihn wie folgt: „Die Türkei ist nicht Teil von Europa und wird niemals Teil Europas werden.“ Die universellen Werte, die in Europa herrschen, die zugleich die grundsätzlichen Werte des Christentums sind, würden mit dem Beitritt eines großen islamischen Landes wie der Türkei an Kraft verlieren.

Ich frage daher: Wie steht die Kommission zu dieser eindeutigen Aussage? Und wenn schon diesbezügliche Bedenken der Bürger nicht ernst genommen werden, nehmen Sie den Herrn Präsidenten wenigstens ernst?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Die Kommission respektiert die Position, die durch die Mitgliedstaaten eingenommen wird, und die Mitgliedstaaten haben einstimmig entschieden, Verhandlungen mit der Türkei zu führen. Wir erfüllen das Mandat, welches wir für die Verhandlung mit der Türkei und mit anderen Kandidatenländern im Auftrag der Mitgliedstaaten erhalten haben.

Es ist wichtig zu wissen, dass dies eine einmütige Entscheidung der Mitgliedstaaten gewesen ist. Es war keine Absicht der Kommission. Es gab eine einmütige Entscheidung der Mitgliedstaaten, mit der Türkei und anderen Ländern die Möglichkeit ihres Beitritts zu verhandeln.

Es ist ziemlich klar, dass die Türkei nicht für den Beitritt bereit ist – noch sind wir bereit, ihnen eine Mitgliedschaft zu gewähren – aber wir sollten weiterhin mit allen Kandidatenländern im Sinne guten Glaubens verhandeln.

Im Hinblick auf die durch Herrn Van Rompuy gemachten Anmerkungen kommentiere ich gewöhnlicher Weise keine Kommentare. Als Präsident des Rates war er dahingehend sehr klar, dass er das von den Mitgliedstaaten erhaltene Mandat auch achten wird.

Cristina Gutiérrez-Cortines (PPE). – (ES) Herr Präsident, ich werde über zwei Konzepte sprechen, nämlich das der Koordinierung und das der Flexibilität.

Ein Problem ist bei all den Fragen gefunden worden, die hier im Rat diskutiert worden sind. In den letzten Jahren hat es einen ungewöhnlichen Mangel an Koordinierung zwischen den verschiedenen Generaldirektionen der Kommission gegeben. Die Klimawandelpolitik ist häufig unabhängig von den wissenschaftlichen Kenntnissen der Generaldirektion Forschung betrachtet worden. Sie ist auch unabhängig von der Bodennutzung durchgeführt worden, die beispielsweise mit dem Klimawandel verbunden ist.

Meine erste Frage lautet wie folgt. Sind Sie darauf vorbereitet, die interne Koordination in solch einer Weise zu organisieren und zu stärken, dass wir, wenn wir unsere Kommissare ernennen, sicher sein können, dass die interne Koordinierung garantiert ist?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Tatsache, dass wir über Wettbewerbsfähigkeit, über eine Wirtschaftskrise sprechen. Ist die Kommission auch darauf vorbereitet, flexibler im Hinblick auf einige Fragen wie REACH und seine Umsetzung zu sein, die unserer eigenen Wettbewerbsfähigkeit einen außerordentlichen Schaden zufügen wird? Ist sie darauf vorbereitet, flexibler zu sein?

Mein letzter Gedanke zu dieser Kohärenzpolitik ist, dass wir nicht über die Wirtschaft und die Erholung sprechen können, ohne darüber zu sprechen, die Energiemärkte zu öffnen. Es gibt Länder, die keinen Energiemarkt haben, wie Spanien im Fall von Gas. Dies bedeutet, dass die Preise steigen, und eine Entwicklung unmöglich wird.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (PT) Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, um die interne Koordinierung innerhalb der Kommission zu verbessern. Der Beweis dafür ist die Tatsache, dass Entscheidungen durch die Kommission immer im Konsens getroffen worden sind.

Es ist völlig natürlich, dass, wenn wir uns die verschiedenen Kommissare anschauen, wir sehen, dass jeder von ihnen versucht, eine Priorität aus der Frage zu machen, die seine drückendste Sorge ist. Es ist keine Überraschung, dass der Kommissar für Umwelt ein größeres Interesse an Umweltfragen zeigt als der Kommissar für Industrie, der wiederum ein größeres Interesse an Fragen der industriellen Entwicklung zeigen wird. Was jedoch zählt, ist die Entscheidung des Kollegiums, und hier hat es eine effektive Koordinierung gegeben.

Darüber hinaus möchten wir eine moderne Umweltpolitik entwickeln, während gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen garantiert wird. Ich glaube, dass die durch die Kommission vorgelegten Vorschläge sicherstellen, dass wir angemessene Lösungen haben werden, sollten sich andere Länder nicht unserer hohen strategischen Zielsetzung in Fragen des Umweltschutzes anschließen. Wir möchten keine europäischen Arbeitsplätze in Länder auslagern, die nicht das gleiche Niveau an Umwelтанforderungen haben wie wir hier.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, Herr Barroso, ich möchte, dass Sie klar Ihren Standpunkt zu zwei Fragen zum Ausdruck bringen, die mit der Zusammensetzung der nächsten Kommission verbunden sind.

Zunächst habe ich Sie in diesem Parlament sagen hören, dass Sie planten, dass Ressort Justiz und Inneres in zwei separate Ressorts aufzuteilen: Eines für Grundrechte und Justiz, und ein weiteres für Sicherheit und Einwanderung. An diesem Nachmittag habe ich Sie jedoch über ein Ressort für Grundrechte und Justiz und ein Ressort für Inneres reden hören, was aus meiner Sicht die viel bessere Kombination ist. Denn es bedeutet, dass die Einwanderung nicht länger als eine Bedrohung für die Sicherheit oder als eine Frage wahrgenommen wird, die der Sicherheit untergeordnet ist. Meiner Ansicht nach ist die Fokussierung auf die Einwanderung in dieser Weise nicht nur falsch, sondern auch gefährlich.

Ich möchte gern wissen, ob dieser Ansatz angenommen wird, und ob er die Strukturen der Generaldirektion beeinträchtigen wird – aktuell der Generaldirektion für Justiz und des Inneren. Ich möchte auch eine

Verpflichtung von Ihnen im Hinblick auf das Legislativprogramm hören, dass das Stockholmer Programm im Bereich Justiz, Sicherheit und Freiheit umsetzen wird. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird das Parlament von Beginn an sehr entschlossen sein, und ich möchte eine klare Verpflichtung von Ihnen hören, dass Sie dieses Parlament in die Entwicklung des Legislativprogramms, welches dem Stockholmer Programm entspringt, einbeziehen werden.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (PT) Herr López Aguilar, um auf Ihre zweite Frage zu antworten, ja, wir möchten das Parlament in der Tat eng einbeziehen. Deshalb wird dies auch eine der Prioritäten der nächsten Kommission sein und etwas, was bereits in der Verfassung zum Ausdruck gebracht wurde.

Was die Frage des Ressorts anbelangt, möchte ich Folgendes sagen: Es wird einen Kommissar für Justiz und Grundrechte und einen Kommissar für Inneres geben.

Fragen im Zusammenhang mit der Einwanderung haben einen Sicherheitsaspekt. Beispielsweise wird die EU-Agentur Frontex unter der Zuständigkeit des Kommissars für Inneres bleiben. Es macht keinen Sinn, es zur Verantwortung eines beliebigen anderen Kommissars zu machen. Wenn es um Fragen der Eingliederung und Integration geht, ist meine Idee jedoch, dies zur Verantwortung des Kommissars für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zu machen.

Am Ende glaube ich genau wie Herr López Aguilar, dass wir die Einwanderung nicht allein durch das Prisma der Sicherheit betrachten sollten. Ein weiterer Aspekt ist die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der Schleusernetze. Frontex kümmert sich darum. Es muss unter der Verantwortung des Kommissars stehen, der mit diesen Themen befasst ist. Dennoch werde ich alle Einwanderungsfragen in Bezug auf Integration und Einbeziehung unter die Verantwortung des Kommissars für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit stellen, da dies Fragen der sozialen Eingliederung sind.

Reimer Böge (PPE). - Der Europäische Rat hat seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass man bis Ende April möglichst eine Einigung über die Struktur des Europäischen Auswärtigen Dienstes finden möge. Die Kommission muss zu diesen Vorschlägen ihre Zustimmung geben, und ich möchte Sie gerne fragen, Herr Präsident: Wird die Kommission, bevor sie zu solchen Vorschlägen ihre Zustimmung gibt, angemessene Vorschläge machen und diese auch in die Verhandlungen einbringen, nämlich zur Anpassung der mehrjährigen Finanzplanung, zur Anpassung der Interinstitutionellen Haushaltsvereinbarung und – falls es Verlagerungen von Verantwortung für außenpolitische Programme gibt – auch zur Anpassung und Neuverhandlung dieser heute ja bereits in der Mitentscheidung befindlichen Programme? Denn ohne die Lösung dieser von mir genannten Probleme wird der Auswärtige Dienst ein Torso ohne die notwendigen budgetären Voraussetzungen und ohne die notwendigen inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten sein. Wie wird die Kommission diese Aufgaben in den nächsten Monaten mit dem Parlament bewerkstelligen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Vielen Dank für Ihre Frage, Herr Böge. Ich weiß, wie sehr Sie gegenüber den Regeln des Haushaltsplans und der Kompetenz des Parlaments verpflichtet sind.

Meine Antwort an Sie ist ja, natürlich werden wir zu geeigneter Zeit mit Vorschlägen auf dieses Parlament zukommen. Damit die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden können, sodass diese neue Einrichtung, der Europäische Auswärtige Dienst, die Mittel, die Haushaltsmittel für die Durchführung all seiner Maßnahmen haben kann.

Wie ich vorab gesagt habe möchten wir, dass dies einer der großen Erfolge des Vertrag von Lissabon wird. Ich denke, es ist eine sehr wichtige Innovation und natürlich werden wir zusammen mit dem Parlament an dieser Frage arbeiten, die auf dem Vorschlag basiert, der von Vizepräsidentin Ashton als Hoher Vertreterin gemacht werden wird. -

Malika Benarab-Attou (Verts/ALE). – (FR) Herr Barroso, ich möchte Sie darüber informieren, dass wir in einigen Tagen den Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk begehen werden.

Die Situation der gebrochenen, besiedelten, verwundeten und getöteten palästinensischen Bevölkerung darf nicht andauern.

Wir Europäer müssen wegen unserer Werte von Solidarität und Brüderlichkeit eine Verantwortung haben, um schnell eine Lösung für diese Situation zu finden, bevor sie in ein Blutbad umschlägt.

Die israelische Regierung setzt ihre Besiedlungen durch einen forcierten Ausbau fort, und dies, nachdem sie Kriegsverbrechen zu Beginn dieses Jahres verübt hat. Erklärungen und Tränen reichen nicht länger aus. Heute

sind die einzige Lösung für den Stopp dieser tödlichen Politik der israelischen Regierung die Anerkennung und vor allem der Bestand des palästinensischen Staates.

Das palästinensische Volk hat wie andere Völker ein Recht auf eine würdige Existenz, die dessen Bestrebungen erfüllt.

Werden Sie als Präsident der Kommission und zusammen mit Frau Ashton hierzu Maßnahmen ergreifen, und wenn ja, wie?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Zunächst möchte ich Ihre Anmerkungen hinsichtlich der Demonstration von Solidarität mit dem palästinensischen Volk wiedergeben, das in der Tat unter einer fehlenden Anerkennung seines Rechts auf Selbstbestimmung leidet.

Im Hinblick auf die spezielle Frage, die Sie mir gestellt haben, ist es die Verantwortung der Mitgliedstaaten zu entscheiden, ob sie einen anderen Staat anerkennen oder nicht.

Unsere Position – die Position, die die Kommission immer aufrechterhalten hat – besteht in der Unterstützung der Koexistenz von zwei Staaten: Das Recht des Staates Israel auf freie Existenz und ohne dass seine Sicherheit bedroht wird, und parallel dazu das Recht der Palästinenser auf den Aufbau ihres eigenen Staates.

Wir möchten, dass durch die Koexistenz dieser beiden Staaten die Entstehung einer neuen Situation ermöglicht wird, nicht nur für die Israeli und die Palästinenser, sondern auch für die gesamte Region, da die Situation dort wirklich sehr ernst ist. Sie gefährdet nicht nur die Hoffnungen des palästinensischen Volkes, sondern auch den Frieden in der Region und den Frieden in der Welt.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kommissionspräsident. Wir haben viel mehr als beim letzten Mal, vor einem Monat, erreicht. Auch vielen Dank dafür, dass Sie sich genau an Ihre Zeit gehalten haben. Wir verstehen, dass es nicht immer einfach ist, bisweilen komplizierte Fragen innerhalb einer Minute zu beantworten.

Ich denke, es ist sehr hilfreich für alle von uns in den zwei Institutionen, einander zu verstehen. Dies ist sehr verantwortungsvoll, und es ist ein sehr wichtiges Signal für unsere Bürger, dass die beiden Institutionen Fragen erörtern und miteinander kommunizieren können.

Wir werden Sie zur Fragestunde im nächsten Monat wieder sehen.

(Beifall)

VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS

Vizepräsident

9. Mehrjahresprogramm 2010-2014 für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Stockholm-Programm) (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zu dem Mehrjahresprogramm 2010-2014 für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Stockholm-Programm).

Beatrice Ask, amtierende Ratspräsidentin. – (SV) Herr Präsident, sehr geehrte Ausschussvorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordneten, anlässlich des Europäischen Rats vom 10. bis 11. Dezember wird ein neues Fünfjahresprogramm für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts angenommen werden. Dieses Programm soll an die Stelle des aktuellen Haager Programms von 2004 treten. Ein bereits vor mehr als zwei Jahren von den Zukunftsgruppen angestoßener Vorbereitungsprozess ist dem neuen Programm vorausgegangen.

Ausgangspunkt des Programms wird die Mitteilung der Kommission sein, es stützt sich aber auf die vielen, während des Prozesses seitens der nationalen Parlamente, Zivilgesellschaften und verschiedenen EU-Organen sowie -Agenturen vorgelegten Stellungnahmen. Darüber hinaus ist das Programm selbstverständlich auch das Ergebnis eines intensiven Kontakts und eingehender Verhandlungen sowohl mit den EU-Mitgliedstaaten als auch mit dem Europäischen Parlament. Die Einstellung des Europäischen Parlaments zu der zukünftigen Zusammenarbeit ist wichtig, insbesondere im Hinblick auf die gewichtigere Rolle, die dem Parlament auf Grund des Vertrags von Lissabon zukommen wird.

Auf Basis der Vorläuferprogramme, des Programms von Tampere und des Haager Programms hat die EU entscheidende Fortschritte in dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gemacht. Europa sieht sich jedoch weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert, die wir gemeinsam auf europäischer Ebene in Angriff nehmen müssen. Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird uns neue Möglichkeiten dafür verschaffen und das neue Mehrjahresarbeitsprogramm – das Stockholm-Programm – wird somit auf diesen neuen Möglichkeiten dank des Vertrags von Lissabon beruhen.

Das Stockholm-Programm entwickelt die Vision eines sichereren und offeneren Europas, in dem die Rechte des Einzelnen geschützt werden. Die Bedürfnisse der Bürger, des Einzelnen werden die Grundlage der zukünftigen Zusammenarbeit in diesem Bereich bilden, und zwar in einer viel offenkundigeren Art und Weise, als dies vorher der Fall war. Wir arbeiten im Auftrag der Bürger, und diese müssen das Gefühl haben, dass die zukünftige Zusammenarbeit in der EU wichtig für sie ist. Daher sollte die Zusammenarbeit sich auf echte Probleme beziehen, themenbezogene Fragen stellen und sich auf bestimmte Maßnahmen konzentrieren, welchen den Menschen in ihrem täglichen Leben einen Mehrwert bringen werden.

Zudem muss der zukünftigen Zusammenarbeit in diesem Bereich ein ausgewogeneres Gleichgewicht zwischen den Maßnahmen zur Schaffung eines sicheren Europas und den Maßnahmen zum Schutz der Rechte des Einzelnen zugrunde liegen.

Aus Sicht der Bürger ist der Kampf gegen das Verbrechen wichtig. Die Bürger erwarten, dass es durch die EU-Zusammenarbeit einfacher wird, grenzüberschreitende Kriminalität zu verhindern, gleichzeitig fordern sie aber auch Freiheit und Recht. Wie ich gegenüber dem Europäischen Parlament bereits zuvor unterstrichen habe, gehen die Maßnahmen für mehr Sicherheit Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Gewährleistung von Rechtssicherheit und der Rechte des Einzelnen, und selbstverständlich ist dies auch möglich.

Was die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität angeht, sehen wir uns großen Herausforderungen gegenüber. Auf unserem Kontinent existieren Drogen- und Menschenhandel sowie Terrorismus, gleichzeitig sehen wir uns mit neuen Verbrechenarten, beispielsweise infolge des Internets, konfrontiert. Wir können nicht zulassen, dass nationale oder Verwaltungsgrenzen die Kriminalbehörden daran hindern, effizient zu arbeiten.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Verbrechensbekämpfung ist weiterentwickelt worden, es bleibt jedoch immer noch einiges zu tun, um ein wirksames Zusammenspiel von Polizei und Strafrecht auf europäischer Ebene zu erreichen. Wir brauchen gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme. Eine gut gestaltete polizeiliche Zusammenarbeit, ein effektiver Informations- und Erfahrungsaustausch und ausgefeilte Arbeitsmethoden sind wesentliche Aspekte im Umgang mit diesen Problemen.

Ein Schlüsselement bei der Verbrechensbekämpfung ist selbstverständlich ein effektiver und genau auf unsere Bedürfnisse zugeschnittener Informationsaustausch. Wir sollten den Informationsaustausch auf europäischer Ebene in bestimmten Fällen standardisieren, ihn an unsere Bedürfnisse anpassen und effektiver gestalten. Gleichzeitig ist es außerordentlich wichtig sicherzustellen, dass der Informationsaustausch die von uns aufzuerlegenden grundlegenden Anforderungen an den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre erfüllt und dass nicht mehr Informationen gesammelt und gespeichert werden, als für den jeweiligen Zweck erforderlich. Wir müssen ein sicheres Europa schaffen, in dem grenzüberschreitende Kriminalität wirksam bekämpft und gleichzeitig die Privatsphäre Einzelner geschützt wird. Es ist durchaus möglich und unbedingt notwendig, beides zu tun. Dabei geht es darum, dass richtige Maß für die unterschiedlichen Initiativen zu finden.

Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung muss weiterhin als ein wesentlicher Grundsatz unserer Zusammenarbeit im Rechtsbereich gelten. Eine Voraussetzung für Mitgliedstaaten, die Urteile und Entscheidungen anderer Staaten anerkennen und umsetzen möchten, ist das Vorhandensein von gegenseitigem Vertrauen in die Rechtssysteme. Auch ist es eine Frage des Vertrauens unserer nationalen Behörden untereinander, und die Bürger müssen Vertrauen in die getroffenen Maßnahmen haben. Ein Weg, dieses Vertrauen zu stärken, ist die Vertiefung der Kenntnisse über unsere jeweiligen Rechtssysteme. Hierbei können Weiterbildungen, Austauschprogramme, die Stärkung bestehender Netzwerke und gut ausgestaltete Evaluierungsmechanismen zum Tragen kommen.

Die vielleicht wichtigste Maßnahme zur Vertrauensbildung ist jedoch die Gewährleistung gewisser Mindestrechte, und zwar unabhängig davon, wo man sich in der EU aufhält. Hiermit meine ich ganz einfache Dinge, wie etwa die Möglichkeit zu erfahren, weswegen man angeklagt wird und welche Rechte man als Verdächtiger oder Opfer in einem Rechtsprozess hat, und dies in einer jeweils verständlichen Sprache. Es ist sehr erfreulich, dass wir uns im Rat auf eine Roadmap verständigen konnten, wie mit Verfahrensrechten für

Verdächtige und Beklagte umgegangen werden soll und diese Schritt für Schritt zu implementieren sind. Es wäre wünschenswert, diese Roadmap in das Stockholm-Programm aufzunehmen und meiner Ansicht nach wird dies auch geschehen.

Das Stockholm-Programm sollte auch klar der Situation von Verbrechensoffern Rechnung tragen. Bürgern, die in ihrem eigenen Land oder in einem anderen Mitgliedstaat Opfer von Verbrechen werden, sollten maßgebliche Fakten in einer Sprache übermittelt werden, die sie verstehen und sie sollten vor, während oder nach Strafverfahren angemessene Unterstützung, Informationen und Schutz angeboten bekommen. Zudem sollte Opfern eine angemessene Entschädigung für den von ihnen erlittenen Schaden bzw. für etwaige Verletzungen angeboten werden.

Zuletzt möchte ich noch einige Worte zu den zivilrechtlichen Fragen sagen, die das tägliche Leben des Einzelnen in großem Maße beeinflussen. Einer dieser Punkte ist die Überarbeitung der Verordnung „Brüssel I“ über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten. Auch wenn es sich hier dem Anschein nach um sehr technische Themen handelt, sind sie für die einzelnen Bürger doch sehr wichtig.

Zu den wichtigsten Themen gehört die Abschaffung des Exequaturverfahrens. Zurzeit muss jeder, der in einem anderen Mitgliedstaat die Vollstreckung einer Entscheidung durchsetzen möchte, diese Vollstreckung zunächst bei einem Gericht in dem jeweiligen Land beantragen und sie dort gewährt bekommen. Das kostet den Einzelnen Zeit und verursacht ihm Kosten. Wir haben festgestellt, dass ein hohes Maß an Unterstützung für die Abschaffung des Exequaturverfahrens besteht, das Ganze muss jedoch mit den Verfahrensgarantien und Regeln zur Rechtswahl vereinbar sein.

Dies sind einige der Hauptthemen und wichtigen Fragen, die von Schweden und vielen Mitgliedstaaten aufgezeigt worden sind. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und freue mich darauf, Ihren Kommentaren zuzuhören und Ihre Anfragen zu beantworten. Bevor ich dies tue, gebe ich jedoch das Wort an meinen Kollegen, Herrn Billström, der für einige der Asyl- und Migrationsfragen verantwortlich ist, die in dem künftigen Stockholm-Programm von Bedeutung sein werden und die er Ihnen jetzt vorstellen wird.

Tobias Billström, amtierender Ratspräsident. – (SV) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, zunächst möchte ich dem Europäischen Parlament für die sehr konstruktive Zusammenarbeit in Bezug auf das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen danken. Es sind zwar noch einige Formalitäten zu glätten, aber bald werden die Voraussetzungen dafür erbracht sein, dieses Büro einzurichten. Der Rat schätzt die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, durch die wir dieses Ergebnis erreicht haben, sehr positiv ein. Es ist ein gutes Zeichen für die verstärkte Zusammenarbeit, die wir erleben werden, sobald der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Die Tatsache, dass wir im Hinblick auf das Unterstützungsbüro eine schnelle Entscheidung treffen konnten, ist ein gutes Beispiel für ein effizientes und gut funktionierendes Mitentscheidungsverfahren.

Unser Thema heute ist natürlich das künftige Fünfjahresprogramm, das die Aufgaben in dem Bereich Justiz und Inneres behandelt. Ich möchte zunächst sagen, dass sich innerhalb der EU auf dem Gebiet Asyl und Migration in den letzten Jahren sehr viel getan hat. Wir haben beispielsweise Entscheidungen über gemeinsame Rechtsvorschriften in Hinblick auf die Schaffung der Grundlagen für eine gemeinsame Einwanderungspolitik und ein gemeinsames Asylsystem getroffen. Hierbei handelt es sich übrigens um ein Ziel, das in den beiden vorherigen Arbeitsprogrammen, dem Programm von Tampere und dem Haager Programm, festgelegt worden ist. Als der Europäische Rat letztes Jahr den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl annahm, wurde diesem Politikbereich neue politische Kraft verliehen. Nun ist es an der Zeit, den Kurs für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Politik in diesem Bereich zu setzen. Die Grundannahme unserer Arbeit lautet, dass eine gut koordinierte Migration für alle Beteiligten positiv sein kann, nicht nur für die einzelnen Mitgliedstaaten und für die EU insgesamt, sondern auch für die Herkunftsländer und die einzelnen Migranten selbst. Wenn wir in der Lage sein sollen, die Ziele der Strategie von Lissabon, welche eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft für die EU anstrebt, zu erfüllen, müssen wir die Einwanderung von Arbeitnehmern wahrscheinlich in einem höheren Maß zulassen, als wir es derzeit tun, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen.

Um die internationale Dimension des Themas Einwanderung zu unterstreichen, sollte die Frage der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern im Rahmen des Gesamtkonzepts zu Migration und Entwicklung ihren Ausgangspunkt in dem Stockholm-Programm haben. Die Instrumente, welche geschaffen wurden, beispielsweise die Partnerschaft für Mobilität sollten strategisch weiterentwickelt und konsolidiert werden. Der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung muss besser ausgeschöpft werden, und

es muss eine Zunahme geeigneter Maßnahmen zur vorteilhafteren Nutzung der positiven Auswirkungen von Migration auf die Entwicklung geben.

Während der Arbeit an dem Stockholm-Programm wurde deutlich, dass hinsichtlich der Notwendigkeit eines gemeinsamen und koordinierten Vorgehens zur Verhinderung illegaler Einwanderung in die EU Einigung besteht. Die Ausarbeitung einer wirksamen Rückführungspolitik stellt einen wichtigen Bestandteil dieser Arbeit dar. Es besteht kein Zweifel daran, dass Frontex in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle spielt, und es steht außer Frage, dass die Mitgliedstaaten eine Stärkung dieser Agentur wünschen. Eine stärkere Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern ist ebenfalls von vordergründigem Interesse. Ich möchte jedoch betonen, dass es bei der Arbeit zur Verhinderung illegaler Einwanderung wichtig ist, auf Ausgewogenheit zu achten, damit nicht etwa Sicherheitsmaßnahmen mit der nachteiligen Konsequenz eingeführt werden, dass die legale Einwanderung in die EU verkompliziert oder der Zugang zum Asylverfahren für Asylsuchende erschwert wird. Zudem muss das Risiko für gefährdete Gruppen, beispielsweise Kinder ohne Begleitung, vermindert werden. Die Kommission wird einen Aktionsplan mit Maßnahmen vorlegen, welche die Interessen von Kindern nach besten Kräften berücksichtigen.

In dem Stockholm-Programm wird die Frage der Solidarität und Verteilung der Verantwortung behandelt werden. Einfache Lösungen gibt es nicht. Unser Ausgangspunkt sollte darin bestehen, auf Basis des Gesamtkonzepts für Migration und in dem Bewusstsein, dass die gemeinsame Zusammenarbeit mit Drittländern ein entscheidender Faktor ist, nach breit angelegten und tragbaren Lösungen zu suchen. Es gilt eine Art Solidaritätsmechanismus zu entwickeln, um den Mitgliedstaaten helfen zu können, die sich unter besonderen Druck gesetzt und mit einer unverhältnismäßigen Anzahl Asylsuchender konfrontiert sehen. Die Mitgliedstaaten müssen ebenfalls Unterstützung für einen weiteren Ausbau der Kapazitäten erhalten. Frontex muss gestärkt werden und eine größere Rolle bei der Rückführung spielen. Unser Ziel ist es, mehr Solidarität sowohl gegenüber den Mitgliedstaaten als auch den Drittländern, die sich dem höchsten Migrationsdruck ausgesetzt sehen, zeigen zu können. Gleichzeitig müssen wir deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir ein in kurz- und langfristiger Sicht nachhaltiges, umfassendes Konzept benötigen.

Es ist wichtig, in dem Stockholm-Programm festzulegen, dass das zuvor gesetzte Ziel, bis spätestens 2012 ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu schaffen, erhalten bleibt. Die tragende Säule des gemeinsamen Asylsystems muss darin bestehen, jedem einzelnen Asylbewerber, egal in welchem Mitgliedstaat er oder sie ankommt, den gleichen Empfang zuteil werden zu lassen und seinen oder ihren Antrag nach den gleichen Kriterien zu bewerten. Dabei ist eine gut funktionierende, praktische Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung für uns, um dies zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird das Unterstützungsbüro für Asylfragen eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Eine weitere wichtige Komponente des gemeinsamen Asylsystems ist unter dem Begriff der „externen Dimension“ bekannt. Hierbei denke ich vornehmlich an die Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittländern. Die Kommission hat vor kurzem einen Vorschlag für ein gemeinsames Neuansiedlungsprogramms der EU vorgelegt. Dies ist ein Aspekt, den die Mehrheit der Mitgliedstaaten in dem Stockholm-Programm wiederfinden möchte.

Um das Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Asylsystems im Jahr 2012 zu erreichen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Rat und dem Parlament erforderlich. Es liegen eine Reihe von Vorschlägen für Rechtsakte auf dem Tisch. In erster Linie müssen wir hierbei Fortschritte erzielen.

Die Bedeutung einer Verknüpfung der internen Arbeit der EU im Bereich Justiz und Inneres mit den Außenbeziehungen der Union im Hinblick darauf, Fortschritte möglich zu machen, ist zunehmend gewachsen, und zwar nicht nur bei der Asyl- und Migrationspolitik. Die Rolle der EU als Global Player in diesem Bereich sollte daher gestärkt und es sollte ein besonderer Schwerpunkt auf die Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Drittländern gelegt werden. Der sich aus dem Bereich Justiz und Inneres ergebende Ansatz für die Außenbeziehungen der EU muss ausgebaut werden.

Dies ist die Hauptaussage in dem Entwurf des Vorsitzes für das Stockholm-Programm. Wir stehen nun am Ende einer sehr intensiven Verhandlungsperiode, und in einigen Wochen wird das Programm hoffentlich angenommen werden.

Zum Schluss möchte ich noch einige Worte über den Vertrag von Lissabon sagen. Infolge einer Anzahl neuer Rechtsgrundlagen wird der neue Vertrag umfassende Änderungen für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts mit sich bringen. Das in der Umsetzung befindliche ordentliche Gesetzgebungsverfahren wird dazu führen, dass dem Europäischen Parlament in mehreren Bereichen eine größere Rolle im Rechtssetzungsprozess zuteil werden wird. Frau Ask und ich freuen uns auf die verstärkte Zusammenarbeit

mit dem Europäischen Parlament. Ich bin ebenfalls der Überzeugung, dass die den nationalen Parlamenten übertragenen neuen Aufgaben einen wichtigen Teil dazu beitragen werden, die demokratische Kontrolle über diesen Politikbereich zu stärken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wie meine Kollegin Frau Ask gesagt hat, freuen wir uns darauf, ihre Ansichten zu hören.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, nach den ausgezeichneten Berichten von Frau Ask und Herrn Billström werde ich mich auf das Wesentliche konzentrieren.

Zunächst möchte ich dem Vorsitz dafür danken, in seiner Mitteilung den Geist des Stockholm-Programms bewahrt und die Europäer ins Zentrum seiner Handlungen gestellt zu haben. Wir hoffen, dass dieser Text, der im nächsten Rat für Justiz und Inneres angenommen und dann dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Dezember vorgelegt werden müsste, einen ambitionierten und ausgewogenen Text darstellen und auch natürlich das neue institutionelle Gleichgewicht widerspiegeln wird.

In fast allen Bereichen der Justiz und des Inneren werden Sie nun zum Mitgesetzgeber werden, und daher ist es zutreffend, dass diese Parlamentarisierung der Europäischen Union für das Europäische Parlament mehr Einfluss auf den Entscheidungsprozess bedeutet, aber auch eine größere Kontrolle durch die nationalen Parlamente der jeweiligen Regierungen. Die Einbeziehung der Parlamente stellt eine Chance in diesem wichtigen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts dar.

Ich komme nun zu den in Ihrem Entschließungsentwurf herausgestellten Prioritäten. Sie heben die Wahrung von Grundrechten hervor. Es ist richtig von Ihnen, diese Freizügigkeit zu betonen, die ein großer Vorteil ist und sicherlich nicht in Frage gestellt werden darf.

Im Hinblick auf die Grundrechte haben wir mit dem Vertrag von Lissabon zwei wichtige Durchbrüche erzielt: die Grundrechtecharta erhält verbindlichen Charakter, und der Union steht es frei, eine Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention zu werden. Wie Sie in Ihrer Entschließung unterstreichen, müssen wir mit einem umfassenden Datenschutzsystem aufwarten, das technologische Weiterentwicklungen beinhaltet. Die Kommission wird 2010 eine Mitteilung zu diesem Thema vorlegen. Ich bin ebenfalls der Überzeugung, dass mit diesem umfassenden Datenschutzsystem alle Unionsstrategien abgedeckt werden müssen.

Der Schutz von Kindern ist eines Ihrer Hauptanliegen. Wir haben mit dem schwedischen Ratsvorsitz erneut das seit 20 Jahren bestehende internationale Übereinkommen über die Rechte des Kindes gefeiert. Die Union muss bei diesem Thema weiterhin in vorderster Reihe stehen. Daher werden wir Anfang 2010 einen Aktionsplan für unbegleitete Minderjährige vorlegen.

Im Großen und Ganzen legen die Kommission und das Parlament das gleiche Bestreben an den Tag, jegliche Form von Diskriminierung zu bekämpfen und die Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern. Ich begrüße die Tatsache, dass das Parlament und die Kommission die gleiche Haltung vertreten, nämlich die Europäer ins Zentrum ihres Handelns in Bezug auf Freizügigkeit, Wahlrechte, konsularischen Schutz, usw. zu stellen. Nun werden wir in der Lage sein, all diese Dinge umzusetzen. Der Vertrag von Lissabon erlaubt Europäische Bürgerbegehren, und die Kommission hat erst kürzlich ein Grünbuch hierzu veröffentlicht. 2010 wird auf Basis des Ergebnisses der durchgeführten Beratungen ein Vorschlag vorgelegt werden.

Wie Frau Ministerin Ask gerade eben sehr treffend dargelegt hat, müssen wir dafür sorgen, dass die Richter in unseren Mitgliedstaaten eine gemeinsame europäische Rechtskultur teilen. Diese wiederum ist von Weiterbildungen abhängig. Wir sind in dem Stockholm-Programm eine Verpflichtung eingegangen: mindestens die Hälfte der Richter und Staatsanwälte in der Union müssen europäische Weiterbildungen erhalten oder an einem Austausch mit einem anderen Mitgliedstaat teilgenommen haben.

Weiterhin heben Sie die Notwendigkeit hervor, den Zugang zum Gerichtswesen zu vereinfachen sowie reibungslose Wirtschaftsabläufe zu unterstützen. Sie betonen den Opferschutz – bei Opfern häuslicher Gewalt und Terrorismusopfern. Die Kommission wird ebenfalls Vorschläge zu diesem Thema vorlegen und sich dabei der Möglichkeiten, die der Vertrag von Lissabon bietet, bedienen.

Hinsichtlich des Aspekts der Sicherheit und des Schutzes weisen Sie auf das Fehlen einer Gesamtstrategie für die Sicherheitsarchitektur und Grenzverwaltung hin. Aus diesem Grund, Frau Ask hat dies sehr korrekt erklärt, beinhaltet das Stockholm-Programm eine echte Strategie der internen Sicherheit – eine Strategie, die selbstverständlich auf die Wahrung der Grundrechte setzt und die Strategie der externen Sicherheit ergänzt.

Diese Gesamtstrategie der internen Sicherheit stützt sich auf eine Zusammenarbeit der Polizei und in der Strafjustiz, sowie auf die Verwaltung des Zugangs zu europäischem Gebiet.

Wie Herr Billström vorhin ganz zutreffend dargelegt hat, muss die Einwanderungspolitik Teil einer langfristigen Vision im Hinblick auf die Optimierung des Beitrags von Migranten zu der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sein. Legale Einwanderer müssen von uns einen eindeutigen und einheitlichen Status erhalten. Zudem müssen wir illegaler Einwanderung vorbeugen und diese verringern, während wir gleichzeitig Achtung vor den Menschenrechten und der menschlichen Würde zeigen. Ich möchte hinzufügen, dass wir in diesem Teil die Einzelheiten eines ganzheitlichen Konzepts skizziert haben, das es ermöglichen wird, Entwicklung und Migration miteinander zu verknüpfen.

Beim Thema Asyl unterstütze ich Ihre Forderung nach echter Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander. Die Union muss zu einem wirklichen, gemeinsamen und vereinten Schutzraum werden, basierend auf der Achtung vor den Grundrechten und hohen Schutzstandards. Gemäß den Ausführungen von Herrn Billström muss Asyl in Europa nach Maßgabe überall gleicher Kriterien angeboten werden. Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander und insbesondere gegenüber denjenigen, zu denen die meisten Flüchtlinge kommen, ist in vollem Umfang zu demonstrieren.

Dieser Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erfordert selbstverständlich eine starke externe Dimension, die mit der Außenpolitik der Union konform geht. Sie erwähnen an verschiedenen Stellen in Ihrer Entschließung die Bedeutung von Beobachtungsmission und das Durchführen von Bewertungen. Auch in diesem Punkt teilen wir Ihre Ansicht. Wir müssen die nicht unerhebliche Kluft zwischen den auf europäischer Ebene angenommenen Normen und Strategien und deren Umsetzung auf nationaler Ebene verringern. Wir müssen auch die möglichen Auswirkungen von Rechtsakten auf die Bürger bedenken und die Art und Weise, in der die Bewertung der beschlossenen Instrumente erfolgt, verbessern.

Abschließend möchte ich sagen, dass die Kommission vollständig in die Verhandlungen über das Stockholm-Programm eingebunden ist. Ich habe bereits zum Ausdruck gebracht, wie zufrieden ich mit der Zusammenarbeit der Kommission und dem schwedischen Ratsvorsitz gewesen bin, gemeinsam haben wir wirklich gründliche und ernsthafte Arbeit geleistet. Die Meinung des Parlaments ist uns natürlich sehr wichtig, nicht zuletzt jetzt in der Schlussphase, bevor das Stockholm-Programm von dem Europäischen Rat angenommen wird. Daher möchte ich Ihnen ganz aufrichtig danken, und daher werde ich Ihnen auch im Gegenzug ganz genau zuhören. Mein Dank gilt dem Parlament.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion.. – (DE) Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Frau Ministerin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin hier seit 5 Jahren im Europäischen Parlament tätig und arbeite im Innen- und Rechtsbereich. Deswegen ist heute für mich ein Tag der Freude, wenn wir Programme für die nächsten fünf Jahre besprechen können, wo wir als gleichberechtigtes Europäisches Parlament Gesetzgeber sind und über diese Zukunft beraten können.

Wir beraten ein Dossier, ein Themenfeld, das die Bürger bewegt, wo die Bürger Antworten von uns erwarten, wo sie sogar sagen, dass wir dort mehr Europa brauchen. Das ist nicht in allen Themenfeldern der Fall. Hier ist es der Fall. Sie fordern uns. Sie wollen von uns Antworten. Deswegen möchte ich ganz kurz die Veränderung beschreiben, die sich durch die neue Arbeitsgrundlage und auch durch die Themen ergibt.

Erstens die Zusammenarbeit mit dem Rat: Wir haben immer Ratsvertreter hier, die, wenn sie Ratsvorsitzende sind, sagen, dass das Parlament sehr wichtig sei, dass wir zusammenarbeiten müssen. Wenn sie dann nicht mehr in dieser Funktion sind, bröckelt dieses Verständnis oft ab. Es wird Aufgabe von uns Parlamentariern sein, den Rat zu fordern, ihm nicht mehr durchgehen zu lassen, dass er – wie bei SWIFT zum Beispiel – Fakten schuf, obwohl wir im Parlament nicht in den Zustimmungsprozess eingebunden werden. Das kann und wird zukünftig nicht mehr der Fall sein. Es war ein schlechtes Beispiel des gegenseitigen Ernstnehmens der Institutionen.

Zweitens müssen wir Ideengeber sein. Mit dem neuen Vertrag haben wir die Chance, legislative Initiativen vorzulegen. Wenn wir Frontex stärken wollen, dürfen wir nicht nur appellieren, nicht nur Vorschläge machen, sondern wir müssen auch Gesetze auf den Tisch legen. Wir haben zukünftig die Möglichkeiten dazu.

Als Drittes müssen wir auch ein seriöser Partner sein, nicht nur Wunschlisten formulieren, wenn es zum Beispiel um den Kampf gegen illegale Migration geht, nicht nur NGO-Positionen übernehmen, sondern wir müssen seriöse Partner sein. Und als Letztes muss das Europäische Parlament die Subsidiarität ernst nehmen. Wenn wir Verantwortung haben, dann müssen wir aber auch reflektieren, wo die Themenfelder sind, die besser auf nationaler oder regionaler Ebene zu entscheiden sind.

Es sind vier Themen, die mir für die nächsten Jahre wichtig sind. Die EVP hätte sich beim Stockholmer Programm durchaus einen noch ambitionierteren Vorschlag gewünscht, aber heute ist der Tag, sich darüber zu freuen, dass wir in diese neue Phase kommen, und jetzt kann man nur sagen: Ran an die Arbeit!

Monika Flašíková Beňová, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (SK) Die Einführung des Vertrags von Lissabon wird einen wichtigen Beitrag zu dem Erfolg dieser gesamten Initiative leisten.

Der durch den Vertrag in Gang gesetzte Prozess wird die Union von innen heraus und auch auf globaler Ebene stärken, zudem hat er auch einen sehr großen Einfluss darauf, die Zusammenarbeit in dem Bereich des aktuellen dritten Pfeilers zu intensivieren. Die Union wird offener, leistungsfähiger und demokratischer sein. Die wichtigste Herausforderung und Priorität bestehen darin, die Grundrechte und -freiheiten sicherzustellen, sowie die Integrität und Sicherheit in Europa. Dies alles ist durch die rückhaltlose Unterstützung einer wirksamen Umsetzung von und die gebührende Achtung vor sowie die Verbesserung von bestehenden Rechtsakten zu erzielen – bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Schutzes von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten.

Das Stockholm-Programm legt den Akzent auf die Durchsetzung dieser Rechte, insbesondere in den Bereichen Justiz und Sicherheit. Wir müssen Mechanismen den Vorrang geben, die den Bürgern den Zugang zu Gerichten erleichtern, damit ihre Rechte und legitimen Interessen innerhalb der gesamten Union durchgesetzt werden können. Unsere Strategie muss ebenfalls darin bestehen, die polizeiliche Zusammenarbeit und Durchsetzung von Rechten zu stärken, sowie die Sicherheit in Europa zu verbessern.

Hiermit möchte ich ebenfalls allen Berichterstattern für ihre Schlussfolgerungen danken und Ihnen, Herr Präsident, für die Zeit.

Jeanine Hennis-Plasschaert, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident, von Amts wegen könnte ich nun die Teile unserer 27-seitigen EntschlieÙung zusammenfassen, die für die anderen Fraktionen am wichtigsten sind, aber das werde ich nicht tun. Ich möchte Ihnen folgende Geschichte erzählen.

Auf einem British Airways-Flug von Johannesburg fand sich eine gut situierte, weiÙe Südafrikanerin mittleren Alters neben einem Farbigen wieder. Sie rief die Stewardess herbei, um sich über den ihr zugewiesenen Sitzplatz zu beschweren. „Was haben Sie für ein Problem, meine Dame?“ „Nun, sehen Sie das nicht selbst?“, sagte sie, „Ich kann ja wohl schlecht neben diesem abscheulichen Menschen sitzen. Suchen Sie mir einen anderen Platz!“ Einige Minuten später kam die Stewardess zurück. „Meine Dame, wie ich vermutet habe, ist die Economy Class leider voll besetzt. Ich habe mit dem Leiter des Kabinenservices gesprochen und im Club ist ebenfalls nichts frei. Wir haben jedoch noch einen Platz in der ersten Klasse.“ Bevor die Südafrikanerin darauf antworten konnte, fuhr die Stewardess fort: „So ein Upgrade ist zwar ziemlich außergewöhnlich, aber in Anbetracht der Umstände war der Kapitän der Meinung, es sei unerhört, jemanden zu zwingen, neben so einer widerwärtigen Person zu sitzen.“ Dann wandte sie sich an den Farbigen neben der Südafrikanerin und sagte: „Mein Herr, wenn Sie ihre Sachen nehmen möchten, ich habe einen Sitz für Sie vorne in der Ersten Klasse.“ Seitens der umsitzenenden Fluggäste gab es stehenden Beifall, als der Farbige nach vorne in die erste Klasse ging.

Was hat dies jetzt mit uns zu tun? Sehen wir auf andere herab? Die weiÙe Südafrikanerin würde wohl bei uns allen Entrüstung hervorrufen. Aber hierbei handelte es sich natürlich um ein extremes Beispiel. Ich glaube jedoch, dass einige unserer Kollegen, insbesondere in der Europäischen Volkspartei, aber auch im Rat, ganz genau verstehen, was ich versuche, hier zu sagen. Die andere Fraktion, meine Fraktion, glaubt fest an ein Europa, welches die Leute verstehen, auf das sie vertrauen und an das sie glauben können. Dieses Europa muss sich auf die Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und, ja, wirkliche Gleichheit aller stützen. Es ist höchste Zeit, etwas gegen sämtliche Formen der Diskriminierung, egal aus welchem Grund – auch wegen der sexuellen Ausrichtung –, zu unternehmen.

Jan Philipp Albrecht, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Herr Präsident, als Grüne Fraktion im Europäischen Parlament fragen wir uns doch schon sehr: Wie kann es eigentlich sein, dass wir hier über eine EntschlieÙung zu einem längst vergangenen Programm entscheiden? Denn erst gestern hat die schwedische Ratspräsidentschaft einen neuen und stark veränderten Entwurf des Stockholm-Programms vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass die große Mehrheit dieses Hohen Hauses diesen Entwurf noch nicht lesen konnte. Das ist meines Erachtens für diese hochsensible Materie eine unakzeptable Situation.

Hinzu kommt, dass das Verfahren innerhalb des Parlaments, das zu dieser EntschlieÙung geführt hat, in hohem Maße intransparent und teils chaotisch war. Die kleinen Fraktionen wurden von der Erarbeitung der EntschlieÙung weitestgehend ausgeschlossen, und die Fülle an Anträgen in den Verfahren der gemeinsamen

Ausschüsse hat eine demokratische Entscheidungsfindung deutlich erschwert. Deshalb sehen Sie uns bitte nach, dass wir eine ganze Reihe von getrennten Abstimmungen beantragen werden. Dieses Parlament muss sich aber ernsthaft überlegen, wie es mit diesen Bedingungen sowohl im Hinblick auf den Rat als auch im eigenen Haus umgehen will.

Zum Inhalt des Stockholm-Programms: Unzweifelhaft sind Teile dieses Arbeitsprogramms als Fortschritt anzusehen. Im Bereich der Justiz und der gemeinsamen Fortbildung zivilrechtlicher Regelungen sehen auch wir Grüne gute Ansätze für die kommenden Jahre. Aber beim Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat ist das Programm schlichtweg eine Manifestation falsch eingeschlagener Pforten. Sowohl im Bereich der Migrations- und Asylpolitik als auch im Bereich der Bürgerrechte und des Datenschutzes wird das Bedürfnis nach Sicherheit in Europa vor die Menschenrechte und die Freiheit gestellt. Es wird offen suggeriert, dass mehr Freiheit in Europa automatisch zu weniger Sicherheit führt.

Ich frage Sie: Wo ist dabei eigentlich der Gründungsmythos der europäischen Idee geblieben? Hier wird Angst geschürt, und zwar nicht – wie im Programm beschrieben – berechtigte Angst vor organisierter Kriminalität oder Terrorismus, sondern Angst vor unseren Mitmenschen in Europa, vor denjenigen, die nach Europa kommen wollen, und vor allem, was uns irgendwie fremd erscheint.

Mit dem Programm von Stockholm und leider auch mit der vorgelegten Entschließung wird die Verknüpfung zwischen Innen- und Außenpolitik vorangetrieben, um die Überwachung aller Menschen in Europa und die Entrechtung der Menschen an Europas Außengrenzen – etwa durch Frontex – zu ermöglichen. Europa muss sich endlich von diesem Trend verabschieden und die Fehlentwicklungen der letzten Jahre auf den Prüfstand stellen.

Dazu gehört auch, einmal selbstbewusst aufzustehen und für seine Überzeugungen einzustehen. Etwa wenn es darum geht, wie wir mit dem SWIFT-Abkommen umgehen. Warum geben wir bei den Fragen der Sicherheitspolitik – etwa bei diesem SWIFT-Abkommen – nun erneut ohne Grund der US-Politik nach, ohne hier nochmals ausführlich darüber zu debattieren? Warum lassen wir uns vom Rat immer wieder als Parlament vorführen? Das sollten wir als Parlament durchaus angehen. Setzen Sie hier und jetzt für Menschenrechte und für die Freiheit ein Zeichen – auch bei Ihren Regierungen – und stimmen Sie für alle unsere Änderungsanträge. So können wir Grüne der Entschließung nicht zustimmen.

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, der Entschließungsantrag, um den es in dieser Aussprache geht, ist wirklich ein perfektes Beispiel für das Europäische Parlament von seiner schlechtesten Seite. Während ich die harte Arbeit der Berichterstatter und ihre zweifelsohne noblen Absichten in ihrem Versuch, alles in dem 27-seitigen Text unterzubringen, anerkenne, so bleibt der Antrag doch verworren und hat meiner Meinung nach eine weitaus geringere Wertigkeit, als es die Stockholm-Agenda und der schwedische Vorsitz verdienen.

Ich möchte betonen, dass auch wir eine stärkere Zusammenarbeit bei der Suche nach Lösungen, sowie bei der Frage der Solidarität in Einwanderungsfragen und dem Kampf gegen Korruption und dem Informationsaustausch sehen möchten, aber dies sollte nicht notwendigerweise auf Kosten der nationalen Souveränität geschehen und auch nicht in ein Übermaß an Regelungen ausarten.

Die ordnungsgemäße Anwendung der UN-Flüchtlingskonvention von 1951 in ganz Europa ist immer noch der beste Weg, Asylfragen zu behandeln. Wir unterstützen den Informationsaustausch, um einen aus Sicht des Bereichs Justiz und Inneres konformen Umgang mit der Verwendung von Daten sicherzustellen, gestärkt durch einen hohen Datenschutz auf Basis der Prinzipien der Proportionalität, Notwendigkeit und Transparenz.

Wir unterstützen ebenfalls das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung und die Garantie der Freizügigkeitsrechte für die europäischen Bürger, dem Missbrauch dieser Rechte muss jedoch durch umfangreiche Grenzkontrollen und durch Geltendmachung des Gewichts der EU, um schnellere Rückführungen sicherzustellen, sowie durch den Ausbau von Frontex zum Schutz der europäischen Außengrenzen Einhalt geboten werden. Im Kampf gegen den Terrorismus hilft der Informationsaustausch.

Wir unterstützen ebenfalls die Strategie der EU gegen die schwere organisierte Kriminalität, die Gangs im Visier hat, welche mit Menschen-, Waffen und Drogenhandel zu tun haben, und darauf setzt, die rechtswidrig erworbenen Gewinne zu konfiszieren sowie mit europäischen Organisationen an der europäischen Grenze zusammenzuarbeiten. Wir können jedoch keine Punkte unterstützen, die wir als unverhohlene Eingriffe in die Souveränität ansehen, es sei denn, sie führen an sich zu einer stärkeren Zusammenarbeit. Sicherlich entbehrt der Ruf nach einer zwingenden und unwiderruflichen Solidarität nicht einer gewissen Ironie: Solidarität ist nämlich ein Geschenk und nicht etwas Zwingendes.

Im Großen und Ganzen bin ich der Meinung, dass seitens des schwedischen Ratsvorsitzes und auch in der Entschließung selbst gute Ideen vorgebracht worden sind, aber leider bauen wir weiterhin große Wolkenschlösser, obwohl dadurch in der Praxis nur sehr wenig erreicht werden kann.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (DE) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die GUE/NGL-Fraktion wird dieser Entschließung nicht zustimmen. Das Stockholmer Programm segelt an den wirklichen Herausforderungen der Gegenwart völlig vorbei. Kernfehler ist, dass ein Europa der Rechte begründet wird, welches zwar EU-Bürgern, nicht aber anderen Menschen, die in Europa leben, zugebilligt werden soll. Diese Menschen sollen die gleichen Menschen- und Bürgerrechte nicht erhalten.

Auf der einen Seite will die EU der Menschenrechts-Charta beitreten – was wir begrüßen –, aber auf der anderen Seite werden Migranten nach dem Prinzip „legal oder illegal“ aussortiert. So wird Frontex zur massiven Bekämpfung der sogenannten illegalen Migration aufgerüstet, und damit wird der Blick auf eine unvoreingenommene Einwanderungspolitik völlig verstellt. Hier versagt Stockholm.

Ein weiteres Problem ist das völlig unausgewogene Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Ja, es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, aber es gibt auch keine Sicherheit ohne Freiheit! Freiheit ist keine Verhandlungsmasse, sondern universales Rechtsgut jedes Menschen. Stockholm hingegen symbolisiert den Sicherheitswahn der EU, in dem riesige supranationale Datenbanken ohne ausreichende Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden, die europaweit nachrichtendienstliche und polizeiliche Daten zusammenführen. Damit wird das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Menschen Makulatur und die Vision eines gläsernen Menschen tatsächlich Wirklichkeit.

Erlauben Sie mir abschließend als ostdeutsche Abgeordnete festzustellen, dass es 20 Jahre nach dem Mauerfall in Berlin für mich unerträglich ist zu erleben, wie Europa mehr und mehr zu einer Festung wird.

Mario Borghesio, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Vergleich zu den Feststellungen des Europäischen Rates ist das Dokument zum Stockholm-Programm reduktiv und beinhaltet beispielsweise nicht die wichtigen Anträge seitens der italienischen Regierung zu bestimmten Themen. In dem Dokument werden eine Reihe europäischer Strategien für Angriffe auf das Vermögen des organisierten Verbrechens praktisch nicht behandelt.

Heute ist mir – wie bereits bei vielen früheren Gelegenheiten auch – einiges über unterschiedliche beunruhigende Verbrechensaspekte zu Ohren gekommen. Wir müssen den Worten nun Taten folgen lassen. Europa sollte so wie Italien handeln, das für ganz Europa ein Zeichen setzt, indem es dank Minister Maroni einen Vorstoß auf das Vermögen der Mafia unternimmt. Scheinbar tendiert Europa nicht in die gleiche Richtung.

Wir müssen ein gemeinsames europäisches Rechtssystem schaffen, wenn wir auf europäischer Ebene das Verbrechen bekämpfen wollen, welches eine internationale Dimension angenommen hat und sich leichtfüßig zwischen den Banken, Steueroasen, Finanzmärkten und Märkten für bewegliche und unbewegliche Vermögensgüter hin- und her bewegt.

Darüber hinaus wird dem Kampf gegen die Einwanderung an Europas südlicher Grenze nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt, wo beispielsweise das aus italienischer Sicht nun funktionierende Abkommen mit Libyen in Schwierigkeiten geraten könnte, nämlich dann, wenn die Europäische Union sich aus ihrer Verpflichtung lösen würde, das Satellitenüberwachungssystem der südlibyschen Grenze, die viele illegale Einwanderer passieren, mitzufinanzieren.

Schließlich möchte ich in Anknüpfung an den gegen eine nicht weiße Person gerichteten rassistischen Zwischenfall auf die große Anzahl gleichermaßen schwerwiegender rassistischer Zwischenfälle zum Nachteil von Weißen, die sich in den Enklaven illegaler Einwanderung zutragen, hinweisen, ganz zu schweigen von der „Jagd auf Weiße“, die unter Präsident Mugabes Herrschaft und selbst in Südafrika stattfindet. Diejenigen, die so viel über Rassismus gegen Farbige reden, sollten sich auch des antieuropäischen und gegen Weiße gerichteten Rassismus bewusst sein.

Andreas Mölzer (NI). – (DE) Herr Präsident, der Kampf gegen Terror, gegen organisierte Kriminalität und gegen illegale Zuwanderung ist sicherlich ein wichtiges europäisches Anliegen. Allerdings muss gesagt werden, dass der seit dem 11. September 2001 eingeschlagene Weg der ständigen Reduktion und der Eingriffe in verbriefte Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechte mit dem Stockholm-Programm leider konsequent weiter begangen wird. Datenschutzrechtliche Bedenken werden im Kampf gegen den angeblichen Terror einfach vom Tisch gewischt.

Dabei ist es gerade der von der EU immer wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückte einfache Bürger, dessen Daten auch ohne Tatverdacht aufgezeichnet, gesammelt und möglicherweise zweckwidrig verwendet werden können. Offiziell soll damit das organisierte Verbrechen bekämpft werden. Das ist schön und gut, doch gibt es bereits Ansätze und Tendenzen, Meinungsäußerungen, die nicht dem Konsens der sogenannten Political Correctness entsprechen, einzuschränken, zu verbieten und, wer weiß, vielleicht über kurz oder lang unter Strafe zu stellen. George Orwell lässt grüßen, das sollten wir verhindern.

Carlo Casini (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ausschuss für konstitutionelle Fragen, dessen Vorsitz ich die Ehre habe zu führen, hat mir die Aufgabe übertragen, für dieses Dokument als Berichterstatter zu fungieren, zusammen und in gemeinsamer Sitzung mit den Berichterstattern des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und des Rechtsausschusses.

Dies ist das erste Mal, dass Artikel 51 der Geschäftsordnung angewendet worden ist, und ich muss sagen, meiner Ansicht nach ist das Ergebnis im Hinblick auf die Zusammenarbeit der drei Berichterstatter bei der Erfüllung ihrer Pflichten sehr zufriedenstellend gewesen.

Es hat zwar einige Probleme gegeben, manche davon ernster Natur, hinsichtlich des zeitlichen Rahmens und vor allem der Einbindung der Schattenberichterstatter sowie der rechtzeitigen Übersetzung der fast 500 Änderungsanträge. All dies ist jedoch nicht auf Artikel 51 selbst zurückzuführen, sondern eher auf die sehr kurzen Fristen, die wir uns eigens für die Erstellung eines Dokuments gesetzt hatten, das wir dem am 10. Dezember stattfindenden Ratsgipfel vorlegen können. Daher waren diese Probleme im Zusammenhang mit dem Arbeitstempo unvermeidlich. Im Übrigen glaube ich, dass wir die Nützlichkeit des zum ersten Mal angewandten Artikel 51 würdigen sollten.

Das in diesem Parlament zur Diskussion stehende Dokument kann nicht in den wenigen Sekunden, die mir noch bleiben, erklärt werden. Ich muss jedoch meine Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, dass das Mitentscheidungssystem ausgeweitet worden ist und das nun übliche System der Gesetzgebung darstellt, dass die Einwanderung jetzt als eine europäische Frage angesehen wird – und ich hoffe, dass die Kommission und der Rat dies auch so interpretieren werden – und nicht als ein Problem einzelner Mitgliedstaaten, die sich solidarisch untereinander zeigen; dass die Einstellung zu der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten nicht auf der Sicht basiert, diese seien eine Art Wächter, welche die Grenzen festlegen, und sie stattdessen als wirkliche Partner im Rechtsetzungsprozess angesehen werden; und schließlich, dass es den Verweis auf die Menschenrechte gibt, der sehr wichtig ist und für den Geist der Europäischen Union steht.

Daher ist dieses Dokument meiner Meinung nach und in Anbetracht der Tatsache, dass es nicht darum ging, das Stockholm-Programm bis ins kleinste Detail herunter zu brechen, sondern nur die allgemeinen Züge zu skizzieren, sicherlich einen Schritt in die richtige Richtung. Es wird die Zeit und die Möglichkeit geben, es umfassender zu gestalten und mehr Einzelheiten darin aufzunehmen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, zunächst möchte ich die vom schwedischen Vorsitz und der Kommission geleistete Arbeit, um das Mehrjahresprogramm für die nächsten fünf Jahre in dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts voranzutreiben, würdigen.

Vor allem aber möchte ich die Arbeit dieses Parlaments hervorheben, denn drei Ausschüsse, der Rechtsausschuss, der Ausschuss für konstitutionelle Fragen und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres haben zum ersten Mal gemäß dem Verfahren nach Artikel 51 Schulter an Schulter zusammengearbeitet, und zwar um rechtzeitig fertig zu werden. Denn vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der einen großen Schritt nach vorne bedeutende Vertrag von Lissabon in Kraft treten wird, ist es wichtig, wirklich wichtig, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts voranzubringen. Der Vertrag stellt einen großen Schritt nach vorne dar, weil er dem Parlament, das zum Mitgesetzgeber und Entscheidungsträger in einem kompletten, bis jetzt in die Zuständigkeit der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gefallen Bereich wird, den Rücken stärkt, aber auch weil die europäische Grundrechtecharta und das Mandat zur Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention in Kraft treten, was die harmonische Verbindung zwischen Freiheit und Sicherheit festigen wird.

Die Sicherheit nimmt weder eine zweitrangige Stellung in Bezug auf die Freiheit ein, noch ist sie eine Gefahr für die Freiheit. Die Sicherheit ist ein Bürgerrecht, ebenso wie die Freiheit. Das trifft auf viele der Verfassungen der Mitgliedstaaten zu, und es gilt nun, dies in einem einzigen Bestreben zusammenzubringen, um den Status der europäischen Bürgerschaft, die Grundrechte von Bürgern, Einwanderung, Asyl, Flüchtlinge, die Verwaltung der EU-Außengrenzen und die rechtliche Zusammenarbeit zu erfassen. Dies ist erforderlich, um das gegenseitige Vertrauen, die gegenseitige Anerkennung unserer Bürgerrechte und des Vertragsrechts, das den Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsstellen fördert, und vor allem die polizeiliche und

justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen für den vereinten Kampf gegen gemeinsame echte Feinde, nämlich das organisierte Verbrechen und den Terrorismus, zu stärken.

Das Parlament hat hart gearbeitet und an dem seitens des Rats vorgelegten Dokument Verbesserungen vorgenommen. Es hat das Schriftstück insofern verbessert, als dass die Antidiskriminierungsklausel, insbesondere im Hinblick auf Frauen und Kinder, gestärkt wurde, und dass es eine Verpflichtung zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt und zum Schutz der Opfer geschlechtsbezogener Gewalt durch Stärkung der asylbezogenen Solidaritätsklausel beinhaltet. Dies zeigt, dass weder Einwanderung noch Asyl ein Problem sind, das nur einen Mitgliedstaat betrifft, sondern dass diese Themen eine Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedstaaten erfordern, ansonsten werden wir sie nicht lösen können.

Das Parlament hat den Text auch verbessert, indem es die Bedeutung der Weiterbildung von Juristen im Hinblick auf eine Zusammenarbeit und eine Annäherung unserer Rechtsstrukturen durch gegenseitige Anerkennung und Vertrauen hervorgehoben hat, damit wir die Instrumente einbringen können, um die Europäische Union zu einem wirklichen Raum der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Sicherheit zu machen.

Darum bin ich der Meinung, dass das Parlament den Bürgern, die uns zusehen, wenn wir morgen über den von den drei Ausschüssen gemeinsam erstellten parlamentarischen Bericht abstimmen, eine klare Botschaft vermitteln sollte. Diese Botschaft lautet, dass uns ihre Grundrechte wichtig sind, ihre Freiheit uns wichtig ist, ihre Sicherheit uns wichtig ist, dass es uns wichtig ist, zusammenzuarbeiten, um transnationales, organisiertes Verbrechen, Gewalt und Terrorismus zu bekämpfen und alle Opfer dieser Arten von Verbrechen zu schützen, insbesondere die Opfer von Terrorismus.

Ich glaube nicht, dass die Bürger es verstehen würden, wenn wir sie hierbei im Stich ließen. Daher bitte ich um Unterstützung auf breiter Basis in diesem Parlament für den Bericht, den wir morgen vorlegen werden und über den in dieser Sitzungsperiode abgestimmt werden muss.

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident-

Sophia in 't Veld (ALDE). – (NL) Zunächst einmal begrüße ich die herzlichen Worte, mit denen der Rat über die Zusammenarbeit mit dem Parlament gesprochen hat, ich hätte es jedoch begrüßt, wenn er die Empfehlungen des Parlamentes berücksichtigt hätte. Schließlich, Herr Albrecht, habe ich bemerkt, dass der Rat in einem gewissen Maß taub ist und einfach stur seinen eigenen Weg geht, während das Parlament hart daran arbeitet, Stellung zu beziehen, ohne dass dies anschließend im Programm des Rats berücksichtigt wird.

Mein zweiter Punkt ist der, den meine Kollegin, Frau Hennis-Plasschaert, bereits sehr gut dargelegt hat. Ich möchte das Parlament und insbesondere die beiden großen Fraktionen daran erinnern, dass Gleichheit unteilbar ist. Wir können nicht der einen Gruppe Gleichheit geben und den anderen nicht. In der Vergangenheit hat sich der Staat in die Partnerwahl der Menschen eingemischt und Eheschließungen zwischen den Menschen bestimmter Religionszugehörigkeiten und Rassen unterbunden. Zum Glück gehört dies nun der Vergangenheit an; daher sollte meiner Ansicht nach kein Mitgliedstaat der Europäischen Union die Anerkennung einer Eheschließung ablehnen, die in einem anderen Mitgliedstaat legal erfolgt ist, und dies umfasst auch Eheschließungen zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Menschen. Daher möchte ich an die zwei großen Fraktionen appellieren, den Kompromiss, mit dem sie die Rechte homosexueller Paare aufzuweichen versuchen, zurückzuziehen. Ich richte meinen Blick dabei besonders auf unsere Freunde in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament.

Dies ist das 21. Jahrhundert, und ich glaube, dass alle europäischen Bürger, ungeachtet ihrer Rasse, Religion, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung unseren Schutz verdienen. Es ist höchste Zeit, dass das Parlament dies endlich anerkennt.

Rui Tavares (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, ich glaube, dass dieses Parlament ein konkretes und umfassendes Stockholmer Programm begrüßen würde, das ein Europa der Bürger wirklich fördert.

Leider denke ich, dass wir noch nicht ganz das erreicht haben, was wir könnten. Das Stockholmer Programm hat die unglückselige Neigung zu Vagheit, Schwammigkeit und zu Allgemeinplätzen, und ich muss sagen, dass der Mangel an demokratischer Steuerung oder Machtbefugnis zu einer echten Intervention, die eine Änderung herbeiführen oder praktische Auswirkungen haben kann, Teil des Problems ist, das zu einem ergebnislosen und zu stark vereinfachten Programm geführt hat.

Ein Beispiel ist die Einwanderungspolitik. Wir alle haben die Implementierung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen mit großem Interesse verfolgt, aber ich glaube beispielsweise, dass nur sehr wenige Schritte zur Eröffnung legaler Einwanderungskanäle gemacht wurden, etwas, was absolut erforderlich ist, oder aber in Richtung der Richtlinie für saisonale Immigranten, auf die wir schon so lange warten, aber die vom Stockholmer Programm anscheinend nicht einmal berücksichtigt wurde.

Gerard Batten (EFD). – Herr Präsident, das Stockholmer Programm ist Teil des Prozesses für die Aufstellung eines gemeinsamen Gesetzes- und Rechtssystem innerhalb der Europäischen Union. In dem Dokument wird von Folgendem gesprochen, „Erleichterungen für die Bürger: Europa als Raum des Rechts und der justiziellen Zusammenarbeit.“

Lassen Sie mich Ihnen sagen, was Ihr gemeinsames Rechtssystem im Leben eines Menschen bewirkt hat. Herr Andrew Symeou, ein 20-jähriger Londoner, wurde diesen Sommer auf Grund einer Anklage wegen Totschlags nach Griechenland ausgewiesen. Er sitzt nun in einem griechischen Gefängnis und wartet auf seine Verhandlung. Die Beweise gegen ihn würden vor einem britischen Gericht nicht einmal 5 Minuten lang standhalten. Der Identifizierungsnachweis ist widersprüchlich. Die Zeugenaussagen zeigen alle Anzeichen dafür, dass sie von der Polizei verfasst wurden. Zwei Zeugen behaupten, sie seien geschlagen und misshandelt und somit gezwungen worden, Aussagen zu unterschreiben, die sie später sofort zurückgezogen haben.

Das Berufungsgericht in London wusste sehr gut, dass es keine echten Beweise gegen Herrn Symeou gab, es war jedoch gezwungen, ihn gemäß dem europäischen Haftbefehl auszuweisen, sie konnten dies nicht unterbinden. Die britischen Gerichte können britische Bürger nun vor ungerechtfertigten Verhaftungen und Gefängnisstrafen durch ausländische Gerichte schützen.

Wir hatten vor unserem Beitritt zur Europäischen Union einen Raum, in dem Freiheit, Sicherheit und des Rechts geherrscht haben. Die Europäische Union zerstört den rechtlichen Schutz, den wir in England jahrhundertlang genossen haben. Mit diesem Prozess wird sie die Leben der Menschen zerstören. Beim Stockholmer Programm geht es vielleicht um das Gesetz, jedoch nicht um Gerechtigkeit. Wenn das britische Volk seine Freiheiten bewahren will, muss es die europäische Union verlassen.

Franz Obermayr (NI). – (DE) Herr Präsident! Zweifellos enthält das Stockholmer Programm eine Reihe sinnvoller Ansätze, und es ist nur zu begrüßen, wenn der Kampf gegen Kinderpornografie und terroristische Netzwerke im Internet vorangetrieben wird. Auch Maßnahmen gegen illegale Einwanderer und gegen organisierte Kriminalität unterstütze ich. Der uneingeschränkte Zugang der Sicherheitsbehörden zur EU-Datenbank für Fingerabdrücke ist in dieser Hinsicht gerechtfertigt. Die Kontrolle darf aber nicht so weit gehen, dass die EU zu einem Überwachungsstaat wird und noch dazu Daten an die USA weitergibt.

Es muss daher sichergestellt werden, dass die erhobenen Daten nicht missbräuchlich verwendet werden. Schließlich geht es um das zentrale Grundrecht eines jeden EU-Bürgers, um den Schutz der Privatsphäre, und in diesem Sinne gilt es zu beachten: Freiheit ist Freiheit vom Staat und nicht Freiheit durch den Staat.

Noch ein Wort zur Harmonisierung des EU-Asylrechts. Eine sicherlich richtige Sache. Auf jeden Fall müssen wir ganz klar sagen: Ohne Harmonisierung der ökonomischen Verhältnisse in den Ländern wird das nicht gehen, denn natürlich geht man dorthin, wo es die beste soziale Absicherung, die höchsten Einkommen, die saubersten Straßen und die sichersten Städte gibt. Eines ist klar: Harmonisierung ja, aber Europa darf nicht zu einem asylpolitischen Selbstbedienungsland werden.

Simon Busuttil (PPE). – (MT) Wir sehen die Frage von Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit als das nächste Großprojekt der Europäischen Union an. Ich würde sagen, dass dieses Projekt auf demselben Niveau angegangen werden muss, wie das große internationale Marktpolitikprojekt der Europäischen Union. Wir müssen einen Raum des Rechts, der Freiheit und Sicherheit für alle Bürger der Europäischen Union schaffen.

Wie schaffen wir das? Wir werden dies mithilfe des Stockholmer Programms schaffen, ein auf 5 Jahre ausgelegtes Arbeitsprogramm. Es ist ein weitreichendes Programm, das eine Vielzahl von Bereichen abdeckt, die allesamt unter die Fragen rund um Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit fallen. Die Parlamentsentschließung definiert die politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments in diesem Bereich. So sind unsere Prioritäten im Bereich Immigration der Kampf gegen illegale Einwanderung sowie auf eine gemeinsame Asylpolitik, die sich auf echter und verpflichtender Solidarität gründet. Ich muss noch hinzufügen, dass das Europäische Parlament eine äußerst signifikante und konstruktive Rolle zu spielen hat, was die Mitentscheidungsbefugnisse anbelangt, die es hat, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist.

Es gibt auch gewisse politische Differenzen innerhalb der internen Dimension dieses Parlaments. Warum auch nicht? Es besteht schließlich aus verschiedenen politischen Faktionen, und es gibt verschiedene politische Ansichten. Gestatten Sie mir jedoch zu sagen – unter besonderem Verweis auf meine Kollegin Frau Jeanine Hennis-Plasschaert, die ich sehr respektiere – das Menschenrechte auch für die Fraktion der Europäischen Volkspartei eine politische Priorität sind und dass diese nicht alleiniges Vorrecht des Monopols der Liberalen Gruppe in diesem Plenarsaal sind. Wir können die Anmaßung der Fraktion der Liberalen auf das Recht zur Monopolisierung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung nicht akzeptieren. Wir glauben an diesen Grundsatz; wir glauben jedoch auch an den Subsidiaritätsgrundsatz, was bedeutet, dass wir verpflichtet sind, nationale Empfindlichkeiten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ebenfalls zu achten. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Union auf Einheit in der Vielfalt begründet ist und nicht auf Einheit in Homogenität.

Luigi Berlinguer (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, vom Stockholmer Programm im Vergleich zum Programm von Den Haag wurden zwei Innovationen eingeführt: Ein faires Gleichgewicht zwischen Rechten und Sicherheit und Rechtsschutz sowohl in strafrechtlicher als auch in ziviler Hinsicht.

Sicherheit ist ein Recht: Es bedeutet, dass man an seinem Arbeitsplatz nicht angegriffen wird, dass man auf den Straßen nicht sein Leben riskiert, dass man als Frau kein Gewaltobjekt ist und dass man keinen Terrorakten ausgesetzt ist.

Die Mitgliedstaaten und Europa müssen Sicherheit garantieren. Sicherheitsmaßnahmen hingegen, die die Freiheitsrechte beschneiden, sind Maßnahmen, die dem Gesetz die Sicherheit entziehen. Somit sind sie die Quelle von Unsicherheit und Barbarei. Denken Sie an Guantánamo.

Europa ist das Vaterland der Rechte. Das Stockholmer Programm legt sie heute äußerst detailliert fest. Es gibt ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen einerseits der Disziplin von Maßnahmen zur Verbrechensverhinderung und andererseits dem täglichen Leben der Bürger und ihrer Familien, ihren sozialen, ökonomischen, arbeits- und studienbezogenen Beziehungen, die alle dem Zivilrecht und dem zivilen Rechtssystem unterliegen.

Das ist das Europa der Bürger. Es sollte innerhalb der Mitgliedstaaten und der Institutionen der Gemeinschaft konzipiert werden. Die europäische Gesellschaft ist stärker vereint und die Mobilität ist ausgeprägter als gemeinhin angenommen. Mobilität ist heutzutage ein Recht. Die Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten sind keine undurchdringlichen Wände, sondern Netze, durch die die Gesellschaft täglich gefiltert wird. Das Stockholmer Programm umfasst die institutionellen Eckpfeiler, die für eine justizielle Zusammenarbeit und eine gegenseitige Anerkennung sorgen, ein europäisches Rechtssystem (das aus den nationalen Systemen und dem System der Gemeinschaft besteht), der nationalen Gesetzgebung und der Gesetzgebung der Gemeinschaft, europäischen Bürgern und europäischen Gerichtshöfen (sowohl nationalen Gerichtshöfe als auch den Gerichtshöfen der Gemeinschaft).

Die europäischen Regeln werden von den Regeln der Gemeinschaft diktiert und von der Rechtssprechung der europäischen Gerichtshöfe, aber sie entstammen auch dem Verhalten der Arbeiter, Unternehmen, Studenten und Richter, sowohl auf nationaler Ebene als auch in den europäischen Netzwerken zwischen den Rechtspflegern. Es ist ein Bottom-up-Prozess, den das Stockholmer Programm unterstützen will.

Das Parlament hat mit dieser EntschlieÙung, die, wie ich hoffe, hier mit einheitlicher, mit großer Mehrheit angenommen wird, und für die wir extrem hart gearbeitet haben, hervorragende Arbeit geleistet. Der Rat sollte dies angemessen berücksichtigen. Der Vertrag von Lissabon ist noch nicht in Kraft getreten, aber er ist vorhanden und präsent. Herr Minister, möge der Rat ehrgeizig sein und möge er sich unseren Entwurf hier und die vielen Forderungen, die davon ausgehen, zu Herzen nehmen.

Sarah Ludford (ALDE). – Herr Präsident, der schwedische Ratsvorsitz ist für die Art, in der die längst fällige Frage der Rechte des Angeklagten auf eine faire Behandlung in ganz Europa, so nachdrücklich verfolgt hat, zu beglückwünschen. Dies muss unbedingt den europäischen Haftbefehl begleiten. Wir müssen sicherstellen, dass die gegenseitige Anerkennung wirklich auf gegenseitiges Vertrauen in die nationalen Strafjustizsysteme begründet werden kann. Derzeit ist das noch nicht der Fall, und es gibt große Schwächen.

Ich habe zudem einen Wähler, Herrn Andrew Symeou, der in Griechenland seit Juli im Gefängnis sitzt, und dem die Kautionsverweigerung wurde, da er ein Ausländer war. Sein griechischer Anwalt hat eine Beschwerde über polizeiliche Misshandlung und die Vernichtung von Beweisen eingereicht. Eine Klage wird beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, und es ist ziemlich peinlich, dass dies notwendig

ist, da es dabei um die Behandlung eines EU-Bürgers durch einen anderen Mitgliedstaat geht. Es ist schockierend, dass dies bis nach Straßburg gehen muss.

Daher unterstütze ich den europäischen Haftbefehl, aber die Rechte des Angeklagten müssen diesen unbedingt begleiten. Ansonsten werden Skandale wie der von Herrn Andrew Symeou die öffentliche Unterstützung für den europäischen Haftbefehl zerstören, wie dies derzeit in meinem Land geschieht.

Kyriacos Triantaphyllides (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, seit einigen Monaten haben wir nun schon über die Notwendigkeit gesprochen, das richtige Gleichgewicht zwischen der Wahrung der Sicherheit und der Verteidigung der persönlichen Rechte der Bürger zu finden, wobei betont wurde, dass die Bürger im Mittelpunkt des Stockholmer Programms stehen müssen. Die Europäische Union ergreift und wendet jedoch Maßnahmen an, die das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Rechten ins Schwanken bringt und in der Schaffung von Gremien zur Überwachung und zur Erfassung aller möglichen Arten von persönlichen Daten führt, die unsere Würde verletzen, indem sie aus uns allen Verdächtige machen. Darüber hinaus ist es für Immigranten inakzeptabel, als Verbrecher und mögliche Terroristen behandelt zu werden. Wir lehnen den Entschließungsentwurf ab, da er für uns die Grundlage für den Aufbau eines modernen europäischen Panoptikums darstellt, in dem – wie in dem von Jeremy Bentham konzipierten Gefängnis – die Handlungen eines Jeden kontinuierlich überwacht werden, ohne dass die Häftlinge das Ausmaß ihrer Überwachung kennen, wodurch ein falsches Gefühl von Privatsphäre entsteht.

Tadeusz Zwiefka (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich zögere nicht zu sagen, dass das Stockholmer Programm auf dem Gebiet des Rechtswesens innerhalb der Europäischen Union die ehrgeizigste Initiative der letzten Jahre darstellt. Ich bin umso erfreuter, als dass eines der grundlegenden Konzepte des Programms darin besteht, das Leben für die Einwohner in der Europäischen Union leichter zu machen. Natürlich ist die ordnungsgemäße Implementierung des Stockholmer Programms im Justizwesen abhängig von der Schaffung einer echten europäischen Gerichtskultur, Änderungen in der praktischen Herangehensweise bei der Schaffung neuer Gesetzgebung und auch dem korrekten Funktionieren des E-Justiz-Portals.

Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, das für mich ein grundlegendes ist, erfordert gegenseitiges Vertrauen, aber auch das Vertrauen in die Rechtssysteme anderer Länder, wie hier und heute bereits erwähnt. Diese Werte können nur aus gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigem Verständnis hervorgehen, aus denen dann wiederum eine europäische Gerichtskultur erwächst. Gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis können selber nur als Ergebnis einer aktiven, fördernden Politik entstehen, zu der u. a. der Austausch von Erfahrungen, Besuche, Informationsaustausch und Kurse für Mitarbeiter im Gerichtswesen – insbesondere Richtern in Gerichtshöfen der ersten Instanz – gehören. Es umfasst auch eine gründliche Modernisierung und, dies ist besonders wichtig, universitäre Bildungsprogramme innerhalb der europäischen Union.

Des Weiteren muss ich die Bedeutung des mehrsprachigen E-Justiz-Portals hervorheben. Das Portal sollte Zugang zu Rechtsdatenbanken und zu gerichtlichen und außergerichtlichen elektronischen Rechtsmitteln haben. Es sollte zudem Zugang zu intelligenten Systemen bieten, die als Hilfe für Bürger entwickelt wurden, die nach Möglichkeiten suchen, rechtliche Probleme zu lösen, oder die umfangreiche Register verwenden, Listen mit Mitarbeitern, die im Justizwesen tätig sind, oder einfache Richtlinien über das Rechtssystem eines jeden Mitgliedstaates. Daher bin ich hocherfreut, dass Frau Ask und Herr Barroso darüber gesprochen haben.

Ich möchte zudem die Notwendigkeit für die Entwicklung einer europäischen Rechtsprechung von höchster Qualität im Bereich der gerichtlichen Zusammenarbeit in zivilen Fällen hervorheben, die auf entsprechend vorgenommenen Bewertungen der Auswirkungen basieren würden, um den Bürgern und Unternehmen wirksame Instrumente zur Lösung einer Vielzahl von Rechtsproblemen auf dem Binnenmarkt zu geben.

In einer Zeit des wachsenden Euroskeptizismus in vielen EU-Mitgliedstaaten bietet uns das Stockholmer Programm die Gelegenheit, den Bürgern zu zeigen, dass die EU-Institutionen auf ihre aktuellen Bedürfnisse reagieren können.

Zita Gurmai (S&D). – Herr Präsident, mein besonderer Dank gilt den drei Sekretariaten, die es geschafft haben, dass diese Entschließung in diesem Plenarsaal vorliegt.

Das Stockholmer Programm kann als ein pragmatischer Aktionsplan für ein sichereres und offenes Europa basierend auf gemeinsamen Werten, Prinzipien und Maßnahmen angesehen werden. Es trägt zur praktischen Zusammenarbeit zwischen den Strafvollzugsinstitutionen, Gerichten und Einwanderungsbehörden bei. Es tariert die Maßnahmen aus, bewahrt die gemeinsame Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Rechte des Einzelnen. Es ist jedoch auch eine äußerst komplexe Angelegenheit.

Ich möchte zudem besonders nachdrücklich auf die Einführung des Konvergenzgrundsatzes hinweisen. Dies ist ein weiterer Schritt in der Schaffung des EU-Staates. Dabei geht es um nichts anderes als das Zusammenführen der Souveränität. Diese basiert auf dem Grundsatz der Verfügbarkeit aller Daten und Informationen, über die alle Agenturen innerhalb der Europäischen Union verfügen.

Es muss die Interoperabilität der EU-Informationssysteme erreicht werden, sodass alle Agenturen auf die Daten der anderen zugreifen können. Das Parlament verleiht dem Vorschlag der Kommission einen Mehrwert. Die schwierigen Themen wie Gleichheit, Gleichheit der Geschlechter und Diskriminierung werden in dem Dokument angesprochen und sind dort gut erläutert.

Nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, können wir den historischen Augenblick nutzen, um einen vitalen und starken Raum für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Das Parlament hebt zu Recht seine neue Rolle als Mitgesetzgeber auf derselben Grundlage wie der Rat hervor, nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Ich bin hocherfreut, eine Reihe europäischer gemeinsamer Werte in diesen Text einzubringen, wie beispielsweise: Freiheit, Gerechtigkeit, fundamentale Grundrechte, Demokratie, Qualität und – in diesem Kontext – Schutz der Privatsphäre.

Ich weiß, dass diese Werte je nach allgemeinem politischem Klima unterschiedliche Bedeutungen haben, aber in dieser Entschließung wurde genau das richtige Gleichgewicht zwischen diesen Werten gefunden. Ich möchte noch die PES-Kampagne „Put the Children First“ ansprechen. Ich habe mit großer Freude die kinder- und familienbezogenen Kapitel in der Abhandlung zur Kenntnis genommen. Meine politische Absicht ist es, für alle Bürger gleiche Rechte und Verbindlichkeiten innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten.

Unsere Bürger brauchen eine pragmatische, vorausschauende und umfassende europäische Migrationspolitik basierend auf gemeinsamen Werten und Regeln, einschließlich der Grundsätze von Solidarität und Transparenz.

Ein gutes Migrationsmanagement kann für alle Stakeholder von Vorteil sein und trägt zum Wirtschaftswachstum der EU und der anderen Mitgliedstaaten, die Arbeitsmigranten benötigen, bei.

Der Präsident. – Vielen Dank, Zita. Sie haben es geschafft, zwei Minuten lang zu reden, aber ich weiß nicht, ob die Dolmetscher Ihnen folgen konnten, beim mir leuchtete ständig die rote Kontrollleuchte auf. Beglückwünschen wir auf jeden Fall die Dolmetscher, wenn Sie es geschafft haben, Ihnen zu folgen.

Pascale Gruny (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Minister, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte nicht alle die wesentlichen Punkte, die meine Kolleginnen und Kollegen in Bezug auf Gerechtigkeit und Immigration genannt haben, wiederholen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass ein europäischer Gerichtsbereich nur durch die Ausweitung des gegenseitigen Vertrauens unter den Mitgliedstaaten erreicht werden kann, da dadurch der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung – der Eckpfeiler eines Europas der Gerechtigkeit – verbessert wird.

In den letzten 15 Jahren wurden erhebliche Fortschritte erzielt, aber es gibt noch immer viele Schwächen. Ich bin hocherfreut, dass der Vertrag von Lissabon während der Verhandlung über diesen Text endlich von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Das Europäische Parlament muss dem Rat in Bezug auf gerechtigkeitsbezogene und innenpolitische Angelegenheiten gleichberechtigt sein; die demokratische Legitimität wird zum Nutzen der Bürger verstärkt.

Als Berichterstatter für die Position der Gruppe der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Namen des Petitionsausschusses möchte ich betonen, dass beim Petitionsausschuss bei Weitem zu viele Beschwerden in Bezug auf Barrieren der Bewegungsfreiheit von Bürgern innerhalb der Europäischen Union eingehen.

Ich möchte auch auf die Probleme in Bezug auf die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und das Recht auf die Vorteile der Sozialfürsorge sowie auf Diskriminierungsprobleme hinweisen. Die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen ist jedoch hingegen ein Bereich, der unter die Rechtssprechung der Mitgliedstaaten fällt. Die Union muss diese nationale Kompetenz achten.

Ich fordere die Europäische Kommission auf, ihre Richtlinien schnellstmöglich zu veröffentlichen, um den Behörden der Mitgliedstaaten dabei zu helfen, Verletzungen des Grundsatzes der freien Bewegung zu bekämpfen. Die Bürger müssen sich frei bewegen und ihre Rechte auf diesem Gebiet ohne interne Grenzen vollständig ausnutzen können.

Es freut mich ungeheuer zu sehen, dass die Anti-Drogen-Strategie der Europäischen Union in dieser Entschließung einen Platz bei der Schaffung dieses europäischen Gerichtsbereiches hat. Ich hoffe jedoch,

dass die Europäische Union diesbezüglich mehr Initiative zeigen wird. Warum rüstet sich die Union nicht mit neuen Waffen für die Bekämpfung dieses wachsenden Trends, mit dem unsere Kinder immer jünger konfrontiert sind. Sie sind die Zukunft. Was tun wir, um sie zu schützen? Zeigen wir in unseren Institutionen endlich einen Sinn für Pragmatismus! Das erwarten unsere Mitbürger von uns.

Claude Moraes (S&D). – Herr Präsident, es war eine lange Reise von Tampere, wo wir erst die Konturen eines Raums von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit sahen – und vielleicht reden wir zu viel – bis hin zu dieser außergewöhnlichen Position, in der Stockholm und Lissabon kollidieren. Ich sage respektvoll allen, die daran glauben, dass wir keine Blaupause benötigen, um für den Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht, den wir wollen, zu kämpfen: Wir ziehen unsere Spieler nicht vom Feld ab, wenn das Spiel beginnt. Wir kämpfen für unsere progressive Ecke, und mit unserer Fraktion kämpfen wir für unsere progressive Politik.

Aber wir brauchen zunächst eine Stockholmer Blaupause. Wir haben Lissabon, daher müssen wir – alle Abgeordnete hier, egal, wie sie abstimmen – unserer Verantwortung gerecht werden, nach Weihnachten in den Bereichen, die für uns zählen, Gesetze zu erlassen. Das ist eine schwere Verantwortung, und meine Fraktion – wie dies auch unsere hart arbeitenden Berichterstatter Herr López Aguilar und Herr Berlinguer betont haben – hat ihre Prioritäten. Wir werden einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in einer Demokratie haben, den wir gewinnen oder den wir verlieren werden.

In Bezug auf unsere Prioritäten senden wir dem Rat eine Botschaft zur Antidiskriminierung. Wir wollen eine horizontale Richtlinie. Wir müssen für diese progressive Linie kämpfen. Zur Strafjustiz sagen wir: Gegenseitige Anerkennung ist wichtig, damit der europäische Haftbefehl tatsächlich funktioniert. Hinsichtlich des Asylrechts sagen wir „Ja“ zur Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, aber für uns bedeutet eine progressive Lösung, dass die gefährdeten Asylsuchenden die beste Vertretung haben müssen.

Dies also sind die Prioritäten unserer Fraktion, dies ist unser Mehrwert zu dem Thema von Hasskriminalität, zu Änderungen der Migrationspolitik, zu Gewalt gegen Frauen, zu einem europäischen Schutzauftrag. All diese Punkte zeigen, wie wir als politische Fraktion – wie alle politischen Gruppen – dem Stockholmer Programm einen Mehrwert hinzufügen und bedeutsame Gesetze erlassen können.

Schließlich spielen wir dieses Spiel, da es für unsere Bürger kein Spiel ist. Es geht darum, schlussendlich die Rechte zu liefern, die sie schon so lange gefordert haben: grundlegende Rechte im Bereich Datenschutz, Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. All diese Dinge werden an Bedeutung gewinnen, wenn wir die Verantwortung zur Gesetzgebung in diesem Haus erhalten. Wir werden nur das tun, was wir mit dem Stockholmer Programm gewählt haben. Wir werden dann für ein progressives Stockholmer Programm und eine progressive Gesetzgebung kämpfen.

Carlos Coelho (PPE). – (PT) Herr Präsident, ich möchte Herrn Vizepräsident Barrot und den schwedischen Ratsvorsitz für das Stockholmer Programm herzlich willkommen heißen. Das Stockholmer Programm ist eine gute Nachricht für diejenigen, die das Konzept von Europa als mehr als nur einem gemeinsamen Markt unterstützen.

Das Gebäude eines Europas der Bürger stellt einen echten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts dar. Ich begrüße die einheitliche Gewichtung, die den drei Seiten dieses Dreiecks zugewiesen wird. Im Gegensatz zu radikaleren Ansichten halte ich alle drei Seiten für notwendig. Sicherheit ohne Freiheit ist Diktatur, Freiheit ohne Sicherheit ist Anarchie, und Gerechtigkeit ohne Freiheit oder Sicherheit ist unmöglich.

Dieses 5-Jahres-Programm geht zurück zu den Zielen von Tampere und sucht dabei in vielen Bereichen einen echten Fortschritt. Dennoch muss sichergestellt werden, dass diese Ziele erfüllt werden. Die angenommenen Rechtsvorschriften und die Instrumente müssen effektiv implementiert werden. Die Menschen in Europa werden uns nicht ernst nehmen, wenn wir diesen Test unserer Effektivität nicht bestehen. Es ist beispielsweise unmöglich, ein Eingabe-/Ausgabesystem zu verlangen und die Kommission einzuladen, ein Angebot für dieses System vorzulegen, das 2015 in Betrieb genommen werden soll, wenn wir nicht wissen, ob das Schengener Informationssystem II oder das Visa-Informationssystem überhaupt in Betrieb genommen werden, da beide mit Problemen und massiven Verzögerungen zu kämpfen haben.

Ich hoffe auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems vor 2012 sowie auf eine Immigrationspolitik mit einer gemeinsamen Herangehensweise, sowohl in Bezug auf den Empfang und die Integration von Immigranten als auch auf die wirksame Bekämpfung der illegalen Immigration.

Schließlich muss noch viel in Bezug auf die Schaffung eines Europas der Bürger getan werden. Es besteht keine Veranlassung, Zeit für Angelegenheiten zu verschwenden, die nicht in unsere Zuständigkeit fallen.

Der Versuch, sich in das Familienrecht – für das die Mitgliedstaaten zuständig sind – einzumischen, ist nicht nur rechtlich nutzlos, es ist auch politisch pervers, da es uns in bedeutungslose Konflikte hineinzieht und von wirklich wichtigen Angelegenheiten, nämlich dem ausschlaggebenden Stockholmer Programm, ablenkt.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich möchte ebenfalls dem schwedischen Vorsitz und dem gesamten Haus zu dem Bericht gratulieren, den wir erstellt haben. Ich möchte jedoch drei Warnungen abgeben, die ich für die Zukunft für wichtig halte.

Erstens: Wenn es keine gesetzgebende Initiative gibt, wenn der Rat und die Kommission keine gesetzgebenden Verordnungen vorlegen, um das Programm zu füllen, dann kann dem Programm natürlich kein Erfolg beschieden sein.

Zweitens: Eine Warnung, die meine Kolleginnen und Kollegen bereits gegeben haben, ist die, dass das Haus eine neue Rolle einnehmen wird. Es wird nicht nur einfach Berichte für deren Anhörung erstellen, wie dies bisher der Fall war. Es wird bei der Gesetzgebung mitwirken, es wird Gesetze annehmen, es wird dieses Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit einhalten müssen, was gelegentlich so schwierig ist. Dies ist eine neue Aufgabe und eine neue Verantwortung für alle Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Drittens: Meine letzte Warnung bezieht sich auf die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die Fundamentalisten. Ich höre meine Kolleginnen und Kollegen über die Notwendigkeit der Achtung der nationalen Parlamente reden, und dies stimmt natürlich, aber ich muss Sie dennoch warnen, dass eine starre und fundamentalistische Interpretation der Subsidiarität einen Fortschritt des Stockholmer Programms verhindern wird. Wenn die Mitgliedstaaten an einer übertriebenen Interpretation des Subsidiaritätsprinzips festhalten, wird es keine gemeinsame Gesetzgebung in Bezug auf das Stockholmer Programms geben.

Monica Luisa Macovei (PPE). – Herr Präsident, ich möchte kurz auf den Abschnitt zu Wirtschaftskriminalität und Korruption im Stockholmer Programm eingehen. Der Text hat während der Verhandlungen in Coreper einiges an Pointierung verloren. So bezieht sich der heutige Text beispielsweise auf die GRECO-Standards zur Antikorruption, wobei GRECO ein Gremium des Europarates ist. Zwar ist die Zusammenarbeit mit GRECO und dem Europarat unverzichtbar, die Standards der Europäischen Union sind jedoch höher anzusetzen als die des Europarates, der, wie wir alle wissen, 47 Mitgliedstaaten hat.

Demzufolge bitte ich höflich – und dränge ich gleichzeitig nachdrücklich darauf – dass der Rat einen Text mit einer starken Verpflichtung zur Korruptionsbekämpfung beibehält. Wir brauchen eine EU-Politik und einen EU-Mechanismus zur robusten Bekämpfung von Korruption und Betrug innerhalb der EU, und das Stockholmer Programm muss diesen Bedarf und diese Verpflichtung widerspiegeln.

Michael Cashman (S&D). – Herr Präsident, herzlichen Glückwunsch an alle, die an diesem Bericht beteiligt waren, und meine Glückwünsche auch an den schwedischen Ratsvorsitz. Gesellschaften werden nicht durch Mittelmäßigkeit, sondern durch Mut, Überzeugung und Vision verändert. Und dies wurde heute Nachmittag hier in diesem Parlament gezeigt.

Wir reden von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit: drei Grundprinzipien. Ohne Gleichheit und Gleichstellung werden Sie jedoch nie Freiheit haben, werden Sie nie Sicherheit haben und ganz gewiss nie Gerechtigkeit. Dies gilt vor allem für Minderheiten, die so oft verleumdet und falsch dargestellt werden.

Gleichheit und Gleichstellung sind die einzig haltbaren Bausteine einer jeden zivilisierten Gesellschaft. Und daher bin ich stolz, ein Europa zu fördern und mich mit einem Europa zu assoziieren, in dem wir alle gleich sind, ungeachtet von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Glauben, Alter, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Ausrichtung – ein Europa von Gleichgestellten; ein Europa von fundamentalen Werten.

Zbigniew Ziobro (ECR). – (PL) Herr Präsident, das Stockholmer Programm ist die Antwort auf die wichtige Angelegenheit der Wahrung der Sicherheit der EU-Bürger. Es bietet jedoch nicht immer eine befriedigende Antwort, da wir keine komplette Standardisierung des Straf- und Zivilrechts brauchen. Wir brauchen nur eine Vereinheitlichung dieser Rechtsbereiche und die auch nur in eindeutig definierten, begrenzten Bereichen.

Europa braucht vor allem eine gute Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften und den Justizbehörden, sodass Gerichtsurteile wirksam umgesetzt und Straftäter effektiv verfolgt werden, ungeachtet der internen Grenzen der EU. Das Stockholmer Programm sollte daher eine Reihe von Anreizen bieten und sich auf diese Bereiche konzentrieren. Ich möchte heute die Aufmerksamkeit auf drei Angelegenheiten in Bezug auf die Koordinierung der Aktionen der Mitgliedstaaten lenken.

Erstens: In Bezug auf die Bewegungsfreiheit, die einer unserer großartigen Werte ist, müssen wir eine Zusammenarbeit beim Austausch von Informationen zu Straftaten erreichen, die eine besondere Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellen. Ich denke hier vor Allem an Straftaten sexueller Natur, die sich gegen die Schwächsten und Hilflosten richten – ich meine, gegen Kinder – und das Stockholmer Dokument lenkt die Aufmerksamkeit zu Recht auf diese Tatsache.

Wir müssen schnellstmöglich mit der Arbeit an der Erstellung eines europäischen Sexualstraftäter-Registers beginnen und insbesondere eines Registers mit Menschen, die diese aggressiven und gefährlichsten Verbrechen an Kindern verüben. Interessierte Parteien und Organisationen sollten den am weitesten gesteckten Zugang zu diesen Informationen haben. Die Bewegungsfreiheit muss Hand in Hand mit dem Transfer von Wissen und Informationen zu möglichen Gefahren einhergehen, um die Gesellschaft – einschließlich den Gefährdetsten, in diesem Fall also die Kinder – angemessen zu schützen.

Zweitens: Wir müssen die wirksame Ausübung der Bestimmungen in Bezug auf die Konfiszierung des Vermögens von Straftätern gewährleisten. Dies gilt besonders dafür, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen effektiv zu gestalten, und bedeutet, dass Bestimmungen, die in einem Land erlassen werden, die Zurückverfolgung und dann effektive Konfiszierung von Vermögen, das von einem Straftäter in einem anderen Land versteckt wurde, zulassen würden. Dies gilt auch für Gewinne direkt aus einer Straftat sowie für Gewinne, die zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Straftat gemacht werden.

Drittens: Zwar stimme ich zu, dass Haftstrafen ohne Freiheitsentzug eine angemessene Reaktion auf Straftaten von Minderjährigen sind, wir dürfen jedoch die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, dass eine Haftstrafe, die den Straftäter von der Gesellschaft isoliert, in einigen besonders gerechtfertigten Fällen die einzig reale und praktische Möglichkeit ist, die Gesellschaft vor den gefährlichsten Straftaten zu schützen. Daher muss man auch bedenken, dass diese Art von Strafmaßnahme eine gerechte Reaktion auf Straftaten von höchster Grausamkeit ist.

Abschließend möchte ich meiner Wertschätzung für das erstellte Dokument Ausdruck verleihen und betonen, dass das Ziel des Programms die Verbesserung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sein sollte, wobei jedoch der nationale Charakter ihrer Rechtssysteme erhalten bleiben soll.

Der Präsident. – Es ist nun Zeit für die Catch-the-Eye-Phase. Ich werde mich ganz streng an die Geschäftsordnung halten.

Ich würde sagen, dass fünf Mitglieder jeweils eine Minute lang reden dürfen, und wir nach dem Ende dieser Minute das Mikrofon stummschalten werden. Da mehr als fünfzehn Mitglieder um Redezeit gebeten haben, werden wir nun die ersten fünf hören.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Herr Präsident, ich möchte zunächst einmal das Stockholmer Programm als die beste Methode, zu einem bürgerzentrierten Europa voranzuschreiten, begrüßen, und sowohl Frau Ministerin Ask als auch Herrn Minister Billström für ihre Vision danken. Endlich können wir nach Hause gehen und jedem dort – ohne Ausnahme – erzählen, dass Europa für ihn sei; Europa mit ihm sei; wir Europa seien.

Natürlich wird das Stockholmer Programm nur das, was wir daraus machen. Geben wir ihm eine Chance. Unterstützen wir es auf breitestmöglicher Basis, und arbeiten wir an seiner Implementierung.

Ich möchte mich besonders für die Aufmerksamkeit für die Kinder bedanken, was bedeutet, dass wir endlich erweiterte Maßnahmen zum Schutz von Kindern, einschließlich Migrantenkindern, ausarbeiten können. Es ist auch sehr gut, dass wir mehr Möglichkeiten zur Bekämpfung von grenzübergreifender Kriminalität haben, während wir gleichzeitig die individuellen Rechte achten.

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Anna Hedh (S&D). – (SV) Herr Präsident, ich bin hocherfreut, dass die Angelegenheiten der Rechte von Kindern, der Gewalt gegen Frauen und der Prävention des Menschenhandels in der neuesten Ausführung des Stockholmer Programms vom Rat tiefgründiger behandelt wurden. Ich war ein wenig besorgt, dass der Ratsvorsitz seine Prioritäten aufgeben würde. Nun haben wir die Gelegenheit, in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Parlaments Verbesserungen durchzuführen.

Ich bin jedoch enttäuscht, dass nichts über die Entwicklung einer Strategie von Rechten für Kinder für Europa, wie vom Parlament erst kürzlich vorgeschlagen, erwähnt wurde. Wie Herr Kommissar Barrot bereits sagte, die Europäische Union muss weiterhin für die Rechte von Kindern eintreten. Was die Formulierung hinsichtlich

des Menschenhandels anbelangt, bin ich ebenfalls enttäuscht, dass der Vorsitz hinsichtlich der Verbindung zu käuflichem Sex, dem Kauf von Dienstleistungen und der Möglichkeit einer Gesetzgebung in diesem Bereich nicht hartnäckig geblieben ist. Die EU braucht zudem eine rechtliche Basis für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Herr Präsident, ich möchte kurz zwei Punkte erwähnen, die meine Fraktion in Bezug auf das Stockholmer Programm für äußerst wichtig hält. Erstens: Wir denken, dass die Methode der Ausgewogenheit, die in diesem Programm sehr häufig verwendet wird, ein wenig in die falsche Richtung geht. Sicherheit ist für uns nicht nur ein Instrument zur Erreichung von Freiheit; es ist nicht das entsprechende Gegenpart. Wenn wir nicht frei sind, sind wir nicht sicher. Wir sind der Ansicht, dass dieses Gleichgewicht ein wenig irreführend ist.

Zweitens zu Frontex: Was genau meinen Sie, Frau Ministerin Wallström, eigentlich, wenn Sie von einer Stärkung von Frontex sprechen? Was meinen Sie damit? Dies wurde nämlich in keiner der Ausführungen des Stockholmer Programms, die ich gesehen habe, geklärt.

Und sind Sie nicht auch der Meinung, dass es äußerst wichtig – sogar noch wichtiger – wäre, die parlamentarische Kontrolle über Frontex zu stärken und Frontex daran zu hindern, Menschen, die gute Gründe für ihre Bitte um Asyl haben können, zurückzusenden, wie es Frontex in diesem Jahr getan hat? Ich würde eine Stärkung an dieser Stelle vorziehen. Ich bin der Meinung, dass das Stockholmer Programm allen Einwohnern der EU dienen sollte, nicht nur einigen wenigen.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – (ES) Herr Präsident, heute besteht kein Zweifel über das Engagement der Europäischen Union im Kampf gegen den Terrorismus, und dank dem Stockholmer Programm werden wir weitere Fortschritte in Bezug auf den wichtigen Raum von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit machen.

Meiner Ansicht nach basierte dieser Kampf auf dem gegenseitigen Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, aber nun, mit den Möglichkeiten, die uns der Vertrag von Lissabon eröffnet, ist es höchste Zeit, die nationale Gesetzgebung so zu harmonisieren, dass es keine zeitliche Beschränkung bei der Verfolgung von terroristischen Verbrechen mehr gibt, die als Verbrechen gegen die Menschheit angesehen werden sollten.

Wenn dies geschieht, wird niemand in diesem Parlament oder in einem anderen Terroristen verteidigen, wie dies – zum Leidwesen der Terrorismusopfer, die zusehen mussten, wie die, die ihre Angehörigen und Freunde ermordet haben, wie Helden behandelt wurden, während sie weiter in aller Stille leiden – geschehen ist, noch geschieht und möglicherweise auch weiterhin geschieht,

Daher bitte ich das Parlament, weiter voran zu streben oder eine europäische Charta für die Rechte der Terrorismusopfer anzunehmen, basierend auf der Verteidigung der Erinnerung...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Sylvie Guillaume (S&D). – (FR) Herr Präsident, den Kommentaren heute entnehme ich, dass viele der Redner daran glauben, dass das Stockholmer Programm die Mühe lohnt, die breitestmögliche Übereinstimmung zu suchen und ein ehrgeiziges Programm aufzustellen. Dies wird das Ziel der morgigen Entschließung sein, über die anschließend abgestimmt wird.

Ich bedaure, dass der Verweis auf das Recht der Stimmabgabe von Nicht-EU-Bürgern und die Gewährleistung des Zugangs zur Gesundheitsfürsorge für kranke Migranten aus der Entschließung ausgenommen wurde. Ich möchte jedoch die Annahme einiger wichtiger Punkte erwähnen, wie den Bedarf an einer Richtlinie zur Nichtdiskriminierung, die angenommen werden muss; der Bewegungsfreiheit für europäische Bürger und Familien – und für mich gilt dies für alle Familien, die Aufforderung zur Beseitigung von Hindernissen bei der Ausübung des Rechts auf Familienzusammenführung; und das Verbot, Minderjährige ohne Begleitung zu inhaftieren, um nur einige zu nennen.

Meiner Ansicht nach lässt sich der Erfolg des Stockholmer Programms an der Einhaltung von vier Aspekten messen: dem Vorhandensein konkreter Errungenschaften für die Bürger; der genauen Einhaltung der neuen Rolle des Europäischen Parlaments – die gemeinsame Beschlussfähigkeit stellt einen Mehrwert dar; der Qualität der Anwendung des Stockholmer Programms durch die nationalen Parlamente; und dem Bewusstsein seiner Werte unter den Bürgern, insbesondere unter den Jugendlichen in Europa.

Ab heute muss hinter der Annahme ebenso viel Triebkraft stehen, wie hinter der künftigen Implementierung...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Der Präsident. – Wir haben die Reden des Catch-the-eye-Verfahrens nun beendet. Ich bedaure, dass weitere zehn oder zwölf Mitglieder nicht reden konnten, aber dies ist angesichts der Tatsache, wie spät es bereits ist, sowie der Geschäftsordnung, an die wir gebunden sind, unmöglich.

Beatrice Ask, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, vielen Dank für all Ihre Ansichten. Es tut mir Leid, dass diese zehn Mitglieder nicht die Möglichkeit zum Reden hatten. Ich bin über das Engagement, das Sie diesen wichtigen Angelegenheiten entgegenbringen, sehr erfreut.

Jemand hat behauptet, dieses Programm sei ehrgeizig. Ich bin sehr erfreut, dies zu hören, weil die Arbeit ehrgeizig war, jedoch auch praktisch, da wir die Vision mit einer pragmatischen Herangehensweise zur Optimierung der Dinge aus der Sicht der Bürger kombinieren wollten. Beim Zuhören schien es mir, als ob viele von Ihnen wenigstens dem Hauptkonzept des Programmentwurfs, mit dem wir es heute zu tun haben, zustimmen.

Gestatten Sie mir, zwei Bereiche zu kommentieren. Der erste ist die Frage der Form. Die heutige Debatte war ein wenig verworren – wenn ich das so sagen darf – da sich einige auf das Stockholmer Programm berufen haben, in Wirklichkeit jedoch über den interessanten Vorschlag für eine Entschließung, über die Sie im Parlament debattieren und den Sie im Parlament beschließen werden, geredet haben, mit anderen Worten, über Ihre Ansichten zum Entwurf, den der Ratsvorsitz eingebracht hat.

Jemand sagte zu Beginn der Debatte: „Warum besprechen wir einen Entwurf, wenn es bereits einen neuen gibt?“. Die Wahrheit ist, dass sich das Europäische Parlament mitten in den derzeit stattfindenden Diskussionen und Verhandlungen befindet. Es gibt noch immer Änderungen und am Freitag oder am Wochenende wird ein weiterer Entwurf vorliegen. Zu dem Abgeordneten, der meinte, es habe ein altes Dokument, kann ich sagen, dass wir stets den neuesten Entwurf auf der Webseite des Ratsvorsitzes zur Verfügung stellen. Die Mitglieder, die sich auf dem Laufenden halten wollen und die sehen wollen, was damit geschieht, und auch, wie Ihre Debatte das Endergebnis beeinflusst, sollten natürlich sicherstellen, dass sie die Dokumente, die wir veröffentlichen, auch erhalten.

Was den Ratsvorsitz anbelangt, ist es von äußerster Wichtigkeit, die Arbeit mit Transparenz und Offenheit auszuführen. Deshalb haben wir viele Gespräche geführt. Die zehn Mitglieder, die ihre Ansichten hier nicht mehr darlegen konnten, können sie mir oder Herrn Billström gern per E-Mail zukommen lassen. Es ist ganz einfach; die Adresse ist beatrice.ask@justice.ministry.se und die von Herrn Billström entspricht demselben Format. Sie können uns Ihre Ansichten auf diese Weise einfach zustellen, sodass sie berücksichtigt werden können. Wir müssen anfangen, auf moderne Art zu arbeiten, und Offenheit ist für den schwedischen Ratsvorsitz diese moderne Art. Ich freue mich auf die Entschließung und ihr Ergebnis, da ich viel Unterstützung für einige der Ansichten, Nuancen und Schwerpunkte, die die Entschließung enthält, spüre. Wir werden diese natürlich sorgfältig in Betracht ziehen.

Es gibt auch einige politische Angelegenheiten, auf die ich kurz eingehen möchte. Zunächst einmal haben zwei Abgeordnete, von denen Herr Batten eines war, spezifische Beispiele angeführt, wie Bürger – vielleicht in einem anderen Land – betroffen waren und ihrer Ansicht nach waren die Bedingungen nicht sehr gut. Dies sind typische Beispiele für einen Mangel an Vertrauen in die Rechtssysteme des anderen. In diesem Fall haben wir zwei Möglichkeiten: Erstens, unseren Bürgern zu sagen, sie sollen zu Hause bleiben, da wir zu Hause stets das beste Rechtssystem haben. Wenn wir jedoch der Ansicht sind, dass unsere Bürger weiterhin die Gelegenheit der freien Bewegung ergreifen werden, dann sollten wir vielleicht darüber nachdenken, wie wir die Verfahrensrechte und die anderen Aspekte insgesamt und unionsweit verbessern können. Dies ist genau das Ziel des Stockholmer Programms. Deshalb bin ich so erfreut, dass wir den ersten Schritt zur Stärkung der Verfahrensrechte tun konnten, um so zu gewährleisten, dass jeder, der einer Straftat verdächtigt wird, oder der das Opfer eines Verbrechens und somit in einen Rechtsprozess in Europa involviert ist, jetzt tatsächlich Hilfe durch Übersetzungen und Dolmetschen erhält. Dieses Grundrecht findet sich in den Konventionen des Europäischen Rates und an anderer Stelle, in der Praxis wird es jedoch nicht umgesetzt. Wir können nun etwas bewirken, und das ist genau das, was wir tun sollten.

Frau Macovei hat die Angelegenheit von Korruption und Finanzstraftaten angesprochen und vertrat die Meinung, dass die Formulierung in dieser Angelegenheit zu schwach sei. Ich würde sagen, dass es sich hier um einen sehr klaren Abschnitt handelt, der hohe Ansprüche stellt. Die Tatsache, dass wir die GRECO (Group of States against Corruption) erwähnen, bedeutet nicht, dass wir hinsichtlich deren Positionen weniger Ehrgeiz entwickeln – dies ist so auch nicht im Stockholmer Programm enthalten. Dort aufgeführt ist neben vielen anderen Aufgaben, dass wir versuchen, bezüglich dieser Angelegenheiten eng mit diesem wichtigen Gremium zusammenzuarbeiten, da wir uns auf das Geld konzentrieren müssen, wenn wir das organisierte Verbrechen bekämpfen wollen. Ich halte das für wichtig.

Viele haben die Subsidiarität angesprochen. Ich denke, dass der Vorschlag, der derzeit diskutiert wird, die sehr eindeutige Position einnimmt, dass die EU-Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres einen Mehrwert darstellen soll. Alles, das genauso gut auf nationaler Ebene bewältigt werden kann, sollte auch dort belassen werden. Wenn wir auf Zusammenarbeit angewiesen sind, dann müssen wir die europäischen Einrichtungen nutzen. Ich denke nicht, dass wir den Nationalstaaten Rechte wegnehmen, sondern wir bieten ihnen stattdessen einen Mehrwert, von dem alle Bürger profitieren könnten.

Abschließend möchte ich auf das Problem des Schutzes der Privatsphäre und Datenschutz eingehen, eine große und wichtige Debatte. Ich denke, es war Herr Borghezio, der dies sagte und meinte, es gäbe große Besorgnis, was das Stockholmer Programm in seiner jetzigen Form anbelangte. Er drückte u. a. seine Besorgnis über die Überwachung und große Datenbanken aus. Darüber hinaus verglich er das, an dem wir in diesem Bereich arbeiten, mit der Situation im ehemaligen Ostdeutschland und in den Kommunistenstaaten, die in Europa existierten. Ich halte diese Art von Argument für vollständig irrelevant. In Ostdeutschland gab es keinen Datenschutz, keine Demokratie und keine Grundrechte für die Bürger – drei wesentliche Faktoren, die für unsere Zusammenarbeit grundlegend sind. Was das Stockholmer Programm anbelangt, stärken und festigen wir die Vorschriften für den Datenschutz und die Achtung der Rechte des Einzelnen und auch die Demokratie auf verschiedenste Arten. Fakt ist, dass die Informationsstrategie, von der wir wollen, dass sie die EU fährt, einen methodischen und effektiven Datenaustausch mit strengen Anforderungen in Bezug auf den Datenschutz und einem sicheren Datenmanagement abgleicht, aber auch mit der Anforderung, dass Daten nicht über einen längeren Zeitraum gespeichert bleiben dürfen. Lesen Sie sich diese Abschnitte ruhig erneut durch, da sie sehr eindeutig sind. Dies steht für den Fortschritt, für den wir sogar vom EU-Beauftragten, der daran arbeitet, gelobt worden sind.

Und schließlich hat jemand gesagt, wir sollten das Stockholmer Programm konkreter gestalten. Das Programm enthält eine Vielzahl konkreter und praktischer Elemente, die eigentliche Arbeit beginnt jedoch erst jetzt. Einige Mitglieder wiesen darauf hin, dass die Entschließung innerhalb einer engen Frist ausgearbeitet werden müsste, und dass es sehr schwer sei, dies alles rechtzeitig hinzubekommen. Ich kann Ihnen nur versprechen, dass es noch schlimmer werden wird. Nachdem wir das Stockholmer Programm angenommen haben, werden Sie in die wichtige Arbeit einbezogen werden, die für die Implementierung und den Umgang mit den Einzelheiten der verschiedenen Vorschläge geleistet werden muss. Dies bringt viel zeitlichen Druck und viel Stress mit sich, jedoch auch große Herausforderungen und großartige Gelegenheiten, etwas zu bewegen. Vielen Dank für Ihre Ansichten, und wie ich schon sagte, bitte nutzen Sie das Internet, wenn Sie den Ratsvorsitz in den nächsten Tagen kontaktieren wollen.

Tobias Billström, amtierender Ratspräsident. – (SV) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, natürlich erkläre ich mich vollkommen einverstanden mit dem, was Frau Ask gerade über die generellen Schlussfolgerungen in Bezug auf das Programm hat verlauten lassen. Vielen Dank für all die konstruktiven Ansichten, die Sie heute hier vorgestellt haben.

Ich möchte auch den Vorsitzenden der drei Ausschüsse, dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen, dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres für ihre äußerst konstruktive Zusammenarbeit in diesen Angelegenheiten danken. Wie ich bereits in meiner Einführungsrede gesagt habe, zeugt dies wirklich von einer großen Annahme von Verantwortung von Seiten aller Beteiligten, etwas, worauf wir mit Recht stolz sein dürfen.

Ich möchte die Bedeutung der Zusammenarbeit in allen signifikanten Bereichen dieses Programms betonen. In seiner Rede zog Herr Busuttil Vergleiche mit der Größe des Binnenmarktes, was meiner Ansicht nach gar nicht so weit von der Wahrheit entfernt ist, da es sich dabei hinsichtlich der Größe und Bedeutung um ein ähnliches Projekt handelt. Ein Begriff, der natürlich in den politischen Reden über Asyl- und Migrationsangelegenheiten der letzten Jahre immer wieder aufgetaucht ist, ist Solidarität. Alle Mitgliedstaaten sind sich einig, dass die Solidarität verbessert werden muss, und zwar nicht nur die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch zwischen der EU und Drittländern. Dies ist die Botschaft, die wir durch das Stockholmer Programm aussenden wollen.

Wie ich bereits in meiner Einführung sagte, sind wir der Ansicht, dass diese komplexe Angelegenheit nach sehr breit gefächerten und nachhaltigen Lösungen verlangt, die den gesamten Politikbereich durchdringen. Dies ist einer der Gründe, warum es im Stockholmer Programm keinen speziellen Abschnitt zur Solidarität gibt. Stattdessen enthalten alle darin enthaltenen Punkte ein Solidaritätselement.

Die globale Herangehensweise an die Migration sollte einer der wichtigen Ausgangspunkte bei dieser Verbindung sein. Die Rolle von Frontex sollte gestärkt werden. Frau Keller erwähnte dies in ihrer Rede. Ich möchte sehr deutlich machen, dass Frontex allein nicht die Antwort auf dieses Problem ist. Frontex ist für

die Koordination der Grenzkontrollen der Mitgliedstaaten zuständig, hat jedoch beispielsweise bei der Seerettung kein Mandat. Die Situation im Mittelmeerraum ist nicht primär ein Grenzkontrollproblem. Es ist ein Problem, für das eine Vielzahl verschiedener Maßnahmentypen erforderlich ist. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern ist von äußerster Wichtigkeit. Darüber hinaus müssen wir in Form von Entwicklungshilfe in die Entwicklungszusammenarbeit investieren. Ich halte es auch für wichtig zu betonen, dass das Europäische Parlament im höchstmöglichen Maß in all diese Aspekte involviert sein wird, jetzt, wo der Vertrag von Lissabon in Kraft ist, und dass die demokratische Kontrolle in diesen Bereichen zunehmen wird.

Basierend auf allem, was heute hier gesagt wurde, bin ich zudem der Ansicht, dass darauf hingewiesen werden muss, dass der Vertrag von Lissabon wirklich echte und wichtige Veränderungen mit sich bringt. Es handelt sich dabei natürlich um eine große Veränderung, bei der das normale Gesetzgebungsverfahren durch eines ersetzt wird, das dem Europäischen Parlament in einer Reihe von Bereichen eine stärkere Rolle im gesetzgebenden Prozess zuweist. Daher teile ich die Bedenken nicht, die Frau Keller in Bezug auf diese Angelegenheiten heute hier geäußert hat. Im Gegenteil, ich denke, dass wir einen großen Fortschritt in Richtung stärkere demokratische Kontrolle in diesem Politikbereich sehen.

Herr Präsident, wie meine Kollegin, Frau Ask, möchte auch ich damit enden zu sagen, dass Sie uns Ihre Ansichten sehr gern per E-Mail zusenden können, wenn Sie keine Gelegenheit hatten, ihnen hier und heute Ausdruck zu verleihen.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, ich möchte insbesondere auf die Qualität der Arbeit hinweisen, die von Ihren drei Ausschüssen geleistet wurde: dem Rechtsausschuss – Herr Casini ist heute anwesend; dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres – Herr López Aguilar ist heute anwesend; und auch dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen. Sie haben ein äußerst interessantes Stück Arbeit vorgelegt, das uns und dem schwedischen Ratsvorsitz dabei helfen wird, eine definitive Version dieses Stockholmer Programms zu liefern.

Wie Herr Busuttil sagte, es stimmt, dass die Bürger einen Binnenmarkt haben, aber nicht wirklich einen Raum von Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit, selbst wenn die Bewegungsfreiheit dank des Schengen-Raums nun etabliert ist. Wir müssen die Vorteile, die dies bietet, bewahren. Ich möchte hinzufügen, dass die Richtlinien gegen den Missbrauch veröffentlicht wurden.

Ich möchte auch noch sagen, dass dieser Text meiner Ansicht nach sehr ausgewogen zu sein scheint. Nachdem ich die unterschiedlichen Ziele der einzelnen Menschen gehört habe, liefert dieser Text ein gewisses Gleichgewicht. Ich sollte ferner sagen, dass wir das Stockholmer Programm in einer Welt ausarbeiten, in der sich organisiertes Verbrechen, Internetkriminalität und Terrorismus weiter ausbreiten und in der wir uns offensichtlich schützen müssen. Dort kann Europa einen Mehrwert bedeuten.

Ich möchte zudem sagen, dass wir immer häufiger in diesem Rechtsbereich Bürger, Paare, mit einer doppelten Staatsbürgerschaft haben, diese müssen somit auch in der Lage sein, ihre Rechte in den jeweiligen Mitgliedstaaten, in denen sie leben, auszuüben.

Darüber hinaus möchte ich betonen, dass wir Fortschritte in Bezug auf die verfahrensrechtlichen Garantien gemacht haben, wie Frau Ask sehr gut erläutert hat, und dass dies ein sehr wichtiges Element des Stockholmer Programms ist. Sie nannten das Beispiel eines britischen Bürgers in Griechenland. Wenn es Mindestverfahren gäbe, wären die Dinge sehr viel einfacher. Zudem möchte ich einen Satz von Herrn Coelho wiederholen und sagen, dass wir seit Tampere einen weiten Weg zurückgelegt haben.

Ich möchte hinzufügen, dass wir den Begriff „Festung Europa“ auch nicht akzeptieren können. Herr Billström hat dies bereits angesprochen. Auch dies ist der Garant für eine ausgewogene europäische Migrationspolitik. Wenn wir die illegale, geheime Einwanderung zurückweisen, geschieht dies auf Grund des Menschenhandels und des organisierten Verbrechens, die dahinter stehen. Das dies der Fall ist, steht zweifelsohne fest. Darüber hinaus ist es jedoch auch wahr, dass es uns meiner Ansicht nach gelungen ist, eine Asylpolitik zu präsentieren, die in Übereinstimmung mit den europäischen Werten der Großzügigkeit steht.

Natürlich kann ich nicht alle Fragen beantworten, Herr Präsident, da die Zeit drängt. Ich möchte nur noch sagen, dass dieses Stockholmer Programm, wie Frau Ask sagte, äußerst pragmatisch ist, dass es uns somit zu einem Aktionsplan führen wird, den der schwedische Vorsitz implementieren wird, und dass Sie, meine Damen und Herren, somit Mitgesetzgeber werden. Ich sehe dies als leistungsstarkes Mittel zum Vorantreiben dieses Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts an, den die Bürger so sehr wollen.

Ich bin dem Parlament dankbar für das, was es bereits getan hat, und für das, was es zukünftig, als Mitgesetzgeber im Raum von Gerechtigkeit und Sicherheit, noch tun wird.

Der Präsident. – Zum Abschluss der Debatte habe ich einen Entschließungsantrag ⁽²⁾ gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung erhalten.

Die Debatte ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen um 12.00 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte haben in den letzten Jahren auf der EU-Agenda einen Rückgang erfahren, während die Sicherheit der Mitgliedstaaten zur politischen Priorität wurde. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der EU tritt in eine entscheidende Phase ein. Der Vertrag von Maastricht führte Aspekte in Bezug auf Gerechtigkeit und Inneres auf Gemeinschaftsebene ein, die bisher streng auf zwischenstaatlichem Niveau abgehandelt worden waren. Die Programme von Tampere und Den Haag lieferten eine wesentliche politische Triebkraft für die Konsolidierung dieser Politiken. Das mehrjährige Stockholmer Programm wiederum legt die Prioritäten für die nächsten fünf Jahre fest, sodass die Vorteile eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger realisiert wird. Das Programm wird nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon umgesetzt. Durch die Einführung der Mitentscheidungsverfahren als normalem Gesetzgebungsverfahren unterliegen Europas Politiken des Justizwesens und des Inneren sowie die Maßnahmen, die zu deren Erfüllung ergriffen werden, der genauen Prüfung durch das Parlament.

Kinga Gál (PPE), schriftlich. – (HU) Beim Verfassen des Stockholmer Programms war es unser Ziel, den Bürgern Europa die konkreten Vorteile eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bewusst zu machen. Ein Europa für seine Bürger zu erschaffen, geht jedoch weit über den einfachen Entwurf eines Programms hinaus. Der Vertrag von Lissabon eröffnet den Bürgern eine neue Dimension zur Erfüllung ihrer Interessen. Die in der Charta der Grundrechte festgelegten Rechte, Freiheiten und Grundsätze erhalten verbindliche Kraft. Nun kann die Europäische Union den Vertrag des Europarats zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnen. Dieser Rechtsakt muss schnellstmöglich in Kraft treten. Wir müssen einen eindeutigen Implementierungsplan für die Einhaltung dieser Verpflichtungen haben, sodass die neu verfügbare Rechtsstruktur eine gute Substanz erhält.

Dies wird die Aufgabe des nächsten spanischen EU-Ratsvorsitzes sein. Der Prozess für die Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten, unter Gemeinschaftsrecht hat mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon begonnen. Das Stockholmer Programm wandelt all dies in politische Prioritäten um, um den speziellen Handlungsplänen, die für die kommenden Jahre angestrebt werden, Substanz zu verleihen. Als Teil des Gesamtprozesses werden sich nicht nur die Möglichkeiten der Europäischen Union nach dem 1. Dezember verbessert haben, sondern auch ihre Verantwortlichkeiten.

Kinga Göncz (S&D), schriftlich. – (HU) Einer der Prioritätsbereiche des Stockholmer Programms wird die Durchsetzung der Grundrechte sein. Damit, dass die Charta der Grundrechte verbindlich wird, und damit, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft, ist es die Pflicht der Europäischen Union, das Engagement Europas für die Menschenrechte zu stärken und dazu beizutragen, den Bürgern Europas ihre Rechte so bewusst wie möglich zu machen.

Dies sind sicherlich hilfreiche Maßnahmen, da die Grundprinzipien der Menschenrechte der konstanten Aufmerksamkeit bedürfen und wir in diesem Bereich auch innerhalb der EU noch viel tun müssen. Zunehmende Diskriminierung und Intoleranz ist ein immer ernsteres soziales Problem. Nationale und ethnische Minderheiten, insbesondere die Roma, Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen, sehen sich jeden Tag einer Form von Diskriminierung gegenüber. Daher ist es für jeden Mitgliedstaat wichtig, vorhandene Richtlinien konsistent zu implementieren, und für den Rat, den Schutz durch die Annahme dieses neuen und umfassenden Richtlinienentwurfs auf jede Risikogruppe auszuweiten.

Infolge der Wirtschaftskrise gibt es einen Anstieg von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie einen Anstieg der Verbrechensrate, der durch diese Probleme verursacht wird. Nach Aussagen der Agentur für Grundrechte zeigt die Statistik nicht das wahre Bild der echten Situation, da die Opfer sich in den meisten Fällen ihrer Rechte nicht bewusst sind und daher nicht zu den Behörden gehen. Es obliegt der gemeinsamen

(2) Siehe Protokoll

Verantwortung der EU-Einrichtungen und der Mitgliedstaaten, diese Situation zu ändern. Wir müssen auf europäischer Ebene Bestimmungen ausarbeiten, um sicherzustellen, dass Europa und die Mitgliedstaaten weiterhin die Vielfalt schützen und keinen Raum für Gewalt lassen.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Das Stockholmer Programm verpflichtet die Europäische Kommission zur Vorlage eines Vorschlags für den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Dies ist ein wichtiger und signifikanter Schritt, durch den wir ein einheitliches Mindestmaß an Schutz der Grundrechte in Europa entwickeln. Dank dem Beitritt zur Konvention unterliegen die EU-Einrichtungen einer externen, unabhängigen Überwachung, was die Konformität der Gesetzgebung und der Aktivitäten der EU mit denen der Europäischen Menschenrechtskonvention anbelangt. Gleichzeitig ist die EU dann in der Lage, ihre Position vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verteidigen. Dadurch werden mögliche Diskrepanzen zwischen den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vermieden.

In Bezug auf Punkt 16 des Entschließungsantrags appelliere ich für den unverzüglichen Beginn der Verhandlungen für den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Im Rahmen der Entschließung, die derzeit diskutiert wird, fordere ich die sofortige Entfernung von Polen aus dem Protokoll zur Anwendung der Charta der Grundrechte für Polen und für Großbritannien. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird die Charta der Grundrechte für alle Maßnahmen gelten, die in Bezug auf den gemeinsamen Raum von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit ergriffen werden. Es ist schändlich, dass die rechten Behörden in der Republik Polen – indem sie sich dem Druck von der Hierarchie der katholischen Kirche beugen – den Polen durch die ihnen zustehenden Rechte verweigern. Die Bürger von Polen sollten diese Rechte auf dieselbe Weise genießen können, wie die Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten. Wenn wir nicht wollen, dass die Polen innerhalb der EU zu Bürgern zweiter Klasse werden, muss die Charta der Grundrechte in ihrer Gesamtheit angenommen werden.

Csaba Sógor (PPE), schriftlich. – (HU) Ein wesentlicher Teil des Stockholmer Programms betrifft den vermehrten Schutz von benachteiligten Risikogruppen. Die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts lässt sich ohne eine Eliminierung jeglicher Form der Diskriminierung nicht erreichen. Ein diesbezügliches Verbot ist jedoch nicht weitreichend genug. Die Europäische Union muss gesondert gegen jegliche diskriminierende Maßnahmen vorgehen, da dies die einzig mögliche Art ist, allen Bürgern Europas in diesem Raum ordnungsgemäß zu dienen. Ich möchte nur eine dieser diskriminierenden Maßnahmen erwähnen, die traditionelle nationale Minderheiten betrifft. Gerade finden in zwei EU-Ländern ein sprachlicher Genozid statt. Daher bitte ich den Europäischen Rat und den künftigen spanischen Ratsvorsitz, der Verhinderung von diskriminierenden Maßnahmen während der Implementierung des Stockholmer Programms größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ansonsten dient dieses Programm nicht den Interessen eines jeden EU-Bürgers, sondern nur den Mitgliedern der Mehrheitsvölker.

VORSITZ: Pál SCHMITT

Vizepräsident

10. Gemeinsame Rückführungen irregulärer Migranten nach Afghanistan und anderen Drittländern (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission über die gemeinsamen Rückführungen von irregulären Migranten nach Afghanistan und in andere Drittländer.

Tobias Billström, amtierender Präsident des Rates. – (SV) Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, ich möchte beginnen, indem ich Ihnen für die Gelegenheit danke, heute hierher kommen zu dürfen, um dieses wichtige Thema zu diskutieren. Aufgrund der von einigen Abgeordneten angesprochenen Fragen wird deutlich, dass dieses Thema eine gewisse Besorgnis auslöst. Ich hoffe, dass ich den Standpunkt des Rates zu diesem Thema heute verdeutlichen und Ihre Fragen beantworten kann.

Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind wesentliche Grundsätze bei der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Sie müssen die Leitsätze für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten innerhalb der Union sein. Diese Grundsätze sind der Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit im Bereich Asyl und Migration und müssen es auch bleiben.

Die Zusammenarbeit der EU im Bereich der Migration hat sich über die letzten Jahre hinweg schnell entwickelt und umfasst eine Anzahl verschiedener gesetzgeberischer und anderer Maßnahmen. Hinsichtlich der Rechte

von Asylsuchenden möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf das Grundziel der Zusammenarbeit in Asylfragen richten. Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu schaffen, das Menschen hinsichtlich ihres Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention und anderer internationaler Verträge in Bezug auf schutzbedürftige Menschen Schutz bietet. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit gibt es Bestimmungen, die es ermöglichen, ergänzenden Schutz anzubieten sowie Bestimmungen zum Asylverfahren, zur Aufnahme und zur Rückführung. Die Bestimmungen umfassen den gesamten Asylbereich und bilden die Grundlage des gemeinsamen europäischen Asylsystems.

Die wichtigsten Gesetzgebungsakte im Asylbereich sind die Dublin-Verordnung, in der die Kriterien und Mechanismen festgelegt werden, anhand derer entschieden wird, welcher Mitgliedstaat für die Überprüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, die Richtlinie über Aufnahmebedingungen, die Mindeststandards für die Aufnahme von Asylsuchenden festlegt, die Qualifikationsrichtlinie, die Mindeststandards für den Fall festlegt, dass ein Staatsbürger eines Drittlandes als internationalen Schutzes bedürftig angesehen werden sollte, und die Asylverfahrensrichtlinie über Mindeststandards und Verfahren in Mitgliedstaaten für die Gewährung und Aufhebung internationalen Schutzes.

All diese Gesetzgebungsakte werden derzeit geprüft mit Hinblick auf eine weitere Annäherung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten in diesem Bereich, um sie noch vollständiger und effektiver zu machen. Die vorgeschlagenen Änderungen werden anhand des Mitentscheidungsverfahrens beschlossen, was bedeutet, dass wir über eine breite politische Basis für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems verfügen werden.

Zu einer gut organisierten Migration gehört sowohl die Schaffung von Möglichkeiten für Menschen, die legal in die Europäische Union einreisen, als auch die Option zur Rückführung derjenigen, welche die Bedingungen zum Eintritt in das und den Aufenthalt im Territorium nicht erfüllen oder keine Asylgründe vorweisen können. Was die Grundrechte derer angeht, die kein Bleiberecht innerhalb der Union haben, möchte ich zuerst auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze hinweisen, welche die Grundlage für alle Aktivitäten der EU bilden müssen, und zweitens und insbesondere auf die Regeln, die für die Rückführung von Staatsbürgern aus Drittländern gelten, die nicht berechtigt sind, in einen Mitgliedstaat einzureisen und sich dort legal aufzuhalten. Diese Regeln sind in der Rückführungsrichtlinie festgelegt, die 2008 vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet wurde. Die Richtlinie ist der erste wichtige Schritt in Richtung einer Gesetzgebung, die darauf abzielt, für Gerechtigkeit und transparente Verfahren zu sorgen, um so eine effektivere Politik in Bezug auf die Rückführung auf europäischer Ebene zu erreichen. Ein Grundprinzip der mit der Rückführung verbundenen Arbeit besteht darin, dass sie Rechtssicherheit gewährleisten muss und human und effektiv ist.

Zu der Arbeit im Zusammenhang mit der Rückführung gehören auch gemeinsame Rückführungsflüge. Der Beschluss des Rates zur Organisation gemeinsamer Flüge zur Rückführung von Staatsbürgern aus Drittländern, denen keine Aufenthaltserlaubnis und kein Asyl gewährt worden ist, wurde 2002 im Rahmen des Rückführungsaktionsprogramms angenommen. Die Organisation gemeinsamer Flüge stellt eine effiziente Nutzung von Ressourcen dar und trägt zur Verbesserung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei. Ich möchte jedoch betonen, dass es sich dabei nicht um die Durchsetzung kollektiver Deportationsbeschlüsse handelt. Es handelt sich um eine kooperative Maßnahme zur effektiveren Nutzung der Kapazität der Mitgliedstaaten. Die mit dem Beschluss des Rates verknüpften gemeinsamen Leitlinien geben an, dass gemeinsame Flüge für Personen organisiert werden können, die die Voraussetzungen für die Einreise in das Gebiet eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder die Anwesenheit oder den Aufenthalt in diesem Gebiet nicht oder nicht mehr erfüllen. Der für die Organisation zuständige Mitgliedstaat und jeder teilnehmende Mitgliedstaat müssen gewährleisten, dass die rechtliche Situation jeder rückgeführten Person, für die sie verantwortlich sind, eine Rückführung erlaubt.

Die Verordnung zur Einrichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erlaubt es dieser Behörde, nämlich Frontex, ebenfalls, den Mitgliedstaaten die notwendige Unterstützung bei der Organisation gemeinsamer Rückführungsmaßnahmen zu gewähren. Im Oktober dieses Jahres hat der Europäische Rat auch Frontex aufgefordert, die Möglichkeit einer Finanzierung gemeinsamer Rückführungsflüge zu prüfen.

All diese Maßnahmen sollen gewährleisten, dass denjenigen, die ihn benötigen, internationaler Schutz gewährt werden kann, und dass die Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, auf rechtssichere und legale Art und Weise erfolgt. Der Einsatz von gemeinsamen Rückführungsflügen beinhaltet weder die Verletzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung noch die Umgehung der Bestimmung, dass die Fälle einzeln geprüft werden müssen. Von den Mitgliedstaaten wird

erwartet, dass sie die besonderen Umstände jeder Einzelperson, die Gegenstand einer Rückführung ist, prüfen, einschließlich jedes Antrags auf internationalen Schutz. Dies gilt selbstverständlich auch für Menschen, die aus Afghanistan kommen.

Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, die Gemeinschaftspolitik für Rückführungen ist selbstverständlich wichtig, aber sie stellt nur einen Aspekt einer umfassenden Migrationspolitik dar. Der vom Europäischen Rat im September letzten Jahres beschlossene Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl bekräftigt die Verpflichtungen der Union bezüglich einer globalen Vorgehensweise bei der Migration. Dies bedeutet, dass Migrationsthemen ein integrierter Bestandteil der Außenbeziehungen der EU sind und dass eine effektive Handhabung der Migration einheitlich sein muss. Dies erfordert außerdem eine enge Partnerschaft zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern.

Das von uns zuvor an diesem Nachmittag diskutierte Programm von Stockholm wird natürlich diese übergreifende Strategie bestätigen und weiterentwickeln.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, ich werde versuchen, die wichtigsten Prinzipien zu erwähnen, die unsere Vorgehensweise bei diesen Migrations- und Rückführungsproblemen bestimmen.

Die europäische Gesetzgebung verpflichtet die Mitgliedstaaten, zu gewährleisten, dass auf ihrem Hoheitsgebiet befindliche Drittstaatsangehörige internationalen Schutz beantragen können, wenn sie dies wünschen. Hinsichtlich der Möglichkeit, dass diesen Staatsangehörigen, in diesem Fall sind es Afghanen, internationaler Schutz in der einen oder anderen Form gewährt werden kann, muss der Mitgliedstaat jeden Asylantrag prüfen, indem er die durch die europäische Gesetzgebung für die jeweiligen individuellen Umstände des einzelnen Asylsuchenden festgelegten Kriterien anwendet. Die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, ob der Asylsuchende Flüchtlingsstatus beanspruchen kann und, falls er nicht die Kriterien erfüllt, um als Flüchtling anerkannt zu werden, müssen sie prüfen, ob er so genannten subsidiären Schutz erhalten kann.

Ich werde die Prinzipien durchgehen. Erstens dürfen Drittstaatsangehörige nicht in ihr Land zurück geschickt werden, wenn sie der Gefahr von ernsten Angriffen ausgesetzt sind. Die Gesetzgebung der Europäischen Union und insbesondere die Asylqualifikationsrichtlinie geben an, dass die Mitgliedstaaten gemäß ihren internationalen Verpflichtungen das Prinzip der Nichtzurückweisung respektieren müssen. Daher können Mitgliedstaaten keine Personen nach Afghanistan zurückschicken, wenn diese Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind oder ihnen subsidiärer Schutz gewährt wurde. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, zu gewährleisten, dass keine Rückführungsmaßnahmen durchgeführt werden, die gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, zu gewährleisten, dass eine Person nicht in ihr Herkunftsland zurück geschickt wird, wenn sie dort bei ihrer Rückkehr Verfolgung und ernsten Angriffen ausgesetzt ist.

Der zweite Punkt besteht darin, dass man die Anwendungen nicht verallgemeinern kann, was die Angemessenheit von Rückführungsmaßnahmen nach Afghanistan betrifft. Afghanistan ist eines der Hauptursprungsländer der Asylsuchenden, die sich in der Europäischen Union aufhalten. Ich sollte hinzufügen, dass die Union nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Anzahl der afghanischen Flüchtlinge aufnimmt, von denen sich die meisten in benachbarten Ländern, in erster Linie im Iran und in Pakistan, aufhalten.

Man kann keine allgemeinen Schlussfolgerungen darüber ziehen, ob die erzwungene Rückführung von Afghanen in ihr Herkunftsland gegen Gemeinschaftsrecht, die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verstoßen würde. Es bleibt den Mitgliedstaaten, in denen die Anwendungen durchgeführt werden müssen, überlassen, über jeden einzelnen Antrag unter Berücksichtigung der jeweiligen individuellen Umstände zu entscheiden. Bei der Prüfung der Anwendungen müssen die Mitgliedstaaten die relevanten spezifischen individuellen Umständen betrachten, um den gegebenenfalls vorhandenen Schutzbedarf des einzelnen Antragstellers festzulegen.

Dazu gehört die Untersuchung der politischen und humanitären Sicherheitsbedingungen sowie der Menschenrechtsbedingungen in Afghanistan. Es umfasst außerdem die Untersuchung der spezifischen Situation des Landesteils, aus dem der Antragsteller stammt, sowie die individuellen Umstände für diese Person, wie ihre Familiensituation, ihre Aktivitäten im Herkunftsland und andere spezifische Eigenschaften, die sie verletzlicher machen können.

Man kann keine allgemeinen Schlussfolgerungen über den Schutzbedarf von afghanischen Asylsuchenden ziehen, aber die Statistiken zeigen, dass die Anerkennungsquote für diese Gruppe während der letzten Monate gestiegen ist. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 erhielten fast 50 % der afghanischen Asylsuchenden

internationalen Schutz in der Europäischen Union, verglichen mit weniger als 30 % im letzten Quartal von 2008.

Ich komme jetzt zu einer anderen Frage: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, bevor die Entscheidung getroffen wird, eine Rückführung durchzuführen? In meiner kürzlich erfolgten Stellungnahme zur von dem Vereinigten Königreich und Frankreich gemeinsam durchgeführten Rückführung von Afghanen nach Kabul habe ich darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten drei Vorsichtsmaßnahmen treffen müssen, bevor eine Person in ein Drittland wie Afghanistan zurückgeführt wird.

Sie mussten zuerst sicherstellen, dass der betroffene Migrant keinen internationalen Schutz beantragen wollte; zweitens, falls ein Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde, musste sichergestellt werden, dass dieser Antrag einer gründlichen Einzelprüfung unterzogen worden war und erst nach einem angemessenen Bewertungsverfahren abgewiesen wurde; und drittens musste sichergestellt werden, dass das Leben des in sein Herkunftsland zurückgebrachten Migranten dort nicht in Gefahr ist.

Die Kommission hat versucht, größere Klarheit über die Umstände dieser von Frankreich und Großbritannien durchgeführten afghanischen Rückführungsaktion zu erhalten. Die Kommission verfügt jedoch gegenwärtig über keine Informationen, die darauf hindeuten, dass diese drei Bedingungen von den betroffenen Personen nicht erfüllt wurden.

Was kann dazu gesagt werden, dass von diesen Rückführungsaktionen mehrere repatriierte Personen betroffen waren, insofern es um die individuelle Prüfung der Akten jeder Person geht?

Protokoll 4 zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verbieten kollektive Ausweisungen, aber es gibt kein gesetzliches Hindernis und keinen grundsätzlichen Einwand dagegen, dass verschiedene einzeln bearbeitete Rückführungen gemeinsam durchgeführt werden, jede auf der Grundlage einer einzelnen Entscheidung, wenn beispielsweise der gleiche Flug benutzt wird, und es gibt auch kein gesetzliches Hindernis dagegen, dass diese Aktionen von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam organisiert werden.

Das aktuelle Mandat von Frontex ermöglicht bereits die internationale Kooperation auf dem Gebiet der gemeinsamen Rückführungsaktionen. Der Europäische Rat hat darum gebeten, dass die operativen Befugnisse von Frontex gestärkt werden sollten, und dass insbesondere die Möglichkeit in Betracht gezogen werden sollte, regelmäßig Flüge zu chartern, um diese Aktionen durchzuführen. Diese gemeinsamen Aktionen sollten Rückführungsaktionen unter logistischen Gesichtspunkten effektiver machen und können vielleicht ebenfalls zu einigen sehr wünschenswerten Vorteilen bei Repatriierungen führen, die stets belastend sind.

Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Kommission, obwohl die Rückführungsrichtlinie noch nicht von der Mehrheit der Mitgliedstaaten umgesetzt wurde, diese dazu auffordert, zum jetzigen Zeitpunkt dafür zu sorgen, dass ihre Rückführungsentscheidungen mit den in dieser Richtlinie festgelegten Vorschriften konform sind. Dies bedeutet insbesondere, dass die freiwillige Rückkehr Priorität haben muss, dass das Recht auf Einspruch gegen Rückführungsbeschlüsse gewährleistet sein muss, und dass die individuellen Bedürfnisse von gefährdeten Personen berücksichtigt werden müssen. Diese Rückführungsrichtlinie ist noch nicht in Kraft. Sie wird es bald sein, und sie wird es ermöglichen, den betroffenen Personen einige zusätzliche Garantien zu geben.

Dies sind die Antworten, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die ich Ihnen gemäß der europäischen Gesetzgebung übermitteln wollte. Wie Herr Billström bereits ebenfalls erläutert hat, sind wir bezüglich all dieser Probleme bemüht, die richtige Balance zwischen dem Wunsch, Personen, die politisch verfolgt werden und es tatsächlich verdienen, geschützt zu werden, aufzunehmen und der Tatsache zu finden, dass bei einigen Anträgen keine Gründe zu Annahme bestehen. Es gibt hier also eine schwierige Balance, die von der Kommission genau überwacht wird.

Das ist es, was ich dem Parlament zu sagen habe, und ich werde mir selbstverständlich die Reden anhören, die dieser Stellungnahme folgen.

Véronique Mathieu, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, die Union hat die Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, würdige Aufnahmebedingungen und internationale Schutzsysteme zu bieten, die ihren Werten entsprechen.

Seit einigen Jahren sieht sich die Europäische Union jedoch gemischten Migrationsströmen und Netzwerken von Menschenhändlern gegenüber, die nationale Asylsysteme missbrauchen, um Personen Zutritt zu verschaffen, die nicht die Voraussetzungen erfüllen, um diese Systeme nutzen zu können.

Was können wir also tun? Diese Frage wurde in jedem unserer Mitgliedstaaten gestellt. Tatsache ist, dass es eine Grenze für die Aufnahmekapazität der Mitgliedstaaten gibt. Schutzsysteme müssen Menschen angeboten werden, die objektive Kriterien erfüllen, und wenn wir unsere Tradition der Aufnahme von Asylsuchenden bewahren möchten, müssen wir entschlossen handeln, wenn diese Asylverfahren für wirtschaftliche Migrationszwecke missbraucht werden.

Es ist auch wichtig, zu betonen, dass alle Länder, die von aus Afghanistan oder dem Irak stammenden illegalen Immigrationsnetzwerken ins Visier genommen werden, zwangsweise Rückführungsmaßnahmen anwenden. Sie sind dazu verpflichtet. Ich muss nur eine Anzahl von EU-Mitgliedstaaten erwähnen, die unabhängig von ihrer politischen Überzeugung solche Maßnahmen durchführen.

Es gibt zu diesem Thema innerhalb der Union keine politischen Meinungsunterschiede mehr, und dieser Konsens macht es möglich, dass in der nahen Zukunft durch Frontex finanzierte gemeinsame Rückführungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Diese Initiative muss als allgemeines Mittel zur Bewältigung von Migrationsströmen begrüßt werden. Daher möchte ich darauf hinweisen, dass Gruppenrückführungsaktionen gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte etwas ganz anderes sind als Kollektivabschiebungen.

Der Gerichtshof von Straßburg verbietet jede Maßnahme, die Ausländer zwingt, ein Land in Gruppen zu verlassen, er autorisiert jedoch Fälle, in denen eine solche Maßnahme am Ende einer angemessenen und objektiven Prüfung der individuellen Situation jedes der Ausländer getroffen wird.

Das internationale und das europäische Flüchtlingsgesetz ist sehr komplex, um zu gewährleisten, dass diese Abschiebungsverfahren streng kontrolliert und nur gemäß dem grundlegenden Prinzip der Menschenwürde durchgeführt werden.

Sylvie Guillaume, in Namen der S&D-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, ich haben den Rednern aufmerksam zugehört, möchte aber dennoch einige Fragen und Anliegen bezüglich der uns vorliegenden Materie mit Ihnen teilen. Dazu muss ich mich auf zwei Beispiele aus jüngster Zeit beziehen.

Das erste betrifft die Deportation von 27 Afghanen nach Kabul als Teil einer von Frankreich und Großbritannien organisierten Gruppendeportation. Ich würde gerne wissen, ob die Kommission und der Rat glauben, dass Afghanistan ein Land ist, in dem die körperliche Unversehrtheit deportierter Personen gewährleistet ist.

Die Kommission hat uns soeben gesagt, dass sie nicht in der Lage ist, zu garantieren, dass diese Deportationen erst nach Prüfung der Tatsache erfolgt sind, ob die betroffenen Personen nicht einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hatten, beziehungsweise, ob die Deportationen mit jeder Stufe des Verfahrens der Prüfung ihres Antrags, sofern vorhanden, in Übereinstimmung stehen.

Das zweite Beispiel betrifft die Deportation von Roma durch Deutschland, Belgien und Österreich in den Kosovo, mit dem diese Länder Rückübernahmeabkommen abgeschlossen haben, obwohl das UNHCR in seinen Leitlinien vom 9. November der Ansicht ist, und ich zitiere: „die Roma sehen sich in jedem Teil des Kosovo schweren Einschränkungen ihrer Freizügigkeit und der Ausübung grundlegender Menschenrechte gegenüber [...] und es gibt Berichte über Drohungen und körperliche Gewalt gegen diese Gemeinschaften“.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Klärung der folgenden drei Punkte: Wieso wird Artikel 15 Absatz c der Qualifikationsrichtlinie von 2004, der das Recht auf subsidiären Schutz gewährt, für Personen, die, und ich zitiere: „eine(r) ernsthafte(n) individuelle(n) Bedrohung [...] infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“ ausgesetzt sind, so mangelhaft angewendet?

Zweite Frage: Können wir uns mit der Tatsache abfinden, dass es legitim ist, Personen, die illegal in der EU leben, zu deportieren, weil sie keinen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben, obwohl wir wissen, dass aufgrund der Dublin-II-Verordnung viele potentielle Asylsuchende diese Anträge nicht in dem Staat stellen, in dem sie zuerst ankommen, da ihre Aussichten, dass das Verfahren Erfolg hat, gering und die Aufnahmebedingungen entsetzlich sind.

Abschließend meine dritte Frage: Sollten die Mitgliedstaaten die Entscheidung des Rates vom 29. und 30. Oktober bestätigen, der zufolge die Möglichkeit untersucht werden soll, regelmäßige gemeinsame von der Agentur Frontex finanzierte Rückführungsflüge zu chartern, beabsichtigen sie dann ebenfalls eine europäische Liste sicherer Länder aufzustellen und rasch zu handeln, um ein gemeinsames Asylsystem einzurichten, das es ermöglicht, die Voraussetzungen für die Prüfung, Gewährung und Ausübung des Flüchtlingsstatus auf einer höheren Ebene zu harmonisieren?

Marielle De Sarnez, *in Namen der ALDE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich möchte Sie zuerst über die Trauer informieren, die viele Europäer verspürt haben, als zwei EU-Mitgliedstaaten am 20. Oktober die zwangsweise Rückführung afghanischer Immigranten durchführten: Drei aus Frankreich und 24 aus Großbritannien. Diese Männer, die ein im Krieg befindliches Land verließen, um nach Europa zu kommen, wo sie glaubten, Asyl und Schutz beantragen zu können, wurden somit in ein Land zurück geschickt, in dem immer noch Krieg herrscht, und in dem ihre Sicherheit in keiner Weise garantiert werden kann.

Dies stellt unsere Vorstellung von Menschenrechten auf den Kopf. Und stellen Sie sich meine Überraschung vor, als ich sah, dass der Europäische Gipfel – und ganz offensichtlich besteht da eine Verbindung – Vorkehrungen trifft, nicht nur für die Organisation gemeinsamer Charterflüge sondern auch für deren Finanzierung – und dies ist eine neue Entwicklung – aus dem europäischen Haushalt!

Herr Kommissar, dies ist nicht das Europa, das wir lieben. Europa ist nicht dazu da, nationale Praktiken zu legitimieren, die Grundrechte verletzen. Es ist einfach, Europa die Schuld zu geben. Wenn ich zum Beispiel höre, wie der französische Einwanderungsminister erklärt, dass zwangsweise Rückführungen unter der Flagge Europas durchgeführt werden sollten, dann kann ich Ihnen schon jetzt sagen, dass die Gründungsväter Europa nicht zu diesem Zweck erfunden haben.

Sie haben Paris und London darum gebeten, zu gewährleisten, dass die deportierten Afghanen tatsächlich die Möglichkeit haben, Asyl zu beantragen, dass dieser Antrag abgewiesen wurde und dass ihr Leben in der Region, in die sie zurückgeführt wurden, nicht in Gefahr ist. Ich hätte daher von Ihnen gerne eine ausdrückliche Bestätigung, dass eine individuelle Prüfung jedes der Asylanträge tatsächlich durchgeführt wurde.

Ich würde außerdem gerne wissen, ob die Kommission Afghanistan als ein sicheres Land betrachtet, und falls sie dies nicht tut, möchte ich wissen, ob die Kommission zustimmt, dass diese zwangsweise Rückführung einen Verstoß gegen Artikel 3 der Genfer Konvention darstellt.

Ich wäre Ihnen für jegliche Erklärungen sehr dankbar.

Hélène Flautre, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, erstens möchte ich sagen, wie erfreut ich darüber bin, dass wir dieses Thema heute diskutieren, denn es ist klar, dass die Staats- und Regierungsoberhäupter erwartet hatten, dass die Deportation irregulärer Migranten aus der Europäischen Union nach Afghanistan ohne jegliche Probleme durchgeführt werden kann, und dies ist nicht der Fall.

Es ist aus zwei Gründen nicht der Fall: Erstens, da die Europäische Kommission von den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs Informationen verlangt hat, was eine gute Sache ist, und zweitens, weil wir heute eine Aussprache zu diesem Thema haben.

Es wurden bereits Fragen gestellt. Ist Afghanistan ein sicheres Land? Nun wir sollten Herrn Obama fragen, da er soeben beschlossen hat, 34 000 Soldaten dorthin zu schicken. Keine Armee kann das Überleben ihrer Männer in Afghanistan garantieren, und wir sollen in der Lage sein, zu gewährleisten, dass das Leben von Migranten, die wir in dieses Land zurück schicken, nicht in Gefahr gebracht wird? Diese Situation ist ein Witz, und das UNHCR macht dabei auch nicht mit, da es den Mitgliedstaaten wärmstens empfohlen hat, nicht mit Deportationen dieser Art fortzufahren.

Zweitens besteht Unklarheit in Bezug auf kollektive Ausweisungen. Jeder – und vor allem ich – begrüßt den zukünftigen verbindlichen Charakter der Charta der Grundrechte. Artikel 19 Absatz 1: „Kollektivausweisungen sind nicht zulässig“.

Sie sagen uns, dass dies keine Kollektivausweisung ist. Herr Billström hat eine bezaubernde Art und Weise, dies zu formulieren, da er uns sagt, dass es sich hierbei um eine vernünftige Mobilisierung von Ressourcen handelt. Bald werden uns gemeinsame Charterflüge auf die gleiche Weise verkauft werden, wie Fahrgemeinschaften als Mittel zur Bekämpfung der globalen Erwärmung. Es gibt Grenzen! Und worin bestehen diese Grenzen?

Nun, ich kann Ihnen als gewählte Vertreterin von Pas-de-Calais, wo es viele Afghanen gibt, die außerdem Gegenstand der von Herrn Besson in Frankreich organisierten Deportationen sind, sagen, dass, wenn die französische Regierung beschließt, zu Kommunikationszwecken eine kollektive Rückführungsaktion zu organisieren und daraus ein Medienereignis zu machen, es in Pas-de-Calais zu Verhaftungen kommt: kollektiven Verhaftungen, die daher illegal weil diskriminierend sind.

Daher können wird das, was Sie sagen, Herr Barrot, absolut nicht gewährleisten, nämlich dass es sich hierbei um eine gemeinsame Aktion in Bezug auf Menschen handelt, die nach einer Einzelpfprüfung als irreguläre Migranten identifiziert wurden. Es handelt sich hierbei in der Tat um eine Kollektivausweisung, weil eine kollektive Verhaftung stattgefunden hat.

Marie-Christine Vergiat, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, man könnte zufrieden darüber sein, dass diese Aussprache abgehalten wurde. Ich bin jedoch entsetzt über das Geschwafel, das wir uns anhören müssen. Wir sollten aufhören, mit Worten zu spielen. Ja, es wurden in der Tat Kollektivausweisungen organisiert.

Die Europäische Union ist sehr stolz darauf, dass sie die Menschenrechte verteidigt. Das Recht auf Asyl ist eines dieser Grundrechte. Heute sind jedoch Afghanen in ein im Krieg befindliches Land deportiert worden, in einen Krieg, an dem viele europäische Länder beteiligt sind.

Es tut mir Leid, Herr Barrot, aber die fragliche Gesetzgebung ist genauso europäische Gesetzgebung wie sie nationale Gesetzgebung ist, und bitte verweisen Sie uns nicht auf jede einzelne dieser nationalen Situationen. Ein Großteil der so geschaffenen Situationen sind der Rückführungsrichtlinie zuzuschreiben, die ich lieber die „Richtlinie der Schande“ nennen möchte, denn es handelt sich um eine schändliche Richtlinie für alle Verteidiger der Menschenrechte. Sie wissen, dass Asylsuchende in jedem europäischen Land unterschiedlich behandelt werden, und genau wegen dieser Unterschiede ist es Afghanen nicht möglich, unter guten Bedingungen Asyl zu beantragen.

Ich füge daher meine Stimme all den von meinen Abgeordnetenkollegen gestellten Fragen hinzu und möchte Sie bitten, zu gewährleisten, dass die Ergebnisse dieser politischen Maßnahmen, sofern möglich, auf einer Fall-zu-Fall-Basis bewertet werden.

Christine De Veyrac (PPE). – (FR) Herr Präsident, ich möchte meine Unterstützung der gemeinsamen Initiative der Labour-Regierung Großbritanniens und der französischen Regierung zur Deportation illegaler afghanischer Immigranten in deren Heimatland zum Ausdruck bringen.

Tatsächlich wurden, entgegen dem, was einige gesagt haben, die Asylanträge dieser Menschen abgewiesen, und diese bilaterale Initiative muss nun auf die europäische Ebene ausgeweitet werden. Der Migrationsdruck stellt eine Herausforderung dar, der wir kollektiv begegnen müssen, und dies ist die Logik hinter dem vor wenigen Monaten während des französischen Ratsvorsitzes angenommenen Pakt zu Einwanderung und Asyl. Wir müssen fortfahren, indem wir unsere Ressourcen bündeln und durch Frontex finanzierte gemeinsame Rückführungsflüge organisieren.

Die Entscheidung der 27, die Kommission um eine Untersuchung dieses Themas zu bitten, ist ein erster Schritt und, Herr Kommissar, ich hoffe, dass die Kommission diesen Vorschlag unterstützen wird, da die Öffentlichkeit und insbesondere legale Einwanderer von uns die Bekämpfung der illegalen Einwanderung erwarten.

Sari Essayah (PPE). – (FI) Herr Präsident, innerhalb des Kontexts der Definition eines Flüchtlings in der Genfer Konvention wird verlangt, dass die Voraussetzung für die Gewährung von Asyl für jedes Individuum einzeln geprüft werden müssen. Wie wir in der vorhergehenden Rede gehört haben, wurden die Asylanträge ordnungsgemäß bearbeitet, und es waren kombinierte Aktionen zur Rückführung dieser Menschen möglich, sofern diese Voraussetzungen für jede Person einzeln geprüft wurden.

Was bei mir und diesem Parlament Besorgnis erregt, ist, dass die Situation bezüglich der Sicherheit in Afghanistan so beschaffen ist, dass wir nicht wissen, ob jemand dorthin zurückgeschickt werden kann. In Finnland wurde diese Situation beispielsweise gelöst, indem man eine befristete Aufenthaltserlaubnis gewährt hat, obwohl die persönlichen Definitionen für den Flüchtlingsstatus nicht erfüllt wurden – somit wurde kein Asyl gewährt – da wir Menschen nicht in ein Land zurückschicken möchten, in dem Krieg herrscht. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist zu gefährlich, als dass man gegenwärtig jemanden dorthin zurückschicken könnten, aber später, wenn sich die Lage beruhigt hat, werden diese Menschen zurückgeschickt werden.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Herr Präsident, ich möchte mit der folgenden Sache beginnen: Ich habe mehrere Jahre im Ministerium für die nationale Verteidigung der Republik Polen gearbeitet und war in diesem Zusammenhang viele Male in Afghanistan, da dort 2 000 Soldaten aus Polen dienen. Die Dramatik der Situation besteht in der Tatsache, dass es einerseits Menschen gibt, die verzweifelt sind und diese schwierige Situation nicht bewältigen können, da um sie herum ständig ein Krieg stattfindet. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die, und ich zögere nicht, dies zu sagen, auf zwei Seiten spielen. Tagsüber

unterstützen sie diejenigen, die heute an der Macht sind, und nachts helfen sie den Taliban. In diesem Zusammenhang lautet meine Frage wie folgt: Haben wir die Instrumente und die Fähigkeit, die wirklichen Beweggründe und Umstände derjenigen zu prüfen, die nach Europa kommen? Ich bin der Ansicht, dass einige einfach aus dem Grund kommen, weil sie keinen anderen Ausweg sehen und verzweifelt sind, aber es könnte auch Einzelfälle von Personen geben, die auf mehreren Seiten spielen.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Herr Präsident, ich fand einen Teil der Diskussion etwas merkwürdig. Warum sind diese Menschen illegal hier? Sie sind hier illegal, weil sie nur auf diese Weise aus ihrem Land entkommen konnten, das sich auf legale Weise im Krieg befindet. Sie haben keine Möglichkeit, legal hierher zu kommen, daher ist es nicht überraschend, dass sie illegal hierher kommen. Wir alle wissen, wie schwer es ist, Asyl zu beantragen und zu erhalten, da die Genfer Konvention in diesem Punkt sehr streng ist und man beweisen muss, dass man persönlich verfolgt wurde, was natürlich schwierig ist, wenn man vor einem Krieg flüchtet. Jetzt sagen Sie, dass wir sie, nur weil sie ihren Asylantrag nicht durchbringen konnten, nach Afghanistan zurück schicken sollten, wo Krieg herrscht und Menschen nicht leben können, wo sie nicht überleben können, wo man sich nicht seinen Lebensunterhalt verdienen kann, und wo, nebenbei gesagt, auch ein starker Krieg gegen Frauen geführt wird. Daher sollten allein aus dem letzten Grund Frauen, die von dort fliehen, Asyl erhalten.

Ich möchte alle Mitgliedstaaten und die Kommission dringend auffordern, gegen die Rückführung dieser Menschen nach Afghanistan zu kämpfen.

Tobias Billström, amtierender Ratspräsident. – (SV) Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, ich danke Ihnen für die vielen interessanten Beiträge zu dieser Aussprache. Ich möchte beginnen, indem ich versuche, die wichtigsten Grundsätze in dieser Sache zusammenzufassen. Ich werde mit dem beginnen, was Frau Mathieu in ihrem ersten Punkt über das Thema der gemischten Migrationsbewegungen gesagt hat. Es ist in der Tat der Fall, dass gemischte Migrationsbewegungen in die Europäische Union kommen, und da die Union, wie Frau Mathieu dargelegt hat, über keine unbegrenzte Kapazität zur Aufnahme dieser Menschen verfügt, ist es wichtig, eine individuelle, rechtssichere Prüfung durchzuführen, um in der Lage zu sein, entscheiden zu können, wer gemäß der europäischen Gesetzgebung und gemäß internationalen Abkommen Schutz erhalten sollte. Die Kommission überwacht dies anhand der Richtlinien, die innerhalb der Union einstimmig angenommen wurden.

Dies ist eine gute Überleitung zu den von Frau Guillaume und Frau de Sarnez ausgedrückten Ansichten, nämlich ob Afghanistan ein Land ist, in dem die Sicherheit des Einzelnen gewährleistet werden kann. Nun, ja, genau darum geht es in dieser ganzen Aussprache! Genau das soll eine individuelle Prüfung klären und gewährleisten. Der Zweck der Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems dient genau diesem Ziel. Ich denke, dass mehrere Redner diese Tatsache in ihren Reden völlig übersehen haben, mit anderen Worten gesagt, dass eine rechtssichere Prüfung mit dem Zweck, zu klären, dass „Ja“ auch „Ja“ und „Nein“ auch „Nein“ bedeutet, genau das ist, was wir zu erreichen versuchen müssen. Im Falle eines „Nein“ muss die Person zurück geschickt werden, unabhängig davon – und ich werde dies wiederholen, sodass jeder genau versteht, was die Absicht des Ratsvorsitzes ist – um welches Land es sich handelt. Wenn wir geklärt und gewährleistet haben, dass eine Person keines besonderen Schutzes bedarf, können wir sie guten Gewissens in ihr Herkunftsland zurück schicken. Ob dies, wie Kommissar Barrot gesagt hat, in koordinierter Art und Weise auf einem Flug mit mehreren verschiedenen Menschen an Bord, deren Fälle einzeln geprüft wurden, stattfindet, oder ob sie getrennt reisen, ist tatsächlich nur von zweitrangiger Bedeutung. Es handelt sich in diesem Zusammenhang lediglich um eine logistische Frage.

Ich werde mich jetzt an Frau Keller wenden, die wie immer einige interessante Argumente eingebracht hat. Ja, ich teile Ihre Ansicht, dass die Frage des Zugangs komplex ist. Es ist schwierig, wenn wir gegenwärtig ein System haben, das es im Prinzip erforderlich macht, dass sich jemand innerhalb der Europäischen Union befinden muss, um einen Asylantrag einreichen zu können, während es gleichzeitig vielleicht nicht besonders einfach für diese Person ist, zu diesem Zweck in die Europäische Union zu gelangen. Aber genau aus diesem Grund haben wir während des schwedischen Ratsvorsitzes die Arbeit an der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Umsiedlungssystems fortgesetzt, das es ermöglichen wird, eine alternative Route anzubieten, eine Passage innerhalb der Europäischen Union für diejenigen, die Schutz vielleicht am dringendsten benötigen, die am stärksten gefährdet sind und die Menschen, die nicht die finanziellen Mittel haben, um in die Europäische Union einzureisen.

Lassen Sie mich sagen, dass, wenn alle EU-Mitgliedstaaten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung so viele Plätze bereitstellen könnten, wie es Schweden gegenwärtig macht – wir haben jährlich 1 900 Plätze – wäre die Europäische Union in der Lage, dem UNHCR, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge,

jährlich 100 000 Plätze zur Verfügung zu stellen. Es ist ein wichtiger strategischer Schritt, um in der Lage zu sein, die schlimmsten Flüchtlingslager auf der Welt schließen zu können und die Solidarität zu zeigen, von der wir im Ratsvorsitz glauben, dass sie die Europäische Union gegenüber Ländern außerhalb ihrer Grenzen zeigen sollte, die in der Tat den Großteil der Flüchtlinge der Welt enthalten.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, ich danke allen Rednern.

Die größte Schwierigkeit, der wir gegenüber stehen, ergibt sich aus dem was Frau Mathieu als gemischte Bewegungen bezeichnet hat, bei denen wir Einwanderer haben, die aus wirtschaftlichen oder umweltbezogenen Gründen kommen, und gleichzeitig Menschen, die verfolgt werden und ein Recht auf internationalen Schutz oder subsidiären Schutz haben. Darin besteht die Schwierigkeit, und dies muss klar verstanden werden, wenn diese Probleme gehandhabt werden sollen. Es ist sehr, sehr schwierig.

Ich möchte zuerst einmal antworten. Ich werde einige Elemente der französischen Antwort vorlesen – ich kann nicht auf alles antworten – da Sie mich zu diesem Thema befragt haben. Ich werde das Folgende aus der französischen Antwort vorlesen.

„Die interessierten Parteien, die von sich aus keinen Asylantrag eingereicht hatten, wurden als illegale Einwanderer verhört und in Verwaltungshaft unter der Kontrolle des Amtsrichters für Haft und Entlassung genommen.

Jede Person wurde in ihrer Muttersprache über ihr Recht informiert, vor dem Verwaltungsrichter gegen die Entscheidung, sie nach Afghanistan zu deportieren, Berufung einzulegen und über ihr Recht, beim Französischen Büro für den Schutz von Flüchtlingen und staatenlosen Personen (OFPRA) Asyl zu beantragen oder von einer in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration durchgeführten freiwilligen Rückführungsmaßnahme zu profitieren.

Von diesen Ausländern stellte lediglich einer keinen Antrag auf Asyl und beantragte keine Berufung vor dem Verwaltungsrichter, und zwei weitere ließen ihre Anträge durch das OFPRA prüfen, wo sie in Anwesenheit eines Dolmetschers gehört wurden. Sie hatten die Möglichkeit während einer Anhörung vor dem Verwaltungsgericht mithilfe eines Anwalts und in Anwesenheit eines Dolmetschers die Risiken zu erläutern, denen sie ihrer Ansicht nach ausgesetzt wären, wenn sie in ihr Herkunftsland zurück geschickt würden.

Obwohl das OFPRA mehreren afghanischen Staatsbürgern, die unter ähnlichen Umständen Schutz beantragt haben, den Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz gewährt hat, kam das OFPRA im vorliegenden Fall zu dem Schluss, dass es keinen ernsthaften oder bekannten Grund zu der Annahme gab, dass diese Personen einem echten Risiko der Verfolgung oder einer ernsthaften Bedrohung ihres Lebens oder ihrer Person ausgesetzt sein würden, wenn sie deportiert würden.“

Wir haben auch von der Regierung des Vereinigten Königreichs eine Antwort erhalten. Ich habe wirklich das getan, was mein Gewissen und meine Pflicht von mir verlangt haben; wir haben großen Wert auf die Befragung der Mitgliedstaaten gelegt.

Was ich Ihnen sagen möchte, ist, dass die Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hinsichtlich des Konzepts eines sicheren Landes besagt, dass lediglich die Tatsache, dass man aus einem Land oder einer Region kommt, in der Unruhe herrscht, kein ausreichender Grund ist, einen absoluten Schutz gegen Deportation oder das Recht auf subsidiären Schutz zu rechtfertigen, außer in Sonderfällen, wenn der Grad der allgemeinen Gewalt so hoch ist, dass jeder sich einer Bedrohung seines Lebens oder seiner Person gegenüber sieht, einzig und allein aufgrund der Tatsache, dass er sich in dem betreffenden Land oder der betreffenden Region befindet. Darüber hinaus ist es richtig, dass diese außergewöhnlichen Umstände im vorliegenden Fall nicht angeführt wurden.

Jetzt möchte ich auf das Thema der Gruppenflüge antworten. Es muss gesagt werden, dass Frontex bereits Gruppenflüge organisiert und teilweise finanziert hat. Ich glaube, dass dies in der Tat gesagt werden muss. Es gab solche Flüge 2008 und 2009, sie sind also nichts Neues. Was Frontex zu tun versucht – und ich glaube, dass der Direktor von Frontex damit Erfolg hat – ist, zu gewährleisten, dass Gruppenrückführungen unter anständigen Bedingungen durchgeführt werden, wobei Menschen respektiert werden. Der Direktor von Frontex hat mir sogar kürzlich gesagt, dass er festgestellt hat, dass es in Österreich einen Ombudsmann gibt, der die Bedingungen, unter denen diese Rückführungen stattfinden, überwacht.

Wir hoffen auch, Expertise zu entwickeln, wenn es darum geht, zu gewährleisten, dass diese Menschen bei ihrer Deportation – nachdem festgestellt wurde, dass sie nicht der Definition von Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz oder subsidiären Schutz entsprechen – unter anständigen Bedingungen in ihr

Herkunftsland gebracht werden. Diesen Punkt untersuchen wir ebenfalls gegenwärtig auf Wunsch des Europäischen Rates. Wir haben uns das Konzept der zwangsweisen Rückführungsflüge nicht ohne jegliche Gewährleistung, dass die Menschen respektiert werden, ausgedacht.

Vor allem, daran möchte ich Sie erinnern – und hier danke ich Herrn Billström und dem schwedischen Ratsvorsitz, der uns sehr geholfen hat –, dass wir im Frühjahr damit begonnen haben, Texte vorzulegen, die uns auf dem Weg zu einem Europa des Asyls voranbringen werden. Wir haben einen Text über Aufnahmebedingungen, wir haben – und Frau De Sarnez hat diesen Punkt zu Recht aufgegriffen – das Dublin-Problem, wir haben in der Tat das Thema angesprochen, die Dublin-Verordnung so anzupassen, dass sie nicht gelegentlich die Interessen verletzlicher Personen, insbesondere von Kindern, untergräbt, und wir haben das Prinzip gefördert, bestimmte Abweichungen von der Dublin-Verordnung einzuführen.

Am 21. Oktober hat die Kommission zwei weitere wichtige Texte angenommen: einen über die Qualifikationsrichtlinie und einen weiteren über die Richtlinie über Asylverfahren. In diesem neuen Richtlinienentwurf über Asylverfahren versuchen wir, Kriterien festzulegen, die wirklich objektiv und überall gleich sind. Die Unterstützungsagentur muss speziell überprüfen, dass die Verfahren in ganz Europa mehr oder weniger gleich sind, damit dieses Europa des Asyls endlich zustande kommen kann.

Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz danken. Er hat, wie ich glaube, gute Arbeit dabei geleistet, die verschiedenen Texte dem Rat vorzulegen, aber sie sind immer noch weit davon entfernt, angenommen zu werden. Und wir haben einige Probleme. Ich tue alles in meiner Macht Stehende, um dieses Europa des Asyls in Gang zu bringen, mithilfe des schwedischen Ratsvorsitzes, der ein Beispiel gegeben hat – Herr Billström hat erläutert, was für ein Beispiel sein Land in Europa gegeben hat. Auch hinsichtlich dieses Problems zeigen die Mitgliedstaaten mehr Solidarität, wenn es darum geht, diese Flüchtlinge aufzunehmen und ihren Schutz zu garantieren. Alle Länder müssen damit beginnen, dies zu tun. Wir sind noch nicht angekommen, und es gibt immer noch einige Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen.

Das war es, was ich sagen wollte. Mir ist bewusst, dass ich nicht auf jede einzelne Frage geantwortet habe. Was ich Ihnen sagen kann, ist, dass wir in der Kommission trotz allem unser Bestes getan haben, um dem europäischen Gesetz Respekt zu verschaffen, und, was noch mehr ist, den Werten Europas Respekt zu verschaffen.

Der Präsident. – Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

11. Entlastung 2007: Rat (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über den zweiten Bericht über die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007, Einzelplan II – Rat (C6-0417/2008 - 2008/2277(DEC)) – Haushaltskontrollausschuss. Berichterstatter: Søren Bo Søndergaard (A7-0047/2009)

Søren Bo Søndergaard, Berichterstatter. – (DA) Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Vor sieben Monaten – genauer gesagt am 23. April – weigerte sich eine große Mehrheit dieses Parlaments den Haushaltsplan des Rates für 2007 zu entlasten. Wieso? Es lag daran, dass das Verhalten des Rates in Bezug auf das Parlament und den Haushaltskontrollausschuss völlig inakzeptabel war. Der Rat weigerte sich, schriftliche Fragen zu beantworten, die wir ihm bezüglich seines Haushaltsplans stellten und weigerte sich außerdem, sich mit dem Haushaltskontrollausschuss zu treffen, um Fragen zu beantworten. Die Situation war so absurd, dass Vertreter des Rates sofort jede Sitzung verließen, in der Fragen bezüglich des Haushaltsplans des Rates gestellt wurden.

Tatsächlich ist dies nichts Neues. Dies findet nämlich schon seit vielen Jahren statt. Das Neue war, dass das Parlament der Sache ein Ende setzte. Ich denke, dass sich im April viele Mitglieder eine einfache Frage stellten: Wie kann ich als Mitglied des Europäischen Parlaments meinen Wählern gegenüber für den Haushaltsplan des Rates die Verantwortung übernehmen, wenn der Rat noch nicht einmal die Fragen beantwortet, die ihm vom Parlament gestellt werden? Ich denke, dass dies die Frage war, die dazu führte, dass eine große Mehrheit der Abgeordneten dieses Parlaments sich weigerte, den Haushaltsplan des Rates zu entlasten. Vielleicht dachten einige Leute, dass das Parlament nach den Wahlen im Juni zugänglicher sein würde, oder dass die Forderungen des Parlaments nach Offenheit und Transparenz nach Wahlversprechen rochen und keinen wirklichen Gesinnungswandel darstellten. In diesem Fall wurden sie enttäuscht.

Auch nach der Wahl beharrten wir im Haushaltskontrollausschuss einmütig auf unserem sehr einfachen Standpunkt: Wenn der Rat wünscht, dass wir seinen Haushaltsplan entlasten, muss er sich mit uns treffen und unsere Fragen beantworten. Ende September tat sich endlich etwas. Am 24. September fand eine Sitzung zwischen dem Rat und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses sowie den Berichterstattern und Koordinatoren des Ausschusses statt. Zum gleichen Zeitpunkt beantwortete der Rat – wenn auch indirekt – die Fragen des Ausschusses, und die Antworten wurden auch auf der Website des Rates veröffentlicht.

Lassen Sie es mich klar und deutlich sagen: Das war ein kluger Schachzug des Rates – ein sehr kluger Schachzug. Aus diesem Grund sind wir im Haushaltsausschuss heute in der Lage, dem Parlament die Erteilung der Entlastung für den Haushaltsplan des Rates zu empfehlen. Lassen Sie mich jedoch auch eindeutig feststellen, dass wir sowohl erwarten als auch verlangen, dass dieser Schritt eine Änderung der Einstellung des Rates zum Parlament ausdrücken wird.

Was den Haushaltsplan des Rates für 2008 anbetrifft, so erwarten wir, dass das absurde Theater von 2007 nicht wiederholt wird. Wir gehen ganz im Gegenteil davon aus, dass wir an dem Punkt weitermachen, den wir endlich erreicht haben. Mit anderen Worten gehen wir davon aus, dass der Rat ohne unangemessene Verzögerung schriftliche Antworten auf die von den zuständigen Ausschüssen und Berichterstattern gestellten Fragen gibt. Wir erwarten vom Rat die Bereitschaft, sich mit den zuständigen Ausschüssen zu treffen und Fragen zu beantworten.

Um zu gewährleisten, dass es diesbezüglich keine Zweifel gibt, wird dies in dem Bericht, den wir heute diskutieren, und von dem ich hoffe, dass ihn das Parlament morgen – wenn nicht einstimmig, dann doch mit einer sehr großen Mehrheit – annehmen wird, eindeutig festgestellt. Durch die Erteilung der Entlastung für den Haushaltsplan des Rates für 2007 haben wir unsere positive Einstellung demonstriert. Jetzt ist der Rat am Zug.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, die Themen, die wir diskutieren, sind von äußerster Wichtigkeit. Offenheit und Transparenz sind die demokratischen Werkzeuge, die uns zur Verfügung stehen. Das Vertrauen der Bürger wird gefördert, wenn sie in der Lage sind, Einblick in das Verfahren zu nehmen, und dies ist wiederum gut für die Aktivitäten der Union. In dieser Hinsicht haben das Parlament und der Rat die gleichen Ziele, und dies gilt selbstverständlich überall, in allen Bereichen und in allen Institutionen.

Heute reden wir über eine Entlastung für 2007. In diesem Zusammenhang möchte ich natürlich die Bedeutung einer externen Prüfung im Allgemeinen und die Ausführung des Haushaltsplans im Besonderen betonen und in diesem Kontext auch die Rolle des Rechnungshofes und der sehr guten Arbeit in den Vordergrund stellen, welche die Grundlage für die jährliche Feststellung der Rechenschaftspflicht bildet.

Was die konkrete Frage dieses bestimmten Berichts über die Entlastung des Haushaltsplans 2007 angeht, so möchte ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass Sie jetzt empfehlen, dass dem Rat Entlastung gewährt wird. Wenn wir uns die Hauptthemen genauer betrachten, besteht tatsächlich kein Grund dazu, keine Entlastung zu erteilen. Der Rat war stets bemüht, die Regeln zu befolgen und bezüglich der Wirtschaftsführung Offenheit an den Tag zu legen. Dies wird auch zukünftig der Fall sein. Meinem Verständnis nach hat das informelle Treffen zwischen der Delegation des Haushaltskontrollausschusses und der Delegation des Rates im September es ermöglicht, eine Anzahl von Punkten zu klären, und dass dies – wie der Berichterstatter ebenfalls erwähnt hat – es möglich gemacht hat, dem Rat für den Haushalt 2007 Entlastung zu gewähren.

Dies wirft ganz einfach ein Schlaglicht auf die Bedeutung des Dialogs zwischen unseren Institutionen auch in der Zukunft. Ich bin daher sehr zufrieden darüber, dass wir einen Weg gefunden haben, um bei diesen Themen weiter zu kommen, mit dem Ergebnis, dass die Entlastung gewährt wurde, und ich freue mich darauf, dies in der morgigen Stimmabgabe bestätigt sehen zu können.

Ingeborg Gräßle, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (DE) Herr Präsident, Frau Malmström, Herr Barrot, ein Wunder ist geschehen. Zum ersten Mal in fünf Jahren werde ich Zeuge, wie der Rat an dieser Aussprache teilnimmt, und ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz meinen aufrichtigen Dank für dieses wichtige Zeichen aussprechen.

(Beifall)

Ich begrüße Sie herzlich zur Plenarsitzung, zum ersten Mal ist der Rat bei einer Aussprache über seine Entlastung vertreten.

Ende gut - alles gut, wie wir in Deutschland sagen? Nein, nicht in diesem Fall. Das Entlastungsverfahren mit dem Rat hat sich als unsäglich erwiesen und muss dringend auf die interinstitutionelle Tagesordnung gesetzt werden, die, nebenbei gesagt, erweitert werden muss, um die Präsidentin des Europäischen Rates zu umfassen. Wir haben einen neuen Akteur auf der europäischen Bühne und das vorhandene Verfahren kann und darf nicht so wie bisher fortgesetzt werden. Die Art und Weise, in der das Parlament um Informationen und Gesprächspartner betteln muss, um Antworten auf seine ausstehenden Fragen zu erhalten, ist einer parlamentarischen Demokratie unwürdig. Der Rat gebärdet sich als höchste und absolutistische Behörde, und ich, als Bürger der Europäischen Union, stehen beschämt über sein Verhalten vor den Wählern meines Wahlkreises. Das Verfahren, das wir bisher hatten, ist einfach absurd und darf zukünftig keine Fortsetzung mehr finden.

Ich möchte mich nochmals beim schwedischen Ratsvorsitz bedanken. Wir haben einen interessanten Anfang gemacht. Zuerst gab es dieses Gespräch, ein neuer, nie dagewesener Meilenstein, und die Tatsache, dass Sie heute anwesend sind, ist ein fantastisches Signal. Der Ratsvorsitz muss sich, wie alle anderen EU-Institutionen, der Entlastung durch das Parlament anbieten; gleiches gilt, jetzt natürlich mehr denn je, für den Hohen Vertreter als Leiter des Auswärtigen Dienstes. Wir Abgeordnete müssen jetzt zeigen, dass uns dieses Thema wichtig ist, und dass wir es gemeinsam voranbringen müssen. Diese Thema muss auf jeder Tagesordnung sein, und ich möchte die Kommission bitten, es auf die Tagesordnung zu setzen.

Es gefällt uns nicht, wie die Aussprache bisher verlaufen ist. Die Tatsache, dass wir nichts haben, nicht einen einzigen Vorschlag dafür, wie die Dinge in der Zukunft laufen sollen, beunruhigt uns. Lissabon darf kein Synonym für eine undurchschaubare Europäische Union werden, in der die Überwachung durch das Parlament plattgewalzt wird. Es ist die Möglichkeit für einen neuen Anfang mit einer starken Beteiligung von Seiten der gewählten Vertreter des Volkes, und die Gewährung der Entlastung für die zukünftigen Präsidentin des Europäischen Rates ist die erste Bewährungsprobe.

Bogusław Liberadzki, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, ich möchte zu Beginn meiner Dankbarkeit gegenüber dem Berichterstatter, Herrn Søndergaard, Ausdruck geben, der seine Arbeit unter schwierigen Bedingungen begonnen hat, viel Geduld an den Tag gelegt hat, und der auch gezeigt hat, dass er dazu neigt, in seinen Bewertung und Meinungen sehr ausgewogen zu sein.

Frau Malmström, ich stimme Ihnen zu, dass es gut ist, dass die Grundsätze der Transparenz, einschließlich der finanziellen Transparenz, beachtet werden, aber ich stimme den Wortmeldungen zu, die etwas mehr verlangen. Wir haben heute einen entscheidenden Moment hinsichtlich unserer Verfahrensweise erreicht. Am Vorabend des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon erkennt der Rat offensichtlich an, dass das Parlament die einzige Institution ist, die gewählt wird, da das Parlament offen arbeitet. Damit das Parlament und der Rat kompatible Institutionen sind, muss der Rat ebenfalls im großen Umfang offener arbeiten, und genau dies geschieht im Moment. Wir überwinden die Abneigung des Rates gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem Parlament. Ich denke, dass dies nicht nur in diesem Arbeitsbereich geschehen wird, sondern auch in anderen Arbeitsbereichen, einschließlich der parlamentarischen Ausschüsse.

Meine politische Gruppe wird daher definitiv den Vorschlag für einen Beschluss zur Entlastung des Haushaltsplans unterstützen, wie der ehrenwerte Rat auch in der heutigen Aussprache sehen wird. Wir werden nicht zu den Zahlen zurückkehren, wir werden nicht auf die linke Spalte, die rechte Spalte, Einnahmen, Ausgaben oder gesundes Management verweisen. Wir haben in dieser Hinsicht keine großen Vorbehalte. Wir sind jedoch froh darüber, dass diese Aussprache stattfindet, und über die Art und Weise, wie sie geführt wird.

Luigi de Magistris, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, als Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses muss ich die durch den Ausschuss geleistete sehr wichtige Arbeit, die hervorragende Erfüllung seiner Aufgabe durch den Berichterstatter und die gezeigte politische Solidarität anerkennen..

Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir von Anfang an eine deutliche Nachricht senden wollten: Wir haben vor, hart an der Gewährleistung von Transparenz, Genauigkeit und Gesetzmäßigkeit in der Verwaltung öffentlicher Fonds und somit auch an der Prüfung von Haushaltsplänen zu arbeiten.

Mit dem Rat, der zuerst nicht antworten wollte, wurden große Fortschritte erzielt. Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz persönlich dazu gratulieren. Er hat sich stets um die Förderung von Transparenz und Genauigkeit bemüht.

Unter diesem Aspekt erwarten wir somit weitere Fortschritte, da es offensichtlich absolut inakzeptabel ist, insbesondere in Zusammenhang mit den Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, dass das Parlament nicht über die notwendigen Informationen und Einzelheiten verfügen sollte, um Haushaltspläne und öffentliche Fonds zu überwachen, und zwar nicht nur im Interesse der Europäischen Union sondern im Interesse aller Bürger Europas.

Bart Staes, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (NL) Lassen Sie uns ehrlich sein, dies bleibt eine schwierige Übung, und ich bin erfreut, dass die amtierende Präsidentin des Rates anwesend ist. Dies stellt einen Durchbruch dar. Es ist in der Tat das erste Mal, dass der Ratsvorsitz diese Art von Aussprache besucht hat, und ich begrüße das. Wir müssen jedoch zugeben, dass dies eine schwierige Übung bleibt.

Der Rat versteckt sich tatsächlich weiter hinter einer Art von Gentlemen's Agreement, das irgendwann in den frühen 1970er Jahren - vor vierzig Jahren – geschlossen wurde und demzufolge das Parlament und der Rat vereinbart haben, sich nicht in den Haushaltsplan des anderen einzumischen, nicht die Bücher des anderen einzusehen und alles durchgehen zu lassen wie respektable Gentlemen. Dies gehört der Vergangenheit an, da sich der Haushalt des Rates grundlegend verändert hat. Vor vierzig Jahren bestand er nur aus Verwaltungsausgaben, wohingegen heute Betriebsausgaben hinzugekommen sind. Daher müssen wir uns um einen Durchbruch bemühen.

Wir haben den toten Punkt vorübergehend überwunden. Wir sind bereit, Entlastung zu gewähren, aber müssen jetzt wirklich einen Schritt weiter gehen. Schließlich sind die Probleme nicht gelöst worden. Wir haben die Aufgabe, zu gewährleisten, dass Transparenz und demokratische Kontrolle für den Haushaltsplan des Rates und auch für den Haushaltsplan unseres eigenen Parlaments Gültigkeit haben. Daher stimme ich all denjenigen – Rednern, Berichterstattern, Sprechern der politischen Fraktionen – zu, die deutlich gesagt haben: Seht her, dies ist ein Warnschuss, wir müssen bei der nächsten Entlastung des Rates einen Schritt weiter gehen. Der Jahresbericht des Rechnungshofes enthält diesbezüglich Vorschläge und erwähnt wieder einmal Themen, die das SESAME-Programm betreffen. Frau Malmström, Sie werden vielleicht bald nicht mehr beteiligt sein, aber wir werden uns weiterhin für Transparenz einsetzen.

Richard Ashworth, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, ich möchte zuerst diese Gelegenheit nutzen, um Kommissar Kallas Anerkennung zu zollen für den echten Fortschritt, der bei der Bewältigung der vom Rechnungshof ausgedrückten Themen und Vorbehalte erzielt worden ist. Meiner Ansicht nach hat die scheidende Kommission sehr viel mehr positiven Fortschritt erzielt als jede vorhergehende Kommission in neuerer Zeit, und ich danke ihm für seine Anstrengungen.

Es ist weithin akzeptiert, dass der Einsatz von Buchführungssystemen auf Rückstellungsbasis ein Erfolg, und dass die Installation für viele deutliche Verbesserungen verantwortlich war. Ich möchte auch anerkennen, dass bei der gemeinsamen Agrarpolitik gute Fortschritte gemacht wurden und zwar insbesondere hinsichtlich des IAC-Systems, das große Vorteile mit sich gebracht hat.

Es gibt jedoch zwei Problembereiche, die ich erwähnen muss. Erstens kritisiert der Rechnungshof in seinem Jahresbericht wiederholt „die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge“. Ich stimme dem zu, und in dieser Hinsicht unterscheidet sich 2007 nicht von den vorhergehenden Jahren. Ihre Botschaft ist völlig klar: Es gibt immer noch sehr viel zu tun.

Zweitens möchte ich erwähnen, dass der Rechnungshof Kritik an der mangelhaften Kontrolle bei gemeinsam verwalteten Programmen geübt hat. Dieses Parlament hat die Mitgliedstaaten wiederholt aufgefordert, sich den Belangen der Prüfer mit sehr viel größerer Dringlichkeit zu widmen, und wir haben die Mitgliedstaaten insbesondere dazu aufgefordert, die Bedingungen der interinstitutionellen Vereinbarung von 2006 zu erfüllen.

Um der steuerlichen Integrität und der öffentlichen Rechenschaftspflicht willen müssen sie jetzt mehr Entschlossenheit zeigen, und aus diesen Gründen werden ich und meine Kollegen von der Delegation der britischen Konservativen gegen eine Entlastung der Gesamthaushalts 2007 stimmen, bis wir sehen, dass der Rat in dieser Hinsicht echte Fortschritte macht.

Marta Andreasen, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident, wir sind gewählte Abgeordnete des europäischen Parlaments, aber unsere Wähler wissen nicht, was hinter den Kulissen vor sich geht. Im April 2009 hat der Haushaltskontrollausschuss beschlossen, die Entlastung des Rates zurückzustellen. Selbst wenn der Rechnungshof die Konten nicht kritisiert hätte, behauptete der Ausschuss über genügend Gründe zu verfügen, um auf diese Weise vorzugehen. Nachdem sich dieser Ausschuss im September mit den schwedischen Ratsvorsitz getroffen hatte und einige schriftliche Antworten auf die Fragen des Parlaments gegeben wurden, gab Herr Søndergaard, der Berichterstatter für die Entlastung des Rates für 2007, dennoch

einen Bericht heraus, der es auch mit sehr viel gutem Willen nicht ermöglicht hätte, eine Entlastung zu erteilen. Es wurde jedoch eine politische Entscheidung getroffen, die Entlastung zu erteilen und die kompromittierenden Absätze wurden verwässert.

Der Ausschuss beabsichtigt, Entlastung bezüglich der zukünftigen Erwartungen zu erteilen. Wenn die Menschen, die im Juni für uns gestimmt haben, Folgendes wüssten: Dass es auf der Grundlage eines Gentlemen's Agreement von 1970 einen Konsens gibt, keinen Ärger zu machen; dass der Innenrevisor des Rates nicht in den Haushaltskontrollausschuss eingeladen wurde, da der Rat sonst in der Lage wäre, den Innenrevisor des Europäischen Parlaments einzuladen, was unvorhersehbare Konsequenzen hätte; und dass der politisch ernannte Rechnungshof keine Bemerkungen zu dem Bericht des Innenrevisors des Rates vom April 2008 hatte, was würden sie sagen?

2002, als ich Rechnungsführer der Europäischen Kommission war, stellte der Generaldirektor für Haushalt in einem Brief an den damaligen Innenrevisor der Kommission fest, dass das Entlastungsverfahren nicht mehr als ein interinstitutionelles Spielchen sei. Werden wir es weiterhin vermeiden, über den Gorilla in der Mitte des Raumes zu reden, weil wir befürchten, die durch Jahre des Schweigens gewonnenen Privilegien zu verlieren? Wir können uns dafür entscheiden, die Heuchelei bloßzustellen und zu beenden, wenn wir für die Entlastung des Rates 2007 stimmen. Ich denke, Sie wissen, wofür ich mich entschieden haben, und ich hoffe, dass Sie mir folgen werden und dem Rat die Entlastung verweigern.

Martin Ehrenhauser (NI). – (DE) Herr Präsident, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellt derzeit in der internationalen Politik noch keine Marine, aber ein Kriegsschiff dar. Jedes Jahr, wenn die Entlastung des Haushaltskriegsschiffs des Rates ansteht, verschwindet es in das Bermuda-Dreieck, und dann scheint das Europäische Parlament gerne nach dem Motto vorzugehen „Alles, was nicht auf unserem Radarschirm zu sehen ist, existiert auch in der Realität nicht“.

Im letzten Frühjahr tauchten plötzlich außeretatmäßige Konten auf und dem Rat wurde keine Entlastung gewährt. Vier Gründe wurden dafür genannt. Der erste war, dass der Rat sich weigerte, ein offizielles, formelles Treffen mit dem Parlament in irgendeiner Form zu akzeptieren. Der zweite war, dass sich der Rat weigerte, irgendwelche ausreichenden schriftlichen Antworten zu geben. Der dritte war, dass der Rat weder einen Aktivitätsbericht noch eine vollständige Liste der Haushaltstransfers vorlegte. Der vierte Grund war, dass es unmöglich ist, festzustellen, ob die Ausgabenposten im Haushaltsplan des Rates betriebsbezogen sind.

Nun plötzlich - wenige Monate später - besteht ganz plötzlich die Bereitschaft, dem Rat Entlastung zu gewähren. Es wurde jedoch keiner der vier Gründe, wegen denen die Entlastung verweigert wurde, wirklich geklärt oder ausgeräumt. Die Vertreter des Rates weigern sich weiterhin, an irgendeinem formellen Treffen mit dem Parlament teilzunehmen. Es wurde ebenfalls kein Aktivitätsbericht vorgelegt, und die außeretatmäßigen Konten wurden nicht geschlossen oder gelöscht, wie wir gefordert haben.

Ich möchte den Berichterstatter daran erinnern, dass in seinem ursprünglichen Bericht insgesamt zwanzig Rückfragen und Fragen an den Rat gestellt wurden. Aber wo sind die genauen Antworten auf diese Fragen? Können Sie mir das sagen? Nein, das können Sie nicht. Anstatt an diesem Punkt den Druck auf den Rat zu erhöhen, was tun wir? Wir werden zu Bittstellern, und diese Forderungen werden in dem neuen Bericht zu Anfragen. Jeder, der dafür stimmt, dem Rat jetzt eine Entlastung zu gewähren, unterstützt genau diese Situation, in der das Parlament vor dem Rat steht und kleinlaute Anfragen stellt.

Sidonia Elżbieta Jędrzejewska (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich unterstütze den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zur Gewährung einer Entlastung für den Generalsekretär des Rates bezüglich der Umsetzung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007. Ich freue mich, dass der schwedische Ratsvorsitz und Herr Kallas ihre Bereitschaft gezeigt haben, dieses Problem zu lösen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auf mehrere Themen lenken, die immer noch offen sind, und die wir in den nächsten Jahren bewältigen müssen. Der schwierige und mühsame Prozess der Erteilung der Entlastung an den Rat zeigt, was das Europäische Parlament möchte. Das Europäische Parlament möchte Transparenz und einen offenen, aber auch formellen Dialog mit dem Rat. Diese Forderungen des Europäischen Parlaments sind anhaltend und hartnäckig, aber sie sind kein Ausdruck von bösem Willen von Seiten der Abgeordneten, sie sind ein Ausdruck der Sorge um öffentliche Gelder und, was sie auch sein sollten, ein Ausdruck der Sorge um die Transparenz darüber, wie Steuergelder ausgegeben werden.

Ich möchte auch betonen, dass das Verfahren zur Entlastung des Rates ebenfalls die Art und Weise aufzeigt, in der das Parlament über neue Bereiche der Arbeit des Rates erfährt, und dass das Parlament nicht von der

Überwachung der Ausgaben des Rates in irgendeinem von dessen Aktivitätsbereichen ausgeschlossen werden möchte.

Meiner Ansicht nach ist die Gewährung der Entlastung des Rates für 2007 ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir sollten auch deutlich sagen, dass es immer noch gewisse Dinge gibt, die noch nicht vollständig erklärt wurden, und wir sollten den Rat weiterhin daran erinnern. Ich hoffe, dass es hier einen konstruktiven Dialog geben wird, mit gesteigerter Transparenz und Offenheit, damit öffentliche Gelder optimal überwacht werden können.

Jens Geier (S&D). – (DE) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich möchte Herrn Søndergaard zu seiner erfolgreichen Arbeit gratulieren, die dazu geführt hat, dass der Rat dem Parlament schließlich im Entlastungsverfahren entgegen gekommen ist.. Der Rat hat sich lange geweigert, angemessene Antworten auf die Fragen des Parlaments zu geben und berief sich dabei auf ein Gentlemen's Agreement - eine informelle Vereinbarung, die jetzt 40 Jahre alt ist. Dies erscheint geradezu bizarr, wenn Beamte des Rates nach 40 Jahren offensichtlich nicht mehr wissen, was genau durch das Gentlemen's Agreement festgelegt wird, da die vom Europäischen Parlament vorgelegte Version genau das Gegenteil dessen enthält, was der Rat in den Verhandlungen immer wieder behauptete.

Der erste Beschluss des Gentlemen's Agreement legte fest, dass der Rat nicht versuchen würde, irgendwelche Änderungen bei den Ausgaben des Europäischen Parlaments durchzuführen. Der dritte Beschluss legt fest, dass es zwischen den beiden Institutionen eine enge Zusammenarbeit in Haushaltsfragen geben sollte. Der Rat legt dies so aus, dass jede Institution die Haushaltsaktivitäten der anderen in Ruhe lässt. Ich werde an diesem Punkt darauf verzichten, einen Kommentar zur Ernsthaftigkeit dieser Argumentationsweise abzugeben. Stattdessen möchte ich dem schwedischen Ratsvorsitz dafür danken, dass er den Prozess eingeleitet hat, mit dem diesem unwürdigen Zustand ein Ende bereitet werden kann.

Die Lösung besteht in einem Zusatz zu der interinstitutionellen Vereinbarung, der das Verfahren für die Gewährung von Entlastung an den Rat durch das Parlament eindeutig regelt, wie der vorliegende Entschließungsantrag fordert. Ich bitte das Parlament daher, diesen Antrag zu unterstützen.

Jorgo Chatzimarkakis (ALDE). – (DE) Herr Präsident, Kommissar Kallas, erstens begrüße ich die Tatsache sehr, dass der schwedische Ratsvorsitz anwesend ist, und ich möchte auch Frau Malmström persönlich dafür danken, dass sie das Verfahren transparenter gemacht hat. Alles was meine Abgeordnetenkollegen gesagt haben, ist wahr - das Verfahren ist transparenter, und auch wenn sie sich heute etwas vorsichtiger ausgedrückt hat, so können wir dennoch sagen, dass wir Entlastung gewähren werden. Wir haben immer noch einen langen Weg vor uns. Wir bitten den Rat, diesem ersten Schritt weitere folgen zu lassen, insbesondere da die Kompetenzen des Rates im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik unter dem Vertrag von Lissabon sehr viel deutlicher definiert sind. Zukünftig wird diese Politik auch ein Gesicht haben, in Gestalt von Baronin Ashton. Die Bürger kennen Baronin Ashton jedoch bisher noch nicht, und sie, die europäischen Steuerzahler, werden auch zukünftig immer noch nicht wissen, wie viel Geld sie genau zu ihrer Verfügung hat, und was sie damit macht. Wir müssen diesen Zustand ändern. Dies ist in der Tat ein absolutes Muss in einer Zeit, in der wir für ein transparentes, demokratisches Europa kämpfen.

Ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Søndergaard, dafür danken, dass er in unserem - des Parlaments - Namen Druck ausgeübt hat, und wir werden diesen Druck aufrecht erhalten.

Ville Itälä (PPE). – (FI) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte ebenfalls dem Berichterstatter danken, der hervorragende Arbeit geleistet hat. Wenn wir über die Entlastung bezüglich der gemeinschaftlichen Gelder für 2007 reden, dann reden wir nicht über das Geld des Rates oder das Geld der Kommission oder das Geld des Parlaments sondern über das Geld des Steuerzahlers. Es handelt sich um Geld, das unseren Bürgern gehört, und sie müssen ein Recht darauf haben, zu wissen, wofür es ausgegeben wird.

Das Parlament repräsentiert vor allem die Menschen, und das Parlament muss das Recht haben, alle Informationen, die es benötigt, zu erhalten, wenn es sie verlangt. Wir können nicht eine Situation haben, in der das Parlament darum betteln muss. Deswegen sind Offenheit und Transparenz die einzige Möglichkeit, wie die Institutionen der EU das Vertrauen der Menschen gewinnen können.

Ich möchte mich denen anschließen, die den hervorragenden Fortschritt gelobt haben, der in dieser Sache gemacht wurde, und die glänzende Arbeit, die der schwedische Ratsvorsitz geleistet hat und aufgrund derer wir Entlastung gewähren können. Ich möchte auch Kommissar Kallas danken, der in den letzten fünf Jahren so hervorragende Arbeit geleistet hat. In diesen Bereichen wurden Fortschritte gemacht. Dies ist der richtige Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall)

Aldo Patriciello (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 23. April hat dieses Parlament seine Entscheidung bezüglich der Konten des Rates vertagt, da sich der Rat geweigert hatte, dem Parlament seinen jährlichen Aktivitätsbericht vorzulegen und somit verhinderte, dass seine Ausgaben auf die gleiche Weise geprüft werden, wie es bei anderen Institutionen der Fall ist.

Es ist in der Tat unsere Pflicht, die Bemühungen zur Förderung der Transparenz innerhalb von Gemeinschaftsinstitutionen zu fördern, indem wir das Bewusstsein bezüglich der Nutzung des Budgets der Gemeinschaft erhöhen und indem wir die europäischen Institutionen und vor allem den Rat gegenüber der Öffentlichkeit auskunftspflichtiger machen.

Ich bin der Ansicht, dass seit der Weigerung des Parlaments, dem Rat Entlastung zu gewähren, viele Anstrengungen gemacht wurden. Wir haben insbesondere die Veröffentlichung des jährlichen Aktivitätsberichts auf der Website des Rates und die erhöhte Transparenz im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik begrüßt. Wir haben außerdem das Treffen im September begrüßt, bei dem es endlich eine konstruktive Diskussion zwischen den Vertretern des Haushaltsausschusses und des schwedischen Ratsvorsitzes gab. Die Bemühungen des Rates, angemessene Antworten auf die vom Parlament im April gestellten Anfragen zu geben, sind ebenso willkommen.

Herr Präsident, ich möchte abschließend sagen, dass der Text, über den wir abstimmen werden, einen wichtigen Schritt im Dialog zwischen dem Parlament und dem Rat darstellt und ein starkes Signal ist, das dieses Parlament aussenden will, um den Steuerzahler durch eine klare, transparente und rechtzeitige Berichterstattung über die Ausgaben des Rates zu schützen.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, ich danke Ihnen für die Aussprache über dieses äußerst wichtige Thema. Es freut mich, dass wir uns über die Wichtigkeit von Offenheit und Transparenz einig sind. Diese Dinge sind natürlich die Grundlage nicht nur der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen uns, sondern auch des Vertrauens der Bürger in die europäischen Institutionen. Wie das Parlament, so ist auch der Rat bereit, seine Verantwortung für die Gewährleistung der größtmöglichen Transparenz zu übernehmen, was das Geld des Steuerzahlers betrifft, und diese Themen werden mit dem neuen Vertrag natürlich noch relevanter, der schon in einer Woche in Kraft treten wird.

Die breitere Diskussion über die Form, die die Prüfung des Finanzgebarens der Union annehmen wird, sollte in Verbindung mit der Überarbeitung der Verordnungen und des jährlichen Verfahrens für den Haushaltsplan der EU, das aufgrund des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon notwendig wird, durchgeführt werden. Der Rat ist jedoch bestrebt, und wird dies auch weiterhin sein, sich an die Regeln zu halten und hinsichtlich seines ökonomischen Managements Offenheit an den Tag zu legen. Gegenüber dem Europäischen Parlament werden wir auch weiterhin die über die Jahre etablierte Praxis anwenden und auch im nächsten Jahr auf informeller Basis Gespräche mit dem Parlament abhalten, um etwaige Fragen über die Durchführung des Haushaltsplans zu klären. In diesem Zusammenhang freue ich mich darauf, den Dialog mit dem Europäischen Parlament über die Frage der Entlastung fortzusetzen, und ich bin sicher, dass wir auch im nächsten Jahr über den Bericht des Rechnungshofes für 2008 einen konstruktiven, informellen Dialog führen können. Vielen Dank für diese Aussprache.

Søren Bo Søndergaard, Berichterstatter. – (DA) Herr Präsident, ich möchte allen danken, die zu dieser Aussprache beigetragen haben. Ich möchte mich insbesondere auf das beziehen, was von Frau Andreasen und Herrn Ehrenhauser gesagt wurde, und ich möchte darauf hinweisen, dass wir diesen Prozess einleiteten, als es noch keine Vereinbarung irgendeiner Art gab. Als wir diesen Prozess einleiteten, erhielten wir keine Antwort, als wir der Kommission Fragen stellten und schriftlichen Antworten forderten. Als wir diesen Prozess einleiteten, verließ die Kommission Sitzungen, sobald wir anfangen, Fragen zu stellen. Dies war unsere Ausgangsposition.

Unsere Aufgabe besteht heute darin, zu entscheiden, ob wir einen Schritt weiter gekommen sind, oder ob wir uns immer noch in der gleichen Situation befinden. Die Frage ist nicht, ob wir alles erreicht haben, was wir wollten. Ich gebe zu, dass wir nicht alles erreicht haben, was wir wollten. Sie müssen nur meinen Bericht und jetzt den Bericht des Ausschusses lesen, um zu sehen, dass wir weiterhin unglücklich sind. Ich möchte den Rat bitten, den Bericht sehr gründlich zu lesen, da er viele gute Punkte enthält, die im nächsten Jahr nützlich sein könnten.

Wir sind jedoch einen Schritt weiter gekommen. Wenn wir mit der Entlastung für 2008 beginnen – und dies tun wir soeben – beginnen wir nicht mit einem leeren Blatt. Wir beginnen an dem Punkt, den wir dieses Jahr

erreicht haben. Ich bin daher der Ansicht, dass es richtig ist, das zu verteidigen, was wir erreicht haben, indem wir dafür gestimmt haben und somit diesen Kampf fortzusetzen – den darum handelt es sich schließlich. Die Zeit wird es weisen – wenn wir sehen, wie die Dinge dieses Jahr laufen und nächstes Jahr und im Jahr danach – ob wir die richtige Entscheidung getroffen haben. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir als Ausschuss und als Parlament in der Lage sind, zusammen zu stehen und bei dem zu bleiben, was wir uns vorgenommen haben.

Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um dem Generalsekretariat, den Schattenberichterstatlern und dem gesamten Ausschuss, einschließlich seines Vorsitzenden, dafür zu danken, dass sie es uns ermöglicht haben, eine geschlossene Front zu zeigen. Wenn wir diese Solidarität aufrecht erhalten können – und zwar auch wenn es um die Entlastung für 2008 geht – dann werden wir 2008 in der Lage sein, einen Schritt weiter zu kommen, über das hinaus, was wir 2007 erreicht haben. Dann werden wir in der Lage zu sein, das zu erreichen, was wir alle erreichen möchten.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet. Die Stimmabgabe wird am Mittwoch, dem 25. November 2009 stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Georgios Stavrakakis (S&D), schriftlich. – (EL) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, auch ich möchte beginnen, indem ich dem Berichtersteller danke, der hervorragende Arbeit geleistet hat; er hat wichtige Fragen direkt angesprochen und darauf bestanden, dass wir klare Antworten erhalten, bevor wir eine Entlastung empfehlen können. Ich gratuliere auch dem Haushaltskontrollausschuss, der auf seinem Standpunkt beharrt und den Berichtersteller unterstützt hat, und der trotz anfänglicher Schwierigkeiten in der Lage war, den Rat davon zu überzeugen, dass er uns Antworten auf die wichtigsten Fragen gibt. Den wie können wir eine Entlastung für einen Haushaltsplan empfehlen, wie können wir verantwortungsbewusst behaupten, dass der fragliche Haushaltsplan korrekt ist, wenn wir nicht wissen, was hinter den Zahlen steht? Das wäre völlig absurd. Infolge der Antworten des Rates sind wir nun bereit, eine Entlastung zu empfehlen; wir haben jedoch in die beigefügte Entschliebung, die vom Haushaltskontrollausschuss mit einer großen Mehrheit angenommen wurde, wichtige Bemerkungen eingefügt. Wir wollen und glauben an offene Verfahren, wir wollen und glauben an Transparenz und wir wollen vollständige Kenntnis darüber, wie das Geld des europäischen Steuerzahlers ausgegeben wird.

(Die Sitzung wird von 19.25 Uhr bis zur Fragestunde um 19.30 Uhr unterbrochen)

VORSITZ: Edward McMILLAN-SCOTT

Vizepräsident

12. Fragestunde (Anfragen an die Kommission)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde (B7-0223/2009).

Es werden die folgenden Fragen an die Kommission gestellt.

Anfrage Nr. 25 von Frau **Silvia-Adriana Ticau** (H-0372/09)

Betrifft: Maßnahmen der Kommission zur Schaffung von Rahmenbedingungen, die Unternehmen zu Investitionen im Forschungsbereich und Banken zur Finanzierung solcher Investitionen ermutigen

2009 ist das „Europäische Jahr der Kreativität und Innovation“. Ziel der Strategie von Lissabon, die im Jahr 2000 angenommen wurde, ist es, die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Dieses ehrgeizige Ziel ist eng mit zwei weiteren Zielsetzungen verbunden: Anhebung der Beschäftigungsquote auf mindestens 70% und Steigerung des Umfangs der Investitionen im Forschungsbereich auf mindestens 3% des BIP, wovon zwei Drittel vom Privatsektor getragen werden sollen. Bedauerlicherweise stand das Jahr 2009 jedoch im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise, von der alle EU-Mitgliedstaaten betroffen waren, und die den Zugang der privaten Unternehmen zu Finanzierungsinstrumenten erheblich eingeschränkt hat. Die Investitionen im Forschungsbereich liegen auf einem Niveau von maximal 1,85% des BIP, und nur in fünf Mitgliedstaaten wurden mehr als 2% des BIP in diesen Bereich investiert. Die Mitgliedstaaten werden aber nur dann eine wirtschaftliche Erholung erleben, wenn es der EU gelingt, wettbewerbsfähig zu bleiben, was wiederum von den Investitionen in den Bereichen Forschung und Bildung abhängt.

Welche Maßnahmen erwägt die Kommission, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die private Unternehmen zu Investitionen in den Bereich der Forschung und insbesondere der angewandten Forschung und Banken zur Finanzierung von Investitionen in Forschung und Innovation ermutigen?

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Die europäische Politik für Forschung und Innovation hat ihren Rahmen im Wesentlichen im VII. Forschungsrahmenprogramm, das sich über die Jahre 2007 bis 2013 erstreckt, im Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, das sich über denselben Zeitraum erstreckt, und in den Kohäsionsfonds, die sich ebenfalls über denselben Zeitraum erstrecken. Zur Vorbereitung auf diese drei großen Programme hat die Kommission in den Jahren 2005 und 2006 eine langfristige Strategie und einen Aktionsplan vorgelegt. Der Aktionsplan stammt aus dem Jahr 2005 und die breit angelegte Innovationsstrategie aus dem Jahr 2006. Die Ergebnisse dieser verschiedenen Programme sind in umfangreichen Dokumenten der Kommission dargestellt und auch häufig im Parlament erörtert worden. Ich bin gerne bereit, Frau Abgeordnete, Ihnen diese Dokumente alle noch einmal zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen einer Fragestunde ist es nicht möglich, ihren Inhalt darzustellen, aber ich will versuchen, die wesentlichen Punkte herauszuarbeiten.

Im VII. Forschungsrahmenprogramm haben wir eine wirklich bemerkenswerte Steigerung der europäischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung erfahren und eine Reihe von neuen Instrumenten geschaffen, insbesondere die gemeinsamen Technologieinitiativen, die sich außerordentlich bewährt haben.

Die Kohäsionsfonds sind neu und besser auf das Ziel der Förderung von Forschung und Innovation ausgerichtet worden, und es ist wirklich bemerkenswert, wenn Sie sich die Zahl ansehen: Aus den Kohäsions- und Strukturfonds sind 86 Mrd. Euro im genannten Zeitraum für diese Aufgaben vorgesehen, das sind immerhin 25 % der gesamten Struktur- und Kohäsionsfonds. Im Rahmen der europäischen Strukturpolitik ist ein neues Instrument geschaffen worden, die Förderinitiative Jeremie, bei der es vor allen Dingen darum geht, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Kapital zu erleichtern. Das wird in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Investitionsfonds gemacht.

Das Programm zur Förderung der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit, das unter meiner Verantwortung steht, ist ebenfalls im Wesentlichen ein Programm, das Finanzierungsinstrumente schafft. Der größte Teil der Mittel wird in der Tat dazu eingesetzt, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzinstrumenten zu erleichtern, die ihre Innovationsfähigkeit verbessern sollen.

Sie wissen sicher, dass wir in unserer europäischen Wachstums- und Beschäftigungspolitik nicht sehr viele quantitative Ziele haben. Wir haben aber ein quantitatives Ziel, das seit dem Jahr 2000 unverändert geblieben ist. Das ist das Ziel, 3 % des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wir können heute schon sagen, dass dieses Ziel nicht erreicht wird. Allerdings ist die bloße Betrachtung der Prozentzahlen ein bisschen irreführend, denn immerhin sind in der Europäischen Union die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Jahren 2000 bis 2006 in absoluten Zahlen um 14,8 % gestiegen. Das ist eine höhere Steigerungsrate als beispielsweise in den USA. Trotzdem müssen wir sagen, dass die Ergebnisse nicht befriedigend sind, weshalb der Rat schon im Dezember des vergangenen Jahres ein Dokument mit dem Titel „Vision 2020“ für den Europäischen Forschungsraum angenommen hat, das sich mit der Frage befasst, wie wir mehr Mittel für europäische Forschungs- und Entwicklungspolitik mobilisieren können.

Ich will Ihnen meine Besorgnis nicht verhehlen, dass aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Rezession die langfristige Strategie gefährdet ist, Forschung und Innovation voranzutreiben. Die Kommission hat auf diese Bedrohung im November 2008 sehr schnell reagiert. Das Europäische Konjunkturprogramm, das die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Krise ergänzt und das Ziel hat, Impulse zu verleihen und Missständen im Finanzsektor entgegenzutreten, konzentriert sich sehr stark auf die Bereiche Investitionen in Forschung und Entwicklung und Förderung der Investitionen. Ich nenne Ihnen drei Beispiele: die Initiative „Fabrik der Zukunft“ – hier geht es um die Modernisierung der europäischen industriellen Basis mit einer Mittelausstattung von 1,2 Mrd. Euro –, die Initiative für energieeffiziente Gebäude, für die 1 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, und die Partnerschaft für den Bau umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge, die ebenfalls über 1 Mrd. Euro im Bereich Forschung verfügt und durch zusätzliche wirtschaftliche Maßnahmen um Aufwendungen in Höhe von 4 Mrd. Euro ergänzt wird.

Die Kommission hat schon jetzt mit den Vorbereitungen für die nächste Wachstums- und Beschäftigungsstrategie begonnen. Ohne irgendein Geheimnis zu verraten – weil Präsident Barroso in seinen Leitlinien bereits darüber gesprochen hat –, kann ich auch sagen, dass in dieser nächsten Wachstums- und Beschäftigungsstrategie Forschung, Entwicklung und Innovation eine ganz zentrale Rolle spielen werden.

Noch eine Bemerkung zur Innovation: Forschungspolitisch ist Europa eigentlich ganz gut aufgestellt. Wir haben sehr gute, teilweise hervorragende Forschungskapazitäten. Wir haben auch sehr gute Ergebnisse in der technologischen Entwicklung. Wir könnten aber zweifellos besser sein, wenn es um die Innovation geht. Wenn wir Innovation als die praktische Anwendung von Forschungs- und Entwicklungsarbeit für Produkte, Dienstleistungen, Design, Methoden, also für alles, wo eine praktische Anwendung möglich ist, verstehen, dann sehen wir hier noch ein großes Potenzial, zusätzliches Wachstum und zusätzliche Beschäftigung in Europa zu erzeugen. Die Kommission hat deshalb in diesem Jahr angekündigt, einen so genannten *Innovation Act* vorzulegen. Ein Act ist ein neues politisches Instrument, das wir zum ersten Mal im Zusammenhang mit den kleinen und mittleren Unternehmen entwickelt haben – Sie erinnern sich an den *Small Business Act* –, und wir werden einen *Innovation Act* vorlegen, der gesetzgeberische Maßnahmen, politische Initiativen und politisch verbindliche Leitsätze in einem großen Paket zusammenfasst.

Ich habe mich bemüht, die Arbeiten daran so zu steuern, dass die nächste Kommission frei ist zu entscheiden, wann sie diesen *Innovation Act* vorlegen wird. Sie werden verstehen, dass ich dem nicht vorgreifen kann. Das wird die nächste Kommission zu entscheiden haben. Aber die Vorarbeiten sind bereits gut vorangeschritten, und ich glaube mit Sicherheit sagen zu können, dass das Parlament sich im nächsten Jahr mit diesem Thema *Innovation Act* wird beschäftigen können.

Lassen sie mich zum Schluss sagen, dass wir in den letzten Jahren insgesamt auf breiter Front durchaus überall Fortschritte sehen, dass sie aber sehr ungleichmäßig sind. Hier ist es allerdings notwendig, eine gerechte Betrachtung anzuwenden. Wir können z. B. von unseren neuen Mitgliedstaaten nicht erwarten, dass sie bereits im selben Umfang ihr Bruttosozialprodukt für Forschung, Entwicklung und Innovation aufwenden. Ich sehe aber mit großer Freude, dass die neuen Mitgliedstaaten – insbesondere diejenigen, die wirtschaftlich noch den größten Aufholbedarf haben – hier auch am schnellsten aufholen, so dass ich die Entwicklung insgesamt positiv betrachte.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Vielen Dank für die Informationen und die Antwort, die Sie gegeben haben. Ich möchte die Kommission fragen, ob sie beabsichtigt, mit europäischen Bankinstituten die Möglichkeit zu erörtern, Garantien und Darlehen zu einem Vorzugszinssatz für die Forschungs- und Innovationsfirmen und -projekte bereitzustellen, die nach jetziger Einschätzung ein großes Risiko darstellen. Ferner sind europäische Forschungsprogramme, wie das Siebte Forschungsrahmenprogramm, die eine Kofinanzierung von bis zu 50 % beantragen, für kleine und mittlere Unternehmen nicht sehr geeignet. Ich möchte die Kommission fragen, ob sie beabsichtigt, diese Programme zu verändern, um die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen zu verstärken.

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Frau Abgeordnete, das ist ein sehr wertvoller Hinweis, und ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass die Kommission genauso denkt und das deshalb auch getan hat. Ich will noch einmal sagen: Das entscheidende Problem für unsere kleinen und mittleren Unternehmen besteht in der Tat darin, an das notwendige Risikokapital zu kommen, um Forschung und Innovation finanzieren zu können. Darum sind zwei wichtige Instrumente geschaffen worden, das Rahmenprogramm für Wettbewerb und Innovation und das Programm JEREMIE.

In beiden Fällen geht es um dasselbe, nämlich über die Europäische Investitionsbank bzw. den Europäischen Investitionsfonds mit Hilfe von Risikokapital – also einer direkten Beteiligung am Unternehmenskapital – und mit Hilfe von Garantien verbillige Kredite mobilisieren zu können, um den kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu erleichtern. Das sind groß angelegte Programme, an denen sich viele Hunderttausende europäische Unternehmen beteiligen.

Sie werden verstehen, dass die Europäische Investitionsbank bzw. der Europäische Investitionsfonds diese Kreditvergabe nicht im Einzelnen managen kann. Darum geschieht das über Vermittlerorganisationen, normalerweise Banken in den Mitgliedstaaten. Nach meinem letzten Stand ist es so, dass wir es inzwischen in allen Mitgliedsstaaten erreicht haben, dass das nationale Bankensystem in diese Politik integriert ist und Unternehmen, die Zugang zu den aus dem Gemeinschaftshaushalt bereitgestellten Mitteln haben wollen, über das nationale Bankensystem an diese Mittel kommen können.

Paul Rübzig (PPE). - Meine Frage bezieht sich auf das Konzept von Eurostars, das wir ja bei EUREKA umgesetzt haben, das insbesondere eine schnelle und effiziente Zuteilung für kleine und mittlere Betriebe ermöglicht. Glauben Sie, dass dieses Programm ausbaubar ist? Und wie sehen Sie die Herausforderung für das VIII. Forschungsrahmenprogramm, wo darüber diskutiert wird, dass wir in Zukunft 50 Mrd. Euro für Energieeffizienzforschung zur Verfügung stellen sollten, insbesondere im Bereich der KMU.

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Herr Abgeordneter! Sie kennen meine Antwort natürlich, aber ich bin Ihnen dankbar für die Frage. Ja, ich bin der Auffassung, dass alle Programme, die wir haben und die kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Mitteln erleichtern, noch ausbaufähig sind. Die Erfahrungen, die wir machen, sind durchaus positiv, und wir sollten – darauf fußend – diese Programme ausdehnen. Ich muss Sie um Verständnis dafür bitten, dass ich keine Aussagen machen möchte über Prioritäten des VIII. Forschungsrahmenprogramms. Es ist erstens nicht meine Zuständigkeit, wie Sie wissen, aber zweitens wäre es nicht angemessen, wenn ich hier der neu zu bildenden nächsten Kommission vorgreifen würde.

Ich kann Ihnen nur als eine Auffassung der jetzigen Kommission zur grundlegenden These in Ihrer Frage sagen, dass ohne jeden Zweifel ein Schwerpunkt in unserer Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationspolitik in den nächsten zehn Jahren im Bereich der Energieeffizienz, im Bereich der erneuerbaren Energien und in einem weiteren Sinne in dem Bereich von Technologien liegen muss, die eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensform ermöglichen.

Sie wissen von mir, dass ich immer darauf hingewiesen habe, dass Energieeffizienzsteigerung wahrscheinlich die billigste und effektivste Form einer Nachhaltigkeitspolitik ist, weil wir hier mit Einsatz relativ geringer Mittel sehr viel erreichen können. Wenn also die nächste Kommission konkrete Vorschläge machen wird, die in diese Richtung gehen, dann kann sie sich dabei in der Tat auf die Vorarbeiten, auf die Politik der jetzigen Kommission stützen.

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Forschung und Entwicklung ist ja gerade im Pharmabereich ein zentraler Faktor für Innovation und Krankheitsbekämpfung, was wiederum den EU-Bürgern zugute kommt. Wie wird die Kommission in Zukunft gegen Pharmakonzerne vorgehen, die versuchen, den Parallelhandel im Arzneimittelsektor einzudämmen? Wird sie solche Maßnahmen als wettbewerbsbeschränkend einstufen?

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Herr Abgeordneter, die Frage stellt sich nicht, weil sie im Zusammenhang mit dem sogenannten Pharmapaket, das die Kommission im vergangenen Jahr vorgelegt hat, gründlich geprüft und entschieden worden ist. Wir haben hier eine klare und eindeutige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die den Parallelhandel mit Medikamenten unter die Freiheit des Binnenmarktes subsummiert, und deshalb gibt es rechtlich keine Möglichkeit, dagegen vorzugehen.

In dem Pharmapaket, das die Kommission im letzten Jahr vorgelegt hat, sind keine spezifischen Regeln vorgesehen, die den Parallelhandel in irgendeiner Weise beeinträchtigen. Bei den sehr wichtigen und weitreichenden Vorschlägen, die sich auf den Schutz vor gefälschten Medikamenten in der legalen Lieferkette beziehen, gelten für die Hersteller von Arzneimitteln genau dieselben Regeln wie für diejenigen, die den Parallelhandel betreiben. Da gibt es keinerlei Diskriminierung. Mir ist nicht bekannt, dass irgendjemand in der Kommission die Absicht hätte, dieses Thema aufzugreifen.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 26 von Herrn **Marc Tarabella** (H-0377/09)

Betrifft: Information der Verbraucher über die Energiepreise

Die Kommission hat vor kurzem in London das zweite Bürgerforum „Energie“ eröffnet. Das für Verbraucherschutz zuständige Kommissionsmitglied hat in seiner Erklärung betont, dass es für die Energieverbraucher wichtig ist, Gas- oder Stromrechnungen zu erhalten, die ihren Energieverbrauch dadurch am besten angeben, dass sie einfach und korrekt sind und Vergleiche zwischen den Anbietern ermöglichen.

Kann die Kommission über diese alljährlichen öffentlichen Großkundgebungen hinaus konkret mitteilen, wie sie die Energieerzeuger und -verteiler zu zwingen gedenkt, dieses für die Bürger wichtige Ziel zu erreichen, da sie es abgelehnt hat, die vom Parlament vorgeschlagene Energieverbrauchercharta anzunehmen?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Als Antwort auf die erste Frage von Herrn Marc Tarabella zu den Energiepreisen kann ich sagen, dass die Bedeutung des Bürgers auf dem Energiebinnenmarkt durch die Verabschiedung des dritten Energiebinnenmarkt-Pakets beträchtlich gestiegen ist. Durch die neuen Maßnahmen soll der Betrieb des Energieendkundenmarktes verbessert und zusätzlicher Verbraucherschutz geschaffen werden. Diese Themen wurden beim Bürgerforum „Energie“ erörtert und verfolgt; das Forum wurde mit dem Ziel eingerichtet, die Funktionsweise des Endkundenmarktes zu Gunsten des einzelnen Verbrauchers zu verbessern.

Das Forum, an dem die Vertreter von Verbrauchern, der Industrie, der nationalen Energieregulierungsbehörden und nationalen Verwaltungen beteiligt sind, versucht die Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Energie zu verbessern und kann Elemente für Verhaltensregeln entwickeln, die selbstregulierende und sogar fast bindende Auswirkungen auf die Industrie haben. In diesem Zusammenhang wurde beim ersten Treffen

des Forums im Jahre 2008 eine Arbeitsgruppe zur Rechnungserstellung eingesetzt. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe sind Beispiele für gute Verfahren der Rechnungserstellung und wurden beim zweiten Treffen des Forums vorgestellt und befürwortet. Die Energieregulierungsbehörden und die Industrie werden im nächsten Forum, das voraussichtlich im Herbst 2010 stattfinden wird, über die Umsetzung der Empfehlungen zur Rechnungsstellung berichten.

Das dritte Energiebinnenmarkt-Paket brachte auch ein neues Instrument, das die Verbraucher informieren soll – die europäische Checkliste für Energieverbraucher. Die Checkliste ist ein Instrument, das dazu beitragen wird, die Verbraucher in den Mitgliedstaaten über ihre Rechte zu informieren – insbesondere in Bezug auf die Rechnungsstellung – und die Umsetzung und Durchsetzung der Energierechtsvorschriften zu fördern. Sie hilft dabei, den Verbrauchern vereinfachte, genaue und praktische Informationen über lokale Energiemärkte zu geben. Die Harmonisierung der Befugnisse der Energieregulierungsbehörden in Bezug auf den Verbraucherschutz, die zu einer aktiven Marktüberwachung führen wird, wird den Verbraucherschutz weiter verstärken.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, in Ihrer Antwort sprechen Sie über das Ergebnis eines zweiten Berichts im Herbst 2010, eines dritten Energie-Pakets, das streng überwacht werden wird.

Sie wissen sehr genau, dass in der Zwischenzeit tausende Beschwerden bei Verbraucherorganisationen und nationalen Regulierungsbehörden eingereicht wurden, die den völligen Transparenzmangel von Gas- und Stromrechnungen sowohl im Hinblick auf Preise als auch auf den tatsächlichen Verbrauch betreffen. Und das zu einem Zeitpunkt, da die Kommission und die Mitgliedstaaten gleichermaßen in ihren Energieplänen die Notwendigkeit, den Verbrauch zu senken und die Möglichkeit des Preisvergleichs mit dem Ziel, eventuell das Versorgungsunternehmen zu wechseln, betonen. Dies war das Hauptziel der Liberalisierung.

Daher möchte ich, Frau Kommissarin, direkt auf den Punkt kommen und Sie fragen, welche Maßnahmen – und ich benutze hier den Plural – die Kommission beabsichtigt, kurzfristig zu ergreifen, um diese Defizite anzugehen. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass die Kommission eine Energieverbrauchercharta abgelehnt hat, die vom Parlament vorgeschlagen wurde – es war Frau de Vits, die sie vorschlug –, die Sie selbst zuvor empfohlen hatten.

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Herr Tarabella, Ihre Frage konzentriert sich sehr darauf, warum die Charta fallen gelassen wurde. Die öffentliche Beratung mit dem Titel *Auf dem Weg zu einer europäischen Charta für die Rechte der Energieverbraucher* wurde im Juli 2007 gestartet. Die Ergebnisse der Beratung zeigten, dass wenig über die vorhandenen Energieverbraucherrechte bekannt war.

Die Idee einer Charta, die ein einziges Gesetz schaffen würde, das die Verbraucherrechte umfasst, die derzeit in einer Reihe von europäischen Richtlinien und zahlreichen nationalen Durchführungsinstrumenten enthalten sind, wurde aus rechtlichen Gründen abgelehnt. Die Energieverbraucherrechte, die in den bestehenden europäischen Rechtsvorschriften enthalten sind, sind bereits rechtskräftig.

Sie fragen, warum es keine Standardrechnung für alle Verbraucher geben kann. Unsere Arbeitsgruppe zur Rechnungsstellung, die durch das erste Bürgerforum „Energie“ eingerichtet wurde, bestätigte, dass das Recht der Industrie zur Selbstregulierung und eine damit verbundene Förderung der Innovation bei der Rechnungsstellung, erhalten bleiben sollten. Gleichzeitig sollten eine größere Transparenz und die Vergleichbarkeit der den Verbrauchern angebotenen Preise und Dienstleistungen gewährleistet sein.

Die Genauigkeit der Rechnung ist eng verbunden mit der Ablesehäufigkeit. Die Häufigkeit für die Zählerablesung ist durch die Rechtsvorschriften der EU nicht definiert. Damit befasst sich jedoch indirekt die Einführung einer intelligenten Verbrauchsmessung.

Ich möchte auch betonen, dass wir während des Bürgerforums „Energie“ die Empfehlungen für bewährte Verfahren für die Rechnungsstellung befürwortet haben, wodurch die Verbraucher einfache und eindeutige Informationen über Gas- und Stromrechnungen bekommen sollen.

Über das Verbraucherbarometer, wo wir verschiedene Verbrauchermärkte untersucht haben, haben wir entdeckt, dass der Markt, von dem die meisten Beschwerden kamen, der Strommarkt ist. Der zweite ist der Finanzmarkt und der dritte betrifft den Verkehr vor Ort.

Aus diesem Grund hat die Kommission eine große Studie über den Stromendkundenmarkt gestartet und wird dem Forum im Jahr 2010 die Ergebnisse vorstellen. Dies ist die zweite Stufe der Umsetzung der Ergebnisse des Verbraucherbarometers, und ich glaube, dass dieses in Zukunft eines der effektivsten Instrumente bleiben

wird, um uns eine Diagnose darüber zu erlauben, wie der Endkundenmarkt funktioniert, insbesondere in diesem Fall, der von so bedeutendem und grundlegendem Interesse und so stark mit Dienstleistungen verknüpft ist.

Chris Davies (ALDE). – Wenn ich die Frage weiter verfolgen darf: Wir wissen, dass es ein großes Potenzial für Energieeinsparungen in privaten Haushalten gibt. Ich schaue mir meine Stromrechnung an, ich schaue sie mit Interesse an, weil ich diese Einsparungen machen möchte, und offen gesagt, finde ich sie verwirrend.

Wenn ich sie verwirrend finde, nehme ich an, dass viele meiner Wähler dies auch finden. Selbstregulierung reicht nicht aus. Die Verständlichkeit ist ein Bereich, in dem die Europäische Kommission wirklich etwas bewegen kann, was meiner Meinung nach von den Menschen überall begrüßt würde und was uns bei dem Versuch unterstützen würde, die Erdwärmeemissionen zu senken.

Bitte nehmen Sie dies mit in die Kommission, und denken Sie noch einmal darüber nach.

Franz Obermayr (NI). – In der ersten Hälfte dieses Jahres sind die Heizölpreise der Gasversorger um bis zu 40% gesunken. Diese aktuelle Entwicklung wirkt sich aber nur geringfügig positiv auf die Verbraucher aus, was aber gerade in der kalten Jahreszeit wichtig wäre.

Welche Maßnahmen wird die Kommission ergreifen, damit die Konsumenten von positiven Preisentwicklungen ebenfalls erfasst werden?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Wir sind uns bewusst, dass die Kommission keine Preise festlegt. Was wir tun können und wozu wir uns verpflichtet haben, ist die Preise transparent zu gestalten.

In einer der letzten Richtlinien – der Richtlinie über Verbraucherkredite aus dem Jahre 2007 – baten wir die Banken, eine gemeinsame Methodik zur Berechnung des Zinssatzes festzulegen, auf deren Grundlage die Verbraucher die Angebote vergleichen und die beste Lösung für sich finden könnten. Wir haben mehrere Instrumente, mit denen wir arbeiten können; es geht um unlautere Geschäftspraktiken, und gerade die Preistransparenz ist das Kernstück dieser Richtlinie.

Wir haben auch eine andere horizontale Richtlinie zu unangemessenen Geschäftsbedingungen, in der die Frage aufgeworfen wird, ob die Bedingungen mit unzulässiger und unrechtmäßiger Bereicherung in Verbindung stehen. Darauf haben Sie vermutlich angespielt, als Sie die Frage nach Preisen stellten.

Dieses Thema liegt in unseren Händen, und wir müssen alles Mögliche tun, um sicher zu stellen, dass die Rechtsdurchsetzung in allen Mitgliedstaaten in ganz Europa gleich gut umgesetzt wird, weil alle diese Richtlinien sehr stark davon abhängen, wie sie umgesetzt werden. Deshalb schlage ich der Europäischen Kommission eine Mitteilung über die Rechtsdurchsetzung vor. Hier betreten wir Neuland, da die Umsetzung normalerweise in den Händen der Mitgliedstaaten liegt, aber wir müssen die Ergebnisse vergleichen und Benchmarks haben, was übrigens der Grund dafür ist, dass wir das Projekt zu einer intelligenten Verbrauchsmessung stark befürworten – um auf die vorherige Frage zum Zählerablesen und zum Verständnis zurückzukommen. Dies mag keine gesamteuropäische Initiative sein, aber Länder wie Schweden, das derzeit den Ratsvorsitz innehat, gehören zu den Pionieren in diesem Bereich. Ich kann nur jeden ermutigen, diesem Beispiel zu folgen und den größten Nutzen daraus zu ziehen. Dies könnte auch zu weiteren Fragen führen, z. B. wie sich der CO₂-Ausstoß berechnen lässt, den wir alle durch den Energieverbrauch hervorrufen.

In Bezug auf andere Bereiche hat die Kommission kürzlich wesentlich mehr für die Etikettierung im Hinblick auf Energieeffizienz und besseren Preisvergleich getan, und die Verwendung von Verbraucherindizes gefördert, wie es in Italien und anderen Ländern der Fall gewesen ist, weil dies auch eine sehr gute Dienstleistung ist, die durch das Internet bereitgestellt wird und den Verbrauchern dabei hilft, einen besseren Preis zu erkämpfen.

Um dies zu erreichen, müssen wir jedoch grenzübergreifendes Ankauf und die Verfügbarkeit haben. Grenzüberschreitender Handel über das Internet macht derzeit in der Europäischen Union nur neun Prozent aus, also ruft uns hier die Pflicht, um die zweite Phase des Binnenmarktes zu vervollständigen, nämlich den Endkundenmarkt. Dieser Bereich stellt eine der fehlenden Verbindungen im Binnenmarkt dar, und ich hoffe sehr, dass das Parlament und die Kommission eine der wichtigsten Richtlinien, die im Rahmen der Richtlinie über Verbraucherrechte vorgeschlagen wurde, beschleunigen werden, die darauf abzielt, ein Normenwerk zu haben, das mehr Sicherheit und mehr Vertrauen – aus der Sicht der Verbraucher und der Unternehmen – bringen wird, um dieses wirklich sehr geringe Niveau des grenzüberschreitenden Handels in Europa zu erhöhen.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 27 von Herrn **Jim Higgins** (H-0401/09)

Betrifft: Lebensmittelkennzeichnung für Verbraucher

Kann die Kommission angeben, welche Untersuchungen und Berichte in Bezug auf Lebensmittelprodukte durchgeführt wurden, bei denen Vorteile für die Gesundheit behauptet werden? Kann sie ferner angeben, inwieweit diese Lebensmittel teilweise untersucht oder getestet wurden, um im Sinne des Verbraucherschutzes zu prüfen, inwieweit die damit verbundenen Behauptungen tatsächlich stichhaltig sind?

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Infolge des Antrags von Mitgliedstaaten und Stakeholders schlug die Kommission die Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel vor, die im Dezember 2006 vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet wurde.

Das Ziel der Verordnung besteht genau darin, sicherzustellen, dass die nährstoff- und gesundheitsbezogenen Angaben über Lebensmittel wahrheitsgetreu und eindeutig sind und auf allgemein anerkannten wissenschaftlichen Nachweisen basieren, so dass der Verbraucher angemessen geschützt ist. Die Kommission beabsichtigt daher, Listen für zugelassene gesundheitsbezogene Angaben einzurichten sowie zugelassene nährstoffbezogene Angaben zu aktualisieren. Die Verordnung legt Genehmigungsverfahren fest, um sicherzustellen, dass nur wissenschaftlich nachgewiesene gesundheitsbezogene Angaben gemacht werden.

An diesen Verfahren ist zunächst die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit beteiligt, welche die Begründung von gesundheitsbezogenen Angaben bewertet; zweitens die Kommission, die Entwürfe für Maßnahmen vorschlägt, die entsprechend gesundheitsbezogene Angaben genehmigt oder ablehnt; und drittens die Mitgliedstaaten, die ihre Stellungnahme über die Maßnahmen im Regelungsausschuss abgeben.

Die Kommission hat bisher vier Verordnungen verabschiedet, die gesundheitsbezogene Angaben genehmigt oder ablehnt. Ähnliche Maßnahmen werden weiterhin entsprechend der Evaluierung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit verabschiedet werden, wobei gewährleistet ist, dass Verbraucher nicht getäuscht werden.

Jim Higgins (PPE). – (GA) Ich möchte der Frau Kommissarin für ihre Antwort danken. Ich begrüße die Studie und die Untersuchung der Lebensmittelherstellung, die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit durchgeführt wurde, da jetzt erwiesen ist, dass Käufer gerne mehr Geld für Lebensmittel ausgeben, die gesundheitliche Vorzüge haben.

Schließlich ist es am wichtigsten, dass wir den neuen Regeln entsprechen und Druck auf die verschiedenen Unternehmen ausüben, damit sie vollkommen aufrichtig in Bezug auf die Menge an Informationen sind, die sie angeben, so dass sie den Menschen, die diese Güter erwerben, keine Unwahrheiten sagen.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Ich kann dem Herrn Abgeordneten nur zustimmen. Das ist genau der Grund, warum wir diese Verordnung vorgelegt haben.

Ich muss sagen, wir waren verblüfft über die Anzahl an Anträgen, die wir erhielten. Wir hatten ein paar Hundert erwartet und bekamen 44 000 Angaben. Wir fassten diese 44 000 in eine Gruppe von 4 000 zusammen, die wir der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zur Stellungnahme übermittelten. Das ist der Grund, warum die EFSA nicht in der Lage ist, die Prüfung von allen 4 000 Angaben innerhalb der Frist bis Dezember 2010 fertig zu stellen.

Aber ich glaube, dass es für die Verbraucher sehr wichtig ist, dass wir diesen Prozess beenden, und dass sie genau Bescheid wissen, wenn sie Angaben sehen, und wenn sie Lebensmittel im Supermarkt mit Angaben sehen, werden sie wissen, dass diese Angaben wissenschaftlich fundiert und nicht irreführend sind.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Ich möchte der Frau Kommissarin für diese Informationen danken – was Sie tun, ist in der Tat sehr wichtig.

Mehr als 40 000 Unternehmen haben sich um eine Entscheidung beworben, die bestätigt, dass ihre Erzeugnisse den höchsten Anforderungen und Kriterien genügen. Was wird jedoch geschehen, wenn sie diese Bestätigung bekommen, während in der Praxis die Produkte nach einer gewissen Zeit nicht allen Anforderungen oder allen Parametern entsprechen, die auf den Etiketten beschrieben sind? Was wird getan werden, insbesondere im Falle von großen internationalen Konzernen? Sie haben die Bewilligung und Genehmigung erhalten, und so steht es auf dem Etikett, aber die Wirklichkeit ist vollkommen anders. Was wird dann geschehen?

Paul Rübige (PPE). - Mich würde interessieren, wie Sie in Zukunft regionale Produkte, die vor Ort angeboten werden, kennzeichnen und sie auch dementsprechend frisch und mit hoher Qualität auf den Markt bringen wollen.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Meine Antwort auf die letzte Frage ist nein, das ist eine völlig andere Sache. Es geht um die Herkunft des Produkts. Wir sprechen jetzt über gesundheitsbezogene Angaben. Wenn ein Erzeuger die Angaben macht, dass ein Erzeugnis aus dem einen oder anderen Grund gesundheitsfördernd ist, dann ist es wissenschaftlich zu belegen, dass es wirklich so ist.

Was die andere Frage betrifft, so prüft die EFSA natürlich die gesundheitsbezogenen Angaben, die zum Zeitpunkt der Bewerbung gemacht wurden, auf der Grundlage von wissenschaftlichen Belegen, die zum Zeitpunkt der Bewerbung vorgelegt wurden.

Wenn offensichtlich Angaben auf der Grundlage von bestimmten wissenschaftlichen Belegen gemacht wurden und der Erzeuger das Produkt dann verändert, ist dies eindeutig ein Fall von Betrug, und es werden Maßnahmen gegen diesen Erzeuger ergriffen, weil diese nicht nur die Öffentlichkeit täuschen, sondern sie auch betrügen.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 28 von Herrn **Gay Mitchell** (H-0366/09)

Betrifft: Unterschiedliche Verbraucherrechte

Wähler berichten ihren Abgeordneten sehr oft über Probleme bezüglich ihrer Verbraucherrechte, die während touristischer oder dauerhafter Aufenthalte in anderen Mitgliedstaaten aufgetreten sind. Was unternimmt der zuständige Kommissar, um zu erreichen, dass die Bürger die in der Europäischen Union von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlichen Verbraucherrechte besser kennen und verstehen?

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Bei der Frage geht es darum, die Verbraucherrechte zu verändern, und sie ist sehr zeitgemäß. In allen Mitgliedstaaten gibt es Institutionen und Organisationen, die die Aufgabe haben, die Kenntnis und das Verständnis der Verbraucherrechte für ihre Bürger zu fördern.

Ein Überblick über diese nationalen Institutionen und Organisationen ist auf der Website verfügbar. Ich könnte Ihnen natürlich die Website nennen. Sie lautet http://ec.europa.eu/consumers/empowerment/cons_networks_en.htm, und es ist wirklich sehr interessant, herumzusehen.

Die Kommission fördert das Bewusstsein für Verbraucherrechte über verschiedene Instrumente. Wir finanzieren ein EU-weites Netzwerk von Verbrauchernetzen, das Verbrauchern Informationen über ihre Rechte liefert, wenn sie über die Grenzen hinweg einkaufen, und sie bei der Suche nach Entschädigung unterstützt, wenn etwas schief geht. Die Websites, Faltblätter und Broschüren der Zentren erläutern den Verbrauchern, welche Rechte sie haben, wenn sie online einkaufen, ein Auto oder Ferien in einem anderen Mitgliedstaat buchen.

Die Kommission möchte daher empfehlen, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments ihre Wähler an das europäische Verbrauchernetz verweisen, das seinen Sitz in dem jeweiligen Land hat. Ferner führt die Kommission Informationskampagnen in den Mitgliedstaaten durch, die der EU erst kürzlich beigetreten sind, um das Bewusstsein für Verbraucherrechte zu stärken und nationale Organisationen und Institutionen zu fördern, wo Verbraucher weitere Hilfe und Unterstützung finden können.

Die Kommission fördert auch das Wissen über Rechte durch ihre Verbraucherschulungsinitiativen, wie das „Europatagebuch“, deren Zielgruppe Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren sind, und Dolceta, eine Website mit der Zielgruppe Erwachsene und Lehrer.

Nicht zuletzt legte die Kommission im Oktober 2008 ihren Vorschlag für eine Richtlinie über Verbraucherrechte vor, die derzeit im Europäischen Parlament und im Rat verhandelt wird.

Falls diese Richtlinie verabschiedet wird, wird sie die derzeitige Aufsplitterung des Verbraucher-Besitzstandes verringern und gewährleisten, dass alle Verbraucher in der EU von einem einzigen einfachen Satz von Verbraucherrechten profitieren, und dies würde es einfacher machen, gesamteuropäische Schulungskampagnen über Verbraucherrechte durchzuführen.

Die Kommission führt derzeit Untersuchungen durch und stellt Fakten zusammen über die Informationen, die dem Verbraucher am Verkaufsort gegeben werden, und beabsichtigt, Einzelhandelsexperten,

Verbraucherorganisationen und andere Akteure zu dem Thema zu befragen, bevor konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Ich habe auch einige Neuigkeiten, die sehr wichtig für uns sind. Wir haben zwei neue Erweiterungen der Dolceta-Informationswebsite. Wir haben zwei weitere Bereiche hinzugefügt: einer ist der nachhaltige Verbrauch und der andere betrifft Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wir wachsen also.

Gay Mitchell (PPE). – Ich danke der Frau Kommissarin für ihre Antwort. Kann ich die Frau Kommissarin fragen, ob sie sich dessen bewusst ist, dass Menschen, die, wie sie erwähnt, im Internet z. B. Kundenkarten für Hotels oder was auch immer kaufen, echte Schwierigkeiten haben, jemanden zu finden, bei dem sie sich tatsächlich beschweren können? Da kann es eine Art Chiffre-Nummer geben, aber selten eine Telefonnummer oder eine richtige E-Mail-Adresse. Frau Kommissarin, werden Sie fordern, dass jemand, der Güter verkauft, eine direkte Kontaktnummer hat, unter der Menschen, die Schwierigkeiten haben, einen direkten Kontakt mit denjenigen herstellen können, die ihnen mangelhafte Güter oder Dienstleistungen verkauft haben?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Dies obliegt ganz und gar den öffentlichen Behörden in den Mitgliedstaaten. Die Kommission könnte sich darum bemühen, dass öffentliche Behörden sich mit diesem Thema befassen. Wir haben ein Netzwerk solcher Behörden. Von Zeit zu Zeit tragen wir Informationen zusammen, aber wir konzentrieren uns auf der Subsidiaritätsebene darauf, was wir auf grenzüberschreitender oder gesamteuropäischer Ebene tun können. Ansonsten ist es von Land zu Land sehr unterschiedlich. Es ist Teil der Bildung, und wie wir wissen, liegt die Bildung größtenteils in den Händen der Mitgliedstaaten.

Bei Beschwerden tue ich Folgendes: Ich trage alle Beschwerden zusammen und schaue mir im Rahmen des Verbraucherbarometers an, auf welchem Niveau diese Beschwerden liegen, vergleiche sie mit der Kundenzufriedenheit und ziehe dann die notwendigen Schlussfolgerungen darüber, wie Verbraucher behandelt werden. Sie haben vollkommen Recht, dass wir vergleichen müssen, wie viele Beschwerden in den verschiedenen Bereichen auftreten. Deshalb schlagen wir ein gemeinsames Beschwerdeformular in Europa vor – und wir arbeiten noch daran –, weil die Informationen, die derzeit zu den öffentlichen Behörden in Land X gelangen, nicht in der gleichen Weise archiviert werden, wie in Land Z. Wenn wir dieses gemeinsame Beschwerdeformular haben, ist es nicht so, dass die Kommission zu einer Art Beauftragte für Verbraucherangelegenheiten wird, sondern wir werden unsere Politik von diesen Beschwerden ableiten und für die Bürger an Bedeutung gewinnen. Ich glaube, dass dies wirklich ein bedeutendes Projekt für die Zukunft ist.

Wir haben wirklich ziemlich beschränkte Rechte, um dahingehend einzugreifen, wie die Mitgliedstaaten mit nationalen Beschwerden umgehen und wie sie darauf antworten. Wir können ein Barometer einrichten und eine Benchmark festlegen, aber wir können die Anwesenheit des bestimmten Mitgliedstaates nicht ersetzen.

Ich möchte unbedingt weiterhin in der Europäischen Kommission zusammen mit dem Europäischen Parlament Benchmarks festlegen und messen, wie Verbraucher behandelt werden und wie viel die Mitgliedstaaten in diese Politik investieren. Ich glaube, dass es eine sehr gute Investition ist, insbesondere jetzt in schwierigen Wirtschaftszeiten, zu sehen, wie Verbraucher behandelt werden, weil dies uns gute Informationen über den Markt liefert.

Malcolm Harbour (ECR). – Herr Präsident, ich wollte heute Abend insbesondere deshalb hier sein, weil ich glaube, dass es Frau Kunevas letzte Chance ist, als Kommissarin zu uns zu sprechen, und ich wollte zwei Fragen stellen.

Erstens, würde sie mir darin zustimmen, dass Verbraucherinformationen und der Einflussbereich und ihre Arbeit während ihrer Amtszeit als erste Kommissarin, deren Verantwortung sich insbesondere auf die Verbraucher konzentriert hat, gewaltig zugenommen haben?

Zweitens, würde sie mir auch darin zustimmen, dass es absolut wesentlich ist, dass wir in der nächsten Kommission wieder einen Kommissar haben, der sich den Verbraucherangelegenheiten widmet? Wir haben beunruhigende Gerüchte gehört, dass dies in der neuen Kommission möglicherweise nicht der Fall ist, und ich wollte ihr eine Chance geben, uns ihre Ansichten heute Abend mitzuteilen.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Ich hatte die Ehre, mit Herrn Malcolm Harbour zu arbeiten, was mir sehr viel Spaß gemacht hat, also lassen Sie mich Ihnen insbesondere persönlich für diese Chance in den letzten drei Jahren danken. Glauben Sie mir, ich werde eine sehr engagierte Marktwirtschaftsministerin bleiben, weil der Markt nicht einfach ist, sondern eine Art Labor für Bürgerrechte. Ich bin sehr froh, dass wir

uns über dieselben Rechte einig sind, die jetzt für die gesamte Menschheit so wichtig sind, nämlich die Umweltrechte.

Das Verbraucherportfolio ist wirklich sehr wichtig. Es geht um den Markt und den Endkundenmarkt, aber es gibt noch etwas anderes, etwas mehr, nämlich das Thema der Rechte, der Umsetzung, der Verbraucherbeschwerden, und wie man eine stärker themenbezogene Politik entwickeln kann.

Ich bin ganz sicher, dass Herr Präsident Barroso die richtige Balance finden wird, denn in seiner Rede hat er gesagt, dass wir die fehlenden Bindeglieder im Binnenmarkt finden müssen. Ich glaube, dass eines dieser fehlenden Bindeglieder der Endkundenmarkt ist. Ich bin ganz sicher, dass der Präsident irgendwie den Verbraucherthemen umfassende Beachtung schenken wird, und ich bin überzeugt, dass die Politik sehr stabil bleiben wird. Aber ich werde ihm die Botschaft bestimmt übermitteln.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 29 von Herrn **Pat the Cope Gallagher** (H-0412/09)

Betrifft: Mietwagenfirmen

Ist die Kommission der Ansicht, dass Mietwagenfirmen richtig handeln, wenn sie ihren Kunden die Kosten für einen vollen Treibstofftank vor Anmietung des Wagens in Rechnung stellen und keine Kostenerstattung gewähren, auch wenn die Kunden in der Folge das Auto beispielsweise mit halbvollem Tank an die Mietwagenfirma zurückgeben?

Steht diese Praxis in Einklang mit der Richtlinie über Pauschalreisen (90/314/EWG(1))?

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Die Kommission ist sich dieser Praktik von Mietwagenfirmen wohl bewusst und hat auf eine Reihe anderer parlamentarischer Fragen und Bürgerbeschwerden zu diesem Thema geantwortet. Ich persönlich erhalte viele solcher Beschwerden.

Ich habe vorher gesagt, dass eine solche Vorgehensweise inakzeptabel ist, wenn sie dazu führt, dass Verbraucher für Treibstoff bezahlen, den sie nicht genutzt haben, ohne dass sie vorher darüber informiert wurden. Die Richtlinie über Pauschalreisen würde nur gelten, wenn die Mietwagen in einem Urlaubspaket enthalten sind. Die Richtlinie über Pauschalreisen regelt jedoch diese besondere Frage nicht. Andererseits könnten diese Vorgehensweisen der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen widersprechen.

Zunächst dürfen im Rahmen der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen die Standardbedingungen nicht zum Nachteil der Verbraucher deutlich unausgewogen sein. Ferner sollten Vertragsbedingungen klar und verständlich abgefasst sein. Man kann die Auffassung vertreten, dass eine Klausel, die dazu führt, dass Verbraucher in der Praxis für etwas bezahlen, das sie nicht genutzt haben, ungerecht ist.

Zweitens verpflichtet die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken die Händler, dem Standard der berufsmäßigen Sorgfalt zu genügen. Händler müssen in Bezug auf die wesentlichen Merkmale der gelieferten Leistung offen und freimütig sein. Mietwagenfirmen, die ihre Kunden nicht darüber informieren, dass nicht verbrauchter Treibstoff nicht ersetzt wird, verstoßen möglicherweise gegen diese Richtlinie. Diese Vorgehensweise kann auch als Verstoß gegen den Standard der berufsmäßigen Sorgfalt angesehen werden, dem die Händler dieser Richtlinie zufolge entsprechen müssen.

Der Herr Abgeordnete sollte sich jedoch bewusst sein, dass es den nationalen Vollzugsbehörden obliegt, festzustellen, ob solche Praktiken unlauter sind und die Unternehmen, die den Verstoß begehen, zu verfolgen. Die Kommission hat keine Durchsetzungsbefugnisse; Verbraucher, die grenzüberschreitende Dienstleistungen erworben haben, können sich jedoch beim europäischen Verbraucherzentrum in ihrem Heimatland beschweren, das ihnen dabei helfen können sollte, eine Entschädigung von Händlern in anderen EU-Ländern zu erhalten.

Aber ich glaube, dass wir alles Notwendige tun müssen, um sicher zu stellen, dass keine Lücken in den Rechtsvorschriften sind und dass die Verbraucher nicht mit einem Gefühl der Ungerechtigkeit, der Hoffnungslosigkeit oder Hilflosigkeit zurückgelassen werden.

Pat the Cope Gallagher (ALDE). – Lassen Sie mich der Frau Kommissarin für ihre Antwort danken und ihr alles Gute wünschen, ganz gleich, was sie beabsichtigt nach dieser Kommission zu tun.

Diese Vorgehensweise herrscht in der ganzen Union vor, dass Verbraucher, die ein Auto mieten, das Gefühl haben, ein vernünftiges Geschäft gemacht zu haben – wir verstehen das Thema Versicherung, was äußerst wichtig ist – aber dann wird ihnen gesagt, dass sie das Auto leer zurückbringen müssen.

Es muss doch eine Richtlinie geben, gegen die die Unternehmen verstoßen. Ich bin der Ansicht, dass es nicht ausreicht, dass die Kommission sagt, dass dies dadurch bearbeitet werden kann, dass man mit dem Verbraucherzentrum in den verschiedenen Ländern kommuniziert. Ich glaube, dass dies ein großes Problem ist. Es sollte eine eindeutige Botschaft vermittelt werden, dass dies Erpressung ist. Leute, die in Urlaub fahren, nehmen sich häufig nur ein Auto bis zu ihrem Zielort und wieder zurück; Ich kenne viele meiner Wähler, die Treibstoff im Wert von 15 EUR verbraucht haben, aber es kostete sie 60 EUR. Der Unterschiedsbetrag macht 45 EUR aus, denn bei einem Durchschnittsauto kostet eine Tankfüllung 60 EUR.

Ich glaube, dass wir uns hiermit befassen sollten und ich hoffe dass die zukünftige Kommission und der Kommissar die Verantwortung hierfür übernehmen werden und etwas Geeignetes dafür tun.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Wie gesagt, es obliegt den nationalen Behörden, das entsprechende Gesetz geltend zu machen, und gleich wie kritisch wir unseren europäischen Institutionen gegenüberstehen mögen, glaube ich, dass wir auch daran denken müssen, dass wir nach dem Grundsatz der Subsidiarität handeln und dass es gewisse Bereiche gibt, in denen die Kommission keine direkten Maßnahmen ergreifen kann.

Ich glaube, es wäre durchaus angemessen, auch die Verantwortung der Mitgliedstaaten hervorzuheben; ansonsten glaube ich, dass wir einen guten Bericht aus dem Parlament bekommen, denn der Ausschuss für den Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) fasst derzeit einen Initiativbericht über den Verbraucherschutz, dessen Berichterstatterin Frau Anna Hedh ist. Wie in der letzten Sitzung des Ausschusses für den Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) vereinbart, wird dieser Initiativbericht sowohl das Verbraucherbarometer als auch die Durchsetzung von Rechtsvorschriften umfassen, über die wir sprechen. Hierzu hatte die Kommission am 2. Juli 2009 eine Mitteilung veröffentlicht.

Wir gehen die Durchsetzung an, aber ohne die Mitgliedstaaten, wird es sehr schwierig sein, Erfolg zu haben. Aber ich erkenne den Ernst des Problems voll und ganz – glauben Sie mir, ich habe dieselben Sorgen, wenn ich viele Beschwerden bekomme und nicht in der Lage bin, einer praktischen Vorschrift nachzugehen und das Problem anstelle eines Mitgliedstaats zu lösen.

Seán Kelly (PPE). – Für meinen ersten Tag hier im Parlament mietete ich ein Auto in Frankfurt. Der Tank war voll und wurde von dem Unternehmen bezahlt. Ich musste das Auto wieder mit vollem Tank zurückbringen. Das ist ganz einfach das beste Verfahren. Kann die Kommission gewährleisten oder empfehlen, dass diese Vorgehensweise in der ganzen Europäischen Union angewendet werden wird? Sie ist gerecht, transparent und angemessen.

Malcolm Harbour (ECR). – Dies ist ein Bereich, über den ich persönlich mit den Mietwagenfirmen diskutiert habe. Es gibt noch andere Punkte: zum Beispiel unerwartet hohe Schadenersatzansprüche und nicht geprüfte Autos. Ich frage mich daher, ob die Frau Kommissarin mit mir übereinstimmen würde, dass im Rahmen der Voraussetzungen der Dienstleistungsrichtlinie für die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen die Mitgliedstaaten ausdrücklich aufgefordert werden, angemessene Verhaltensweisen für die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen zu fördern. Dies scheint genau die Art Bereich zu sein, wo wir die Mitgliedstaaten ermutigen sollten, vielleicht mit Unterstützung durch die Kommission, die Mietwagenfirmen zusammen zu bekommen und eine Verhaltensweise zu erarbeiten, die seriöse Unternehmer unterzeichnen müssen, wodurch die Themen abgedeckt wären, worüber meine Kollegen sprechen, zuzüglich anderer ernster Verbraucherthemen.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Ich glaube, dass dies einer der wichtigsten Gedanken ist, den wir zukünftig entwickeln müssen. Zuerst die Dienstleistungsrichtlinie, weil unsere Wirtschaft und unser Leben klar von Dienstleistungen abhängen und wir nicht einfach zulassen können, dass Unternehmen mit einem schlechten Ruf einen ganzen Gewerbebezirk schlecht machen.

Wir müssen uns gegen schlechte Verfahren einsetzen, und wir müssen stets die Verbraucher schützen. Aber, *est modus in rebus*, wir müssen tatsächlich die Verantwortung des Mitgliedstaates und die der Kommission feststellen.

Wir haben ein Netzwerk von öffentlichen Behörden, durch die wir Einfluss auf die Mitgliedstaaten nehmen. Falls wir eine Verhaltensweise haben, auf die sich Herr Harbour bezog, oder wir einen Verstoß gegen die

Rechtsvorschriften in Form von unlauteren Geschäftspraktiken feststellen, könnten die Zentren und die verschiedenen öffentlichen Behörden darauf hingewiesen werden, alle Mietwagendiensteleister in den Mitgliedstaaten zu überprüfen und den Markt zu säubern.

Wir haben dies mit Fluggesellschaften, die auf ihren Websites Tickets anbieten, getan, wir haben es bei Klingeltönen gemacht, wir haben es bei Elektroartikeln gemacht. Warum sollen wir unsere Bemühungen nicht verstärken und auch im Mietwagengewerbe eine Art Durchsetzungsrunde starten?

Der Präsident. – Anfrage Nr. 30 von Herrn **Georgios Papastamkos** (H-0363/09)

Betrifft: Aktionsprogramm zur Verringerung der Verwaltungslasten in der EU

Im Januar 2007 verabschiedete die Kommission das Aktionsprogramm zur Verringerung der Verwaltungskosten in der Europäischen Union, um die Verwaltungskosten zu ermitteln, die durch das EU-Recht entstehen, und um die verwaltungstechnischen Hindernisse bis 2012 um 25 % zu senken. Dieses Programm wird aus dem Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation finanziert.

Wie beurteilt die Kommission bis heute die Durchführung des oben genannten Aktionsprogramms und dessen Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen?

Günter Verheugen, *Vizepräsident der Kommission*. – Herr Abgeordneter! Die Frage gibt mir die Gelegenheit, Ihnen eine höchst erfreuliche Erfolgsgeschichte zu erzählen. Das Programm „Reduzierung der Bürokratiekosten für europäische Unternehmen“ ist eine der Säulen des Programms zur besseren Rechtssetzung. Ich habe zum ersten Mal im Frühjahr 2006 davon gesprochen, dass ich anstrebe, die Bürokratiekosten für europäische Unternehmen, die durch europäische Regeln entstehen, bis zum Jahr 2012 um 25 % zu reduzieren, und dass es dazu notwendig ist, dass die Kommission bis zum Ende des Jahres 2009 entsprechende Vorschläge macht.

Die Kommission hat die entsprechenden Vorschläge nicht nur vorgelegt, sondern sogar mehr getan. Sie hat es getan auf der Grundlage einer Messung, die wir europaweit durchgeführt haben. Jeder kann ja erzählen, wir sparen 25 % ein, wenn keiner weiß, wie hoch die Bürokratiekosten in Europa tatsächlich sind. Deshalb haben wir die größte jemals durchgeführte Messung organisiert, mit der wir feststellen wollten, was die tatsächlichen Kosten für europäische Unternehmen sind, die sich aus europäischen Rechtsakten und ihrer Umsetzung ergeben, soweit es sich um Dokumentation, Statistik, Information usw. handelt.

Das Ergebnis war ungefähr das, was wir erwartet hatten. Dieser Aufwand für die europäischen Unternehmen liegt bei 124 Mrd. Euro im Jahr. Das macht etwa 50 % der Gesamtaufwendungen aus, die europäische Unternehmen als Bürokratielasten haben. 50 % davon produzieren wir also hier in Straßburg oder in Brüssel.

Im Hinblick auf die britische Presse und britische Mitglieder des Hauses füge ich jetzt ausdrücklich Folgendes hinzu: Es wäre vollkommen unzulässig, daraus den Schluss zu ziehen, dass der Binnenmarkt reine Bürokratiekosten in Höhe von 124 Mrd. Euro verursacht. Wenn wir diese europäischen Regeln nicht hätten, dann hätten wir 27 verschiedene nationale Regeln in all diesen Bereichen, und die Belastung für die europäischen Unternehmen – soweit sie am Binnenmarkt beteiligt sind – wäre um ein Vielfaches größer. Ich sage das in aller Deutlichkeit, auch mit einer gewissen Schärfe, weil ich es wirklich leid bin, in bestimmten Medien in Europa über die Kosten des Binnenmarkts geradezu verleumderische Bemerkungen zu hören. Nichtsdestoweniger glauben wir, dass 124 Mrd. zu viel sind und dass wir es durch bessere Rechtssetzung schaffen können, zwar die Ziele unserer Gesetzgebung vollständig zu erreichen, aber die Kosten dabei zu reduzieren.

Die Kommission hat also die entsprechenden Vorschläge gemacht, das Ergebnis sieht wie folgt aus, ich möchte Ihnen die Zahlen eben sagen: Die Maßnahmen, die der Gesetzgeber bereits beschlossen hat, die also bereits in Kraft sind, senken die Bürokratiekosten für europäische Unternehmen um 7 Mrd. Euro im Jahr. Das Einsparpotenzial der Maßnahmen, die die Kommission vorgeschlagen hat und die vom Gesetzgeber noch nicht verabschiedet sind, beträgt 31 Mrd. Euro im Jahr. Und die Kommission arbeitet im Augenblick an einigen zusätzlichen Vorschlägen, die in Kürze vorgelegt werden, die noch einmal ein Einsparpotenzial von über 2 Mrd. Euro ergeben, so dass wir insgesamt auf ein Einsparpotenzial von mehr als 40 Mrd. im Jahr kommen. Damit ist das Ziel – 25 % Reduzierung – mehr als erfüllt, wenn die Maßnahmen vom Gesetzgeber tatsächlich angenommen werden.

Letzte Bemerkung: Das Programm wird durch entsprechende nationale Programme aller Mitgliedstaaten ergänzt. Ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass jetzt alle 27 Mitgliedstaaten vergleichbare Programme in Kraft haben. Es wird Sie aber nicht überraschen, wenn ich sage, dass kein einziger Mitgliedstaat es bisher geschafft hat, eine solche Erfolgsbilanz vorzulegen, wie ich das heute tun konnte.

Georgios Papastamkos (PPE). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, im Aktionsprogramm der Kommission vom 22. Oktober beziehen Sie sich unter anderem auf die Ausnahmen für Kleinstunternehmen von den Bilanzvorschriften. Herr Kommissar, meiner Meinung nach gibt es andere wichtigere Hindernisse von rechtlicher, verwaltungstechnischer und steuerlicher Art. Wenige Kleinstunternehmen betreiben grenzüberschreitende Geschäfte; es gibt wesentlich mehr Kleinstunternehmen, die die Sicherheit eines Stempels eines Wirtschaftsprüfers benötigen, um Zugang zu Finanzmitteln aus Bankkonten und Transparenz in ihren Transaktionen zu bekommen. Ich hätte gerne eine Antwort auf diese besondere, aber spezielle Frage.

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Herr Abgeordneter! Sie kennen wahrscheinlich meine persönliche Auffassung, die noch ein bisschen radikaler ist als Ihre. Ich persönlich vertrete sehr dezidiert die Auffassung, dass uns Kleinstunternehmen, die auf dem Binnenmarkt nicht tätig sind, überhaupt nichts angehen – den europäischen Gesetzgeber nicht und die Europäische Kommission auch nicht.

Sie wissen aber, Herr Abgeordneter, dass Sie und ich uns dabei in einer Minderheit befinden. In jeder Sitzung dieses Hauses – gerade in der Fragestunde – habe ich mehrere Vorschläge gehört, die sich auf das Geschäftsgebaren von Klein- und Kleinstunternehmen beziehen. Das heißt, Sie haben noch eine Menge Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die Kommission hat allerdings durch die Einführung des speziellen KMU-Tests – also des Tests für kleine und mittlere Unternehmen – beim *impact assessment* dafür Sorge getragen, dass sehr genau betrachtet wird, was die Folgewirkungen für kleine und mittlere Unternehmen und für Kleinstunternehmen sind, und, wo immer es möglich ist, lautet das Prinzip, Kleinstunternehmen von den Regelungen auszunehmen.

Ich will hier ein aktuelles Beispiel nennen: Die Kommission hat den Vorschlag gemacht, Kleinstunternehmen von den europäischen Bilanzvorschriften auszunehmen. Das würde diesen Kosten in Höhe von 7 Mrd. Euro im Jahr ersparen. Es tut mir leid, Ihnen sagen zu müssen, dass der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments den Vorschlag der Kommission abgelehnt hat, und es tut mir leid, Ihnen sagen zu müssen, dass es gegen diesen Vorschlag organisierte Opposition – Sie können sich leicht vorstellen, von wem diese Opposition organisiert wird – gibt. Trotzdem bleibt die Kommission bei diesem Vorschlag. Er ist ein ganz zentrales Stück unserer Politik für kleine und mittlere Unternehmen und zum Abbau der Bürokratiekosten für die Kleinstunternehmen.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 31 von Herrn **Seán Kelly** (H-0368/09)

Betrifft: Fremdenverkehr nach dem Vertrag von Lissabon

Kann die Kommission darlegen, welche Pläne in Form von vorbereitenden Maßnahmen und anderen Initiativen sie erarbeitet hat, um der Entwicklung der Zuständigkeit für den Tourismussektor nach dem Vertrag von Lissabon (Artikel 195 AEUV) den Weg zu bereiten?

Kann sich die Kommission zu der Möglichkeit äußern, Synergien mit der Fremdenverkehrspolitik und mit der Politik für regionale Entwicklung zu schaffen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung geografischer und wirtschaftlicher Randgebiete?

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Herr Abgeordneter! Rein rechtlich bringt der Vertrag von Lissabon eine Veränderung: Er sieht Tourismus als eine Kompetenz auf der dritten Ebene der Gemeinschaft vor, d. h. die Gemeinschaft kann ergänzend zu den Aktivitäten der Mitgliedstaaten unterstützend tätig werden, kann aber keine harmonisierende Gesetzgebung in diesem Bereich vorschlagen. Praktisch ändert der Lissabon-Vertrag am jetzigen Zustand nichts, denn das, was der Lissabon-Vertrag jetzt rechtlich möglich macht, haben wir in Form einer freiwilligen Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten bereits vor einigen Jahren erreicht. Das heißt, die Mitgliedstaaten waren bereits vor einigen Jahren damit einverstanden, dass die Kommission einen Beitrag zur Tourismuspolitik leistet. Wir haben ja auch eine ganze Reihe von konkreten Beschlüssen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten fassen können.

Die Tatsache, dass Tourismus jetzt einen eigenen Platz im europäischen Vertragswerk hat, wird doch dazu führen, dass innerhalb unserer gesamten Wachstums- und Beschäftigungspolitik Tourismus einen größeren Stellenwert bekommen wird. Wenn ich etwas sozusagen als Erbe an die nächste Kommission weitergeben möchte, dann ist es genau dies. Hier liegt ein gigantisches Wachstumspotenzial, das durch geschickte und kluge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Gemeinschaftsinstitutionen besser erschlossen werden kann. Es ist ganz eindeutig so, dass Europa immer noch das attraktivste Zielgebiet für Touristen aus der ganzen Welt ist. Wir haben es aber mit massiven Strukturveränderungen zu tun. Wir haben es mit massiver Konkurrenz zu tun, insbesondere aus dem asiatischen Raum. Wir müssen uns große Mühe geben, dass Europa als Ziel für den Tourismus weiter Weltmarktführer bleibt.

Wenn Sie mich fragen, was dazu nach meiner Meinung an erster Stelle erforderlich ist, dann würde ich sagen: Alle Tourismusanbieter – die Regionen, die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsinstitutionen – müssen insgesamt mehr tun, um Europa als eine Tourismusmarke, als ein Qualitätsmerkmal weltweit bekannter zu machen. Wir haben erste Schritte in diese Richtung unternommen, und ich bin der Ansicht, da ist mehr möglich. Es ist meine Hoffnung, dass wir auf der Grundlage des klaren politischen Signals, das der Lissabon-Vertrag mit der Berücksichtigung der Tourismuspolitik gibt, in den nächsten Jahren erleben werden, dass hier im Parlament, im Rat und in der Kommission die Möglichkeiten stärker ausgeschöpft werden, den europäischen Tourismus zu fördern und nach vorne zu bringen. Dies ist nach meiner festen Überzeugung ein Gebiet, auf dem wir in erheblichem Umfang für mehr Wachstum sorgen können und bei dem wir vor allen Dingen für Arbeitsplätze in Regionen in Europa sorgen können, in denen es praktisch keine Alternative gibt, in denen nur der Tourismus wirklich gute Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Seán Kelly (PPE). – Anfangs war ich etwas verblüfft über die ersten Bemerkungen des Herrn Kommissars, aber dann hat er die Situation klargestellt. Ich bin recht froh darüber, dass er sagt, dass die neue Kommission ein Auge darauf haben kann. Es gibt große Chancen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs innerhalb der Europäischen Union, und ich freue mich, mit der Kommission zu arbeiten und alles Mögliche zu tun, denn es ist eine Chance. Es ist sehr wichtig zu zeigen, dass der Vertrag von Lissabon sich für die Menschen auszahlt und dass er Arbeitsplätze schafft, insbesondere im Fremdenverkehr, also bin ich mit der Antwort ganz zufrieden und es besteht kein Bedarf einer weiteren Antwort.

Jörg Leichtfried (S&D). – Immer wenn man über Tourismus auf europäischer Ebene diskutiert – jetzt weiß ich schon, dass es auch in Zukunft keine legislativen Möglichkeiten dahingehend geben wird –, stoßen wir auf ein großes Problem, das Tourismus und auch Verkehr und Umweltschutz betrifft, nämlich die europäischen Ferienzeiten, die uneinheitlich, uneingegliedert, unangepasst sind. Jetzt möchte ich eine Frage an Sie – aus Ihrer großen und langjährigen Erfahrung als Kommissar – stellen: Sehen sie Möglichkeiten, in Zukunft die Ferienzeiten in Europa so zu koordinieren – vielleicht nicht rechtlich am Anfang –, aber irgendwie den Versuch zu starten, sie so zu koordinieren, dass dieses Chaos, das wir derzeit haben mit überall gleichzeitig, immer am Samstag überfallartig beginnenden Ferienzeiten, aufhört, dass wir hier flexibler werden können und dass das Ganze etwas koordiniert werden könnte?

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Zusatzfrage wird Ihnen die Möglichkeit geben, mir zu antworten, denn die Fragen, die ich stellen möchte, wurden durch Ihre bisherigen Antworten bestärkt. Die Weltwirtschaftskrise hat auch eine negative Auswirkung auf den Fremdenverkehr gehabt. Unter Berücksichtigung der Bedeutung des Tourismus für Europa und für bestimmte Länder wie Griechenland, wo ich herkomme, möchte ich Sie daher Folgendes fragen: Erstens, welche Maßnahmen beabsichtigt die Kommission zu ergreifen, um Arbeitsplätze im Fremdenverkehrssektor in der Europäischen Union zu verstärken und zu erhalten? Zweitens, welche Initiativen wird die Kommission ergreifen, um den Binnentourismus in Europa zu stärken? Und drittens, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Touristen aus anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union anzuziehen?

Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission. – Herr Abgeordneter! Zur ersten Frage: Versuchen kann man das immer. Während der österreichischen Präsidentschaft ist ja mehrfach versucht worden, den Ferienbeginn zu koordinieren, jedoch ohne jeden Erfolg. Ich würde dafür plädieren, einen weiteren Versuch zu unternehmen, warne aber vor überzogenen Erwartungen.

Also die Vorstellung, die in bestimmten Tourismusgebieten herrscht, dass man Ferienzeiten in Europa so koordinieren kann, dass diese Tourismusgebiete das ganze Jahr über ausgelastet werden, ist eine Illusion, und sie hätte übrigens auch meine Unterstützung nicht. Alle Menschen haben das Recht, in der Jahreszeit Urlaub zu machen, in der es ihnen am besten passt und in der der Erholungswert auch am größten ist. Aber Sie haben vollkommen Recht zu sagen, dass Nachbarländer sich abstimmen sollten, dass die Ferien nicht immer und überall am selben Tag anfangen müssen. Das sind Dinge, die ich für möglich halte und die nicht nur vor dem Hintergrund der Tourismuspolitik, sondern schlicht und einfach vor dem Hintergrund der Umweltpolitik und der Verkehrspolitik ernsthaft angegangen werden sollten.

Was die zweite Frage angeht: Wir haben die Folgen der Wirtschaftskrise für den Tourismus gründlich untersucht, und wir haben in einer Umfrage bei über 50 000 Beteiligten in ganz Europa festgestellt, dass die Menschen weiterhin in Urlaub fahren – also sie verzichten nicht auf ihre Urlaubsreise –, aber die Reisen werden kürzer, es wird weniger Geld ausgegeben, und es wird häufiger Urlaub im eigenen Land verbracht. Dabei wird aber derselbe Standard verlangt, d.h. derjenige wird jetzt profitieren, der ein besonderes Preis-Leistungs-Verhältnis anbieten kann.

Alle Maßnahmen, die die Kommission auf diesem Gebiet ergreift, können nur in Ergänzung zu Maßnahmen der Mitgliedstaaten erfolgen. Wir haben keine *per se* autonome europäische Tourismuspolitik, und es würde jetzt zu weit führen, Ihnen die große Zahl von Initiativen aufzuführen, bei denen es darum geht, die Attraktivität Europas als Tourismusziel weltweit und auch innerhalb Europas bekannt zu machen. Ich will nur ein einziges Beispiel erwähnen, weil das in jüngster Zeit besonders erfolgreich war. Wir haben vor drei Jahren den Wettbewerb „Herausragende europäischen Reiseziele“ gestartet. Hier werden Tourismusregionen in Europa aufgefordert, ihre Leistungen unter bestimmten Themen darzustellen, und hier hat sich in dreijähriger Erfahrung herausgestellt, dass wir unter fast allen Aspekten überall in Europa hervorragende Tourismusangebote haben. Das Entscheidende besteht in der Tat darin, diese Tourismusangebote auch bekannt zu machen. Aus diesem Grunde haben wir ein Web-Portal geschaffen, das es weltweit ermöglicht, mit einem einzigen Klick den Zugang zu allen tourismusrelevanten Informationen aus allen europäischen Mitgliedstaaten zu finden.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 33 von Herrn **Konstantinos Poupakis** (H-0361/09)

Betrifft: Teilhabe der Sozialpartner an der Konzeption und Umsetzung beschäftigungspolitischer Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene

Ohne Zweifel haben die Heftigkeit und das Ausmaß der Wirtschaftskrise bezüglich Organisation und Funktion des Arbeitsmarktes in allen Mitgliedstaaten der EU zusätzliche schwerwiegende Probleme hervorgerufen, deren Lösung die Möglichkeiten der nationalen Regierungen übersteigen. Die schwerwiegendsten Probleme, denen sich die Mitgliedstaaten gegenübersehen, sind der Beschäftigungsrückgang bzw. der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit – noch mit steigender Tendenz – sowie die Schwierigkeiten bei der Schaffung neuer qualitativ hochwertiger und stabiler Arbeitsplätze. Hinzu kommt noch, dass die nationalen Arbeitsmärkte umgestaltet werden, was insofern negative Auswirkungen auf die Arbeitnehmer hat, als die Tarifvereinbarungen in der Praxis missachtet werden und die unsicheren Arbeitsplätze sprunghaft zunehmen, während die Arbeitsbedingungen immer härter werden, da der Trend hin zu sehr flexiblen Arbeitsformen geht, ohne dass entsprechende Garantien in puncto Sicherheit und Schutz am Arbeitsplatz geschaffen werden.

Kann die Kommission mitteilen, ob und wann eine aktivere Teilhabe und Einbindung der Organisationen der Sozialpartner in die Konzeption von Maßnahmen zur Sicherung eines reibungslosen Funktionierens des Arbeitsmarktes geplant ist, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen und die Beschäftigung auf nationaler und europäischer Ebene zu fördern?

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, sind es die Mitgliedstaaten, die vorrangig verantwortlich sind für die Schaffung und Umsetzung politischer Maßnahmen als Reaktion auf die Krise und insbesondere auf deren Auswirkung auf die Beschäftigung. Trotzdem hat die Kommission seit Ausbruch der Krise im vergangenen Herbst eine Reihe von Initiativen unternommen, die die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt mildern sollten.

Das Europäische Konjunkturprogramm, das im November 2008 von der Kommission vorgelegt und vom Rat verabschiedet wurde, befasst sich mit der Lösung dringlicher Fragen und fordert auch Investitionen, die der Union langfristigen Nutzen bringen sollen. Das Konjunkturprogramm betont die Bedeutung der Umsetzung von integrierten Politiken, zusammengefasst unter dem Begriff Flexicurity, wodurch die Bürger vor den schlimmsten Auswirkungen der Krise geschützt werden sollen. In diesem Zusammenhang betont es stärkere Aktivierungsregelungen, die Umschulung und die Verbesserung von Qualifikationen sowie bessere Verknüpfungen zwischen den angebotenen Fähigkeiten und den Bedürfnissen auf dem Arbeitsmarkt und hebt die Notwendigkeit hervor, die Schwächsten zu unterstützen. Ziel ist es, die Beschäftigung zu schützen und insbesondere die langfristige Beschäftigung eher als spezielle Berufe. Die Erfahrung zeigt, dass die grundlegenden Ziele von Flexicurity – also eine Fähigkeit, sich Veränderungen anzupassen und die Erleichterung, von einem Job zum anderen zu wechseln – in Zeiten der Rezession und zunehmender Instabilität auf dem Arbeitsmarkt von höchster Bedeutung sind.

Der integrierte Ansatz liefert einen einheitlichen politischen Rahmen, der es ermöglicht, Anstrengungen zu koordinieren, die die Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung und den sozialen Bereich lösen sollen, und kann dazu beitragen, ein Gleichgewicht zwischen kurzfristigen Bedürfnissen, z. B. zeitlich begrenzte Reduzierung der Arbeitsstunden, und langfristigen Reformen zu schaffen, zu denen beispielsweise bessere Qualifikationen und aktive Politiken auf dem Arbeitsmarkt zählen.

Nach dem Konjunkturprogramm fand im Mai dieses Jahres der Beschäftigungsgipfel statt. Bei dieser Gelegenheit zeigten die Schlüsselteilnehmer einen gemeinsamen Willen, die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung in der EU zu mildern. In Zusammenhang mit dem Beschäftigungsgipfel verabschiedete

die Kommission am 3. Juni eine Mitteilung mit dem Titel „Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“, in der drei Schlüsselprioritäten für Maßnahmen dargelegt wurden: Erhalt der Beschäftigung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung der Mobilität, Verbesserung der Qualifikationen und verbesserte Verbindung zwischen den angebotenen Fähigkeiten und den Bedürfnissen auf dem Arbeitsmarkt sowie verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt. Diese drei Schlüsselprioritäten wurden beim Juni-Treffen des Europäischen Rates bestätigt.

Die Kommission glaubt fest daran, dass die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und zwischen den Sozialpartnern sehr wichtig ist, insbesondere in Krisenzeiten und wenn es um Umstrukturierungen geht. Die Sozialpartner haben eine wesentliche Rolle bei der Schaffung und Umsetzung von Wirtschaftsaufschwungmaßnahmen. Auf innerstaatlicher Ebene rührt diese Rolle aus den Traditionen und der Erfahrung in Verbindung mit der Beteiligung der Sozialpartner bei der Festlegung und Umsetzung von Politiken für den Arbeitsmarkt. Auf Ebene der Europäischen Union laufen weiterhin Beratungen über die vorgeschlagenen Politiken, insbesondere im Rahmen des tripartistischen Sozialgipfels. Die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern der EU hat sich dieses Jahr in Zusammenhang mit den Vorbereitungen für den zuvor genannten Beschäftigungsgipfel und die Mitteilung vom 3. Juni verstärkt.

Konstantinos Poupakis (PPE). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich freue mich, dass Sie auch der Meinung sind, zumindest erscheint es so in Ihrer Rede, dass aktive Beteiligung durch die Sozialpartner außerordentlich wichtig ist für die demokratische Natur und die Effektivität des sozialen Dialogs, insbesondere in dieser kritischen Zeit der eskalierenden Wirtschaftskrise mit abnehmender Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, unsicherer Arbeit und noch vielem mehr. Angesichts der bisherigen formalen Art der Beteiligung möchten wir jedoch gerne wissen, ob die Kommission beabsichtigt, spezielle institutionelle Maßnahmen zu ergreifen, um die grundlegende Beteiligung als Grundvoraussetzung sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene mit spezifischen Leitlinien von der Europäischen Union zu erhalten.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Meine Damen und Herren, ich muss sagen, dass Artikel 138 des Vertrags eindeutig die Stellung der Sozialpartner und den Anteil der Sozialpartner bei der Verhandlung von allen bedeutenden Sozialfragen festlegt. Die Kommission nutzt diesen Rahmen vollständig aus, und daher hat es auch Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern in einigen Bereichen gegeben, die in europäische Richtlinien überführt wurden oder derzeit überführt werden.

Soweit die institutionellen oder rechtlichen Änderungen betroffen sind, wissen Sie sicher, dass die Kommission eine Änderung für die Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates vorgeschlagen hat, die im Rahmen dieser Verhandlungen genehmigt wurde und die die Stellung der europäischen Sozialpartner besonders bei Verhandlungen über die Umstrukturierung auf transnationaler Ebene stärkt. In ähnlicher Weise werden Sie wissen, dass die Kommission die Nutzung all dieser Wege zur effektiven Intervention auf dem Arbeitsmarkt unterstützt. In ähnlicher Weise möchte ich betonen, dass die Kommission im Rahmen von internationalen Organisationen sehr aktiv ist, intensive Anstrengungen unternimmt und die Anwendung der Hauptverträge und Konventionen des Internationalen Arbeitsamtes sowohl auf globaler als auch, natürlich, auf europäischer Ebene unterstützt. Jedenfalls hat es im Laufe des Mandats dieser Kommission Fortschritte bei der Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern gegeben, und ich bin sicher, dass dies fortgesetzt wird, denn, wie ich bereits sagte, die Debatte mit den Sozialpartnern ist Bestandteil des EG-Vertrags und ist ein besonderes Merkmal des europäischen Rechts und stellt meiner Meinung nach unstrittigen Fortschritt dar.

Georgios Toussas (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, die EU-Strategie zur Beschäftigung stellt ein neues Paket kapitalistischer Umstrukturierungen dar, um die Kapitalgewinne zu erhalten und zu erhöhen und dabei die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu verschärfen. Angst und Hemmnisse für Hoffnung bei den Arbeitslosen, Frauen und jungen Menschen einerseits, und Kapitalgewinne andererseits. Was haben Sie den Arbeitslosen zu sagen, Herr Kommissar, den Arbeitern, die flexibel oder befristet in unsicherer Stellung arbeiten, die seit mehr als 4-5 Jahren in viel gepriesenen Praktika im öffentlichen und privaten Sektor arbeiten und schon die Kündigung erhalten haben? Was haben Sie den Frauen zu sagen, denen unter dem Vorwand der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen gesagt wurde, dass ihr Rentenalter um 5 bis 17 Jahre erhöht werden muss, wie dies in Griechenland geschieht?

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Sofern es um die europäische Beschäftigungspolitik geht, möchte ich sagen, dass in der Zeit vor der Krise die Anzahl der Menschen mit einer Beschäftigung das höchste je da gewesene Niveau in Europa erreichte. Dies zeigt in gewissem Maße den Einfluss der europäischen Beschäftigungspolitiken auf den Arbeitsmarkt. Sofern es um Ihre Fragen in Bezug auf ein System der Sozialversicherung und der sozialen Sicherheit im Rahmen des EG-Vertrags geht, so liegen diese Systeme im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten.

Bernd Posselt (PPE). - Ich wollte nur dem Kommissar, da er zum letzten Mal bei uns ist, für seine Arbeit danken. Ich bedauere, dass er nicht zurückkommt. Ich wollte das hier nur öffentlich sagen. Wir waren oft unterschiedlicher Meinung, aber er war ein guter Kommissar.

Der Präsident. – Ich danke Ihnen für diese Bemerkung, Herr Posselt. Ich habe mich zurückgehalten, heute Abend ähnliche Bemerkungen zu anderen Kommissaren zu machen. Wir sind nicht ganz sicher: Es kann gut sein, dass sie noch einige Wochen lang zurückkommen!

Ich entschuldige mich bei den Abgeordneten, die höflicherweise anwesend waren, aber deren Fragen nicht berücksichtigt wurden.

Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

VORSITZ: Pál SCHMITT

Vizepräsident

13. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Belgien (Textilsektor) und Irland (Dell) - Unternehmensverlagerungen in der EU und die Rolle der EU-Finanzinstrumente (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

- den von Herrn Reimer Böge im Namen des Haushaltsausschusses entworfenen Bericht bezüglich des Vorschlages für eine Entschließung des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung in Übereinstimmung mit Punkt 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission in Sachen Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung.

- die mündliche Anfrage an die Kommission bezüglich der Unternehmensverlagerungen in der EU und der Rolle der EU-Finanzinstrumente von Frau Pervenche Berès im Namen des Ausschusses für Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (O-0120/2009 – B7-0226/2009)

Reimer Böge, Berichterstatter. – (DE) Herr Präsident! Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lege Ihnen heute als Berichterstatter des Haushaltsausschusses den Vorschlag für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung vor, und zwar im Hinblick auf zwei Fälle, einmal basierend auf den Anträgen aus Belgien und zweitens basierend auf den Anträgen aus Irland. Ich will aber gerne vorweg noch einmal darauf hinweisen, dass es die Aufgabe des Haushaltsausschusses ist zu prüfen, ob die Bedingungen zur Mobilisierung des Globalisierungsfonds erfüllt sind, und ich will an dieser Stelle auch betonen, dass es in den vergangenen Monaten immer - auch bei ähnlichen Fällen - eine exzellente Zusammenarbeit zwischen dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten gegeben hat. Wir haben uns auch bemüht, die Bemerkungen, die kritischen Anregungen, des Beschäftigungsausschusses gebührend zu berücksichtigen, und insofern ist es auch richtig, angesichts der Notwendigkeit von Nachfragen dieses Thema ergänzend mit der mündlichen Anfrage des Beschäftigungsausschusses zu behandeln.

Sie wissen, dass der Globalisierungsfonds mit einem Höchstbetrag von 500 Mio. Euro pro Jahr ausgestattet ist und dass er ausschließlich dazu dient, für die von der Globalisierung betroffenen Arbeitnehmer, die entlassen wurden und von den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge betroffen sind, zusätzliche Unterstützung bereitzustellen. Wir haben in der Entschließung noch einmal deutlich gemacht, dass wir es immer wieder hinterfragen, dass wiederholt Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Finanzierung des Globalisierungsfonds in Anspruch genommen werden, und ich bestehe darauf, Herr Kommissar, dass Sie heute noch einmal bekräftigen, dass dies am Ende nicht zulasten der Zahlungen aus dem ESF geht.

Ich will heute ausdrücklich noch einmal die Zusage der Kommission, die uns im Haushaltsausschuss gegeben wurde, einfordern, nämlich in Zukunft Anträge zur Mobilisierung des Fonds nicht gemeinsam einzubringen, sondern sie jeweils separat einzubringen, denn jeder Fall ist ein Stück anders gelagert, und ein Fall, der

kompliziert ist, soll nicht den zeitlichen Ablauf der Befürwortung eines anderen Falles möglicherweise erschweren. Ich hoffe, dass Sie das heute noch einmal so bestätigen können.

Zum Sachstand dieser beiden Fälle: Auch auf der Grundlage der veränderten Vorschriften, weil diese beiden Anträge nach dem 1. Mai 2009 eingereicht wurden, geht es um die Inanspruchnahme eines Gesamtbetrages von etwa 24 Mio. Euro. Damit soll einmal der Verlust von Arbeitsplätzen in der Textilindustrie in Belgien und zweitens in der Computerherstellung in Irland ein Stück abgedeckt werden. Im Hinblick auf Belgien geht es hier um insgesamt 2 199 Entlassungen in 46 Unternehmen der Textilindustrie, die alle ihren Standort in zwei aneinander grenzenden NUTS-2-Regionen, Ost- und Westflandern, und in einer einzigen NUTS-2-Region, nämlich Limburg, haben. Hierfür haben die belgischen Stellen 9,2 Mio. Euro aus dem Fonds beantragt. Zum Antrag Irlands gab es vom Beschäftigungsausschuss richtigerweise einige weitere Nachfragen, die anschließend ja auch behandelt werden bzw. teilweise durch Zusatzinformation bereits vervollständigt sind. Er bezieht sich auf 2 840 Entlassungen im Unternehmen DELL in den Grafschaften Limerick, Clare und North Tipperary sowie in der Stadt Limerick, von denen 2 400 Entlassene für eine Unterstützung ins Auge gefasst wurden. Hier ist ein Gesamtbetrag von 14,8 Mio. Euro vorgesehen. Wir haben nach einer intensiven Debatte im Haushaltsausschuss grünes Licht für die Mobilisierung des Fonds in beiden Fällen gegeben, aber ich weise noch einmal ausdrücklich auf meine Eingangsbemerkung hin, dass die Kommission dazu noch einmal klar Position beziehen möge, und ich begrüße ausdrücklich, dass die ganz grundsätzlichen Fragen der Inanspruchnahme von Finanzierungsinstrumenten aus dem europäischen Haushalt vom Beschäftigungsausschuss heute auf die Tagesordnung gesetzt worden sind.

Ansonsten würde ich das Plenum bitten, diesem Bericht zuzustimmen.

Pervenche Berès, Verfasserin. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten möchte eine mündliche Anfrage zum Problem der Verlagerungen, insbesondere multinationaler Unternehmen, mit der Untersuchung dieser zwei Anträge für die Inanspruchnahme des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung kombinieren; denn im Fall von Irland haben wir die Schwierigkeiten erkannt und die Widersprüche, die als Folge der Verwendung eines solchen Fonds entstehen könnten. Zu keiner Zeit wollte irgendein Mitglied des Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Geiseln nehmen oder damit drohen, den irischen Arbeitern nicht zu helfen, die sich heute aufgrund der industriellen Strategie und der Verlagerung von Dell in einer kritischen Situation befinden.

Wir haben einfach beobachtet, dass beim vorliegenden Fall, obwohl Herr Präsident Barroso am 19. September die Genehmigung eines Hilfspakets für Dell von 19 Mio. EUR bekanntgegeben hat – worüber wir heute Abend debattieren – bzw. für die von Dell entlassenen Arbeiter, um ihnen zu helfen, die Phase der vor ihnen liegenden Umschulung zu überstehen, Dell am gleichen Tag in New York Perot Systems aufgekauft hat, wodurch sein Aktienkurs erhöht werden konnte. Wenige Tage später, am 23. September, genehmigte Frau Kommissarin Kroes über 54 Mio. EUR an staatlichen Beihilfen für den Bau eines Dell-Werkes in Polen.

Wir haben sowohl Herrn Kommissar Špidla als auch Frau Kommissarin Kroes zu dieser Angelegenheit befragt. In einem langen Schreiben teilen sie uns mit, dass sie sich selbst vorstellten, dass Dell zur Versorgung des europäischen Marktes zwei Produktionsstätten besitzt. So, wie ich es allerdings sehe, haben wir, sobald Dell eine dieser Produktionsstätten aufgegeben hat, nichts in puncto Gesamtbewertung der Unternehmensstrategie verändert.

Welche Schlussfolgerung ergibt sich daraus? Die, dass bei Dell keins der europäischen Gesetze, über die wir jeden Tag reden, in Bezug auf die Rechte von Arbeitnehmern oder Gewerkschaften respektiert wird. Es ist daher wirklich schwierig, mit anzusehen, wie das Budget der Europäischen Union schließlich paradoxerweise dazu verwendet wird – zu Zeiten, in denen wir mit den Schwierigkeiten in Zusammenhang mit dem Haushaltsverfahren, mit den Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der Finanzierung des Wiederauffüllungsplans konfrontiert sind –, dabei zu helfen, dass die Investitionsrenditen amerikanischer Aktionäre erhöht, aber innerhalb der Europäischen Union irische Arbeitnehmer zu polnischen Arbeitern gemacht werden. Diese Philosophie haben wir sicher nicht dabei verfolgt, als wir die Einführung des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung unterstützten.

Herr Kommissar Špidla ist sicher nicht der einzige Schuldige hier, aber ich glaube, dass dieser Fall uns dazu verpflichtet, die Verhältnisse ganz genau zu überprüfen, unter denen das Haushaltsbudget der Gemeinschaft in Anspruch genommen wird, um die Strategien großer Unternehmen zu unterstützen. Das trifft umso mehr zu, da im Wiederauffüllungsplan, der unter dem gegenwärtigen Präsidenten der Kommission, Herrn Barroso, entworfen wurde, eine der angekündigten Hauptmaßnahmen in Sachen Beschäftigung war, sicherzustellen, dass Arbeitnehmer, die einen Job haben, diesen auch behalten.

Da die Kommission über das Konzept von Dell, bei dem zwei Produktionsstätten existieren, informiert war, als sich die Perspektive der Wahl zwischen beiden ergab, glaube ich, dass eine proaktivere Strategie seitens der Kommission zu einer Verhandlung mit Dell hätte führen sollen, mit dem Ziel der Umwandlung der irischen Stätte, angesichts der Strategie des Unternehmens, eine Stätte, die PCs herstellt, wie sie in Irland existierte, in eine Stätte umzuwandeln, die Laptops herstellt, wie sie aktuell in Polen besteht. Unserer Meinung nach sollten wir ein beständigeres Mitspracherecht haben, wenn die Kommission sich in einem solchen Szenario wiederfindet, multinationalen Unternehmen zu helfen.

Ich glaube, dass insgesamt genommen diese Überlegungen die nächste Kommission dazu bringen sollten – und besonders Herrn Monti bei der ihm anvertrauten Aufgabe –, weitaus proaktivere Vorschläge zur Art und Weise der Verwendung von Gemeinschaftsmitteln zu machen, speziell in einer Zeit, in der wir mit Verlagerungen zu kämpfen haben, die, einmal mehr, Arbeitnehmer eines Mitgliedstaates gegen die eines anderen Mitgliedstaates ausspielen, und all das als Teil einer multinationalen Strategie, die darin versagt, den Geist sozialer Gesetzgebung zu respektieren wie wir ihn im Rahmen des Konzepts sozialer Marktwirtschaft umzusetzen wünschen.

Vladimír Špidla, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst dem Berichterstatter für die Unterstützung des Vorschlags der Kommission zur Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung als Reaktion auf die Entlassungen in der Textilbranche in Belgien und dem Herstellungssektor für Computer in Irland danken. Die Unterstützung des Berichterstatters wird begleitet von einer Anzahl von Kommentaren, und ich möchte mich selbst hier auf Fragen zum Haushaltsplan begrenzen, da wir später die Möglichkeit haben werden, die anderen Punkte, die sie im Bericht aufwerfen, zu diskutieren.

Der erste Punkt zum Haushalt, den Sie aufwerfen, bezieht sich auf Finanzierungsquellen. Sie sagen uns, dass der Europäische Sozialfonds nicht die einzige Finanzierungsquelle sein kann. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist aus Haushaltssicht ein spezielles Instrument, da er keine eigenen Quellen hat. Er wird über Abrechnungsperioden in Anspruch genommen, obwohl er hauptsächlich die Bestimmung verfügbarer Haushaltsposten betrifft und erst nachrangig die Aufgabe hat, der Haushaltsbehörde die Inanspruchnahme von Geldsummen durch Überprüfungen des Haushalts vorzuschlagen. Die Arbeit wird fallweise und je nach Bedarf durchgeführt. Es ist richtig, dass der Europäische Sozialfonds technisch gesehen bislang die Hauptfinanzierungsquelle war. Hier würde ich gerne das Wort „technisch“ mit klarem Schwerpunkt nennen, da der Europäische Sozialfonds am Ende des Abrechnungszeitraums in keinsten Weise reduziert werden wird. Das ist das Hauptthema.

Der zweite Punkt, den Sie aufwerfen, ist nicht ausschließlich haushaltsbezogen, sondern bezieht sich eher auf das Treffen von Entscheidungen, da Sie darum bitten, dass die Kommission ihre Anträge für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung in einzelnen Dokumenten einreicht. Die Kommission ist sich der Vorteile dieses individuellen Ansatzes sehr wohl bewusst, der das Konfliktrisiko oder das Risiko, dass der Fonds als Garant benutzt wird, komplett beseitigt.

Es ist jedoch notwendig, die neuen Eignungskriterien zu berücksichtigen, die wir dieses Jahr diskutiert haben und die Sie genehmigt haben. Mit diesen neuen Kriterien wird man in den kommenden Monaten mit einem signifikanten Anstieg der Antragszahl rechnen müssen, und es ist nicht sicher, dass die Verhandlung der relevanten Dokumente schneller sein wird, wenn sie einzeln eingereicht werden. In jedem Fall möchte die Kommission jedoch gerne sagen, dass der vorteilhaftere Ansatz, durch Vermeidung des Risikos bestimmter technischer Komplikationen bei der Arbeit, der fallweise Ansatz ist, der bessere Qualität bietet. Die Kommission nimmt daher Ihr Interesse zur Kenntnis und ist völlig einverstanden damit, ihre Verfahren in zukünftigen Abrechnungszeiträumen anzupassen. Ich habe für beide dieser Fälle daher eine eindeutige Erklärung vorgesehen, denke ich.

Was die zweite Frage betrifft, ist die Kommission erfreut, dass das Parlament die Entscheidung angenommen hat, den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zur Unterstützung von Arbeitnehmern in Anspruch zu nehmen, die aufgrund einer Überkapazität in der Textilindustrie in Belgien und der Computerbranche in Irland entlassen wurden. In Verbindung hiermit kam eine Frage über einen möglichen Zusammenhang zwischen Unternehmensverlagerungen innerhalb der EU, der Rolle von EU-Finanzinstrumenten und der von der Kommission über Staatshilfen ausgeübten Kontrollen auf.

Erstens sollte erwähnt werden, dass die Kommission sich dessen bewusst ist und sorgfältige Notiz von den negativen Folgen der Unternehmensverlagerungen für Arbeitnehmer, deren Familien und Regionen nimmt. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Kommission, in die Entscheidungsprozesse von Unternehmen einzuschreiten, wenn es keinen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht gab. Die Kommission merkt auch an, dass sie nicht

dazu befähigt ist, einzelne Unternehmen in ihren Entscheidungen zu behindern oder sie zu verzögern, und Unternehmen haben keine allgemeine Verpflichtung, die Kommission bezüglich der Legitimität ihrer Entscheidungen zu unterrichten. In diesem Zusammenhang ist sich die Kommission auch des Unbehagens bewusst, das die Tatsache umgibt, dass regionale Staatshilfen, einschließlich möglicher Beiträge vom Strukturfonds, vielleicht als Mittel benutzt werden können, um wirtschaftliche Investitionen von anderen Regionen wegzulocken.

Die Kommission bemerkt, dass das Ziel der Gemeinschaftsverordnungen bezüglich der Staatshilfen unter anderem ist, sicherzustellen, dass Hilfe, die darauf abzielt, die Entscheidungen von Unternehmen bezüglich des Investitionsorts zu beeinflussen, nur benachteiligten Regionen zur Verfügung gestellt und solche Hilfe nicht zum Nachteil anderer Regionen verwendet werden sollte. Dieses Problem wird auch in der Verordnung behandelt, die die allgemeinen Bestimmungen des Struktur- und Kohäsionsfonds begründet, und in den Leitlinien für regionale Unterstützung in der Phase 2007-2013, die auf die Sicherstellung abzielen, dass diese Investitionen einen realen und nachhaltigen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten.

Laut Artikel 57 der allgemeinen Strukturfondsverordnung müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Projekte, für die ein Zuschuss erfolgt, die Investition nach ihrer Beendigung für eine Phase von fünf Jahren und im Fall von Klein- und Mittelbetrieben für eine Phase von drei Jahren erhalten. Falls ein Projekt als Folge von Änderungen der Eigentumsrechte bezüglich der Infrastruktur oder dem Ende von Produktionsaktivitäten geändert wird und diese Änderung das Wesen des Projektes oder die Bedingungen, unter denen es implementiert wird, beeinflusst, oder die Änderungen die Firma oder die öffentliche Körperschaft mit unlauteren Vorteilen versehen, muss der Zuschuss zurückgezahlt werden. Die Mitgliedstaaten müssen die Kommission in ihren Berichten zur Implementierung ihrer operationellen Programme jedes Jahr über solche grundlegenden Änderungen unterrichten. Die Kommission muss die anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis setzen.

Des Weiteren wurde im Programmplanungszeitraum (2007-2013) eine spezielle Rechtsvorschrift eingeführt, die sicherstellen soll, dass Unternehmen, auf die dieses Verfahren für die Rückzahlung unrechtmäßig ausgezahlter Geldsummen nach einer Verlagerung der Produktionsaktivitäten in einem Mitgliedstaat oder zu einem anderen Mitgliedstaat zutrifft, keine Zuschüsse von diesen Fonds erhalten können. Ähnlich spezifiziert Punkt 40 der Leitlinien zur regionalen Unterstützung, dass die Unterstützung an die Bindung geknüpft sein muss, eine gegebene Investition ab ihrer Beendigung mindestens für fünf Jahre in der relevanten Region zu erhalten. Des Weiteren müssen, wenn die Bezuschussung auf Basis von Lohnkosten berechnet wird, die Stellen ab Projektabschluss für drei weitere Jahre fortbestehen. Alle durch die Investition geschaffenen Stellen müssen von dem Datum aus gerechnet, an dem die Stelle zuerst geschaffen wurde, für fünf Jahre in der jeweiligen Region erhalten bleiben. Im Fall von Klein- und Mittelbetrieben können Mitgliedstaaten diese Phase auf drei Jahre beschränken.

Diese Regelung hat das Ziel, ein Gerangel um Beihilfen und die Stilllegung von Fabriken ausschließlich auf der Grundlage höherer staatlicher Förderungen anderswo zu vermeiden, und berücksichtigt dabei die Tatsache, dass Staatshilfe nur einen Faktor darstellt, der die Entscheidungen von Unternehmen bezüglich Verlagerungen beeinflusst, und die anderen Faktoren, wie z. B. Löhne, Qualifikationen, Steuern und geographische Lage, häufig eine wichtigere Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach ist es völlig richtig und normal, Fragen in Bezug auf die Verwendung europäischer Fonds auf strategischer Ebene zu diskutieren: darüber kann es keinen Zweifel geben. Abschließend möchte ich gerne bemerken, dass Fonds, die im Rahmen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung verwendet wurden oder werden, Menschen zugutekommen, die negativ betroffen wurden, oder einzelnen Arbeitern, wie z. B. diejenigen in Belgien oder Irland, oder irgendeinem anderen europäischen Land, und absolut nicht Unternehmen. Diese Ressourcen sind zur Unterstützung von Personen – Einzelpersonen und nicht Unternehmen – gedacht.

Elisabeth Morin-Chartier, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte gerne auf die Fälle zurückkommen, über die wir unter dem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung entscheiden müssen. In dieser Hinsicht arbeiten wir natürlich im Interesse der Arbeitnehmer, um sie beschäftigungsfähiger zu machen, wenn sie von Arbeitslosigkeit in ihrer Branche betroffen sind.

Lassen Sie uns jedoch zum Fall Dell zurückkommen, über den Frau Berès gezwungenermaßen reden musste. Die Fabrik in Irland produziert hauptsächlich Bürocomputer. Der Augenblick, in dem die Kommission den Bau einer Fabrik desselben Unternehmens mit Schwerpunkt auf Produktion von Laptopcomputern in Polen

unterstützte, war der Augenblick – das ist einfach Gesetz des Marktes und zudem gibt es einen viel höheren Bedarf für Laptops –, der der irischen Produktionsstätte den Todesstoß versetzte.

Die Wahl, an welchen der beiden Stätten produziert werden sollte, war Ausdruck der Schwierigkeiten, auf die wir uns im Namen der irischen Arbeitnehmer nun einstellen müssen. Bei der näheren Betrachtung beider Einzelfälle haben wir in unserer Arbeitsgruppe für die Anpassung an die Globalisierung daher die Kommission dazu aufgefordert, sich alle Beihilfen genau anzuschauen, die an jedes einzelne Werk vergeben werden, sei es auf der Ebene europäischer oder regionaler Hilfen; denn die europäische Förderpolitik, die wir entwickeln, darf nicht ungerecht eingesetzt werden und darf sich nicht gegen die Arbeitnehmer richten.

Daher wollen wir, dass von Anfang an eine größere Wachsamkeit gegenüber solchen Problemen herrscht, damit nicht die Arbeitnehmer damit fertig werden müssen.

Alan Kelly, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, am 8. Januar 2009 erlebte der mittlere Westen von Irland, speziell Limerick, Tipperary und Nord-Kerry, ein nie zuvor gesehenes ökonomisches Trauma. Die Meldung von Dell, dass über 2 000 Arbeitsplätze zusammen mit tausend zuliefernden Stellen aus der Region abgezogen werden würden, stellte einen Verlust historischen Ausmaßes dar.

Die EU stellte aus dem Globalisierungsfonds Geldmittel zur Verfügung, die direkt den wirtschaftlich Schwachen in der Region helfen werden. Wenn wir morgen abstimmen, dann handelt es sich bei den 14,8 Mio. EUR nicht um ein Almosen, sondern um Solidarität mit den über 2 400 Menschen, denen damit geholfen wird, ihr Leben wieder aufzunehmen. Das wird willkommen sein.

Das Geld wird für Umschulungen von Arbeitnehmern, zur Gründung von Kleinunternehmen und zur Unterstützung von Stellenvermittlungen eingesetzt werden, die sehr notwendig sind. Die Tatsache, dass uns heute Abend Arbeitnehmervertreter von Dell zuschauen, zeigt wie tief diese Geldmittel die Arbeitnehmer von Dell erreicht haben und wie sehr sie es willkommen heißen.

Ich muss allerdings betonen, dass wir bislang nur die Hälfte erreicht haben. Wir haben nun 18 Monate, in denen es ausgezahlt wird, und ich appelliere heute Abend an unsere kommunale Ministerin in Irland, der Handelsministerin von Irland, Frau Coughlan, sich persönlich einzuschalten und dafür zu sorgen, dass es einen Plan für die Verteilung des Geldes gibt. Es handelt sich um einen einmaligen Ausgleich für normale Arbeiter; diese Chance gibt es kein zweites Mal für sie. Frau Ministerin Coughlan, bitte, bitte organisieren und unterstützen Sie diese einmalige Gelegenheit für den mittleren Westen von Irland.

Ich möchte mich bei den Abgeordneten und speziell bei meinen eigenen Kollegen für die Unterstützung des Dell-Antrags bedanken und sie zudem darum bitten, weitere ähnliche Anträge, die von Waterford Crystal und SR Technics kommen werden, zu unterstützen.

Marian Harkin, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, mein erster Kommentar ist, dass der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung eine echte Solidaritätsbekundung zwischen EU-Bürgern und den Staaten ist. Zweitens, als irische Abgeordnete bin ich zutiefst erfreut darüber, dass die Arbeitnehmer von Dell, die entlassen wurden, jetzt wenigstens eine Möglichkeit haben, sich auf die Zukunft zu freuen und diese planen zu können. Es ist allerdings wichtig, wie Herr Alan Kelly gesagt hat, sicherzustellen, dass jegliche Programme oder Weiterbildungskurse, die in Gang gesetzt werden, auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer zugeschnitten sein müssen und die Möglichkeit der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt oder sich selbständig zu machen, das klare Ziel jeder Hilfe ist.

Letztlich möchte ich die Rolle des Parlaments bei der Genehmigung des Fonds für die Dell-Arbeiter anerkennen. Trotz einiger sehr ernster Themen, die hier heute Abend angesprochen wurden, haben wir die Arbeitnehmer nicht zu Geiseln genommen und den 14,8 Mio. EUR-Antrag genehmigt. Die Kommission muss allerdings sicherstellen, dass innerhalb der Industriepolitik der EU Kohärenz besteht und das Budget der EU nicht dazu verwendet wird, das Aktionärsvermögen einiger Unternehmen zu steigern, während EU-Arbeitnehmer dafür zahlen.

Marije Cornelissen, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (NL) Irlands Antrag auf europäische Fonds für die nach Schließung des irischen Werks von Dell entlassenen Arbeiter hat eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die nach Antworten verlangen.

Die Tatsache, dass ein Unternehmen wie Dell in einem Land ein Werk schließt und in einem anderen Land ein Werk eröffnet, ist prinzipiell Folge normaler Marktkräfte. Jedoch ändern die verschiedenen Arten der beteiligten Staatshilfen die Angelegenheit. Dell etablierte sich selbst vor einigen Jahren in Irland mit der Hilfe von Staatshilfen. Nun macht es dort zu und eröffnet ein Werk in Polen, und wieder mit der Hilfe von

Staatsgeldern. Statt eines von Dell finanzierten Sozialplans für die irischen Arbeitnehmer, die Dell in die Arbeitslosigkeit geschickt hat, wenden sich diese Menschen inzwischen an den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Meiner Meinung nach zeigt dies eine ernsthafte Inkonsistenz der Industrie- und Beschäftigungspolitik. Wenn schließlich alles gesagt und getan ist, wie viele Stellen wurden mit all der Staatshilfe, die Irland, Polen und die Europäische Union in Dell gepumpt haben, geschaffen?

Daher ist die Frage, wie werden Kommission und Mitgliedstaaten zusammen die Konsistenz ihrer Politik sicherstellen? Zudem, wie können wir sicherstellen, dass der Globalisierungsfonds die Bemühungen eines Unternehmens zum Wohle seiner Arbeitnehmer unterstützt statt diese im großen Rahmen zu ersetzen?

Ilda Figueiredo, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, wir haben immer befürwortet, dass die EU-Politik bezüglich Unternehmensverlagerungen überarbeitet werden sollte, und wir haben immer geglaubt, dass der Globalisierungsfonds nur ein schwacher Trost ist für Arbeitnehmer, die Opfer der Strategien multinationaler Unternehmen oder des Mangels einer angemessenen Industriepolitik sind, deren Ziel Produktion und gute Stellen mit Arbeitnehmerrechten ist. Wir befürworten daher eine neue Politik in Sachen sozialer Entwicklung und Fortschritt.

Dennoch glauben wir auch, dass die irischen Arbeitnehmer nicht doppelt unter der Profit- und sozialen Dumping-Strategie des multinationalen Unternehmens Dell, das sein Werk in Irland geschlossen und mit Staatshilfen in Polen neu eröffnet hat, leiden sollten.

Wir unterstützen daher diesen Bericht.

Wir möchten allerdings ein paar Antworten von der Europäischen Kommission, was die Zukunft betrifft. Wir wollen eine radikale Änderung der Politik, effektives Monitoring der an multinationale Unternehmen ausgegebenen Hilfen, eine reelle Industriepolitik und eine solide Investition in die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Rechten.

Seán Kelly (PPE). – (GA) Herr Präsident, zuallererst möchte ich der Kommission meinen äußersten Dank für die Bereitstellung dieses großzügigen Fonds für die arbeitslosen Arbeitnehmer von Dell ausdrücken. Insbesondere möchte ich Gerry und Denis, die heute Abend hier bei uns sind, willkommen heißen.

– Ohne Zweifel gebührt der Europäischen Union und insbesondere der Kommission großer Dank für die Hilfe der Arbeitnehmer von Dell, und ich möchte dies hier anerkennen. Ich möchte auch früheren Kollegen danken, zwei davon sind heute Abend hier, Frau Marian Harkin und Herr Brian Crowley, und auch meinem direkten Vorgänger, Herrn Colm Burke, für die Initiierung dieses Fonds letzten Mai.

Die Kommission machte zwei große Änderungen, die sehr wichtig für uns waren: die Senkung der 50/50-Finanzierung auf 35 für die nationale Regierung und 65 für die Kommission sowie ebenfalls die Senkung der Zahlen von 1 000 auf 500, was hoffentlich den Menschen bei Waterford Crystal und SR Technics zu gegebener Zeit finanzielle Mittel bereitstellen wird.

Es gibt zwei Einwände, die ich hinzufügen möchte. Einer ist, dass die zweijährige Verlängerung der Zeitspanne auf drei Jahre verlängert werden sollte, da viele einen Hochschulabschluss anstreben, der normalerweise drei Jahre dauert; und der zweite ist, dass das Anfangsdatum nicht das Datum der Antragstellung sein sollte, sondern das Datum der Verabschiedung hier im Parlament und Rat.

Es gibt noch zwei Anmerkungen, die ich machen möchte. Die Menschen sind sehr dankbar für die Ergebnisse. Sie haben Hoffnung gebracht, wo Verzweiflung war. Sie haben Solidarität bewiesen statt Isolation und dieser Fonds wird sinnvoll verwendet werden; ich habe keine Zweifel, dass es vielleicht der beste Fonds und die beste Finanzierung ist, die die Europäische Kommission je vergeben hat. Vielen herzlichen Dank.

Frédéric Daerden (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, es wurden mehrere Fragen aufgeworfen, aber die Verwendung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ruft in mir zwei Empfindungen hervor.

Erstens, ich bin froh, dass es ihn gibt. Die europäischen Arbeitnehmer müssen wissen, dass Europa in schwierigen Zeiten, wie wir sie im Moment haben, für sie da ist. Zweitens freue ich mich, dass Belgien für die Qualität der Zusammenarbeit zwischen seinen Sozialpartnern bei der Vorbereitung dieser Angelegenheit gelobt wurde.

Leider habe ich auch etwas über die Art und Weise, wie der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung funktioniert, zu bedauern. Erstens, sein Erfolg spiegelt eine schwierige wirtschaftliche Situation in Europa wider, mit allen nur zu vertrauten Folgen für die Gesellschaft.

Zweitens, wurde die Konsistenz des Fonds mit anderen Hilfsinstrumenten im Fall von Dell in Frage gestellt. Diesbezüglich unterstütze ich voll und ganz die Anmerkungen, die meine Kollegin, Frau Berès, zuvor gemacht hat.

Schließlich, hinsichtlich des Budgets, müssen die Zahlungsermächtigungen zur Ausführung der Zuteilungen dieses Fonds von anderen Budgetposten übermittelt werden und, soweit ich weiß, systematisch vom Europäischen Sozialfonds übermittelt werden. Gleichwohl dies durch die Rate der Zahlungen des Strukturfonds ermöglicht wird, die nicht so hoch ist, wie man es sich wünschen würde, muss der Strukturfonds für seinen Verwendungszweck eingesetzt werden.

Abschließend fordere ich, dass Finanzierungen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sorgfältig zu überdenken sind, und ich spüre, dass die Kommission Zugeständnisse macht, wenn sie dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung nicht direkt eine vollständige finanzielle, mit den anderen Fonds ebenbürtige Grundlage zur Verfügung stellt, dann soll sie aber doch wenigstens sicherstellen, dass er nicht länger nur auf Kosten des Sozial- und Strukturfonds finanziert wird.

Ivo Belet (PPE). – (NL) Ich möchte eine kurze strukturelle Bemerkung zu den strukturellen Wirkungen des Fonds machen. Natürlich freuen wir uns über die Projekte, die heute auf dem Tisch liegen und morgen genehmigt werden. Dennoch gibt es natürlich in allen von ihnen Raum für Verbesserungen, was der Grund für meine kurze Bemerkung ist.

Meine Damen und Herren, der Fonds schießt manchmal über sein Ziel hinaus; der simple Grund dafür ist, dass das Verfahren zu schwerfällig ist, Herr Kommissar. Schließlich ist das Hauptziel des Fonds, dass Arbeitnehmer, die betroffen sind und ihre Stellen verlieren, schnelle Unterstützung bekommen und Hilfe bei der Stellensuche erhalten. Gegenwärtig funktioniert dies nicht immer, da wir nicht in der Lage sind, schnell genug zu handeln, und das ist sehr ärgerlich, speziell für ältere Arbeitnehmer. In der Tat erfordern Outplacement und Unterstützung eine rasche, beständige Herangehensweise, die im Moment komplett fehlt.

Zudem mangelt es dem Globalisierungsfonds an Flexibilität, und wenn Sie ein Arbeiter sind, der entlassen wird und unglücklicherweise von einem Unternehmen kommt, das nicht auf der Liste steht, dann werden Sie einfach nicht für eine Unterstützung in Frage kommen. Wir haben doch täglich mit Geschichten wie diesen zu tun, Arbeitnehmer, die betroffen, aber für Hilfe nicht berechtigt sind, und wir ringen um Erklärungen – weil es so kompliziert ist –, warum es nicht geht.

Meiner Ansicht nach, müssen wir so schnell wie möglich eine praktische Lösung hierfür finden, Herr Kommissar, und wir brauchen eine schnellere Herangehensweise und, wenn möglich, auch ein Rezept, das uns in die Lage versetzt, eine „Finanzrahmen-orientierte“ Arbeitsweise anzunehmen. Meiner Meinung nach muss diesbezüglich in den nächsten Wochen und Monaten gehandelt werden.

Markus Pieper (PPE). – (DE) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Der Globalisierungsfonds hilft den Menschen bei Weiterbildung und bei Qualifizierung. Das ist die soziale Seite von Europa, das ist eine gute Seite. Die Kommission hat aber auch die Förderung von Dell in Polen beihilferechtlich überprüft. Sie hat 54 Mio. polnische Staatsbeihilfen für Dell genehmigt, weil es angeblich der regionalwirtschaftlichen Entwicklung dient.

Da stellt sich zunächst die Frage: Müssen wir uns in Europa wirklich mit Steuergeldern derart Konkurrenz machen? Nein! Wir sollten das Beihilferecht in der Form ändern, dass Subventionen bei Standortverlagerung eben nicht mehr gezahlt werden, auch nicht durch die Mitgliedstaaten.

Ich stelle eine weitere Frage direkt an die Kommission: Ist in den 54 Mio. Euro polnisches Geld für Dell auch Geld aus den europäischen Strukturfonds enthalten? Warum, Herr Kommissar, gibt es dazu keine eindeutige Stellungnahme der Kommission? Ich fordere die Kommission wirklich auf, ihre Überprüfungspflicht nach den Strukturfondsverordnungen ernst zu nehmen. Es darf für Standortverlagerungen innerhalb der Europäischen Union kein europäisches Geld geben. Was Sie hier heute gesagt haben, Herr Kommissar, war eine ausweichende Antwort. Sie verstecken sich hinter den Berichten der polnischen Regierung. Sie überprüfen aber nicht direkt, ob die europäische Strukturfondsverordnung auch wirklich eingehalten wurde.

Schaffen wir endlich Transparenz, und veröffentlichen wir jede einzelne Subvention der Strukturfonds, wie es auch in der Agrarpolitik geschieht. Nur dann können wir auch wirklich Vertrauen in die Europäische Strukturpolitik schaffen.

Csaba Óry (PPE). – (HU) Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit, als wir diesen Globalisierungsfonds eingerichtet haben; und selbst damals gab es eine große Debatte darüber, dass es keine gute Idee wäre, wenn die aus dem Fonds gezahlte Hilfe, statt die Verluste zu mildern, den entlassenen Arbeitnehmern bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt helfen würde, und wie Unternehmen dadurch sozusagen ermutigt würden, bequem den Vorteil des Verlagerungsinstruments auszunutzen, damit der Fonds die Kosten der verlierenden Seite trägt.

Der Dell-Fall ist symptomatisch hierfür; denn unsere Erfahrung zeigt, dass dies eher als Anreiz zu wirken scheint statt als Verlustmilderung und Solidaritätsbekundung, da Dell Hilfe für sowohl Entlassungen als auch Standortwechsel (Verlagerungen) erhält. Daher ist das, was wir hier haben, einfach ein Mangel an richtiger Koordination europäischer Fonds. Der Globalisierungsfonds ist Teil der Wettbewerbspolitik und der Strukturfonds. Es gibt dabei überhaupt nichts zu gewinnen, und es widerspricht dem Zweck dieses Fonds, wenn wir diese Ressourcen in widersprüchlicher Weise verwenden, ohne jegliche Koordination. Daher möchte ich die Kommission darauf aufmerksam machen, dass sie überlegen muss, wie europäische öffentliche Gelder in koordinierter Weise in dieser Art von Fällen verwendet werden, um derartige Verwirrung zukünftig zu vermeiden.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Herr Präsident, Herr Kommissar, die Wirtschafts- und Finanzkrise hat und wird weiterhin sowohl die Eisen- als auch die Stahl- und Schiffsbauindustrie schwer beeinträchtigen. Galați, meine Heimatstadt, ist vom Verlust tausender von Arbeitsplätzen in der Eisenhüttenindustrie und den Schiffswerften stark betroffen.

Aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu schöpfen, ist eine kurz- und mittelfristige Lösung, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die sich in einer prekären Lage befinden, nachdem sie ihren Job verloren haben. Ich möchte die Notwendigkeit von Investitionen für die Modernisierung von Unternehmen im Sektor der Schwerindustrie betonen, damit sie ihren Verschmutzungsgrad langfristig senken können. Das wird uns erlauben, Stellen zu bewahren und so Arbeitnehmer langfristig zu schützen.

Brian Crowley (ALDE). – Herr Präsident, wie meine Kollegen möchte ich dem Herrn Kommissar und dem Berichtersteller für ihre Arbeit in dieser Sache danken. Die Kommission wird sich sicher an letzten Januar erinnern, als ich und einer meiner früheren Kollegen, Herrn Colm Burke, ihn trafen, um den Globalisierungsfonds für die Arbeitnehmer von Dell in Gang zu setzen.

Ich denke, das ist ein klares Zeichen dafür, wie viel wir auf EU-Ebene in Hinblick darauf einsetzen, uns zuerst um die Menschen zu kümmern und sicherzustellen, dass die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen, und zu versuchen, sicherzustellen, dass ihr Leben und ihre Existenz geschützt werden und die Europäische Union schnell handeln kann, wenn es Probleme oder Schwierigkeiten gibt.

Auf persönlicher Ebene möchte ich dem Herrn Kommissar persönlich für sein aktives Engagement in dieser Sache – nicht nur hier im Parlament oder mit mir persönlich – danken, sondern auch für seine Reise nach Limerick und sein Treffen mit den Arbeitnehmern.

Und, wenn ich dies zu anderen Kollegen sagen darf, die hin und wieder ihre Ablenkungsmanöver mit anderen Themen versuchen: der Globalisierungsfonds ist, mit all seinen Macken, ein Pluspunkt der Europäischen Union ist, und zwar einer, den wir in seinem Ausbau und Erfolg unterstützen sollten, und, am wichtigsten von allem, der uns zu dem altbekannten Sprichwort zurückbringt: Geben Sie dem Menschen einen Fisch, und er hat genug zu essen für einen ganzen Tag; zeigen Sie dem Menschen, wie man fischt, und er hat genug zu essen für das ganze Leben. Das ist, was der Globalisierungsfonds uns erlaubt, zu tun.

Elisabeth Schroedter (Verts/ALE). – (DE) Herr Präsident! Ich möchte gerne noch einmal auf das zweite Statement von Kommissar Špidla zurückkommen. Er sagt, dass wir Unternehmensentscheidungen nicht beeinflussen können. Das stimmt einfach nicht. Wir beeinflussen natürlich Unternehmensentscheidungen, indem Subventionen gezahlt werden, indem europäische Strukturfonds gezahlt werden und Beihilfe gezahlt wird.

Deshalb hat das Parlament damals, als es um die Verhandlung über die Verordnung ging, genau diese Frage der Verlagerung diskutiert. Aber letztendlich ist das Parlament eingeknickt, leider auch mit den Stimmen der EVP, Herr Pieper, und hat nur fünf Jahre in die Strukturfondsverordnung hineingeschrieben, was natürlich

überhaupt nicht reicht, wenn man auch die Größe der Subventionen betrachtet. Die Verts/ALE-Fraktion war die Einzige, die damals gesagt hat, dass wir in diesem Teil der Verordnungen, die Herr Kommissar zitiert hat, wo es darum geht, dass ein Unternehmen zurückzahlt, wenn es eher weggeht, mindestens 10 Jahre brauchen. Ich kann nur sagen: Dieser Fall zeigt, dass die Verts/ALE-Fraktion Recht hatte.

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). – (PL) Herr Präsident, durch die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sieht sich die Europäische Union wieder einmal gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber. Diesmal sind es Schwierigkeiten, die aus den strukturellen Veränderungen des Welthandels resultieren. Genauso wie bei der Finanzkrise können nur integrierte Maßnahmen im Kampf gegen die Auswirkungen der Globalisierung wirksam sein.

Dank der bestehenden Finanzmittel wurde Menschen, die ihren Job verloren haben, sowohl belgische Textilarbeiter als auch Arbeitnehmer des Dell-Werks in Irland, die unmittelbare Möglichkeit einer Umschulung, um eine neue Arbeit zu finden, gegeben. Der Fonds dient auch der Förderung von Unternehmertum und Selbständigkeit. Diese Hilfe für bestimmte Branchen in verschiedenen Ländern ist ein angemessener Ausdruck sozialer Solidarität innerhalb der EU.

Es ist wahr, dass das Unternehmen Dell, das die Schließung seiner Produktionsstätte in Irland damit rechtfertigte, ein Land mit niedrigeren Produktionskosten finden zu müssen, ein solches Land, das sich immer noch in den Grenzen der EU befindet, gefunden hat; denn Dell hat einen Standort in Polen in der Stadt Łódź gefunden. Die Łódź-Gegend befindet sich in Bezug auf ihr Beschäftigungsniveau in einer schwierigen Lage und das Dell-Werk hat um die 2 000 neuen Stellen geschaffen. Diese Investition wird einen merklichen Effekt auf die Verbesserung der Situation in und um Łódź haben und wird die Geschwindigkeit der Entwicklung der gesamten Woiwodschaft erhöhen.

Pervenche Berès, Verfasserin. – (FR) Herr Präsident, ich möchte meinen Kollegen, Herrn Crowley, beruhigen. Kein Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten hat die Effektivität, die Nützlichkeit des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, in Frage gestellt. Wir haben einfach den Eindruck, dass der Fonds besser genutzt werden kann.

Ich möchte außerdem gerne auf einen der vom Herrn Kommissar gemachten Kommentare zurückkommen, als er uns gerade sagte, dass man Fonds-Shopping verhindern müsste. Das ist genau das Problem, das wir heute haben.

Wenn ich mir vorstelle, wie Sie sich darauf vorbereiten, die Verantwortung in dieser Angelegenheit abzugeben, was werden Sie dem nächsten Kommissar, der für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zuständig ist, sagen? Denn im Fall von Dell können wir klar sehen, dass die Gefahr einer Verdrehung des Verfahrens und des Missbrauchs von Gemeinschaftsfonds und der Erteilung von Zulassungen im Zusammenhang mit der Wettbewerbspolitik besteht.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach kann die Diskussion grundsätzlich in zwei parallele Linien geteilt werden. Die erste von beiden besagt, dass der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung funktioniert, aber dass es Gründe für die Optimierung seines Einsatzes gibt. Der Zeitfaktor wurde erwähnt, obwohl meiner Meinung nach dieses Thema in dem Maß übertrieben wurde, dass die Mitgliedstaaten unmittelbar reagieren und die Kosten zurückbekommen können. Nichtsdestoweniger glaube ich, dass dies eine Angelegenheit ist, die debattiert werden muss, und dass es auch einen Bedarf dafür gibt, in dieser Richtung nach einer Lösung zu suchen.

Das Problem einzelner Haushaltsposten wurde ebenfalls angesprochen. Es ist wahr, dass zu der Zeit, als der Fonds geschaffen wurde, dies nicht wirklich möglich war. Trotzdem kann der Fonds so funktionieren. Meiner Meinung nach ist es daher notwendig, alle Fragen einzureichen, die eingereicht werden können und, wo angemessen, eine bessere Lösung für sie zu finden als bisher. Dennoch zieht nichts den wesentlichen Grundsatz in Zweifel, dass der Fonds in Krisenzeiten funktioniert und wahre Hilfe leistet.

Das zweite, in der Debatte aufgeworfene Thema ist weitaus komplexer. Es geht um die Frage der Standortverlagerungen, das Problem der potenziell konkurrierenden Subventionen und einer Reihe von anderen Fragen, die damit zusammenhängen und extrem komplex sind. Meiner Meinung nach ist es richtig, diese Probleme anzusprechen und es ist richtig, dies auf der Grundlage eines umfassenden Verständnisses der Fakten zu tun. Und ich möchte gerne ein paar Fakten erwähnen, die mit dem Fall von Dell und auch mit einigen unserer Gedanken zum Gesamtproblem in Zusammenhang stehen.

Die erste Tatsache im Gegensatz zur überwiegenden Auffassung ist, dass die Lohnkosten pro Produktionseinheit laut OECD in Polen deutlich höher als in Irland sind. Lohnkosten in Polen sind also nicht niedriger sondern höher als in Irland. Diesen Punkt sollten wir im Hinterkopf behalten, da das Ziehen von Schlussfolgerungen aus direkten Vergleichen in komplexen Situationen keine verlässliche Methode ist. Ich möchte betonen, dass es, wenn wir diese Fragen debattieren wollen, notwendig ist, unsere Kenntnisse beträchtlich zu vertiefen, wenigstens bezüglich einiger Punkte.

Das zweite Thema ist das des Dell-Falls selbst. Es stimmt, dass Dell 1991 seine Tätigkeit in Limerick, in anderen Worten, vor 18 Jahren, aufnahm. Es stimmt auch, dass es damals nachweislich keine Unterstützung aus irgendeinem europäischen Fonds für diese Inbetriebnahme bekam. Es gibt keine Informationen darüber, obwohl ich die Möglichkeit nicht ausschließen kann, dass das Unternehmen Unterstützung aus den regionalen Fördermitteln erhielt, weil es zu dieser Zeit, im Jahr 1990, keine Verpflichtungen oder Methoden gab, die uns diese Information besorgen könnten. Es ist auch eine Tatsache, dass die Entscheidung, den Standort nach Łódź zu verlegen, im Jahr 2007 von Dell gefällt wurde. Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass das als Staatshilfe verwendete Geld polnisches Geld ist und dass diese Hilfe im Dezember 2007 bewilligt wurde. Es kommt also nicht aus dem europäischen Strukturfonds. In diesem Fall – und das trifft nicht auf alle Fälle zu, sondern auf Fälle mit über 50 Mio. EUR, was hier der Fall war – findet eine sehr detaillierte Untersuchung statt, die auch Fragen des Arbeitsmarktes berücksichtigt. Die Schlussfolgerung der Kommission war, dass diese beiden Operationen, die zeitlich so weit auseinander lagen, nicht miteinander in Beziehung stehen. Das allerdings bedeutet gar nichts und stellt in keinsten Weise die Tatsache in Frage, dass Fragen, die die Verwendung europäischer Ressourcen betreffen, wiederholt auf der Grundlage unserer neuen Informationen detailliert diskutiert werden müssen und es zweifellos richtig ist, ein höheres Maß an Kohärenz sicherzustellen. Meiner Meinung nach dient der Dell-Fall als gutes Sprungbrett, und es ist sicher richtig, mit dieser Debatte fortzufahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen für diese Debatte und die Möglichkeit danken, mit Ihnen einige Aspekte zu erörtern, die die Verwendung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung betreffen. Schlussendlich möchte ich einfach gerne sagen, dass im Rahmen unserer Politik sicher die Gefahr besteht, Ressourcen in unangemessener Weise oder nicht völlig optimal zu nutzen, und dass dieses inhärente Risiko immer in unserer Politik und wie sie sich entwickelt bestehen wird. Es ist daher unsere Aufgabe, dies im Hinterkopf zu behalten und den Mut zu haben, so manch langbestehendes Prinzip aus neuer Sicht zu hinterfragen und diese alten langbestehenden und vielleicht überholten Methoden zu ändern, wo wir ausgereifere und technische Lösungen und einen politischen Konsens finden.

Reimer Böge, Berichterstatter. – (DE) Herr Präsident! Ich will gerne noch einmal sagen, dass wir uns gerade in der Zusammenarbeit zwischen dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten in den letzten Monaten bemüht haben, die Verfahren auf der Grundlage einer Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses – der ja auch eine Sonderarbeitsgruppe dafür eingerichtet hat – so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen, um nach sorgfältiger Prüfung im Interesse der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren damit in Verbindung stehenden Familien die Mittel dann auch möglichst rasch zur Verfügung zu stellen.

Ich will zweitens sagen, dass wir im Zuge der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens und der neuen Instrumente, im Zuge von Haushaltsreview und Haushaltsrevision auch die Funktionsweise und den Zusatznutzen des Europäischen Globalisierungsfonds wie alle anderen Instrumente auch zu überprüfen haben, und zwar im Hinblick auf den Effekt, auf das Management und auf das Zusammenspiel der Institutionen auf der nationalstaatlichen und der europäischen Ebene. Wir müssen uns Gedanken machen, wie dies im Zusammenspiel mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) möglicherweise noch effizienter gestaltet werden kann. Da sollten wir für alle möglichen Diskussionen, die zu einer Besserung führen können, offen sein.

Was die Finanzierungsquellen angeht, Herr Kommissar, haben Sie, was die Zahlungsermächtigungen aus dem ESF angeht, rein technisch gesprochen, natürlich Recht. Aber am Ende möchte ich schon, dass das Gesamtspiel der Verpflichtungen und der Zahlungen nach dem mehrjährigen Finanzrahmen sowohl für die Strukturfonds als auch für den ESF dann so ausgeht, wie wir es in den Gesamtzahlen vereinbart haben. Es kann nicht sein, dass aufgrund mangelnder Implementierung, aufgrund der Probleme bei den Kontroll- und Managementsystemen und wegen zu später Umsetzung dieser Fonds möglicherweise Geld auf der Halde bleibt und dass wir dann jährlich immer wieder eine Tranche davon nehmen, um solche Zusatzprogramme zu finanzieren. Das ist nicht im Interesse des Erfinders.

Was Sie zu den beihilferechtlichen Fragen gesagt haben, nehmen wir erst einmal so mit. Wir haben ja auch an einer anderen Stelle, als es um Nokia in Bochum und die Verlagerung nach Rumänien ging, ähnliche Fragen gestellt. Trotzdem muss ich sagen, dass man sich hier sehr genau anschauen muss, wie das

Zusammenspiel zwischen Kommission und den Berichtspflichten der Mitgliedstaaten aussieht. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es bei diesen Fragen so ähnlich zugeht wie bei der Kontrolle der Fischereiquoten: Der eine schiebt es ein bisschen zum anderen hin, ohne dass am Ende ein effizientes System entsteht. Da werden wir weiter am Ball bleiben und auch bei ähnlich gelagerten Fällen diesen Fragen ganz intensiv nachgehen und darauf bestehen, dass die Kommission in Übereinstimmung mit den Verordnungen und Regeln, wie wir sie 2007 beschlossen haben, dann auch entsprechend agiert.

Abschließend die Bitte: Stimmen Sie dann morgen dieser Mobilisierung des Globalisierungsfonds so zu.

Der Präsident. – Die Debatte ist beendet. Die Stimmabgabe wird am Mittwoch, dem 25. November 2009 stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Herr Präsident, ich unterstütze den von meinem Kollegen, Herrn Böge, eingereichten Bericht, da ich glaube, dass viele europäische Arbeitnehmer, die ihre Stelle verloren haben, Hilfe brauchen, die auch aus den EU-Fonds kommt. Über 37 Mio. EUR wurden 2009 an 10 275 Arbeitnehmer ausgegeben; das ist weit von der Obergrenze von 500 Mio. EUR entfernt, die diesem europäischen Fonds jährlich zur Verfügung stehen. Ich muss betonen, dass diese Finanzmittel für entlassene Arbeitnehmer gedacht sind und nicht für Unternehmen. Die EU darf die Strategie von Unternehmen nicht finanziell unterstützen, die ihren Standort verlagern und Arbeitnehmer entlassen, besonders, wenn das Unternehmen die EU verlässt oder von einem anderen Mitgliedstaat zur selben Zeit Zuschüsse erhält.

Es ist wichtig für uns, sehr genau zu überwachen, wie Unternehmensverlagerungen stattfinden. Die Lasten der in die Schließung oder die Verlagerung eines Werkes inbegriffenen Sozialkosten dürfen nicht auf den europäischen Steuerzahler umgeschlagen werden. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass der Fonds zur Bereitstellung zusätzlicher Hilfen für in Folge größerer struktureller Veränderungen im globalen Wirtschaftssektor entlassene Arbeitnehmer geschaffen wurde, und ab dem 1. Mai 2009, auch für diejenigen in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Entlassenen. Ich glaube, dass der Zugriff auf europäische Fonds neuen Mitgliedstaaten auch erhebliche Unterstützung bieten kann, indem ihnen damit über Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise hinweggeholfen werden kann und sie sich an die Wettbewerbsstrukturen des europäischen Binnenmarktes anpassen können.

14. Freihandelszone Europa-Mittelmeer 2010: Sachstand (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Debatte zur mündlichen Anfrage an die Kommission zum Sachstand Euromed-2010-Freihandelszone (FTA) von Herrn Vital Moreira im Namen des Ausschusses für internationalen Handel (O-0116/2009 – B7-0222/2009)

Vital Moreira, Verfasser. – (PT) Herr Präsident, Herr Kommissar, diese Frage wurde verfasst und vorgeschlagen, bevor wir wussten, dass Frau Ashton ihr Amt als Handelskommissarin niederlegen würde. Wir hoffen trotzdem, dass die Kommission in der Lage sein wird, unsere Frage zu beantworten.

Ihr Auftrag ist, wie zuvor erwähnt, die gegenwärtige Situation der Freihandelszone Europa-Mittelmeer, die anfänglich für 2010 geplant war.

Tatsächlich war eins der Projekte, das ein Ergebnis des 1995 ins Leben gerufenen Barcelona-Prozesses war, die Schaffung einer auf regionaler Ebene in der Mittelmeerregion bis zum Jahr 2010 zu errichtenden Freihandelszone, die ein Nord-Süd-Netzwerk sowie ein Süd-Süd-Netzwerk umfassen sollte. Nichtsdestotrotz bleibt diese Zielsetzung in weiter Ferne und ich habe dazu folgende Fragen:

Glaubt die Kommission, dass die Schaffung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis zum Jahr 2010 von vornherein eine realistische Idee war? Kann die Kommission ihre Antwort mit angemessenen Gründen stützen?

Zweitens, das Parlament weiß, dass schon bald ein neuer Europa-Mittelmeer-Fahrplan verabschiedet werden wird, möglicherweise zusammen mit einem neuen Mechanismus zur Unterstützung von Handel und Investitionen in der Gegend.

Kann die Kommission weitere Einzelheiten über die praktischen Aspekte und Implikationen eines solchen Mechanismus liefern?

Drittens, kann die Kommission den aktuellen Stand des Agadir-Abkommens erklären, den Beitrag der EU zur Umformulierung dieses Abkommens und, etwas allgemeiner ausgedrückt, der Süd-Süd-Dimension des Barcelona-Prozesses, der Union für die Mittelmeerländer?

Viertens, kann die Kommission uns sagen, wie sie die Empfehlungen der von der Universität von Manchester durchgeführten Nachhaltigkeitsprüfung mit Blick auf die Berücksichtigung sozialer Kohäsion und nachhaltiger Entwicklung bei den Verhandlungen mit eingearbeitet hat, wie in dieser Studie empfohlen?

Fünftens, kann die Kommission dem Parlament erklären, was in der Neuverhandlung des Assoziierungsabkommens EU-Syrien strittig war, nachdem es im Jahr 2004 auf Eis gelegt wurde?

Sechstens, kann die Kommission uns über ihre Verhandlungen, den Zweck dieser Verhandlungen und ihren gegenwärtigen Stand mit Libyen unterrichten?

Siebtens, mehrere Mittelmeerländer haben ihr Interesse an einer Erhöhung und/oder Erweiterung ihrer Handelsabkommen mit der Europäischen Union ausgedrückt.

Kann die Kommission das Parlament vor allem über diese neue Generation von Assoziierungsabkommen unterrichten?

Kann die Kommission das Parlament zweitens darüber informieren, ob – angesichts der neuen Mächte, die dem Parlament durch den Vertrag von Lissabon in Handelsangelegenheiten zustehen – die Kommission jede frühere vom Parlament gemachte EntschlieÙung beim Verhandeln dieser neuen Abkommen berücksichtigen wird?

Das sind meine Fragen, Herr Präsident, Herr Kommissar. Angesichts der gegenwärtigen Relevanz des Barcelona-Prozesses und der Gegend südlich der EU glauben wir, dass eine Antwort auf diese Fragen extrem sachdienlich und angebracht ist.

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Moreira, ich antworte im Namen von Frau Kommissarin Ashton.

Hinsichtlich der Euromed-Freihandelszone war ihre Schaffung bis 2010 ein realistisches Ziel und innerhalb des kommenden Jahres werden wir beträchtlichen Fortschritt in dieser Richtung gemacht haben, obwohl ganz klar immer noch viel zu tun bleibt, um das Potenzial der wirtschaftlichen Integration in der Euromed-Zone vollständig zu realisieren.

Insbesondere wurden in der Nord-Süd-Dimension Fortschritte gemacht. Die europäische Union hat bilaterale Assoziierungsabkommen mit all unseren Mittelmeerpartnern außer Syrien geschlossen, und diese haben im Wesentlichen den Handel mit Gütern als Schwerpunkt. Andere bilaterale Verhandlungen sind nichtsdestoweniger im Gange, um den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Dienstleistungen und die Niederlassungsfreiheit weiter zu fördern und um einen bindenden Streitbeilegungsmechanismus (DSM) zu schaffen. Einige dieser Verhandlungen sind schon beendet und andere werden bis 2010 abgeschlossen sein. -

Hinsichtlich der aktuellen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und unseren Mittelmeerpartnern und der Rolle des Europäischen Parlaments kann ich Ihnen sagen, dass wir, wieder mit Bezug auf die Nord-Süd-Dimension, erwarten, auf der Euromed-Handelsministerkonferenz am 9. Dezember bezüglich eines Euromed-Handels-Fahrplans nach 2010, ein Abkommen mit der Zielsetzung zu erreichen, die gegenwärtigen Euromed-Assoziierungsabkommen schrittweise in umfangreiche, vielseitige Freihandelsabkommen umzuwandeln.

Wir sprechen nicht über die Verhandlungen neuer Assoziierungsabkommen, sondern über die Erweiterung und Stärkung der aktuellen Abkommen, um Fragen wie Handelserleichterungen, technische Handelshemmnisse und Gesundheits- und Pflanzenschutzmaßnahmen sowie öffentliches Auftragswesen, Wettbewerb, Rechte geistigen Eigentums, Handel und Fragen in Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Transparenz zu klären.

Bilaterale Verhandlungen werden auf die Situation jedes südlichen Mittelmeerpartners zugeschnitten sein. Marokko wird vielleicht das erste Mittelmeerland sein, mit dem wir nächstes Jahr die Verhandlungen aufnehmen werden. Auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hin wird das Parlament offensichtlich eine stärkere Rolle in den Handelsangelegenheiten haben. Die Kommission ist bereit dazu, eng mit Ihnen an den zukünftigen Verhandlungen, die ich gerade erwähnt habe, zusammenzuarbeiten.

Die Euromed-Freizhandelszone hat auch eine Süd-Süd-Dimension. Unsere Mittelmeerpartner sind dabei, untereinander ein Netzwerk von Freihandelsabkommen aufzubauen und das Abkommen von Agadir, das seit 2007 in Kraft ist, ist auch für andere Mittelmeerländer offen. Israel und die Türkei haben ebenfalls Freihandelsabkommen mit den Mittelmeerpartnern unterzeichnet, andere Abkommen hingegen liegen noch auf dem Tisch. -

Es ist zu früh für eine vollständige Beurteilung des gegenwärtigen Agadir-Abkommens. Der Wirtschaftsverkehr zwischen den vier Partnern hat zugenommen, gleichwohl weniger als man anfangs erwartete. Das kann aus mehreren Gründen der Fall sein, wie z. B. der Existenz nichttarifärer Handelshemmnisse, des Mangel an Komplementarität zwischen den verschiedenen Märkten, des Mangel eines regionalen Marktes, der Investoren anzieht, und nicht zuletzt der Tatsache, dass die Unternehmen nicht ausreichend mit den Möglichkeiten vertraut sind, die diese Abkommen bieten.

Der Euromed-Handels-Fahrplan nach 2010 sollte helfen, dieses Problem zu lösen. Er enthält auch eine Reihe praktischer kurzfristiger Vorschläge, einer davon ist der Euromed-Mechanismus zur Investitions- und Handelserleichterung. Die Schaffung dieses Mechanismus wird freie, moderne, umfassende und leicht zugängliche Informationen zu Handel, Investitionskonditionen und Bestimmungen in der Euromed-Region bieten, mit dem Ziel, Unternehmen, besonders kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), zu helfen, auf den Euromed-Märkten zu operieren.

Was die Nachhaltigkeit betrifft, führte die Kommission, wie bei allen unseren Freihandelszonen, eine Beurteilung der Auswirkungen der Nachhaltigkeit durch, die im Dezember 2007 abgeschlossen wurde und bei den gegenwärtigen sowie zukünftigen Verhandlungen verwendet wird.

Insbesondere Handelsfragen betreffend hob der Stabilitätspakt die Wichtigkeit der langen Übergangsphasen hervor, die in den Assoziierungsabkommen für die Abschaffung der Industriezölle durch die südlichen Mittelmeerländer festgelegt wurden, und die Wichtigkeit der Notwendigkeit, ähnliche Übergangsphasen in aktuellen Verhandlungen zu Landwirtschaftsprojekten festzulegen.

Es ist außerdem offensichtlich, dass wir in den laufenden Gesprächen über Dienstleistungsverkehr und Niederlassung den Grad der Entwicklung unserer südlichen Mittelmeerpartner berücksichtigen müssen.

Zudem unterstützt die Kommission in einer großen Anzahl dieser Länder Programme zur Steuerreform, was helfen kann, die negativen Auswirkungen des Falls der Zolleinnahmen zu mildern, wie in der Beurteilung der Auswirkungen der Nachhaltigkeit berichtet wird.

Was das Abkommen mit Syrien betrifft, auf das ich vorhin verwies, leitete die Kommission 2008 eine Überprüfung des Entwurfs des Assoziierungsabkommens ein, um zu bestimmen, ob vor seinem Abschluss technische Änderungsanträge oder Aktualisierungen erforderlich wären. Eine Gesprächsrunde genügte, und wir einigten uns mit Syrien auf die notwendigen Änderungsanträge, um den Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union und die in sowohl Syrien als auch der EU eingeführten Zolländerungen seit der Unterbrechung der Gespräche im Jahr 2004 zu berücksichtigen. Dezember 2008 war der Deal besiegelt. Letzten Monat gaben wir bekannt, dass die Union jetzt zum Unterzeichnen bereit ist. Syrien hat den Abschluss des Abkommens verschoben, um dessen wirtschaftliche Auswirkungen zu analysieren.

Was andererseits die Verhandlungen mit Libyen betrifft, so wurden diese im November 2008 in Brüssel eingeleitet, um ein Rahmenabkommen rund um ein ambitioniertes Freihandelsabkommen bezüglich von Gütern, Dienstleistungen, Niederlassungsfreiheit und Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zu beschließen. Der Abschluss dieses Abkommens mit Libyen wird das letzte Teil dieses Puzzles sein. An diesem Punkt wird die EU mit all ihren Mittelmeernachbarn Freihandelsabkommen geschlossen haben, selbst wenn Libyen nicht unter die europäische Nachbarschaftspolitik fällt.

Der Abschluss dieses Handelsabkommens wird EU-Exporteuren neue Exportmöglichkeiten in Libyen eröffnen und günstigere Rahmenbedingungen bieten, insbesondere im Dienstleistungssektor und auf den Erdöl- und Erdgasmärkten. Natürlich befinden sich die Verhandlungen mit Tripoli immer noch in einem frühen Stadium, und wir brauchen mehr Zeit bis zur Erreichung eines Abkommens.

Während dieses Prozesses wird die Kommission besonders auf den Kapazitätsaufbau im Wirtschaftsverkehr und verwandten Themen innerhalb der libyschen Verwaltung bedacht sein. Eine Nachhaltigkeitsbewertung für Libyen ist gegenwärtig im Begriff, abgeschlossen zu werden.

Georgios Papastamkos, im Namen der PPE-Fraktion. – (EL) Herr Präsident, wir unterstützen die strategisch wichtige Euromed-Partnerschaft und die Konsolidierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen

Zusammenarbeit und Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Gegend im Allgemeinen. Wir appellieren an die Minister, einen Fahrplan für die Implementierung der Euromed-Freihandelszone auf der bevorstehenden Konferenz zu verabschieden. Der bilaterale Ansatz muss von einem regionalen Ansatz begleitet werden. Ebenso halte ich zusätzlich zur Nord-Süd-Dimension die Integration des Süd-Süd-Wirtschaftsraums, von der sowohl der Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel, Herr Moreira, als auch Herr Kommissar Tajani sprachen, für besonders wichtig. Ich würde besonders die Notwendigkeit hervorheben, dass soziale und umweltpolitische Privilegien und Pflanzenschutznormen eine Rolle spielen, die die Öffnung der Märkte begleiten müssen. Wir müssen auch bestimmte ernsthafte Themen im Zusammenhang mit Importen landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Europäische Union ansprechen. Ich bin persönlich für die Stärkung des Barcelona-Prozesses: Union für den Mittelmeerraum und der in dessen Rahmen angekündigten Programme in strategischen Sektoren, wie z. B. der Zusammenarbeit zwischen Klein- und Mittelbetrieben und der Nutzbarmachung erneuerbarer Energien. Letztlich möchte ich besonders die Entwicklung von Seekorridoren hervorheben und den von Griechenland letzten Sommer eingereichten Vorschlag zur Errichtung einer im östlichen Mittelmeerraum, in Griechenland, stationierten Verkehrsbeobachtungsstelle.

Kader Arif, *Im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte Herrn Moreira für seine Rede danken.

Am 9. Dezember werden sich die Euromed-Handelsminister treffen, um die Wiederbelebung unserer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu debattieren. Erstens möchte ich, dass wir uns alle über eins im Klaren sind: wenn das Ziel der Freihandelszone tatsächlich war, zum Vorteil aller Partner des Nordens und des Südens zu gereichen, dann war 2010 als das Datum, an dem dies eingeführt wird, weder realistisch noch wünschenswert angesichts der immer noch bestehenden großen Ungleichheiten in Sachen Entwicklung zwischen der nördlichen und der südlichen Seite des Mittelmeerraumes.

Darüber hinaus befürworten immer noch einige Leute die Tatsache, die Euromed-Partnerschaft weiter voranzubringen, die, ich möchte Sie daran erinnern, aus drei Säulen besteht: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Wir müssen einfach nur die politischen Schwierigkeiten beiseite wischen, um Fortschritte in Sachen Wirtschaft und Handel zu machen. Wie sie vielleicht schon bemerkt haben, glaube ich nicht an diese magische und gefährliche Sichtweise, dass Handel allein uns beim Fortschritt in Richtung harmonischer Integration, Frieden und Stabilität helfen kann.

Ich glaube sogar noch weniger daran, da die Fakten für sich selbst sprechen. Zum Beispiel sollte die Union für den Mittelmeerraum durch das Beiseitewischen der politischen Konflikte die stagnierende Euromed-Zusammenarbeit mit sogenannten konkreten und sichtbaren Projekten wiederbeleben. Heute ist es die Union für den Mittelmeerraum, die stagniert, und die politischen Streitigkeiten, die unerwähnt geblieben sind, sind zurückgekommen und treiben wieder ihr Unwesen.

Ich gehöre zu denen, die heftig am Gedanken des Barcelona-Prozesses festhalten, die glauben, dass Fortschritt nicht allein anhand von Handelsstatistiken gemessen wird, die übrigens immer noch zu ungünstig für unsere Partner aus dem Süden und ihrer Bevölkerung ausfallen. Handel um des Handels willen – nein, ich glaube definitiv nicht daran.

Auf der anderen Seite, Handel, der sich auf Entwicklung konzentriert und darauf abzielt, den Abstand zwischen Arm und Reich zu verringern, sicherzustellen, dass Wohlstand wirklich geteilt wird und regionale Integration existiert – ja, das kann ich mir vorstellen. Allerdings müssen die Verhandlungen immer noch in diese Richtung gesteuert werden.

Deshalb bitte ich darum, dass wir auf diesem nächsten Treffen alle ambitioniert sind, und wir nicht einfach nur technische Angelegenheiten diskutieren, die mit dem Abbau von Handelshemmnissen zu tun haben, so als ob das das Ziel wäre. Es ist inakzeptabel, damit weiterzumachen, so zu denken.

Regionale Integration, insbesondere hinsichtlich des Süd-Süd-Netzwerkes, die Lösungen, die wegen der Wirtschaftskrise – die schwerwiegende Folgen mit den damit verbundenen Stellenverlusten hat – umgesetzt werden müssen, humane, soziale und umweltpolitische Überlegungen und die Menschenrechtsfragen müssen die Diskussionen tragen und wieder unser Hauptanliegen werden.

Niccolò Rinaldi, *im Namen der ALDE-Gruppe.* – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, angesichts der Tageszeit hoffe ich, dass Sie mir erlauben, mit einem Zitat aus „Tausendundeiner Nacht“ zu beginnen. Wir diskutieren schließlich über die arabische Welt.

In diesen Märchen lesen wir: „Zu dem, der faul zu Hause bleibt, kommen weder Reichtum noch Ehre. Oft habe ich ein stehendes Gewässer gesehen, das durch sein Stillstehen verdarb: wenn Wasser fließt, ist's süß, wenn nicht, verfault es schnell.“

Das gibt uns ein Gefühl für das Erbe der großen arabischen Tradition und lädt uns ein, uns selbst aus einer gewissen Untätigkeit zu erheben und den Euromed-Integrationsprozess auf die bestmögliche Weise wiederaufzunehmen und dabei zwei Faktoren zu berücksichtigen.

Der erste Faktor ist Zeit. Heute sind 50 % der Bevölkerung des südlichen Mittelmeerraumes unter 18 Jahre und in weniger als 30 Jahren werden wir eine Freihandelszone haben, die aus fast einer Milliarde Konsumenten und Bürger besteht. Daher haben wir nicht viel Zeit.

Der zweite Faktor ist das Wesen der Handelsabkommen, das wir diesen Ländern anbieten möchten. Als liberale Demokraten wollen wir Handelsabkommen ohne bürokratische Strukturen oder Zentralismus sehen, und wir wollen, dass sie die Kontrolle über Ressourcen und Reichtum von wenigen oligarchischen Strukturen entfernen, die gegenwärtig in den Partnerländern herrschen.

Yannick Jadot, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, nach 15-jährigen Verhandlungen des Handelsaspekts des Barcelona-Prozesses haben wir sehr ernsthafte Zweifel darüber, ob die Verhandlung eines Euromed-typischen Freihandelsabkommens die richtige Lösung für die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme in der Region ist.

Die Nachhaltigkeitsbeurteilung, wie gesagt wurde, enthüllte vor allem, dass es einige potenziell sehr schwerwiegende negative Auswirkungen, ob sozialer, umweltpolitischer oder hinsichtlich regionaler Integration, gab.

In diesem Zusammenhang, Herr Präsident, Herr Kommissar, glauben wir, dass der von der Kommission gemachte Vorschlag – der Fahrplan für 2010 und danach – mit seinem bilateralen Freihandelsabkommensaspekt zu einseitig ist, um richtigzuliegen.

Wir unterstützen den heute debattierten Entschließungsentwurf nicht nur, weil er all diese Fragen bezüglich sozialer Auswirkungen, umweltpolitischer Auswirkungen und Auswirkungen auf die regionale Integration stellt, sondern vor allem, weil er in Absatz 10 fordert, dass die Ziele der Handelsabkommen noch einmal überdacht werden müssen, besonders in Hinsicht dieser sozialen und umweltpolitischen Fragen, und dann vor allem, weil wir beim Überdenken dieser Abkommen vielleicht darüber nachdenken könnten, den Handelsaspekt in den gesamten Barcelona-Prozess zu reintegrieren.

Willy Meyer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (ES) Herr Präsident, meine Fraktion hält es für unmöglich, den Teil des Euromed-Projekts, der sich mit Handel, Immigration oder Finanzierung beschäftigt vom politischen Teil zu trennen. Unsere Gruppe ist daher dagegen, dass die Europäische Union Israel und dem Königreich von Marokko diesen erhobenen Status gibt, weil sie beide turbulente Gegenden sind, die mit einer Friedensunion auf der Grundlage internationalen Rechts inkompatibel sind.

Wir glauben, dass die Europäische Union und die Europäische Kommission hinsichtlich der Werte mehr fordern sollte, was uns in Richtung eines Projektes für gemeinsamen Frieden und gemeinsame Sicherheit führen kann.

Zum Beispiel ist ein saharisches Oberhaupt gegenwärtig im Hungerstreik auf der spanischen Insel Lanzarote, weil das Königreich von Marokko ihr nicht erlaubt, die besetzten Gebiete zu betreten. Das ist ein wichtiger Punkt, der von den europäischen Institutionen fordert, eine entschlossene Haltung gegenüber dem Königreich Marokko anzunehmen.

Ich glaube, dass es bei der Union für den Mittelmeerraum nicht nur um Handel, sondern auch um die Verteidigung von internationalen Recht und Menschenrechten geht.

William (The Earl of) Dartmouth, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident, die UK Independence Party ist gegen das Euromed-Abkommen, und zwar aus folgendem Grund: das Euromed-Abkommen wird Nichtmitgliedstaaten bedeutende Handelszugeständnisse und sogar Subventionen bieten. Das geht zwangsläufig auf direkte und indirekte Kosten des britischen Steuerzahlers. Mehr noch, als der Vertreter der Kommissarin zum Ausschuss für internationalen Handel, zu dessen Mitgliedern ich die Ehre habe zu gehören, wie einige andere hier, über Euromed sprach, sagte er – und ich zitiere hier direkt – „alle EU-Verordnungen zu implementieren, sei ausgeschlossen“. Weiter sagte er, die Anwendung der EU-Verordnungen würde intelligent und selektiv sein.

Im Gegensatz hierzu nehmen wir im Vereinigten Königreich hin – und unsere Wirtschaft leidet wirklich darunter –, dass alle EU-Verordnungen angewendet werden und, schlimmer noch, in einer Art und Weise angewendet werden, die unintelligent und allgemeingültig ist.

Wir dürfen ja nicht einmal die Art von Glühbirnen benutzen, die wir mögen. Aber es geht hier nicht nur um Glühbirnen. Nach Lissabon werden wir im Vereinigten Königreich mehr oder weniger von den drei Amigos regiert werden: dem Präsidenten der Kommission, dem neu ernannten Präsidenten des Rates, der offenbar Tintins Großvater ist, und noch entscheidender, der Hohen Vertreterin, Frau Cathy Ashton, die in ihren späten 30-ern eine der vier bezahlten Beamten der weit linken UN-Drogenkontrollkommission (CND) war.

Das ist eine ernsthafte Angelegenheit, und dies sind die Leute, mit denen wir uns hier herumschlagen müssen. Aber die Euromed-Länder müssen sich auf keinen Fall mit den drei Amigos abfinden.

Außerdem geht es noch um Menschenrechte. In diesem Fall muss ich fragen, was hier los ist. Von allen Ländern wurden Syrien und Libyen Handelszugeständnisse und sogar von uns gezahlte Subventionen angeboten, aber wo bleibt der Schutz der Menschenrechte? Nicht zu sehen für diese beiden Länder, die beide eine lange und wahrlich verabscheuungswürdige Vergangenheit haben. Als Teenager aus den 1960er Jahren frage ich mich, was die Antragsteller dieses Teils der Entschließung geraucht haben. Wir lehnen diese Entschließung komplett ab.

Jörg Leichtfried (S&D). – (DE) Herr Präsident! Freihandel kann gut sein, wenn Freihandel sich nicht nur im Freihandel erschöpft. Es geht bei derartigen Übereinkommen um viel mehr, und es muss um mehr gehen. Es soll nicht nur darum gehen, eine Freihandelszone zu errichten, sondern es muss auch um nachhaltige Effekte gehen. Es muss darum gehen, Entwicklung zu schaffen. Es muss darum gehen, Sicherheit zu schaffen. Es muss darum gehen, Wohlstand für alle zu schaffen. Das ist viel wichtiger, als dafür zu sorgen, dass reine Liberalisierung geschieht, dass Märkte geöffnet werden und dass am Ende einige wenige vielleicht profitieren. Wenn wir den Handel freier machen wollen, dann muss das Ziel dieser ganzen Bestrebungen – sowohl bei uns als auch in den Nachbarländern im Süden – sein, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es muss darum gehen, insbesondere für Frauen, für Jugendliche, für die ländliche Bevölkerung mehr Möglichkeiten zu schaffen. Wenn das unser Ziel ist, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Wenn es darum geht, ausschließlich zu liberalisieren, aufzumachen, Gewinne für einige wenige zu ermöglichen, dann wären wir auf dem falschen Weg.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Herr Präsident, das Hauptziel des Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommens für die Europäische Union ist prinzipiell, mit den Staaten des Mittelmeerraumes hauptsächlich im Bereich Handel in engere Zusammenarbeit zu treten und auch, die Wirtschaft dieser Staaten umzustrukturieren. Auf diese Weise kann die EU der arabischen Welt helfen, sich selbst in eine Wohlstandsregion zu verwandeln, und das wird die Bedingungen für eine engere Zusammenarbeit und die Möglichkeit, Stabilität in der Region zu erreichen, schaffen.

Wir müssen jede Anstrengung unternehmen, den in Barcelona begonnenen Prozess zu beschleunigen, und dabei Fragen der Demokratie, des Erhalts und der Pflege der Rechtsstaatlichkeit, der Werte und Menschenwürde sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu zollen. Die Stärkung des interkulturellen Dialogs wird ebenso eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen.

Meiner Meinung nach kann die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Euromed-Zone zu vorteilhafter Handelskooperation beitragen, und zwar unter der Bedingung, dass die EU sich hauptsächlich auf den Export von Getreide, Fleisch und Milch und den Import von Früchten und Gemüse aus den Mittelmeerstaaten konzentriert. Die Realisierung eines solch außerordentlich ambitionierten Aktionsplanes wie der Euromed-Partnerschaft wird große Anstrengungen und viele Kompromisse von den an diesem Prozess teilhabenden Staaten fordern.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, vor ein paar Wochen war ich auf dem Treffen der Delegation für die Beziehungen zu Kanada. Sie diskutierten ein Freihandelsabkommen, das die Europäische Union mit Kanada unterhält. Davor haben wir hier im Parlament ein Freihandelsabkommen mit Südkorea diskutiert. Heute Abend diskutieren wir ein Freihandelsabkommen in der Euromed-Zone.

Könnte die Kommission beantworten, wie viele Freihandelsabkommen wir verhandeln oder bis jetzt verhandelt haben? Zweitens, worin liegt der Nettonutzen für die Länder der Europäischen Union? Drittens, wo sind die Möglichkeiten für Unternehmen und Unternehmer aus der Sicht der Arbeitsplatzbeschaffung und aus ökonomischer Sicht?

Letztlich stimme ich nicht notwendigerweise mit den Punkten des Earl of Dartmouth überein, aber ich möchte gerne seine Hauptfrage beantwortet hören, die Persönlichkeiten mal außer Acht gelassen.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident, diese Debatte hatte die Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs zum Thema, und ich stehe heute Abend als einer Europäerin vor diesem Haus, die an die Zusammenarbeit der Nationen glaubt, aber nicht als eine, die an den Föderalismus des aktuellen Projekts glaubt.

Für das Vereinigte Königreich wird Lissabon unsere Kapazitäten schmälern, Handel zu kontrollieren und Handel, mit wem auch immer wir wollen, zu treiben. Des Weiteren ist die Beeinträchtigung unserer Demokratie, sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Europa, offensichtlich mit den Ereignissen letzter Woche, in der wir die Ernennung eines Präsidenten und einer Hohen Vertreterin für auswärtige Angelegenheiten hatten, die noch nie ein gewähltes Amt bekleidet hat, aber für die Menschen Europas in auswärtigen Angelegenheiten sprechen wird. Das ist sicher keine Situation, die die Kommission überwachen kann, und es wäre interessant, ihre Ansicht zu hören.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, wenn wir darüber nachdenken, eine Euromed-Freihandelszone zu errichten, sollten wir zwei Punkte nicht vergessen.

Einer ist ein allgemeiner Punkt, der auf die Länder im südlichen und östlichen Mittelmeerraum sowie die meisten Entwicklungsländer, mit denen die Europäische Union gerne ähnliche Abkommen schließen möchte, passt, insbesondere der Länder, die an die gemeinsame Agrarpolitik gebunden sind.

Die Worte des Dominikaners Lacordaire treffen hier zu: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken, zwischen dem Reichen und dem Armen, zwischen dem Herrn und dem Sklaven ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ Wir können weder einfach die offensichtlichen und wichtigen sozioökonomischen Parallelen hier noch die enormen Unterschiede im Entwicklungsstand der Produktionssysteme zwischen den Ländern nördlich und südlich des Mittelmeeres ignorieren.

Die Liberalisierung des Handels, besonders in anfälligen Sektoren wie Landwirtschaft und Fischerei, war sicherlich aufgrund des Druckes, den sie auf schwächere Produktionssysteme, Beschäftigung und soziale Rechte ausübt, in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialkrise aufgrund des Anstieges der Abhängigkeit ein verschärfender Faktor; dies spitzt sich besonders zu, wenn es um Lebensmittel geht und dabei die freie Entwicklung und Souveränität jeden Landes kompromittiert.

Wie schon erwähnt, können wir uns immer noch an die Situation in Palästina und der Westsahara erinnern, und das ist eine, die wir in dieser Debatte nicht ignorieren sollten.

Jörg Leichtfried (S&D). – (DE) Herr Präsident! ich glaube, es geht auch noch kürzer als eine Minute. Ich habe auch eine Frage an den Kommissar: Wir sind uns ja einig, dass Freihandelsabkommen und Handelsabkommen nicht nur auf den Handel beschränkt sein sollen, sondern auch andere Ziele haben, die am Ende uns allen helfen. Inwieweit führt jetzt dieser Prozess schon dazu, dass es mehr Demokratie, mehr Menschenrechte, mehr gerechte Vermögensverteilung sowohl bei uns als auch bei unseren Partnern gibt? Kann man schon etwas davon sehen, oder wird das noch dauern? Wenn ja, wie lange wird es dauern?

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, ich habe nicht erwartet, dass ich Frau Dodds antworten muss, aber ich möchte ihr gerne sagen, dass sie den Vertrag von Lissabon lesen sollte, denn, wenn es einen Ausschuss gibt, der durch den Vertrag von Lissabon gestärkt wird, dann ist es der Ausschuss für internationalen Handel. Daher kann ich sagen, dass das Europäische Parlament in den vor uns liegenden Monaten und Jahren etwas mehr Einfluss haben wird, wenn es soweit ist.

Herr Moreira stellte dem Herrn Kommissar einige sehr präzise Fragen. Ich habe Herrn Tajani antworten hören: Libyen und Syrien. Es gab jedoch ein Thema, das sehr schnell fallengelassen wurde, und das war das ganze Menschenrechtsthema, auf das auch nicht präzise geantwortet wurde. Ich wünsche mir sehr, dass bei den Verhandlungen mit Libyen und Syrien Fortschritte gemacht werden, aber gleichzeitig müssen präzise Antworten auf die Fragen, Nachfragen und Wünsche der EU in Menschenrechtsfragen gegeben werden.

Mein zweiter Punkt ist, ich finde, es ist unmöglich über die Euromed-Zone zu sprechen, ohne die israelisch-palästinensische Frage aufzuwerfen, wenn wir heute aus den besetzten Gebieten importierte Produkte sehen. Ich möchte daher ebenfalls gerne wissen, welche Position die Kommission in dieser Frage einnimmt.

Antonio Tajani, Vizepräsident der Kommission. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst betonen, dass die Abwesenheit der Kommissarin Frau Ashton nicht an der Position liegt, die sie ab

1. Dezember antreten wird, sondern aufgrund anderer institutioneller Verpflichtungen in Zusammenhang mit ihrer aktuellen Position.

Wo es möglich ist, werde ich versuchen, Ihre Fragen zu beantworten. Die Fragen, die ich nicht in der Lage bin, zu beantworten, werden schriftlich an alle Abgeordneten weitergeleitet so wie ich Ihre Fragen an die Kommissarin Frau Ashton und ihre Mitarbeiter weiterleiten werde.

Ich möchte betonen, dass das Engagement der Europäischen Kommission für Menschenrechte immer im Mittelpunkt jeder ihrer Handlungen stand. Auch in meinem Ministerium, dem Verkehrsministerium, haben wir immer alle Anstrengungen bei allen unseren Initiativen in Afrika unternommen, um der Sicherstellung der politischen Stabilität und der Achtung der Menschenrechte und Regeln Vorrang zu geben. Diese Verpflichtung ist Teil des politischen Projekts der Europäischen Kommission. Des Weiteren enthalten die Freihandelsabkommen immer Kooperationsklauseln.

Ich möchte daher allen Abgeordneten versichern, dass die Kommission niemals die Wichtigkeit der Achtung der Menschenrechte und ihrer Verpflichtung unterschätzt, Länder, mit denen Verhandlungen laufen, an dieses Thema zu erinnern. Die Situationen werden fortlaufend überwacht, und wenn dies für Länder der Fall ist, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beantragt haben, besteht umso mehr der Grund für die verhandelnden Länder, damit fortzufahren.

Was Syrien betrifft, das Assoziierungsabkommen folgt insoweit weiten Teilen der anderen Euromed-Abkommen, als es einen regelmäßigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dialog sowie eine Zusammenarbeit in vielen Sektoren erfordert. Es legt die fortschrittliche Schaffung einer Freihandelszone über eine Maximalspanne von 12 Jahren fest und enthält gleichzeitig umfangreichere und substantiellere Bestimmungen für eine weite Anzahl von Sektoren, wie z. B. handelsbezogene Bestimmungen, die in anderen Euromed-Assoziierungsabkommen nicht abgedeckt sind. Ich denke dabei an die Abschaffung der globalen Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, die Bestimmungen bezüglich technischer Handelshemmnisse, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, Handelserleichterungen, Recht auf Niederlassung und Dienstleistungen, öffentliches Auftragswesen und letztlich den Mechanismus zur Beilegung bilateraler Handelsstreitigkeiten.

Was Libyen betrifft, nach einer schwierigen Phase von Beziehungen mit der internationalen Gemeinschaft hat dieses Land Schritte eingeleitet, politische und ökonomische Beziehungen mit seinen ausländischen Partnern zu normalisieren.

Sogar während eines Besuchs in Libyen als Verkehrsminister habe ich den Wunsch bemerkt, den Trend, der in der Vergangenheit immer geherrscht hat, umzukehren. Ich würde sagen, dass Libyen immer den Zielsetzungen und dem generellen Inhalt der Rechtsvorlagen zum Wirtschaftsverkehr mit Gütern, Dienstleistungen und dem Niederlassungsrecht, Handelsregeln, einschließlich der Regeln des öffentlichen Auftragswesens und der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen in einer Vielzahl von Sektoren des Gemeinschafts-Besitzstandes zustimmt. Libyen hat sich auch einverstanden erklärt, andere Vertragsklauseln zu bestätigen, aber ich wiederhole, dass die Kommission in jedem Falle weiterhin wachsam bleiben wird.

Ich hoffe, ich war gründlich genug bei der Beantwortung Ihrer Fragen.

Andererseits werden wir, was die genaue Anzahl der von der Kommission verhandelten Freihandelsabkommen betrifft, klarere und vollständigere Antworten schriftlich über die Mitarbeiter von Kommissarin Ashton liefern.

Der Präsident. – Ich habe fünf Entschließungsanträge⁽³⁾ erhalten, die gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Debatte ist geschlossen.

Die Stimmabgabe wird am Mittwoch, dem 25. November 2009 stattfinden.

⁽³⁾ siehe Sitzungsprotokoll

15. Sicherheit und Interoperabilität des Eisenbahnsystems der Gemeinschaft (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission über die Sicherheit und Interoperabilität des Eisenbahnsystems der Gemeinschaft von Herrn Brian Simpson im Namen des Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (O-0129/2009 – B7-0227/2009).

Brian Simpson, Verfasser. – Herr Präsident, aus aktuellem Anlass, nämlich die Unfälle in Italien und den Niederlanden, bei denen traurigerweise Opfer zu beklagen waren, stelle ich im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr diese mündliche Anfrage.

Ich denke, es ist jedoch richtig, darauf hinzuweisen, dass die Bahn immer noch eine der sichersten Beförderungsarten ist, und es ist sicher die Absicht meines Ausschusses, alles zu tun, um sicherzustellen, dass dies so bleibt. Daher diese mündliche Anfrage.

Wir hier im Europäischen Parlament haben die Eisenbahnsicherheit immer sehr ernst genommen. Dies gipfelte in der jüngst beschlossenen Richtlinie über Eisenbahnsicherheit und folgt einer langen Reihe an Initiativen und Berichten im Schienenverkehr, die das Parlament über viele Jahre unternommen hat.

Trotzdem leiden wir an der Frustration, die von der Unfähigkeit herrührt, dass über die Jahre sowohl die Eisenbahngesellschaften als auch die nationalen Regierungen nicht in der Lage waren, in Hauptbereichen etwas auszurichten. Das zeigt sich selbst, wenn Sie die rechtlichen Grundlagen und insbesondere die Umsetzung dieser Rechtsvorschriften im internationalen Recht untersuchen, das bestenfalls lückenhaft war und schlechtestenfalls geradezu protektionistisch.

Der Fortschrittsbericht der Kommission zur Durchführung der Richtlinie über Eisenbahnsicherheit besagt, dass nationale Standards und Regeln ein Hindernis für ein vollintegriertes Eisenbahnsystem sind. Da stellt sich dann die Frage, inwiefern solche nationalen Vorschriften auch die Sicherheit kompromittieren.

Und was ist mit der Interoperabilität im Eisenbahnsektor? Verhindern nationale Grenzen in diesem Bereich auch den Fortschritt, oder gibt es einen Widerwillen seitens der Eisenbahnindustrie, das Konzept der Interoperabilität anzunehmen?

Warum ist der Fortschritt des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) so langsam und werden wir bei unserem Versuch versagen, das ECM-System Ende nächsten Jahres fertigzuhaben?

Das sind alles Fragen, auf die wir als Ausschuss Antworten suchen. Und in Verbindung damit würden wir gerne von der Kommission wissen, welche nationalen Hindernisse und Schlupflöcher gegenwärtig den Fortschritt der Interoperabilität aufhalten und welche Mitgliedstaaten am hinderlichsten sind.

Ausgehend davon, wird die Kommission irgendwelche rechtlichen Befugnisse zu ihrer Verfügung einsetzen, um die Befolgung des Gemeinschaftsrechts sicherzustellen?

Ich weiß, dass die Probleme, besonders bezüglich der Bahnfracht, aber nicht ausschließlich in diesem Bereich, in den Verantwortungsbereich des Rates fallen. Ich und mein Ausschuss möchten mit der Kommission und dem Sektor zusammenarbeiten, um ein sicheres, integriertes, interoperables Schienennetzwerk zu entwickeln.

Mein Ausschuss beginnt sich mittlerweile zu fragen, ob die Sicherheitsseite, besonders in Bezug auf Frachtwaggons, nicht unter dem Scheitern der Umsetzung europäischer Rechtsvorschriften kompromittiert wird.

Wenn das der Fall ist, dann müssen wir dringend handeln. Aber handeln müssen wir auch, um sowohl Integration als auch Interoperabilität zu liefern, wenn Personenzüge sich zu ihrem vollen Potenzial entwickeln sollen und Bahnfracht überleben soll.

Antonio Tajani, Vizepräsident der Kommission. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, bevor wir in die Debatte einsteigen, möchte ich gerne ein paar erforderliche einführende Bemerkungen machen.

Erst wenn die technischen Untersuchungen der unabhängigen italienischen und niederländischen Behörden die genauen Ursachen für die Unfälle in Viareggio und den Niederlanden ergeben haben, werden wir in der Lage sein, spezifische Schlüsse hinsichtlich möglicher Verbesserungen der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zur Sicherheit des Bahnverkehrs zu ziehen.

Des Weiteren, wie Herr Simpson betont hat, trotz der beiden Unfälle, von denen wir in Sachen Eisenbahnsicherheit offensichtlich lernen müssen – um genau unser Engagement in dieser Sache zu zeigen, organisierten wir eine Reihe von Veranstaltungen, die auch Herr Simpson besucht hat –, möchte ich betonen, dass der Schienenverkehr in Europa verglichen mit anderen Beförderungsmitteln trotzdem einen besonders hohen Grad an Sicherheit bietet.

In der Tat zeigen der Bericht zum aktuellen ersten Eisenbahnpaket, das von der Kommission im Jahr 2006 verabschiedet wurde, und die letzten Statistiken, dass die Öffnung des Marktes zum Wettbewerb keinen negativen Einfluss auf das Gesamtniveau der Eisenbahnsicherheit hatte, die sich im Gegenteil weiter verbessert. Wir müssen jedoch darauf achten, dass diese Verbesserung weiterhin fortbesteht, und wir können uns sicherlich nicht mit den schon erhaltenen Ergebnissen zufrieden geben. Die Liberalisierung bedeutet in der Tat, dass die Zahl der Betreiber in unseren Netzwerken weiterhin wächst und wir müssen daher die Qualität der bestehenden Betreiber kontinuierlich überprüfen.

Infolge des Unfalls von Viareggio organisierten die Kommission und die Europäische Eisenbahnagentur eine große Anzahl von Meetings mit allen interessierten Parteien und ein kurz- und langfristiger Aktionsplan wurden entworfen, um soweit wie möglich die Gefahr solcher Unfälle in der Zukunft zu reduzieren. Der Plan wurde auf der Konferenz zur Eisenbahnsicherheit verabschiedet, die, wie ich vorhin sagte, von der Kommission für den 8. September 2009 organisiert war.

Nun zu der besonderen Frage der Sicherheit der Frachtwaggons, insbesondere der Wartung ihrer kritischen Komponenten wie der Achsen hat die Europäische Eisenbahnagentur eine Arbeitsgruppe aus Experten der Industrie und von nationalen Sicherheitsbehörden zusammengestellt, die sich schon dreimal getroffen hat.

Die Arbeitsgruppe hat ein spezielles zweistufiges Arbeitsprogramm, das eine Ergebnisveröffentlichung im Dezember 2009 und im Juni 2010 erfordert.

Schritt 1 besteht daraus, ein dringliches Inspektionsprogramm zu entwickeln, um den Zustand der verwendeten Waggons zu ermitteln wie auch die Qualität ihrer Achsen. Es ist allerdings wichtig, dass diese Maßnahmen nicht isoliert auf nationaler Ebene ausgeführt werden, sondern dass sie auf europäischer Ebene koordiniert werden, um Ergebnisse zu erhalten, die in allen Mitgliedstaaten akzeptiert sind.

In Schritt 2 wird das generellere Thema der Waggoninstandhaltung angesprochen, um zu bestimmen, ob und in welchem Ausmaß eine Harmonisierung der verschiedenen Elemente des Wartungssystems, und zwar der technischen Standards, Abläufe, Mess- und Testmethoden, erforderlich ist.

Das internationale Verordnungssystem für Waggons, das vor der Öffnung des Marktes bis 2006 in Kraft war, übertrug die Verantwortung und die Freiheit der Bestimmung all dieser Aspekte auf nationale Unternehmen. Ein derartiges Fehlen harmonisierter Standards scheint in dem neuen Rahmenwerk zwischen den technischen Waggonbetreibern und den Eisenbahnunternehmen nicht länger angebracht; dieses Rahmenwerk wird von den technischen Spezifikationen für Interoperabilität für Waggons und dem neuen Privatabkommen, dem allgemeinen Vertrag über die Verwendung von Waggons, bestimmt.

Hinsichtlich der Zertifizierung der beauftragten Instandhaltungseinheit wird die Europäische Eisenbahnagentur alles in ihrer Macht stehende tun, damit die Kommission den Zeitplan der aktuellen Richtlinie einhalten und das Zertifizierungssystem bis Ende 2010 anpassen kann.

Weit davon entfernt, ein zusätzliches Hindernis für Betreiber im Eisenbahnsektor zu sein, wird das Zertifizierungssystem, das die einzuhaltenden Kriterien festlegen wird, um für einen Bahnbetreiber als Einheit, die die Instandhaltung übernimmt, erkennbar zu sein, Möglichkeiten eröffnen, die bis heute nur auf bestimmte Unternehmen begrenzt waren.

Die nationalen Praktiken oder Mängel, die die Interoperabilität behindern, beziehen sich grundsätzlich auf die Umwandlung vom alten System, das von den nationalen Eisenbahnmonopolen beherrscht wurde, zum neuen System, das durch die Direktiven zur Interoperabilität und Eisenbahnsicherheit eingebracht wurde. Die infragekommenden Hemmnisse werden in der Mitteilung beschrieben, die von der Kommission im September verabschiedet wurde.

Um diese Hemmnisse zu eliminieren, fing die Eisenbahnagentur im Jahr 2008 mit der Arbeit zur länderübergreifenden Anerkennung der Zulassung an. In diesem Zusammenhang klassifiziert die Agentur auf Grundlage einer harmonisierten Liste technischer Parameter alle nationalen Standards, bevor sie sich an den Vergleich der Standards in den verschiedenen Mitgliedstaaten macht, um den Grad an Übereinstimmung festzustellen. Das Ziel ist, die im Eisenbahnsektor übliche Praxis abzuschaffen, sich auf nationale Standards

zu berufen, um die Genehmigung von schon von anderen Staaten genehmigten Schienenfahrzeugen zu behindern.

Des Weiteren stellt die Langsamkeit der Mitgliedstaaten und der Industrie bei der Anpassung zum neuen rechtlichen Rahmen eine weitere Barriere für die Interoperabilität dar. In der Tat ist diese Langsamkeit eine Behinderung für die Schaffung eines europäischen Eisenbahnraums, der auf gemeinsamen harmonisierten Standards beruht, notwendigen Standards, die erlauben, dass auf dem Markt das Beste in Betrieb ist.

Meine Rede war sehr lang, aber es gab auch eine Menge Fragen. Ich werde nun zum Ende kommen.

Was das ERTMS betrifft, es ist in Kraft und hat positive Ergebnisse auf über 2 000 Kilometern erzeugt. Es stimmt, dass die ursprünglichen Spezifikationen Zweideutigkeiten enthielten, die verschiedene Interpretationen zuließen, aber diese Zweideutigkeiten wurden im Jahr 2007 beseitigt. Die Entscheidung der Kommission vom 23. März 2008 machte den Einsatz dieser neuen Version, die als „2.3.0d“ bekannt ist, obligatorisch.

Die Mitgliedstaaten und dieser Sektor arbeiten gegenwärtig an der Verbesserung der betroffenen Eisenbahnstrecken, und das Problem der inkompatiblen Anwendungen auf nationaler Ebene wird daher gelöst. Alle neuen Anwendungen nehmen den kompatiblen Standard als Basis.

Entsprechend ihrer eigenen Verpflichtungen wird die Kommission Finanzmittel für den Sektor zur Verbesserung aller Schienen und Züge zur Verfügung stellen, die schon mit diesem System ausgestattet sind, so dass sie mit der neuen Version kompatibel sind. Zu diesem Zweck waren im Rahmen der 2009er-Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 250 Mio. EUR für das ERTMS zur Verfügung gestellt worden, von denen ein Teil speziell für die Aktualisierung der relevanten Computerprogramme verwendet wird.

Georges Bach, im Namen der PPE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident! Herr Kommissar, Sie haben Recht, das Eisenbahnsystem ist im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern ein sehr sicheres System. Neben vielen positiven Aspekten hat jedoch die Liberalisierung in Form von Fragmentierung einzelner Gesellschaften, Trennung von Infrastruktur und Betrieb, Outsourcing von Wartungsarbeiten und Leasing von Material und Personal doch einiges an Unsicherheit gebracht.

Meines Erachtens muss gewährleistet sein, dass die nationalen Sicherheitsbehörden die Sicherheitsbescheinigungen und Zulassungen nach Vorschrift der Eisenbahnagentur, der ERA, vergeben. Gibt es genügend Kontrollen? Ist zum Beispiel gewährleistet, dass die Ausbildung des Personals, die Zertifizierungen und Arbeitsbedingungen ordnungsgemäß kontrolliert werden? Wie steht es in diesem Zusammenhang mit der Einführung einer einheitlichen Gemeinschaftsbescheinigung? Wie steht es mit der europäischen Lokführerlizenz? Die Anstrengungen betreffend ERTMS müssen zusätzlich noch weiter verstärkt werden.

Der kürzlich erstellte, von Ihnen angedeutete Umsetzungsplan muss verbindlich sein und darf nicht durch finanzielle oder nationalstaatliche Überlegungen verschleppt werden. Die Anstrengungen in Bezug auf die Einführung der Technischen Spezifizierungen (TSI) müssen fortgeführt und ausgeweitet werden. Dies wäre besonders bei der Homologation des Materials ein enormer Fortschritt und bei der Wartung des Materials ein höheres Maß an Sicherheit.

Viele der jüngsten Eisenbahnunfälle und Beinaheunfälle sind auf mangelhafte Wartung zurückzuführen. Aus Kostengründen wird besonders die Intensität vernachlässigt, und die Intervalle der Wartungsarbeiten werden verlängert. Wie steht es hier mit einem europaweiten Zertifizierungssystem von Wartungswerkstätten? Es muss meines Erachtens alles unternommen werden, um zu vermeiden, dass wieder jeder einzelne Mitgliedstaat zu seinen alten Regeln zurückkehrt und wieder unterschiedlich und eigenmächtig handelt. Besonders die Grenzübergänge zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten sind ein Sicherheitsrisiko. Wie gedenkt die Kommission, mit diesem Problem kurzfristig umzugehen? Und bei der Bilanz, die Sie erstellen, möchte ich, dass Sie die sozialen Aspekte nicht vergessen, sondern berücksichtigen.

Bogusław Liberadzki, im Namen der S&D-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, zunächst möchte ich Herrn Simpson einfach für die Frage danken und ihm gratulieren, weil seine Frage zum Thema unserer Debatte geworden ist. Es ist eine sehr späte Debatte, spät am Abend, aber es ist sehr gut, dass wir sie haben. Als das Thema der Frage angezeigt wurde, sahen wir die Worte: Zusammenhang – Europäisches Eisenbahnsystem. Ich wage es anzumerken, dass wir im Moment immer noch kein europäisches Eisenbahnsystem haben.

Warum nicht? Jede Eisenbahn hat ihre eigenen technischen Standards. Wenn es sich um elektrisch-betriebene Eisenbahnen handelt, ist es entweder Gleichspannung (DC) oder Wechselspannung (AC). Bei Wechselspannung (AC) sind es entweder 15 kV, 30 kV oder 35 kV. Ich kann Ihnen eine interessante Tatsache erzählen, die in Gegenwart von Herrn Tajani besonders angebracht ist. Im Nord-Süd-System gibt es zwei sehr ähnliche Eisenbahnen – die in Polen und die in Italien. Alle anderen sind unterschiedlich. Daher, Herr Präsident, lassen Sie uns den Eisenbahnen eine Chance geben. Lassen Sie uns ein wahrhaft europäisches Eisenbahnsystem schaffen, auch wenn dies ungeachtet der allmächtigen nationalen Eisenbahn-Verkehrsunternehmen unternommen werden muss.

Michael Cramer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicherheit muss die absolute Priorität haben. Es muss die absolute Ausnahme bleiben, dass, wie in Berlin geschehen, der S-Bahnverkehr wegen Renditefixierung zusammengebrochen ist. Was im Krieg Bomben und Granaten nicht geschafft haben, mussten wir im letzten halben Jahr in Berlin erleben. Damit muss Schluss sein!

Sicherheitsargumente werden auch oft vorgeschoben, wenn man die Konkurrenz behindern will. Dann werden Sicherheitsargumente ins Leben gerufen, um die Netze überhaupt gar nicht zu öffnen, wie wir es mit der Gesetzgebung am 1.1.2007 ja für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich geregelt haben. Da müssen Sie einschreiten, die Sicherheitsargumente dürfen nicht missbraucht werden.

Natürlich kostet Sicherheit Geld. Aber wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur, in die Sicherheit. Das Geld ist vorhanden. Ich erinnere daran, dass beispielsweise die Steuerbefreiung von Kerosin den europäischen Steuerzahler jedes Jahr 14 Mrd. Euro kostet. Wenn Sie dieses Geld für die Sicherheit einsetzen würden, hätten wir einen europäischen Eisenbahnmarkt und die Sicherheit gewährleistet, das ist das Gebot der Stunde.

Jacky Hénin, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, um für den Eisenbahnwettbewerb bereit zu sein, haben die europäischen Richtlinien die Trennung des Schienennetzes und der Transportaktivitäten erhoben und verhindern so jede Art von Standardisierung. Das Ergebnis: die Züge in Frankreich reisen heute auf dem Sekundärnetz langsamer als sie dies zu Anfang des 20. Jahrhunderts taten. Ein Drittel des Schienennetzes wird aufgrund mangelnder Ressourcen für die Wartung zugrundegehen. Alle Eisenbahngewerkschaften, alle Experten sagen, dass diese Situation unausweichlich zu schrecklichen Unfällen führen wird.

Dessen jedoch nicht genug. Es müssen ständig höhere Profite erzielt werden. Daher gibt es eine Bereitschaft, die Eisenbahnsicherheit zugunsten zukünftiger minimaler europäischer Vorschriften zu opfern, indem nationale Sicherheitsvorschriften, die den größtmöglichen Schutz bieten, verboten werden. Einmal mehr fällt das europäische Allgemeinwohl der kapitalistischen Gier zum Opfer.

Der Thalys ist das richtige Modell für Europa, weil es von europäischer Eisenbahnzusammenarbeit geprägt ist, die den Statuten des Arbeitnehmerschutzes und maximaler Sicherheitsregeln folgt. Das ist das totale Gegenteil des zügellosen Wettbewerbs, der den Bahnkunden durch die europäischen Verordnungen aufgebürdet wird. Um die Sicherheit von Bahnkunden und Anwohnern gleichermaßen angesichts gefährlicher Frachttransporte zu garantieren, müssen die europäischen Eisenbahnpakete als Ganzes tatsächlich widerrufen werden.

Jörg Leichtfried (S&D). – (DE) Herr Präsident! Es ist eigentlich nicht erstaunlich. Wir können es feststellen: Dort, wo liberalisiert und privatisiert wird, häufen sich die Unfälle und Zwischenfälle. Es ist ganz klar: Dort, wo die Notwendigkeit besteht, hohe Gewinne zu machen, gibt es schlecht bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dort gibt es geringere Qualifikation, weil Qualifikation kostet, dort gibt es weniger Kontrollen, weil Kontrollen kosten, und dort gibt es am Ende – das haben wir überall gesehen –, wenn alles kaputt ist, unglaubliche Kosten für die Allgemeinheit, um das wieder zu sanieren, was durch Liberalisierung und Privatisierung kaputtgemacht wurde.

Wir sind hier den falschen Weg gegangen. Kollege Bach meint, es genüge, wenn man das genau überprüft, wenn man bessere Sicherheitsmechanismen einführt. Es war der falsche Weg, den wir gegangen sind, und wir sollten wieder zurückkommen zu einem Weg, der Qualität, Sicherheit und Effizienz bietet. Das ist sicher nicht die weitere Liberalisierung. Es ist der umgekehrte Weg.

Guido Milana (S&D). – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte gerne zwei Bemerkungen machen.

Ich meine, dass wir nicht über noch mehr Privatisierung, Wettbewerb oder was auch immer streiten sollten. Es ist klar, dass die Logik, die Reduzierung von Kosten voranzutreiben, sich negativ auf die Sicherheitsstandards auswirkt. Wenn versucht wird, Kosten zu drücken, weil plötzlich ein großer Wettbewerb ausgebrochen ist, dann werden unvermeidlich die Sicherheitsstandards sinken.

Das wirkliche Thema ist meiner Meinung nach, dass die Kommission eine stringenter Phase rund um eine strategischere Rolle für die Europäische Eisenbahnagentur einleiten muss. Sie sollte die Rolle größerer Koordination, Kontrolle und Oberaufsicht über die nationalen Sicherheitsbehörden übernehmen und dies in einer viel schnelleren Art und Weise tun, und zwar genau wegen der Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern – auf die meine Kollegen schon angespielt haben –, die die Widersprüche zwischen den nationalen und europäischen Rechtsvorschriften betreffen. Meiner Ansicht nach, gibt es bei diesem Aspekt große Verzögerungen.

Das Modell sollte das der Europäischen Agentur für Flugsicherheit sein und sollte dieselbe verbindliche Befugnis über Handlungen und Vollstreckung besitzen. Wenn heute an die Kommission eine Bitte gestellt werden soll, dann die, dass sie sich rascher in diese Richtung bewegen sollte.

Der Herr Kommissar hat gesagt, dass wir auf die Ergebnisse der Unfalluntersuchungen warten müssen. Im Gegenteil, ich glaube, dass diese Ergebnisse nichts zur bestehenden Situation beitragen werden.

Ein anderes Element, Herr Kommissar, was wahrscheinlich nicht in Ihren Aufgabenbereich fällt und wahrscheinlich auch den Rahmen dieser Debatte heute Abend sprengt, ist, dass viel zu oft die Rechtsvorschriften als Ganzes nicht garantieren, dass jemand, der infolge eines Zugunfalls Schaden oder Verlust erlitten hat – wobei Zugunfälle immer noch selten sind –, sofortige Zuwendung von der Person erhält, die dafür haftet.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, es wurde angegeben, dass 200 Mio. EUR in diesem Bereich im Jahr 2009 ausgegeben wurden. Ich frage mich, ob die Kommission aus Gründen der Sicherheit und der Interoperabilität erwägt, nur elektrisch-betriebene Eisenbahnen zu finanzieren und Diesel verbrauchende Lokomotiven mit der Zeit auszurangieren – in meinem Land werden alle Züge noch mit Diesel betrieben – und eine Frist zu setzen, ab der in der gesamten Europäischen Union nur noch sichere, miteinander verbundene, umweltfreundliche Züge fahren?

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Herr Präsident, Herr Kommissar, die Sicherheit des Schienenverkehrs hängt von den Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen in die Schieneninfrastruktur und die Schienenfahrzeuge ab. Ein Mangel an diesen Investitionen wird die Zahl der Zugunfälle erhöhen.

Investitionen ins Schienennetz müssen zur Priorität werden, sowohl auf EU-Ebene durch die TEN-T-Mittel und den Strukturfonds als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten durch nationale Zuteilungen und der Kofinanzierung vorrangiger Projekte des transeuropäischen Verkehrs. Die Interoperabilität des Eisenbahnnetzes ist lebenswichtig. Angemessene Entlohnung des Personals und das Anbieten von Weiterbildung und Überprüfung für Arbeitnehmer im Eisenbahnsektor sind ebenfalls unerlässlich.

Zugunfälle gab es letztes Jahr auch in Rumänien. Der Osten der Europäischen Union braucht substanzielle Investitionen im Schienenverkehr, um die bestehende Infrastruktur warten, modernisieren und ausbauen zu können. Die Erweiterung der vorrangigen Projekte 6 und 17 nach Bukarest und Constanța, der Bau eines Eisenbahnkorridors für Frachtverkehr auf dieser Strecke sowie die Einführung des ERTMS sollten vorrangige TEN-T-Projekte werden.

Antonio Tajani, Vizepräsident der Kommission. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich glaube, viele Antworten auf die Fragen der Debatte wurden schon auf der Konferenz zur Eisenbahnsicherheit am 8. September gegeben, die ich direkt nach den Unfällen in Viareggio und den Niederlanden einberief, um ein Zeichen hinsichtlich der starken Verpflichtung seitens der Kommission und der europäischen Institutionen zu geben, dass wir auf dem sehr sensiblen Sektor der Eisenbahnsicherheit handeln werden.

Wie Sie wissen, waren Vertreter aller Institutionen, des Parlaments und des Rats zu dieser Konferenz geladen. Alle Themen der heutigen Debatte wurden detailliert besprochen, angefangen mit dem Thema der Behörden und der Europäischen Eisenbahnagentur.

Ich teile die Position von Herrn Milana, weil ich während der Konferenz vorschlug, der Europäischen Eisenbahnagentur mehr Befugnisse einzuräumen. Ich stimme daher voll zu. Wir müssen allerdings die Spielregeln ändern, und ich verspreche, dass ich mich, so lange ich Kommissar für Verkehr bin, dafür einsetze,

dass die Europäische Eisenbahnagentur nach ähnlichen Richtlinien wie die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs oder die Europäische Agentur für Flugsicherheit funktionieren kann.

Ein anderes Thema der Konferenz, an der auch Familienangehörige der Opfer teilnahmen, war die Haftung von Bedienern in der Beförderungskette und entsprechend die Frage nach den Rechten der Opfer von Zugunfällen. Hinsichtlich der Rechte von Bahnkunden gibt es Rechtsvorschriften, die am 3. Dezember dieses Jahr in Kraft treten werden.

Die Kommission kümmert sich auch um Aspekte anderer Opfer als der Bahnreisenden, die keine Passagiere, sondern wie bei dem Zugunglück von Viareggio Unfallopfer durch Explosion oder Zugentgleisung sind, und ermittelt, wie mit diesem Problem umgegangen wird.

Die Kommission hat demnach also im Sektor für Eisenbahnsicherheit starke Maßnahmen ergriffen, die sie für vorrangig hielt und zu denen auch die Zertifizierung des Personals gehört. Die EU hat bereits die Richtlinie 2007/59/EG über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern verabschiedet, und die europäische Fahrerlaubnis für Zugführer besteht bereits: sie wird am 3. Dezember dieses Jahr in Kraft treten.

Hinsichtlich der angesprochenen sozialen Aspekte gibt es den Ausschuss für den sozialen Dialog der im Jahr 2005 ein Abkommen zur Arbeitszeit im internationalen Verkehr diskutiert hat.

In Sachen Wartung und umweltfreundlicherem Eisenbahnverkehrssystem brauchen wir meiner Meinung nach modernisierte Betriebsmittel und Maschinen sowie eine wirkungsvolle Wartung. Wie ich in meiner Antwort bestätigte, glaube ich, dass das ERTMS-System aus technischer Sicht ein wichtiges Projekt ist, in das die Europäische Kommission mit Blick auf Erhöhung der Sicherheit des gesamten Schienenverkehrs investiert hat. Ich meine, dass dies ein wichtiges Element ist, das nicht vergessen werden sollte.

Der Präsident. – Die Debatte ist beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Ádám Kósa (PPE), schriftlich. – (HU) Hinsichtlich des diskutierten Themas glaube ich, dass es wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass in Verbindung mit der für die Instandhaltung verantwortlichen Einheit der Eigentümer oder Bediener in jedem Fall genannt werden muss, damit wir die Gefahr von Unfällen verringern können. Des Weiteren sollten wir überlegen, wie es schon in Frankreich praktiziert wird, auch das Thema der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Körperschaften aufzuwerfen, damit Sicherheit als Teil von Managementaufgaben von Körperschaften eine wichtigere Funktion zukommt.

Bei strategischen Entscheidungen auf der Management- oder Eigentümerebene des Unternehmens darf Profit niemals im Vordergrund stehen und zum Nachteil der Sicherheit von Menschen und ihres Lebens gereichen. Wenn ein Massenglück aufgrund leichtsinniger und risikoreicher Managementpraktiken des verantwortlichen Unternehmens passiert, kann die Körperschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Ansonsten verlässt nur der Senior Manager vorzeitig das Unternehmen und streicht die großen Boni und Abfindungen ein, von denen heutzutage jeder weiß, sodass am Ende nur der Zugführer ins Gefängnis geht.

Das Schicksal des Unternehmens muss von dem des Managers und auch der Arbeitnehmerschaft abhängen, damit ein sicherer Service von angemessener Qualität besonders im öffentlichen Dienstleistungssektor garantiert werden kann. Ich möchte der Kommission die folgende Frage stellen: was für einen Vorschlag will sie einreichen, damit sie nicht nur zivilrechtliche Haftung (Wiedergutmachung) erzwingen kann, sondern auch strafrechtliche Verantwortung in Hinblick auf fahrlässige Dienstleister?

16. Verwendung von Minderheitensprachen im Rahmen des gemeinsamen europäischen Kulturerbes (Aussprache)

Der Präsident. – Das nächste Thema ist die Erklärung der Kommission über den Gebrauch der Minderheitensprachen im Rahmen des europäischen Kulturerbes.

Leonard Orban, Mitglied der Kommission. – (RO) Herr Präsident, ehrwürdige Abgeordnete, die allgemeine Zielsetzung der EU-Strategie für die Mehrsprachigkeit ist, die Bedeutung aller in der Europäischen Union gesprochenen Sprachen hervorzuheben. Im Einklang mit Artikel 151 des Vertrags muss die Gemeinschaft helfen, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, um zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten beizutragen, während sie gleichzeitig ihre Verschiedenheit auf nationaler und regionaler Ebene respektiert und unser gemeinsames Kulturerbe im Mittelpunkt behält.

Auf diesen Grundsätzen basierend implementiert die Europäische Kommission in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Strategie der Förderung der Mehrsprachigkeit und sprachlichen Vielfalt, wie in dem vom September 2008 verabschiedeten Dokument dargestellt, das sich auf alle in der Gemeinschaft gesprochen Sprachen bezieht. All diese Sprachen sind ein wesentlicher Bestandteil unseres gemeinsamen Kulturerbes, und jede einzelne nationale, regionale, Minderheiten- und Migrantensprache, die in Europa gesprochen wird, ist eine zusätzliche Facette dieses gemeinsamen Kulturerbes.

Wie Sie sehr wohl wissen, hat die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten eingeladen, das Lehren von regionalen und Minderheitensprachen als Teil ihrer nationalen Strategien zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Gesellschaft zu berücksichtigen. Die Entscheidungen der EU in diesem Bereich sollen die bereits von den Mitgliedstaaten verabschiedeten Maßnahmen nicht ersetzen, sondern sie unterstützen und ergänzen. Die der EU zur Verfügung stehenden Hauptfinanzierungsinstrumente sind das Programm für lebenslanges Lernen 2007-2013, das es für alle in der Gemeinschaft gesprochenen Sprachen gibt, einschließlich der Regional- und Minderheitensprachen.

Es gibt keine Rechtsvorschriften der Gemeinschaft, die die Verwendung von Sprachen in den Mitgliedstaaten vorschreibt, und auch keiner der Verträge enthält Optionen, solche Vorschriften einzuführen. Die Achtung vor sprachlicher und kultureller Vielfalt wird von Artikel 22 der Charta der Grundrechte geschützt, die vorschreibt, dass die Union kulturelle und sprachliche Vielfalt respektieren muss.

Wie Sie wissen, zielen die Bestimmungen der Charta nur auf die Institutionen und Organe der EU wie auch der Mitgliedstaaten ab, wenn sie die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft umsetzen. Demnach bleiben die Mitgliedstaaten weiterhin die Entscheidungsorgane bezüglich ihrer eigenen Sprachenpolitik, einschließlich der Regional- und Minderheitensprachen. Der Schutz nationaler Minderheiten ist wesentlicher Bestandteil der Achtung vor den Menschenrechten, einem grundlegenden und in Artikel 6 des Vertrags zur EU festgehaltenen Prinzip der Europäischen Union.

Die Mitgliedstaaten sollten demzufolge von allen verfügbaren Rechtsinstrumenten Gebrauch machen, um die Rechte von Personen nationaler Minderheiten im Einklang mit ihrer eigenen Verfassungsordnung und den Verpflichtungen und Verbindlichkeiten, die aus diesen unter internationalem Recht entstehen, zu schützen. Mit internationalem Recht meine ich zum Beispiel die Europäische Charta der regionalen- und Minderheitensprachen des Europarats, die in diesem Bereich einen globalen Rahmen bietet sowie die Empfehlungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an die sich die Europäische Union zu verschiedenen Gelegenheiten gewendet hat.

Edit Bauer, im Namen der PPE-Fraktion. – (HU) Die Sprachen der Völker Europas bilden als kulturelles Ganzes das kulturelle Erbe Europas, ganz wie der Herr Kommissar auch sagte. Ich danke ihm, dass er darauf hinwies. Alle Sprachen sind gleich, ganz gleich, ob sie von einer Minderheit oder einer Mehrheit gesprochen werden. Gleichzeitig ist das Recht der Menschen, ihre eigene Sprache zu sprechen, integraler Bestandteil ihrer Grundrechte, wie es auch in Artikel 22 der Charta der Grundrechte steht. Es ist kein Zufall, dass nationale Gemeinschaften äußerst sensibel auf jede Art der Verletzung ihrer Rechte in diesem Bereich reagieren.

Ich spreche für eine Minderheit von etwas mehr als einer halben Million Menschen, die gegen das nationale Sprachengesetz der Slowakei sind, das bestimmte Artikel umfasst, die die Rechte dieser Minderheit verletzen und begrenzen. Lassen Sie mich Ihnen ein paar Beispiele geben. Artikel 8 Absatz 4 des Gesetzes verlangt, dass Ärzte mit Patienten in Gegenden, wo der Minderheitenanteil unter 20 % liegt, in der Nationalsprache sprechen müssen. Das trifft auch für Sozialarbeiter und ihre Klienten sowie für Feuerwehrleute und Rettungsassistenten im Einsatz, also beim Löschen eines Brandes oder auf der Fahrt zum Krankenhaus, zu. Laut Artikel 6 Absatz 1 muss Slowakisch in Anzeigetexten, egal ob öffentlich oder privat, verwendet werden. Laut Artikel 8 Absatz 6 müssen Anzeigen zuerst und größer in der Nationalsprache erscheinen oder die Buchstaben müssen mindestens so groß wie die im Text der Zweitsprache sein. Das vermittelt offensichtlich, dass die Erstsprache wichtiger ist, während die zweite untergeordnet und zweitrangig ist.

Artikel 9 des Gesetzes verhängt unverhältnismäßige Strafmaßnahmen gegen juristische Personen (Kapitalgesellschaften) und Kleinbetriebe, die gegen den angemessenen Sprachengebrauch verstoßen. Warum ist es überhaupt eine Straftat, wenn jemand in seiner eigenen Muttersprache spricht? Ein derartiges Gesetz kann offensichtlich nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden.

Herr Präsident, die slowakischen Rechtsvorschriften hätten als Teil ihrer inneren Rechtsordnungen solche Zugeständnisse integrieren können, die sie in der Charta zu Sprachen vom Europarat akzeptieren und bei der Ratifizierung angenommen haben, statt ein Gesetz zu verabschieden, das diametral dagegen ist. Es geht

dabei nicht einmal um Zweisprachigkeit, da von Arbeitnehmern nicht einmal im öffentlichen Bereich verlangt wird, die Minderheitensprache zu können oder sie zu erlernen.

Herr Präsident, nur noch ein abschließendes Wort. Ich freue mich, dass das Europäische Parlament diese Debatte in die Tagesordnung aufgenommen hat, und ich schätze die klare Haltung sehr, die der Präsident des Parlaments, Herr Jerzy Buzek, einnimmt wie auch die unmissverständliche Botschaft der Kommission, dass Minderheitenrechte geschützt werden müssen, und nicht beschnitten.

Hannes Swoboda, im Namen der S&D-Fraktion. – (DE) Herr Präsident! Bei aller Differenz, die wir haben, ist es doch ein gutes Zeichen, dass wir hier einen Präsidenten mit ungarischer Herkunft haben, von dem wir sicher sind, dass er nicht diskriminierend agieren wird, sondern dass es einfach eine Selbstverständlichkeit ist in diesem Europa, dass unabhängig von der Sprache und von der Herkunft versucht wird, auf das Recht zu achten.

Nun, Frau Kollegin Bauer, Sie haben am Sprachengesetz Kritik geübt. Das Sprachengesetz ist nicht optimal, das ist ja auch festgestellt worden. Aber es verletzt nicht die Grundrechte, auch das muss man feststellen. Daher muss man daran arbeiten, dass die Mängel, die noch bestehen – vor allem in der Interpretation dieses Gesetzes –, beseitigt werden. Ganz entscheidend ist, dass von dieser Debatte heute ein Signal ausgeht, dass wir Verbesserungen erreichen, nicht weil wir die eine Volksgruppe gegen die andere ausspielen wollen, sondern weil wir haben wollen, dass die Beziehungen zwischen Slowaken und Ungarn innerhalb der Slowakei, aber natürlich auch zwischen den beiden Ländern, besser werden. Das muss unser Interesse sein. Und gerade angesichts der Wahlen, die auf uns zukommen, kann ich nur appellieren, dass Moderation, Vernunft und Gespräch zu einem guten Ergebnis führen.

Denn es gibt nun einmal auch geschichtlich bedingte Probleme – darüber brauchen wir uns doch keine Illusionen zu machen. Meine Mutter, die noch in Miskole geboren ist, und ich, der nur wenige Kilometer von Bratislava entfernt geboren wurde, fühlen und spüren das. Aber das Entscheidende ist, dass wir Konflikte nicht aufbauschen und aufheizen, die ja im Wesentlichen oft nur zwischen politischen Kräften bestehen und nicht zwischen den Bürgern, die miteinander gut auskommen.

Und so wie es eine ungarische Minderheit in der Slowakei gibt, so gibt es auch eine slowakische Minderheit in manchen mehrheitlich ungarischen Gemeinden innerhalb der Slowakei. Daher müssen wir die Dinge zusammenführen. Das Entscheidende ist auch das zweite Signal, das von dieser Debatte ausgeht. Gemeinsam haben wir eine Reihe von Problemen. Gemeinsam haben auch die Slowakei und Ungarn ein gemeinsames Problem, zum Beispiel das Problem der Roma. Und wäre es nicht viel vernünftiger, sich darauf zu konzentrieren, dass man gemeinsam diese bestehenden Probleme löst in einem Dialog, in einem Bestreben, allen Minderheiten in dieser Region doch eine bessere Chance zu geben? Denn Minderheiten sind wir letztendlich alle. Das Ziel muss sein, dass wir uns klar zur Sprachenvielfalt – wie es der Herr Kommissar gesagt hat –, zur Förderung der Mehrsprachigkeit bekennen, denn Sprachen sind ein Asset. Wer mehr Sprachen kann, hat einen Vorteil, und wenn das jeder kapiert und akzeptiert, dann werden wir in eine bessere Zukunft schauen.

Carl Haglund, im Namen der ALDE-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, ich freue mich, dass die Kommission dieses Thema ernst genommen hat. Das Leben vieler Minderheitengruppen in Europa ist schwierig, und eine starke Botschaft seitens der EU kann vielleicht besonders helfen, der Welle der Intoleranz entgegenzuwirken, die in den letzten Jahren über unseren Teil der Welt gerollt ist. Ich denke, die EU sollte es jedem Europäer absolut deutlich machen, dass sowohl das Vorhandensein als auch das Sprechen von anderen Sprachen als der Sprache der Mehrheit einen zusätzlichen Wert hat.

Warum? Nun, zum Beispiel, weil jede Sprache ein großes kulturelles Erbe mit sich bringt und die Vielfalt Europas bereichert. Gegenden, in denen Minderheitensprachen gesprochen werden, sind auch erfolgreicher und aus wirtschaftlicher Sicht wettbewerbsfähiger als andere Gegenden. Es ist daher vorteilhaft für jeden, der in solchen Gegenden Geschäfte machen will, Menschen anzustellen, die die lokalen Sprachen sprechen. Das waren zwei gute Gründe. Ich möchte der Kommission für diese Initiative danken und werde uns nicht länger aufhalten, da die Zeit begrenzt ist.

Tatjana Ždanoka, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, ich danke dem Herrn Kommissar für diese Erklärung und pflichte bei, dass die gegenwärtige Situation des EU-Rechts uns nicht berechtigt, Gesetze im Bereich sprachlicher Rechte zu erlassen.

Andererseits sollten wir seit dem 1. Dezember eine Klausel in Artikel 2 des Vertrags zur Europäischen Union haben, die besagt, dass die Union auf den Werten der Achtung der Menschenrechte gründet, zu denen auch

die Rechte von Menschen, die Minderheiten angehören, zählen. Das kann wohl kein solider rechtlicher Grund dafür sein, sofort unser eigenes Minderheitenrechtskonzept im *gemeinschaftlichen Besitzstand* zu bilden. Trotzdem verdienen wir heute eine Erklärung, die sich mehr auf den politischen Standpunkt der Kommission in Bezug auf Minderheitenrechte bezieht und die Botschaft muss meiner Meinung nach sehr einfach sein. Eine Partei, die gegen die Rechte von Menschen, die zu Minderheiten gehören, verstößt, einschließlich sprachlicher Rechte, handelt gegen die Grundwerte der Union.

Solche Länder außerhalb der EU, die einen schlechten Menschenrechtsruf haben, prangern wir an, auch wenn die EU keine rechtlich bindenden Maßnahmen gegen sie verhängen kann. Aber warum sind wir innerhalb der EU so zögerlich, auf schlechte Beispiele mit dem Finger zu zeigen, selbst wenn wir Verpflichtungen auferlegen können?

Sie erwähnten den Europarat und OSZE-Dokumente, aber die Kommission sollte auch die Verpflichtung der Überwachung übernehmen, ob die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen unter diesen Dokumenten erfüllen.

Schließlich erfüllen wir nicht einmal im Parlament dieses Mehrsprachigkeitsgebot. Ich kann zum Beispiel nicht meine Muttersprache sprechen, trotz der Tatsache, dass 40 % der Bevölkerung meines Landes, Lettland, Russisch als Muttersprache haben.

Lajos Bokros, im Namen der ECR-Fraktion. – (SK) Slowakisch ist eine der schönsten Sprachen Europas, aber man hört sie nur selten im Europäischen Parlament.

Als wahrer Freund der Slowakei, langjährigem Unterstützer ihrer Entwicklung und mäßigem, aber aktivem Teilnehmer der slowakischen Reformen, würde ich mich freuen, meinen slowakischen Freunden bei der Bewältigung dieses Nachteils zu helfen und gleichzeitig dazu beizutragen, dass Slowakisch von mehr Menschen gesprochen und verstanden wird. Ich glaube fest daran, dass wir die Vielfalt der slowakischen Sprache und Kultur erfolgreich schützen werden.

Die slowakische Sprache will sich nicht auf Kosten anderer Sprachen entwickeln. Genau aus diesem Grund, ist es unverständlich, dass ein Gesetz, dass sich mit dem Gebrauch von Sprachen ethnischer Minderheiten beschäftigt, für diese einen viel engeren Einsatzbereich als für Slowakisch definiert. Dieses Gesetz behandelt in der Tat nur den Gebrauch dieser Sprachen als eine Option und sieht diese Option nur in negativer Art und Weise und nicht als positives Recht, und versagt, es als Recht anzusehen, das im Alltag gefordert und angewendet werden kann.

In Büros in der Slowakei gibt es immer noch keine ungarischen Formulare, und es gibt nicht einmal eine offizielle Übersetzung der Gesetze und rechtlichen Standards der Slowakischen Republik ins Ungarische.

Der Änderungsantrag des Nationalsprachengesetzes hat die Situation sogar noch schwieriger gemacht. Vertreter von ethnischen Minderheiten waren nicht am Entwurf des Änderungsantrages beteiligt. Einer der fundamentalen Mängel der neuen rechtlichen Maßnahme ist, dass es sich nicht nur auf den Gebrauch der Amtssprache bezieht, sondern auch viel tiefer im öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Leben eingreift.

Ein anderes fundamentales Problem ist, dass das Staatssprachengesetz auch Sanktionen beinhaltet. Der Änderungsantrag zum slowakischen Nationalsprachengesetz verstößt gegen die grundlegenden Menschenrechte und Standards der Europäischen Union. Der Erhalt des Gesetzes in seiner gegenwärtigen Form wäre widersprüchlich zum nationalen Interesse der Slowakischen Republik und der ethnischen Mehrheit, weil das Gesetz Verdacht hervorrufen und die Atmosphäre der guten Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen vergiften wird, die über tausend Jahre im Gebiet der Slowakei zusammengelebt haben.

Die Slowakei ist ein mündiges, erwachsenes und selbstbewusstes demokratisches Land und ist nicht vom kulturellen Kampf oder dem Einsatz des Gesetzes abhängig, um sich selbst gegen einheimische Sprachen zu verteidigen. Die einheimischen ethnischen Gruppen bedrohen die slowakische nationale Einheit, die slowakische Sprache oder die Kultur der slowakischen Nation nicht. Ganz im Gegenteil, die koexistierenden ethnischen Gruppen werden die slowakische Sprache und ihre Kultur enthusiastisch und freiwillig schützen, unterstützen und sich entfalten lassen solange es eine sichtbare Bereitschaft auf Seiten der slowakischen Nation gibt, die Sprachen und die Kultur der ethnischen Minderheiten zu schützen, unterstützen und sich entfalten zu lassen.

Jaroslav Paška, im Namen der EFD-Fraktion. – (SK) Unsere ungarischen Freunde haben uns kürzlich eine Lektion erteilt, wie wir eine Lösung im europäischen Stil auf die Frage des Minderheitensprachengebrauchs in der Slowakei finden sollten.

Ich würde gerne eine Lektion darüber erteilen, wie sie anscheinend vergessen haben, sich selbst anzugucken und wie sie in Ungarn Minderheiten im Gebrauch ihrer Muttersprachen einschränken. Lassen Sie uns zum Beispiel einen Blick auf die Kindererziehung und die Schulen werfen. Die Slowakische Republik erlaubt ungarischen Kindern die Erziehung von der Grundschule übers Gymnasium bis hin zur Universität in ihrer Muttersprache. Die Lehre aller Fächer wird von ungarischsprechenden Lehrern auf Ungarisch gehalten. – Auf der anderen Seite können slowakische Kinder in Ungarn nur davon träumen, slowakische Schulen zu haben. Die ungarische Regierung schloss sie im Jahr 1961. Seitdem konnten Kinder von ethnischen Minderheiten in Ungarn nirgends die korrekte Verwendung ihrer Muttersprache erlernen, weil die ungarische Regierung ihnen nicht die Möglichkeit bietet, in ihrer Muttersprache erzogen zu werden, im Gegensatz zu anderen EU-Regierungen. In Ungarn müssen slowakische Kinder daher alle Fächer auf Ungarisch lernen und ihre Muttersprache wird als eine Art Bestrafung und zusätzliche Arbeit hinzugefügt, um sie Ihnen abzugewöhnen. Ihnen wird Slowakisch von ungarischsprechenden Lehrern beigebracht, die in der slowakischen Sprache nicht kompetent sind. Auf diese Weise wird der Bezug der Kinder zu ihrer Muttersprache und ihren kulturellen Wurzeln unterdrückt und entgleist.

Unter der Verwendung dieses angeblich europäischen Ansatzes für Minderheiten hat die ungarische Verwaltung im Verlauf von 50 Jahren die slowakische Minderheit auf ungefähr ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe reduziert. Daher hat ein früherer ungarischer Bürgerbeauftragter für ethnische Minderheiten zuvor öffentlich zugegeben, dass Ungarn weiterhin in Richtung der totalen Assimilation ethnischer Minderheiten arbeitet.

Ich schätze meine Freunde, die Abgeordneten der Republik Ungarn, sehr. Über tausend Jahre haben unsere Nationen gemeinsam die Geschichte Europas geschrieben, und ich möchte sie nur gerne darum bitten, zu verstehen, dass Zahlen nicht lügen. Als Folge der Politik der ungarischen Amtsführung wurde die slowakische Minderheit in Ungarn dezimiert, während die ungarische Minderheit in der Slowakei dank der korrekten Politik der slowakischen Amtsführung in denselben Zahlen fortbesteht.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Gleich zu Beginn dieses Tagesordnungspunkts müssen wir klarstellen, was der Europäischen Union wohl wert ist. Ist es, was in den Dokumenten steht, oder ist es etwas wert, wenn die Staaten es respektieren oder, falls nicht, die Europäische Union ihnen dann zu Respekt verhilft? Kann eine nationale Minderheit als etwas von Wert angesehen werden? Ist das wichtig? Nun, in der Tschechischen Republik, sind die Beneš-Dekrete kürzlich in Kraft getreten, so dass Václav Klaus den Vertrag von Lissabon unterzeichnen wird. In anderen Worten, sie haben das Stigma kollektiver Schuld für die Sudetendeutschen und die ungarischen Volksgruppen aufrechterhalten. Ist eine Minderheit denn dann von Wert? Ist eine Minderheitensprache von Wert? In der Slowakei wird die einheimische ungarische Bevölkerung bestraft, wenn sie ihre Muttersprache benutzen. Dieses Gesetz kann einfach nicht richtig umgesetzt werden. Europa sollte sich schämen, solange dieses Gesetz existiert. Dies sollte kein Streit zwischen der Slowakei und Ungarn sein. Es sollte ein Problem sein, das zwischen der Europäischen Union, die ihre Werte schützt, und der Slowakei gelöst werden soll. Es ist ein heuchlerisches System, das diese Werte verkündet, aber diese in der Praxis nicht befolgt.

Wovon handelt dieser Tagesordnungspunkt? Er ist sicherlich abgeneigt, dieses Problem zu lösen. In dieser Sitzung geht es um Einzelthemen, wie z. B. Nicaragua, Vietnam, Laos und Menschenrechtsverletzungen. In dieser Sache übernimmt die Europäische Union nicht einmal die Rolle des Schutzes ihrer Werte; sie entwertet sie einfach.

Kinga Gál (PPE). – (HU) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich halte es für einen Erfolg, dass auf Vorschlag meiner Kollegin, Frau Edit Bauer, und mir in der Debatte das Europäische Parlament sich schließlich des Problems der nationalen und sprachlichen Minderheiten und dem Gebrauch ihrer eigenen Sprache annimmt, was auch bedeutet, dass sich mit dem diskriminierenden slowakischen Sprachengesetz befasst wird. Ich bin außerdem hochofiziert, dass die Kommission in dieser Sache eine eindeutige Haltung bezüglich der Rechte von Minderheitensprachen angenommen hat.

Ich möchte dem Kommissar, Herrn Orban, besonders für die Erwähnung der Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarats unter den Rechten und nützlichen Dokumenten, auf die er sich bezog, danken. Ähnlich halte ich es für besonders wichtig, dass Herr Buzek Bratislava besucht hat und eine eindeutige Erklärung zu dieser Sache abgab. Schließlich finden alle von uns, die sich seit Jahren in diesem Plenarsaal mit Menschenrechten beschäftigen, dass es ungeheuerlich ist, dass, weil der Vertrag von Lissabon naht, Bürger, die einer Minderheit angehören, in ihrem Geburtsland nicht ihre eigene Muttersprache benutzen dürfen und nicht die von der Demokratie garantierten Rechte genießen können. Tatsächlich macht das Gesetz es zu einer möglichen strafbaren Handlung für jemanden, der Gebrauch von dem fundamentalen

Menschenrecht, seine Muttersprache zu sprechen, macht. Das impliziert, dass die Minderheit Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Heimatland sind. Herr Paška, wir sprechen über 530 000 Ungarn in der Slowakei und über 20 000 bis 30 000 Slowaken in Ungarn, um Ihnen einen Vergleich zu geben.

Ich möchte allerdings einfach gerne Herrn Swoboda antworten, dass eine Minderheit in diesem Fall für ihr fundamentalstes Menschenrecht gegen eine Mehrheit kämpft. Es sind nicht zwei Länder, die gegeneinander kämpfen. Die Europäische Union muss unbedingt eingreifen und sich gegen das slowakische Gesetz und jedes andere Gesetz aussprechen, das den Gebrauch von Minderheitensprachen und den Schutz der Identität von Minderheiten gefährdet, wie zum Beispiel Gesetze, die gegen jedes internationale Dokument, einschließlich der nun im Vertrag von Lissabon und der Charta der Grundrechte bekräftigten Grundprinzipien verstoßen.

Ich möchte einfach gerne meine Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, dass die Slowakei schon im Jahr 1995 Ziel ernsthafter internationaler Kritik war, als das Sprachengesetz zum ersten Mal verabschiedet wurde. Als Folge davon und speziell als eine der Bedingungen, den Beitritt in die EU in Gang zu setzen, musste die Slowakei die Absätze über die Strafmaßnahmen aus ihren Rechtsvorschriften entfernen. Vor 10 Jahren lehnte daher die Europäische Union ab, wogegen sie sich jetzt sehr zurückhaltend ausspricht.

Boris Zala (S&D). – (SK) Ich bin stolz darauf, sagen zu können, dass die Slowakei zur sprachlichen Vielfalt und der Bewahrung des sprachlichen Kulturerbes einen großen Beitrag geleistet hat.

Einige Fakten: die ungarische Minderheit hat ungefähr 700 Schulen, wo der Unterricht auf Ungarisch durchgeführt wird. Alle Minderheiten haben das Recht, ihre Sprache in Gerichtsverfahren, bei Amtsgeschäften, Ortsnamen zu benutzen und sie haben Radio- und Fernsehsendungen in ihrer Muttersprache. Der Staat gibt finanzielle Hilfe für kulturelle Aktivitäten von Minderheiten und akzeptiert den Gebrauch der Muttersprache in Geschäfts-, Vertrags- und anderen Beziehungen.

Ungarische Abgeordnete hier greifen das slowakische Sprachengesetz an. Ihre Behauptungen stellen nackte Lügen, Lügenmärchen und Hirngespinnste von verletztem ungarischen Nationalismus dar. Das müssen wir ablehnen, meine Damen und Herren. Ganz im Gegenteil, das slowakische Sprachengesetz richtet sich vollständig nach den internationalen Standards, wie dies von dem kompetentesten Beobachter, Herr Kommissar Vollebæk von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), bestätigt wird. Unser Sprachengesetz trägt zur Beseitigung der Diskriminierung von Minderheiten und zur Sicherheit und Gesundheit unserer Bürger bei und schafft gleichzeitig Platz für ihre vollständige Integration. Des Weiteren hat die Slowakei die Charta der Minderheitensprachen unterzeichnet und erhält so in einem hohen Maß die sprachliche Vielfalt aller Minderheiten in der Slowakei.

Sergej Kozlík (ALDE). – (SK) Die Slowakische Republik hat einen hohen Standard in Bezug auf ethnische Minderheiten und wendet gleichzeitig eins der gemäßigten nationalen Sprachengesetze in Europa an.

Trotzdem steht sie permanent unter Druck seitens der ungarischen Abgeordneten, die mit Lügen und Hirngespinnsten wahrlich nicht zögerlich umgehen, um die öffentliche Meinung in Europa zu beeinflussen. Wir haben das in fast jeder Sitzung des Europäischen Parlaments seit seiner Erweiterung im Jahr 2004 erlebt. Ungarn ist ein Land, dass in seinem eigenen Territorium die Minderheiten fast komplett beseitigt hat und nun eine grobe Intervention in den Angelegenheiten der Slowakischen Republik versucht. Das ist absolut inakzeptabel.

Ich glaube, dass die europäischen Institutionen in dieser Sache sich nicht wie ein Elefant im Porzellanladen verhalten. Die Slowakei wird die Probleme in Bezug auf den Gebrauch der Nationalsprache kulturell und im Einklang mit den europäischen Traditionen lösen. Die Durchführungsbestimmung für den Änderungsantrag des Sprachengesetzes bestätigt den sensiblen Ansatz in Bezug auf alle in der Slowakei lebenden Volksgruppen und Nationalitäten.

Valdemar Tomaševski (ECR). – (PL) Herr Präsident, ich freue mich, dass ich als Abgeordneter von Litauen hier in meiner Muttersprache, Polnisch, sprechen kann. Ich finde, dieses Privileg sollte die Norm sein, und zwar nicht nur im Europäischen Parlament, sondern in allen Ländern der EU, weil kulturelle und sprachliche Vielfalt in der europäischen Wertehierarchie sehr wichtig sind. Wir sollten jede Anstrengung unternehmen, sicherzustellen, dass nationale Minderheiten und speziell indigene Minderheiten keine Diskriminierung in den Angelegenheiten erfahren, auf die sich die heutige Erklärung der Kommission bezieht. Daher hat die Kommission zuvor die dringende Aufgabe, Konflikte, die den Gebrauch von Minderheitensprachen betreffen, in allen Ländern der EU ausnahmslos zu lösen. Die positiven Lösungen für solche Probleme wie in Finnland, Italien, Polen, Dänemark, der Tschechischen Republik und vielen anderen Ländern erleichtern diese Aufgabe sehr. Wir brauchen nur effektive und, wichtiger noch, sofortige Maßnahmen der Kommission in dieser Sache.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident, es ist gut, von der Notwendigkeit der Vielfalt und Mehrsprachigkeit zu hören, aber ich möchte sehr kurz auf eine Situation in meinem eigenen Teil des Vereinigten Königreichs hinweisen.

Die Minderheitensprache der Ulster-Schotten ist Teil des kulturellen Reichtums Nordirlands und wird vom Vereinigten Königreich unter der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates anerkannt.

Infolge des St.-Andrews-Abkommens trägt die Nordirland-Exekutive die Verantwortung, ein Konzept für den Erhalt von Sprache und Kultur der Ulster-Schotten vorzulegen. Bei der Vorbereitung dieses Konzepts berücksichtigt der Kulturminister die europäische Charta und anderes internationales Vertragswerk, wozu auch die UN-Konvention über die Rechte des Kindes gehört. Er stellt das Konzept auch in den Zusammenhang der Förderung einer gemeinsamen und besseren Zukunft für Nordirland, die auf Gleichheit, Vielfalt und Interdependenz beruht.

Leider hat Sinn Fein Kultur, besonders Sprache, als Waffe in seiner Kampagne gegen den Staat eingesetzt, was zu Kontroversen und Auseinandersetzungen geführt hat. Das ist einfach ein Missbrauch von Sprache. Also müssen wir hoffen, dass ein gemeinsamer und besserer zukünftiger Aspekt des Konzepts sich mit der Altlast dieses Kulturkampfes beschäftigt.

Alejo Vidal-Quadras (PPE). – (ES) Herr Präsident, ich möchte die von diesem Haus unternommenen Bemühungen bei der Unterstützung von Minderheiten- und Regionalsprachen hinsichtlich schriftlicher Mitteilungen zwischen Bürgern und dem Parlament hervorheben. Die Bürger können an das Parlament schreiben und erhalten eine Antwort in dieser Sprache.

Es ist schon etwas anderes, Herr Präsident, wenn einige Leute für den Gebrauch von Regional- oder Minderheitensprachen oder für Sprachen, die einen gemeinsamen offiziellen Status in einigen Gegenden der Mitgliedstaaten haben, in den Plenarsitzungen plädieren. Das ist in einem Parlament, das auf einem vollständig mehrsprachigen System mit 23 Sprachen arbeitet und hierfür über ein Drittel des Haushalts verbraucht sowie über die Hälfte seines Personals beschäftigt, nicht machbar.

Es gibt solche Sprachen im Vereinigten Königreich, in Luxemburg, Estland, Zypern, Spanien, Schweden, Finnland und die Liste geht weiter. Das würde bedeuten, Herr Präsident, dass wir 35 oder 40 Sprachen im Plenum hätten, und das wäre aus finanzieller und logistischer Sicht einfach nicht machbar. Daher, Herr Präsident, bringt es vielleicht Wahlvorteile, darauf zu bestehen, aber sicherlich macht es absolut keinen Sinn und ist total unrealistisch. Das würde nur unnütze Frustration bei vielen loyalen Bürgern erzeugen.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Herr Präsident, das slowakische Nationalsprachengesetz verletzt fünf Grundrechte der Charta der Grundrechte, die am 1. Dezember in Kraft tritt.

Erstens diskriminiert es aus ethnischen Gründen, indem es die eine halbe Million starke ungarische Gemeinschaft zu Bürgern zweiter Klasse und ihre Muttersprache zu einer Sprache zweiter Klasse macht. Zweitens greift es auf grobe Weise in das persönliche Leben der Menschen ein, worauf Frau Edit Bauer hinwies. Drittens ist es antidemokratisch, weil es Angst unter den Bürgern sät. Viertens, es verstößt gegen zwei der Dokumente des Europarates, die die Slowakei in ihrem Beitrittsabkommen akzeptiert hat. Letztens, Herr Kommissar Orban hat gesagt, dass die EU Zwei- und Mehrsprachigkeit unterstützt, während die Slowakei einen Weg in Richtung Einsprachigkeit und sprachlicher Assimilation eingeschlagen hat.

Wenn die EU diese Verstöße gegen diese fünf Grundrechte hinnimmt und sich nicht dagegen zu Wort meldet, wird sie auch keine moralischen Gründe zur Kritik an China, Russland und anderen Ländern haben. Wir können uns keine Doppelmoral leisten.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Herr Präsident, die europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen, die vom Europarat und 47 europäischen Staaten verabschiedet wurde, einschließlich aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union, legt fest, dass Regional- und Minderheitensprachen geschützt werden müssen, weil sie in manchen Fällen Gefahr laufen, verlorenzugehen.

Ich denke, dass diese Haltung zur Pflege und Entfaltung von Traditionen, Vielfalt und des kulturellen Reichtums des Kontinents beiträgt, den wir bewahren müssen. Sie schützt auch ein Grundrecht der Menschen, die diese Sprachen sprechen, wie der Herr Kommissar sagte.

Der Herr Kommissar erwähnte, dass die Mitgliedstaaten jedes verfügbare Mittel einsetzen müssten, um sicherzustellen, dass diese Sprachen gesprochen würden; aber wir wissen, dass dies nicht der Fall ist. Weder Mehrsprachigkeit noch Zweisprachigkeit – wenn es Amtssprachen gibt – sind in allen Mitgliedstaaten

garantiert, und das Problem ist, dass wir nicht das Gefühl haben, dass Minderheitensprachen zum Erbe der Union – zu unserem Erbe – gehören.

Ich möchte Sie jedoch darum bitten, das Konzept einer Minderheitensprache zu überdenken, denn es gibt Sprachen in den Mitgliedstaaten, die im Europäischen Parlament offiziell sind, die aber weniger Sprecher haben und weniger bekannt sind als einige Regionalsprachen, die keine Amtssprachen sind. Daher verstoßen wir gegen die sprachlichen Rechte von 40 Millionen Europäern. Der Schutz dieser Rechte ist eine Grundsatzfrage, wie der Herr Kommissar selbst sagte.

Es gibt 700 000 Basken, die Eкера sprechen, die älteste Sprache Europas, deren Ursprung unbekannt ist; und den Basken Europa näherzubringen bedeutet u. a. auch, sie spüren zu lassen, dass das Wort „*gabon*“ genauso respektiert wird wie die Worte „*buenas noches*“, „Guten Abend“ oder „*bonsoir*“.

Kay Swinburne (ECR). – Herr Präsident, als Abgeordnete des Europäischen Parlaments für Wales habe ich großes Verständnis für die vielen Minderheitensprachen in ganz Europa, besonders, da meine Muttersprache Walisisch eine der ältesten immer noch gesprochenen europäischen Sprachen ist.

Zahlenmäßig ist die Situation der ungarischsprechenden Menschen in der Slowakei der der walisischsprechenden Menschen in Wales sehr ähnlich, mehr als eine halbe Million. Das entspricht jedoch 20 % der Menschen in Wales, aber weniger als 2 % der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs.

Nach vielen hundert Jahren des Hin und Hers zwischen den englisch- und walisischsprechenden Menschen in Wales und ähnlichen Streitereien wie diesen nun zwischen slowakisch- und ungarischsprechenden Menschen heute, wurde eine gute Koexistenz in Wales erreicht.

Die Wiederbelebung des Walisischen über die letzten 15 Jahre seit der Dezentralisierung war kompetent. Die positive Einstellung zur Sprache hatte große kulturelle Vorteile.

In Wales war der Schlüssel zum Erfolg, einen pragmatischen Ansatz zu wählen. Unser Ziel sollte sein, dass die Menschen die Sprache sprechen können, in der sie sich am wohlsten fühlen, aber ohne dabei übermäßige Belastung oder Kosten zu verursachen. Zum Beispiel werde ich meinen Kommentar auf Walisisch beenden, ich würde aber nicht wollen, dass der Steuerzahler die Kosten für das simultane Dolmetschen hier im Parlament zugunsten von nur zwei walisischsprechenden Abgeordneten übernehmen muss. Trotzdem, Vielfalt sollte zelebriert werden!-

(Die Sprecherin spricht Walisisch)

Anna Záborská (PPE). – (SK) Ich möchte konsequent bei unserem Thema bleiben. Ich werde nicht über das Gesetz zum Gebrauch der Nationalsprache in der Slowakei sprechen, da ich der festen Meinung bin, dass das slowakische Sache ist.

Am 1. Januar 2010 ist es 22 Jahre her, dass ein sehr weiser und hochgeschätzter Mensch sagte, dass die Achtung von Minderheiten und ihrer Kultur das Fundament ist, auf dem Frieden gründet. Wir müssen die Rechte von Minderheiten zur Bewahrung und Entfaltung ihrer Kultur konsequent einhalten. Minderheiten haben das Recht, ihre eigenen Sprachen zu sprechen und dieses Recht muss im Gesetz verankert sein. Ein Versäumnis würde zum Verlust eines reichen kulturellen Erbes führen. Er sprach diese Worte am Weltfriedenstag.

Der kulturelle Reichtum Europas besteht in den Nationen, die bis zum heutigen Tag überlebt haben. Das steht im Kontrast zu den Vereinigten Staaten von Amerika, wo dieser Reichtum sich in eine undefinierbare Masse verwandelt hat. Eine Vielzahl von Sprachen wird in Europa benutzt, und die Europäische Union macht daher als Projekt einer Gemeinschaft von Nationalstaaten Sinn.

Wir müssen über Regeln zum Gebrauch von Minderheitensprachen sprechen, weil Regeln notwendig sind, aber wir dürfen Europa nicht dieses Reichtums entledigen. Die Frage zum Gebrauch von Minderheitensprachen kommt in jedem Staat auf, wo es eine fehlende Bereitschaft zur Kommunikation oder andere Hintergrundprobleme gibt. Minderheiten sollten sich im Land, in dem sie leben, wohlfühlen und daher werde ich jede Minderheitensprache immer konsequent verteidigen, aber immer als Sprache einer Minderheit. Ich glaube, dass ist auch die Ansicht der Kommission.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Herr Präsident, ich möchte hier gerne meine tiefe Besorgnis über die Haltung der spanischen Regierung ausdrücken, die den Gebrauch der katalanischen Sprache in diesem Parlament nicht erlaubt. Die katalanische Sprache wurde während der Franco-Diktatur verbannt und verfolgt;

jetzt demonstriert die spanische Demokratie ihre mindere Qualität, indem sie den offiziellen Gebrauch des Katalanischen in diesem Parlament nicht erlaubt.

Alle Sprachen sind gleich, genauso wie auch alle Menschen gleich sind. Europa ist ein exquisites Beispiel für bewährte Verfahrensweisen, das kleineren Amtssprachen die Möglichkeit verschafft, gleichberechtigt behandelt zu werden.

Zehn Millionen Menschen sprechen Katalanisch, und diese Sprache darf nicht in diesem Haus gesprochen werden. Wenn Katalanisch im Parlament gesprochen werden dürfte, würde dies entscheidend zur Verbesserung der Situation der katalanischen Sprache in Spanien beitragen, und unsere Forderung, die jahrhundertealte Einsprachigkeit des spanischen Parlaments aufzubrechen, stärken.

Als katalanischer Abgeordneter des Europäischen Parlaments, der jetzt weiß, dass das eine klare und bedeutende Forderung seitens der Katalanen darstellt, bitte ich um die besondere Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission, die katalanische Sprache in diesem Haus zu normalisieren.

Metin Kazak (ALDE). – (BG) Herr Orban, über 60 000 bulgarische Bürger sehen die Nachrichten auf Türkisch, ihrer Muttersprache, im bulgarischen nationalen Fernsehen. Dieses Nachrichtenprogramm auf Türkisch dauert nur fünf Minuten und wird seit der Ratifizierung der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten im Jahr 2001 von der größten öffentlichen Medienanstalt Bulgariens ausgesendet. So glauben die Bulgaren gegenwärtig das Grundprinzip der Europäischen Union zum Schutz der Rechte von Minderheiten zu befolgen.

Allerdings möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Wahlen vom 5. November lenken, die die Nachrichten auf Türkisch beenden werden. Das ist das Ergebnis von Provokation und nationalistischem Druck. Die Ausstrahlung dieses Programms zu stoppen, wird die größte Minderheit Bulgariens ihres Rechts auf Information in ihrer Muttersprache berauben. Das wäre ein Zeichen von Intoleranz und Diskriminierung und wird die traditionellerweise gute Koexistenz zwischen den Volksgruppen in Bulgarien, die oft als gutes Beispiel für den Balkan angeführt wird, in Aufruhr versetzen.

Daher bestehe ich auf eine Antwort, Herr Kommissar, wie die Kommission kontrolliert, ob die öffentlichen Medien das Recht von Minderheiten, frei in ihrer Muttersprache zu kommunizieren und auf diese Weise vollständig am sozialen und politischen Leben ihres Heimatlandes teilzuhaben, achten.

Ádám Kósa (PPE). – (HU) Danke für die Erteilung des Wortes. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Maßnahme, die von der Europäischen Union in die richtige Richtung initiiert wurde, lenken. Wir sprechen über eine Minderheit, Gehörlose, deren Muttersprache die Gebärdensprache ist und die in 10 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, letztlich auch in meinem eigenen Land, Ungarn, anerkannt wurde. Dieses Gesetz besagt, das nicht nur die Gebärdensprache unsere Muttersprache ist, sondern dass unsere Rechte als kulturelle Minderheit dadurch geschützt sind. Ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, dass die Slowakei tatsächlich in dieser Sache führend ist, denn der Gebrauch der slowakischen Gebärdensprache wurde im Jahr 1995 anerkannt. So, wie sieht's bei den Ungarn aus? Es ist meine Pflicht, auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass Doppelmoral in der Europäischen Union nicht angewendet werden darf. Wenn ein(e) slowakische(r) Gehörlose(r) Gebärdensprache benutzen darf, lassen Sie doch slowakische Bürger ihre eigene Muttersprache benutzen!

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Ich bin sehr enttäuscht, dass, trotz wachsender sozialer Probleme in den Mitgliedstaaten der EU, die jeden einzelnen Bürger unabhängig von seiner Nationalität betreffen, immer in den Plenarsitzungen in dieser Institution Fragen bezüglich des Duells zwischen slowakischen und ungarischen Abgeordneten aufgeworfen werden, wie das hier heute 10 Minuten vor Mitternacht der Fall ist.

Weder das Sprachengesetz noch eines der anderen vorhin hier von den ungarischen Abgeordneten aufgeworfenen Themen haben irgendeine nachteilige Wirkung auf Mitglieder ethnischer Minderheiten. Herr Präsident, die Rechte ethnischer Minderheiten in der Slowakei und aller anderer Minderheiten sind vollständig geschützt und auf einem außergewöhnlich hohen Standard. Wir reichen unseren ungarischen Freunden in aller Freundschaft die Hand, wir wünschen uns gute nachbarschaftliche Beziehungen, und es macht uns wirklich zu schaffen, dass die Institution des Europäischen Parlaments wiederholt zu Hassbekundungen gegen die Slowakische Republik missbraucht wird.

Michael Gahler (PPE). – (DE) Herr Präsident! Ich habe das neue slowakische Gesetz von Anfang bis Ende gelesen. Der Kollege Swoboda hat Recht: Bei den Menschen gibt es im Alltag in aller Regel ein gutes

Miteinander, auch in der Slowakei. Auch deswegen ist das neue Staatssprachengesetz überflüssig, denn die slowakische Sprache ist in der Slowakei nicht gefährdet.

Es ist leider in Teilen inländerdiskriminierend, weil Tschechisch in vielen Fällen besser gestellt wird als Ungarisch. Warum nicht wenigstens Gleichbehandlung von Tschechisch und Ungarisch? Erklärbar ist diese Novelle nur mit der seltsamen Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierungskoalition in der Slowakei, wo der Genosse Fico versucht, den Nationalisten der SNS und den Populisten der HZDS Stimmen abzunehmen, indem er angebliche ungarische Gefahren beschwört. Ich freue mich, dass zu Zeiten der Regierungskoalition von Mikuláš Dzurinda so etwas nicht nötig war. Damals arbeiteten die drei EVP-Parteien inklusive der Minderheitenpartei gut zusammen und nicht gegeneinander, und das sollte eigentlich das Ziel sein.

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Ich stimme denen zu, die gesagt haben, dass die Menschen in der Slowakei sehr glücklich Seite an Seite gelebt haben, bis irgendwie diese angespannte Situation aufkam, die das Gleichgewicht stört und die Koexistenz erschwert.

Lassen Sie mich einige Punkte über die Slowakei in Verbindung mit dem Sprachengesetz erwähnen, die bis jetzt noch nicht angesprochen wurden. Ich möchte die Anmerkungen nicht wiederholen, die schon gemacht worden sind. Einerseits definiert die Slowakei sich selbst als Nationalstaat, wobei wir wissen, da dies heute schon diskutiert wurde, dass eine ungarische Gemeinschaft von ungefähr 10 % der Landesbevölkerung in der Slowakei lebt, wie dies auch andere Minderheiten tun.

Das Sprachengesetz schafft ein Ungleichgewicht. Das Problem damit ist nicht nur, dass es die slowakische Sprache schützt, aber nicht die Minderheitensprachen, die es andererseits aber schützen sollte, wie eine große Anzahl positiver Beispiele in Europa beweist. Und es ist auch kein schlüssiges, einheitliches Gesetz zum Schutz von Minderheiten, was wir, wie wir oft gesagt haben, bräuchten, damit dieses Gleichgewicht nicht gestört würde. Eine ausgezeichnete Besonderheit der heutigen, sehr wichtigen Debatte war, dass wir von vielen positiven Beispielen gehört haben. Ich hoffe aufrichtig, dass auch die Slowakei sich von jetzt an in diese Richtung bewegen wird.

László Tóké (PPE). – (HU) *Békesség Istentől! Pace vou Bőží pokoj s Vami!* Gottes Friede sei mit euch! In unserem mehrsprachigen Europa wollte ich Ihnen auf Ungarisch, Rumänisch, Slowakisch und Englisch Frieden wünschen. Ich konnte dies im Europäischen Parlament tun, aber unter der slowakischen Gesetzgebung wäre das gefährlich gewesen und hätte gegen das nationale Sprachengesetz verstoßen. In einem Mitgliedstaat der EU können Menschen für das Sprechen anderer Sprachen als der Amtssprache bestraft werden; zu diesen gehört der Gebrauch einer der offiziellen Sprachen Europas, nämlich Ungarisch. Das ist geradezu ein Skandal und eine Schande.

Schauen Sie sich die Karte der Slowakei an, die ich hier vor mir habe. Dank dem Schengener Abkommen wurde die Grenze, die die Slowakei von Ungarn trennt, abgebaut, so wie der Eiserne Vorhang. Jedoch errichtet nun die postkommunistische, chauvinistische slowakische Regierung neue Mauern zwischen den Menschen, sprachliche Barrieren.

Wir möchten dem Präsidenten, Herrn Jerzy Buzek für seinen Besuch in der Slowakei, der dieses Problem lösen sollte, danken. In dieser Angelegenheit von öffentlichem Interesse sollte das Europäische Parlament keine schlecht informierte, bequeme Haltung des Nichteingreifens annehmen, sondern seine eigenen Verordnungen und Forderungen durchsetzen, die es im Bereich der Menschen-, Minderheiten- und Sprachenrechte unterstützt.

Katarína Neveďalová (S&D). – (SK) Ursprünglich wollte ich Herrn Bokros antworten, aber Sie haben mir nicht das Wort erteilt. Ich wollte sagen, dass ich akzeptiere, dass das slowakische Parlament nicht alle Gesetze in Minderheitensprachen übersetzen lässt, von denen es übrigens 11 gibt und nicht nur eine, und dass es nicht nur eine ungarische Minderheit von einer halben Million Menschen gibt, sondern auch eine halbe Million starke Minderheit der Roma, die sich aber nicht beschweren. Ich möchte gerne fragen, ob das ungarische Parlament alle Gesetze in Minderheitensprachen übersetzen lässt und ob es irgendwelche Übersetzungen ins Slowakische gibt? Jedoch schätze ich die Tatsache sehr, dass Sie die Gelegenheit nutzten, Slowakisch zu sprechen.

Herr Tóké, die Slowakei baut Brücken – und es stört mich wirklich sehr, dass Sie das immer wieder erwähne –, aber Brücken müssen auch von der anderen Seite her, von Ungarn, gebaut werden. Es stört mich sehr, dass ich als neues Mitglied des Europäischen Parlaments permanent auf Fragen zu den slowakisch-ungarischen Beziehungen antworten muss und nicht die Themen ansprechen kann, die mich wirklich interessieren.

Ich möchte hiermit dem Herrn Kommissar danken, da ich ein Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung bin. Ihre Arbeit ist wirklich ausgezeichnet, und es ist ausgezeichnet, dass wir in der Lage sind, 23 europäische Sprachen zu benutzen, von denen Slowakisch eine ist.

László Surján (PPE). – (HU) Ich habe in der slowakischen Presse gelesen, was Herr Gallagher schon sagte. Ich würde es daher in der slowakischen Presse sagen, wenn ich die Tatsache hervorheben wollte, dass der gegenwärtige Konflikt weder als Konflikt zwischen zwei Staaten noch als ein Konflikt zwischen zwei Völkern dargestellt werden kann. Es gibt Probleme mit einem bestimmten Gesetz.

Ich unterstütze gerne die Forderung von Herrn Swoboda, dass wir uns in eine friedliche, ruhige Richtung bewegen und nach einem Ausweg suchen. Wenn er bloß nicht gesagt hätte, dass dieses Gesetz keine Grundrechte verletzt. Wenn zum Beispiel eine Mutter in einem Krankenhaus in einer slowakischen Stadt die Hand ihres 4-jährigen Kindes hält und dafür zurechtgewiesen wird, dass sie ihr Kind, das Angst davor hat, was der Arzt mit ihm machen wird, auf Ungarisch beruhigt, können wir nicht gerade sagen, dass dies nicht ihre Rechte verletzen würde. Wir können aber auch nicht sagen, dass das nicht im Gesetz steht. Das Problem liegt genau da, wie sich das Gesetz darstellt. Tatsächlich verbietet das Gesetz solchen Austausch in Krankenhäusern, wo die ungarische Sprache unterrepräsentiert ist.

Ich glaube daher, dass es sehr ernste Probleme damit gibt. Die Slowakei hat geerntet, was sie gesät hat, als Ergebnis einer extremistischen Partei, die zur Macht gekommen ist. Auf der anderen Seite haben die Ungarn ihre Minderheiten nicht ausgelöscht, sondern sie isoliert.

Monika Smolková (S&D). – (SK) Ich muss gegen den vorigen Redner protestieren. Das sind absolute Lügen, nichts als Unwahrheiten. Ich möchte Sie bitten, sich mal das Sprachengesetz anzugucken, denn es sieht nicht wie Ihr eigenes Sprachengesetz aus. Wir haben ein anderes Sprachengesetz in der Slowakei, und wir sprechen hier über zwei verschiedene Gesetze.

Ich komme aus Košice, einer weltoffenen Stadt von 250 000 Einwohnern, zu denen viele Ungarn, Tschechen, Rutenen, Ukrainer, Roma und natürlich Slowaken gehören. Vor vier Jahren entschieden die Wähler, dass in der Košice-Region die Koalition zwischen uns, den Sozialdemokraten, und den Vertretern der ungarischen Minderheit sehr erfolgreich funktioniert hat. Ich möchte als regionale Vertreterin behaupten, dass unsere Zusammenarbeit beispielhaft ist. Ungarn und Slowaken leben in unserer Gegend friedlich zusammen, und es kommt niemandem in den Sinn, jemanden schlechtzumachen oder einen anderen aufgrund der Nationalität anzugreifen. Im Alltag der Menschen gibt es keinen Streit und auch kein Nationalitätenproblem in gemischten Gegenden. Ich sage das in aller Ernsthaftigkeit. Wenn hochrangige Politiker bestimmter Parteien dieses Thema nicht aus bestimmten Gründen provoziert hätten, dann wäre der Konflikt der ungarischen ethnischen Minderheit im Europäischen Parlament gar nicht angesprochen worden, weil er nicht existiert.

Csaba Sógor (PPE). – (HU) Francesco Capotorti. Als die Vereinten Nationen an der Vorbereitung der Konvention arbeiteten, die später als die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ bekannt wurde, wurde sprachlicher und kultureller Völkermord neben körperlichem Völkermord als schwerwiegendes Verbrechen gegen die Menschlichkeit diskutiert.

Sprachlicher Völkermord wurde 1948 in Artikel 3 Absatz 1 als das für eine Gruppe geltende Verbot definiert, ihre Sprache im alltäglichen Miteinander oder in der Schule, in Büchern, die veröffentlicht werden und Veröffentlichungen in dieser Sprache, die verteilt werden, benutzen zu können.

Momentan ist die Slowakei leider nicht das einzige derartige Land in der Europäischen Union, aber sie ist das bekannteste Beispiel des sprachlichen Völkermords, oder in anderen Worten, des Sprachenmords, der in einem Land der EU verübt wird. Darüber kann man sich nun wirklich nicht freuen, denn Rumänien, Griechenland und Frankreich können sich diesbezüglich gleich neben der Slowakei aufreihen. Vielen Dank.

Leonard Orban, Mitglied der Kommission. – (RO) Ich möchte damit beginnen, den Fokus auf das Wesentliche der Politik der Mehrsprachigkeit zu richten, dem, was wir während dieser Amtsperiode hatten fördern wollen. Einerseits wollten wir Respekt für jede in der Europäischen Union gesprochene Sprache garantieren können und diese zelebrieren, ob nun National-, Regional- oder Minderheitensprachen oder Sprachen, die von Bürgern gesprochen werden, die von anderen Kontinenten stammen. Andererseits hatten wir sicherstellen wollen, dass durch das Zelebrieren von Vielfalt unser gemeinsames Ziel erreicht wird, nämlich die Bewahrung und Festigung der Einheit der Europäischen Union, in anderen Worten, unserer Einheit. Wir sprechen über die, wenn Sie so wollen, direkteste Anwendung des Grundsatzes „Einheit in der Vielfalt“. In meiner Rede kann ich auch nichts weiter tun als die Bemerkungen von Herrn Swoboda dahingehend zu beachten, dass

wir durch unser Handeln nach den Elementen suchen müssen, die uns verbinden, nicht nach denen, die uns spalten.

Wir müssen für jeden Respekt haben, aber wir müssen auch die Weisheit besitzen, Wege des gegenseitigen Verstehens, Miteinanderkommunizierens und des Miteinanderinteragierens finden zu können. Genau das ist der Grund, warum Mehrsprachigkeit eine so extrem wichtige Rolle gespielt hat und bei der Festigung des interkulturellen Dialogs spielt. Wir müssen im Dialog stehen, und das können wir nicht ohne Sprachen.

Ich hatte die Gelegenheit, alle Mitgliedstaaten zu besuchen. Ich hatte auch Gelegenheit in Gegenden und Regionen zu reisen, wo es leider immer noch Diskussionen und Streitigkeiten gibt und manchmal Sprachen leider für bestimmte politische Interessen missbraucht werden, was nichts mit dem Einheitsgedanken der EU zu tun hat. Ich habe auch laut und klar gesagt: wir müssen Lösungen finden, die uns zur Kommunikation und Interaktion befähigen. Das ist der Grund dafür, dass, wie ich bereits sagte, sogar in Situationen, wo die Dinge scheinbar schwieriger zu akzeptieren sind, die Tatsache des Erlernens und Beherrschens der Sprachen von Gemeinschaften, die neben uns leben, uns wichtige Lösungen zum gegenseitigen Verständnis bietet. Daher glaube ich, dass wir in Situationen dieser Art, von denen es zahllose Fälle gab, Fortschritte im gegenseitigen Verstehen machen können.

Zum Beispiel bildet die Fähigkeit, die Sprache der Gegend zu sprechen, wo Vertreter der nationalen Minderheiten in der Mehrheit sind, in anderen Worten, die Fähigkeit, die Sprache dieser Minderheiten zu sprechen, neben der Fähigkeit, dass die nationalen Minderheiten die Sprache des nationalen Staates sprechen, Brücken und errichtet Punkte des Verstehens, was uns helfen kann.

Ich möchte ein paar Bemerkungen zu den Bemühungen machen, die wir unternehmen, um allen in der Europäischen Union gesprochenen Sprachen Unterstützung zu bieten. Wir finanzieren eine große Zahl von Projekten, nicht nur in Verbindung mit Amtssprachen, sondern auch mit zahlreichen Regional- und Minderheitensprachen. Es gibt unzählige spezielle Beispiele, wo die Europäische Kommission einerseits Netzwerke von Organisationen, die Regional- und Minderheitensprachen fördern, unterstützt hat sowie die weniger verbreiteten Sprachen in der Europäischen Union allgemein. Jedoch finanzieren wir auch Projekte in Verbindung mit bestimmten Minderheiten- und Regionalsprachen. Es gibt auch hier spezielle Beispiele, wie wir diese Sprachen unterstützen. Wie ich gesagt habe und wiederholen möchte, das 2008 zur Mehrsprachigkeit verabschiedete Konzept zielt auf alle in der Europäischen Union gesprochenen Sprachen ab. Wir haben keine Begrenzungen. Für uns ist jede dieser Sprachen ein Gut der Europäischen Union und ein Teil, wenn Sie so wollen, des kulturellen Erbes, das wir gegenwärtig in der Europäischen Union haben.

Ich möchte natürlich auch ein paar Worte zu den Änderungsanträgen der Rechtsvorschriften zum Gebrauch von Slowakisch in der Slowakei sagen. Wir sind darüber erfreut, dass der ungarische und der slowakische Premierminister momentan über die Optionen sprechen, wie sie gemeinsame Lösungen auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses finden können. Aus Sicht der Gemeinschaft möchte ich betonen, dass wir angesichts des extrem weiten Rahmens der Anwendung dieses Gesetzes momentan nicht in der Lage sind, alle möglichen Implikationen seiner Durchsetzung zu beurteilen. Genau darum ist die Umsetzung dieser Rechtsvorschriften entscheidend, besonders die Art und Weise, in der sie umgesetzt werden. An diesem Punkt möchte ich hervorheben, dass die Europäische Kommission eine sehr gründliche Analyse durchführen wird, in der wir detailliert die Art und Weise untersuchen werden, in der die Rechtsvorschriften umgesetzt werden sollen.

Ich möchte hiermit abschließen und nochmals betonen, dass wir unter den Auflagen der relativ begrenzten Kapazitäten, die wir besitzen, bemüht sind, alle in der Europäischen Union gesprochenen Sprachen zu unterstützen, ob Amts-, Regional- oder Minderheitensprache, wie zum Beispiel Walisisch, wo wir spezielle Beispiele der Art und Weise haben, wie wir diese Sprache unterstützen, oder Katalanisch, wo zum Beispiel die Europäische Kommission versucht hat, sich zu öffnen oder die Aufmerksamkeit der Menschen zu erlangen, die diese Sprache benutzen. Wir haben zum Beispiel extrem detaillierte Websites und Informationen auf Katalanisch über die Politik der Gemeinschaft. Das Gleiche gilt für Baskisch und zahlreiche andere Sprachen. Ich möchte zeigen, dass diese Anstrengungen uns in die Lage versetzen, die besondere Art und Weise zu zeigen, in der wir diese Politik unterstützen wollen, die ich für eine wichtige Politik der Europäischen Union halte, eine die wirklich das Fundament der Europäischen Union ist.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Jim Higgins (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße die positive Haltung der Europäischen Kommission und erkenne an, dass Fortschritte hinsichtlich der Anerkennung der Minderheitensprachen gemacht wurden. Dennoch bleibt viel zu tun, wenn wir Minderheitensprachen auf die gleiche Ebene mit den prominenten Sprachen innerhalb der EU stellen wollen. Zur Zeit wird Irisch nur in den Plenarsitzungen ins Englische gedolmetscht, und ich musste aufgrund eines Mangels der Übersetzungseinrichtungen in der Mitte einer einminütigen Rede anhalten (während ich Irisch sprach) und auf Englisch weitermachen. Eine adäquate Ausbildung für irische Übersetzer gibt es im Moment nur an der National University of Ireland, Galway (NUIG) und bei den beruflichen Anwaltsvereinigungen in Irland, während das kurz den Ablauf umreißt, bitte ich die Kommission darum, mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, um andere anerkannte irische Übersetzungskurse einzurichten, damit eine adäquate Zahl irischer Dolmetscher zur Verfügung steht und die Europäischen Institutionen einen vollständigen irischen Übersetzungsservice anbieten können wie in Artikel 146 in der Geschäftsordnung des Parlaments erläutert. Wie Sie sagten „können wir unseren interkulturellen Dialog nicht ohne Mehrsprachigkeit festigen“ und Mehrsprachigkeit kann nicht ohne entsprechende Schulungseinrichtungen entstehen.

Alajos Mészáros (PPE), *schriftlich*. – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Ungar aus der Slowakei erkläre ich, dass das slowakische Sprachengesetz schlecht ist. Es ist nicht schlecht, weil es gegen Europas Wertesystem verstößt, sondern weil es gewaltsam in das Recht von mehreren hunderttausend freien europäischen Bürgern eingreift, ihre Muttersprache zu benutzen und die freie Ausübung dieses Rechts auf inakzeptable Weise beschneidet. Die Angst vor Bestrafung und die vage Formulierung des Sprachengesetzes führen zu einer Situation, in der die Bürger nicht einmal wagen, ihre Muttersprache an Orten zu sprechen, an denen dies erlaubt ist. Andererseits wird der Gebrauch von zwei Sprachen vorgeschrieben, selbst wenn dies völlig ungerechtfertigt ist.

Die slowakische Regierung, die auch nationalistische Ideale einführt, rechtfertigte das Sprachengesetz mit dem Spruch, dass sie augenscheinlich in den Gebieten der südlichen Slowakei für etwas Gleichgewicht zwischen dem Gebrauch von Slowakisch und Ungarisch sorgen musste. Wie schon gesagt, soll das bedeuten, dass Slowaken, die in einem von Ungarn bewohnten Bezirk leben, dazu berechtigt sind, jegliche offizielle Information in dieser Sprache zu erhalten. Andersrum gilt das jedoch nur, wenn der Anteil der Minderheit mindestens 20 % ist. Was für ein tolles Gleichgewicht! Und das im Europa des 21. Jahrhunderts! Kaum vorstellbar!

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Minderheiten geben einer Nation einen zusätzlichen Wert, solange sie ihre kulturellen Wert bewahren können. Daher ist es besonders wichtig, die Kulturen von Minderheiten zu bewahren. Von diesem Standpunkt aus, glaube ich, dass Rumänien, der Mitgliedstaat, den ich vertrete, sehr moderne Rechtsvorschriften zum Schutz von Minderheiten hat. In Rumänien können Minderheiten in ihrer Muttersprache plädieren. Sie haben Schulen, wo Unterricht in ihrer Muttersprache stattfindet. Alle 19 Minderheiten von Rumänien sind im Parlament vertreten. In Gegenden, in denen Minderheiten 20 % der Bevölkerung ausmachen, müssen die örtlichen Behörden Dokumente auch in der Sprache der Minderheiten erstellen. Alle Entscheidungen werden auf Rumänisch herausgegeben wie auch in der Sprache der Minderheiten in dieser Region. Ich glaube, dass die rumänischen Rechtsvorschriften in diesem Bereich als Beispiel guter Praxis dienen können und als Maßstab, wann auch immer es um die Rechte von Minderheiten und den Gebrauch ihrer Sprachen geht.

17. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

Der Präsident. – (Die Sitzung wird um 00.10 Uhr beendet)